

Familienpolitik unter dem Regenbogen

Zur Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden in der deutschen Familienpolitik

Vom Fachbereich Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften
an der Technischen Universität Darmstadt

zur Erlangung des Grades
Doktor der Philosophie (Dr. phil.)

Dissertation von
Patrick Oliver Kurt Hans Kohlas, M.A.

Erstgutachterin: Prof. Dr. Michèle Knodt
Zweitgutachter: Prof. Dr. Prof. Dr. Arthur Benz

Tag der Einreichung: 24.01.2017
Tag der mündlichen Prüfung: 19.07.2017

Darmstadt 2017

D17

Kohlas, Patrick Oliver Kurt Hans: Familienpolitik unter dem Regenbogen - Zur
Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden in der deutschen
Familienpolitik
Darmstadt, Technische Universität Darmstadt
Jahr der Veröffentlichung der Dissertation auf TUpriints: 2018
Tag der mündlichen Prüfung: 19.07.2017

Veröffentlichung unter CC BY-SA 4.0 International
<https://creativecommons.org/licenses/>

Für Mama, Papa und Pierre-Kai.

Danke für Eure Unterstützung, Liebe und Geduld.

Zusammenfassung

Lesben und Schwule erweisen sich nicht nur aus gesellschaftlicher und politischer Sicht, sondern auch aus wissenschaftlicher Perspektive als Bevölkerungsgruppe von wachsendem Interesse. Dabei kann die organisierte Interessenvertretung von Lesben und Schwulen – in Form von Lesben- und Schwulenverbänden, als zentraler Akteur angesehen werden, um den Interessen respektive Forderungen nach politischer und rechtlicher Anerkennung bzw. Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Personen und Paare Geltung zu verleihen. Vor allem das Politikfeld der Familienpolitik erweist sich hierbei als der wichtigste Bezugspunkt für die Interessenvertretung von Lesben und Schwulen. Allerdings scheint die Artikulation wie auch Vermittlung verbandlicher Interessen von Lesben und Schwulen im familienpolitischen Prozess mit erheblichen Problemen verbunden zu sein.

Vor diesem Hintergrund geht die vorliegende Arbeit der Frage nach, warum die bundesweit tätigen Lesben- und Schwulenverbände innerhalb der deutschen Familienpolitik sowohl eine Artikulations- als auch Vermittlungsschwäche aufweisen. Zur Klärung der Forschungsfrage werden drei Erklärungsfaktoren herangezogen: Erstens, die institutionellen Rahmenbedingungen von Familienpolitik. So ergeben sich aufgrund der normativen Orientierung als auch des Mehrebenen- und Multiakteurscharakters des Politikfelds eminente Konsequenzen für die Artikulation und Vermittlung von Interessen. Zweitens, die Akteurs- und Interessenkonstellation im Politikfeld. Demnach addiert sich die Struktur der beteiligten staatlichen und nicht-staatlichen Akteure zu einer spezifischen Akteurs- und Interessenkonstellation, die maßgeblich die Artikulation und Vermittlung von Interessen beeinflusst. Und drittens, die zur Verfügung stehenden Strategien und Instrumente von Lesben- und Schwulenverbänden im Rahmen der verbandlichen Artikulation wie auch Vermittlung von Interessen. So führen die zur Verfügung stehenden Ressourcen als auch die Organisationsstrukturen von Lesben- und Schwulenverbänden zu spezifischen Strategieoptionen und schlagen sich schließlich im Strategie- und Instrumenteinsatz der Verbände nieder.

Bei der empirischen Klärung der hier aufgeworfenen Forschungsfrage stützt sich die Arbeit auf eine eigens durchgeführte quantitative Befragung per standardisierten Fragebogen, sowie auf eine qualitative Expertenbefragung mittels Leitfadeninterview.

Abstract

Lesbians and gays are proving to be a population group of increasing interest, not only from a social and political point of view, but also from a scientific perspective. In this context, the organized representation of interests of lesbians and gays - in the form of lesbian and gay associations - can be regarded as the central actor in order to assert the interests or demands for political and legal recognition or equality of same-sex people and couples. Above all, the policy field of family policy proves to be the most important reference point for the representation of lesbians and gays. However, the articulation as well as mediation of associated interests of lesbians and gays seems to be connected with considerable problems in the family policy process.

Taking this into consideration, the present work investigates the reasons why lesbian and gay associations - active throughout Germany - have both an articulation as well as a mediation weakness within the German family policy. Three explanatory factors are used to clarify the research question: First, the institutional conditions of family policy. This results in eminent consequences for the articulation and mediation of interests due to the normative orientation as well as the multilevel and multiactor character of the policy field. Secondly, the actor and interest constellation in the policy field. Accordingly, the structure of the involved state and non-state actors results in a specific actor and interest constellation which affects the articulation and mediation of interests decisively. Thirdly, the available strategies and instruments of lesbian and gay associations in the context of associated articulation such as mediation of interests. Thus, the available resources as well as the organizational structures of lesbian and gay associations lead to specific strategy options and are ultimately reflected in the strategy and instrumental use of the associations.

The research question raised here is empirically clarified by conducting a specially developed quantitative survey using standardized questionnaires as well as a qualitative expert survey by means of a guided interview.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.1. Forschungsstand.....	6
1.2. Untersuchungsgegenstand	12
1.3. Fallauswahl	14
1.4. Aufbau der Arbeit	19
2. Theoretischer und methodischer Rahmen	21
2.1. Begriffe und theoretische Grundlagen	22
2.1.1. Verbände und Interessenvertretung	23
2.1.2. Theoretische Ansätze.....	31
2.1.3. Erklärungsfaktoren und Indikatoren	43
2.2. Methodisches Vorgehen	50
2.2.1. Der Fragebogen	51
2.2.2. Das Experteninterview	55
2.2.3. Auswahl der Befragten	59
3. Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden	64
3.1. Artikulations- und Vermittlungsschwäche	75
3.2. Zwischenfazit.....	82
4. Institutionelle Rahmenbedingungen von Familienpolitik	85
4.1. Querschnittscharakter von Familienpolitik.....	88
4.2. Familienpolitischer Regimetyp und Leitbild von Familienpolitik	94
4.3. Familienpolitische Leitbilder im Wandel	98
4.4. Motive für staatliches Handeln und Maßnahmen	105
4.5. Zwischenfazit.....	113
5. Akteurs- und Interessenkonstellation im Politikfeld	115
5.1. Akteursgefüge	120
5.2. Akteursszene	133
5.3. Interessenlage.....	135
5.4. Beziehungsverhältnis	140
5.5. Konfliktkonstellation	143
5.6. Zwischenfazit.....	148
6. Strategien und Instrumente von Lesben- und Schwulenverbänden	150
6.1. Ressourcen	150

6.2.	Verbandsstrukturen	158
6.3.	Kontaktstrukturen	165
6.4.	Strategie- und Instrumenteeinsatz	175
6.5.	Zwischenfazit	206
7.	Fazit	207
8.	Literaturverzeichnis	221

1. Einleitung

Wenn heute Familienpolitik Gegenstand wissenschaftlicher wie auch politischer Auseinandersetzungen ist, dann steht in aller Regel noch immer die heterosexuelle Kernfamilie aus Vater, Mutter und Kind/ern im Mittelpunkt. Familienpolitik betrifft jedoch nicht nur heterosexuelle Verheiratete und ihre Kinder, sondern auch andere Familien- bzw. Lebensformen wie gleichgeschlechtliche Personen und Paare. Der Staat hat die Möglichkeit, diese verschiedenen Lebensmodelle hinsichtlich ihrer rechtlichen Anerkennung und steuerlichen Privilegierungen sowie der von ihnen verlangten (finanziellen) Verantwortung gleich aber auch unterschiedlich zu behandeln. So können gleichgeschlechtliche Paare seit 2001 zwar eine eingetragene Lebenspartnerschaft eingehen, allerdings bleibt ihnen eine rechtliche Gleichstellung mit Ehepaaren – etwa im Familien- oder Adoptionsrecht, bislang verwehrt. Die Frage welche Familien- bzw. Lebensformen politisch anerkannt werden, von Steuervorteilen profitieren und sich auf rechtliche Rahmenbedingungen verlassen können, hängt im Wesentlichen von den gesellschaftlichen wie auch politischen Vorstellungen von Ehe und Familie ab. In diesem Zusammenhang nehmen vor allem CDU/CSU – die seit 2005 an der Regierung beteiligt sind, eine zentrale Rolle ein. So äußerte sich CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt in einem Interview mit der *Welt am Sonntag* vom 10.03.2013 ganz klar über die konservative Positionierung der Union zum Thema Gleichstellung von Lebenspartnerschaft und heterosexueller Ehe:

„Die Modernität einer Gesellschaft ergibt sich aus den Lebensphilosophien der Mehrheit der Menschen und nicht einer Minderheit [...] Die Menschen wollen keine Veränderung der Gesellschaft, in der Ehe und Familie nicht mehr die Normalität sind. Die Union als Volkspartei hat die Aufgabe, der stillen Mehrheit eine Stimme zu geben gegen eine schrille Minderheit [...] Wir haben 17 Millionen Ehen in Deutschland und 30.000 gleichgeschlechtliche Partnerschaften. So sind die Gewichte verteilt. Und das muss sich auch in der politischen Debatte abbilden. Einzelgruppen dürfen nicht den Ton angeben. Die Menschen wollen Antworten auf das, was die Mehrheit betrifft. Und die Mehrheit hat ein bürgerlich-konservatives Weltbild [...] Wer die Ehe mit gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften komplett gleichstellen und gleichzeitig das Ehegattensplitting abschaffen will, betreibt unter dem falschen Etikett der Gleichstellung in Wahrheit Familienfeindlichkeit“ (Welt am Sonntag 2013).

Und auch Bundeskanzlerin Angela Merkel bezog in der Fernsehsendung *ARD-Wahlarena* vom 09.09.2013 zu den Themen Gleichstellung und Adoptionsrechte für gleichgeschlechtliche Partnerschaften deutlich Stellung:

„Ich sage Ihnen ganz ehrlich, dass ich mich schwertue mit der kompletten Gleichstellung. Ich jedenfalls werde da nicht selber einen Gesetzentwurf einbringen [...] Ich bin unsicher, was das Kindeswohl anbelangt. Ich mag da jetzt manchem etwas veraltetet daherkommen – das muss ich jetzt einfach aushalten, aber ich tue mich schwer damit und ich weiß, dass ich damit Menschen auch nicht ihre Wünsche erfülle“ (ARD-Wahlarena 2013).

Dennoch markiert das Lebenspartnerschaftsgesetz von 2001 nicht nur einen wichtigen politischen wie auch juristischen Schritt zur Akzeptanz und Gleichstellung lesbischer und schwuler Lebensformen, sondern auch einen bemerkenswerten Bedeutungszuwachs von gleichgeschlechtlichen Personen und Paaren im Kontext von Familienpolitik. So lässt sich bei aller Zurückhaltung ein bemerkenswerter Wandel in der rechtlichen Stellung der Familie erkennen, insofern der Gesetzgeber gleichgeschlechtlichen Partnerschaften einräumt einen familienrechtlichen Status zu erlangen. Dies kann maßgeblich auf eine gesellschaftliche als auch politische Öffnung des Familienbegriffs sowie einen Wendepunkt in der Interessenvertretung von Lesben und Schwulen zurückgeführt werden, wie unten noch zu zeigen sein wird. Jedoch ist der Reformprozess insbesondere in Fragen der politischen wie auch juristischen Anerkennung und Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Personen und Paar in den letzten zehn Jahren zunehmend ins Stocken geraten. Vor diesem Hintergrund scheint die organisierte Artikulation und Vermittlung allgemeinpolitischer Interessen von Lesben und Schwulen im familienpolitischen Prozess mit erheblichen Problemen verbunden zu sein. Denn sowohl die Phase des Agenda-Settings als auch die der Politikformulierung konnte nicht durch eine organisierte Interessenvertretung von Lesben und Schwulen geprägt bzw. angeschoben werden. Vielmehr kann davon ausgegangen werden, dass weitere Reformschritte maßgeblich durch Reformprozesse im Ausland und/oder durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts erzielt wurden. Hier stellt sich nun die Frage, warum die bundesweit tätigen Lesben- und Schwulenverbände - als organisierte Repräsentanten dieser Bevölkerungsgruppe, innerhalb der deutschen Familienpolitik eine Artikulations- wie auch Vermittlungsschwäche aufweisen. Für die Beantwortung dieser Frage können drei Erklärungsfaktoren herangezogen werden:

1. Aufgrund der institutionellen Rahmenbedingungen von Familienpolitik;
2. Aufgrund der Akteurs- und Interessenkonstellation im Politikfeld;
3. Aufgrund der zur Verfügung stehenden Strategien und Instrumente von Lesben- und Schwulenverbänden im Rahmen der verbandlichen Artikulation wie auch Vermittlung von Interessen.

In diesem Zusammenhang kann davon ausgegangen werden, dass die Artikulations- und Vermittlungsschwäche zunächst auf die institutionellen Rahmenbedingungen von Familienpolitik zurückzuführen ist. So ergeben sich aufgrund der normativen Orientierung als auch des Mehrebenen- und Multiakteurscharakters des Politikfelds eminente Konsequenzen für die Artikulation und Vermittlung von Interessen. Daher werden die institutionellen Rahmenbedingungen von Familienpolitik im Hinblick auf den Querschnittscharakter von Familienpolitik, den familienpolitischen Regimetyp und das daraus resultierende Leitbild von Familienpolitik, den Wandel von Leitbildern bei der Gestaltung von Familienpolitik sowie den Motiven für staatliches Handeln und die entsprechenden Maßnahmen untersucht. Neben den Rahmenbedingungen von Familienpolitik, kann jedoch auch die Akteurs- und Interessenkonstellation im Politikfeld ebenfalls als Ursache für die Artikulations- und Vermittlungsschwäche angesehen werden. Demzufolge addiert sich die Struktur der beteiligten staatlichen und nicht-staatlichen Akteure zu einer spezifischen Akteurs- und Interessenkonstellation, die maßgeblich die Artikulation und Vermittlung von Interessen beeinflusst. Aus diesem Grund wird hier die Akteurs- und Interessenkonstellation hinsichtlich des Akteursgefüges, der Akteursszene, der Interessenlage als auch des Beziehungsverhältnisses der Akteure und die daraus resultierende Konfliktkonstellation analysiert. Und schließlich wirken sich die zur Verfügung stehenden Strategien und Instrumente von Lesben- und Schwulenverbänden ebenfalls auf die Artikulation und Vermittlung von Interessen aus. In diesem Fall kann angenommen werden, dass sich die verfügbaren Ressourcen als auch die Organisationsstrukturen von Lesben- und Schwulenverbänden zu spezifischen Strategieoptionen im Rahmen der politischen Interessenvertretung addieren und sich schließlich im Strategie- und Instrumenteinsatz der Verbände niederschlagen. Daher werden bei der Untersuchung der zur Verfügung stehenden Strategien und Instrumente von Lesben- und Schwulenverbänden neben den zur Verfügung stehenden Ressourcen auch die Verbands- und Kontaktstrukturen als wesentliche Aspekte herangezogen. Diesem Vorgehen liegt die Annahme zu Grunde, dass sich sowohl die Ressourcenknappheit als auch strukturelle Defizite im Strategie- und Instrumenteinsatz der Verbände erkennen lassen und somit wesentlich zur Artikulations- und Vermittlungsschwäche beitragen.

Ziel der vorliegenden explorativen Studie ist es sowohl günstige als auch ungünstige politikfeld- und akteurspezifische Eigenschaften aufzuzeigen, die als wesentliche Ursache für die Artikulations- und Vermittlungsschwäche identifiziert werden können.

Denn solange der Standartentwurf von Familie noch Gültigkeit hatte, waren familienpolitische Interessen Allgemeininteressen und stark normengeleitet. Heute hat sich nicht nur Familie bzw. der Familienbegriff, sondern auch die Begründung und Durchsetzung von Interessen im Politikfeld hin zu einem interessengeleiteten Diskurs innerhalb der familienpolitischen Interessenvermittlungsstrukturen gewandelt. Dies kann maßgeblich auf die vormals dominante Rolle normativer Leitvorstellungen von Familie und Familienleben als auch einer geänderten Akteurs- und Interessenkonstellation im Politikfeld zurückgeführt werden. Dennoch scheinen die Interessen von Lesben und Schwulen in der deutschen Familienpolitik nach wie vor stark unterrepräsentiert. Besonders die zentralen Forderungen nach einer Gleichstellung von Lebenspartnerschaft und Ehe sowie im Adoptionsrecht konnten politisch nicht von den Verbänden vorangebracht werden. Aus diesem Grund gründet sich das Forschungsinteresse vor allem auf die politischen Erfolgchancen von Lesben- und Schwulenverbänden. Das hier gewählte Thema ist aus politikwissenschaftlicher Sicht besonders deshalb interessant, weil bislang nur eine stark begrenzte Forschungslage existiert. Dies ist durchaus verwunderlich angesichts der stetig steigenden Anzahl an Lebenspartnerschaften in Deutschland. So hat sich zwischen 2006 und 2015 die Zahl der eingetragenen Lebenspartnerschaften weit mehr als verdreifacht. Im Vergleich zur *klassischen* Ehe macht die eingetragene Lebenspartnerschaft in der Bevölkerung hingegen nur einen sehr kleinen Teil aus¹. Dies liegt vor allem daran, dass sich viele schwule und lesbische Paare allein schon durch die Bezeichnung Lebenspartnerschaft diskriminiert fühlen. Die deutliche Zunahme an eingetragenen Lebenspartnerschaften zeigt jedoch, dass der Wunsch nach einer Bestätigung der Partnerschaft vor dem Gesetz – im Sinne eines *eheähnlichen Instituts*, vorhanden ist. Zudem zeugen die heutigen gesellschaftlich und politisch motivierten Debatten rund um die sogenannte *Ehe für alle*, dass das Thema noch immer einen außerordentlichen gesellschaftlichen und politischen Aktualitätswert besitzt.

Dass eine aktive Interessenvertretung von Lesben und Schwulen notwendig ist, um ihren zentralen politischen Interessen bzw. Forderungen Geltung zu verleihen, ist nahezu unumstritten (vgl. Buba/Weiß 2001: 237). Vor dem Hintergrund der zunehmenden politischen Bedeutung organisierter Interessen für den politischen Prozess und in Folge der öffentlichen wie auch politischen Diskussionen über die

¹ Ausführlich siehe:

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/ImFokus/Bevoelkerung/GleichgeschlechtlicheLebensgemeinschaften.html>, 13.11.2017

politische Anerkennung bzw. Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Personen und Paare, gewinnt die organisierte Interessenvertretung von Lesben und Schwulen maßgeblich an Bedeutung. Als wesentliche Akteure hierfür können die bundesweit tätigen Lesben- und Schwulenverbände identifiziert werden, die die Interessen von Lesben und Schwulen auf Bundesebene politisch vertreten. Ihr organisiertes Engagement zielt primär auf das Interesse an einer bestimmten Lebensgestaltung. Wichtige Verbandsthemen sind vor allem die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften mit der Ehe wie auch im Familien- und Adoptionsrecht, der Abbau von Vorurteilen und Diskriminierung in Gesellschaft und Recht sowie politische Aktivitäten zur Information und Aufklärung über gleichgeschlechtliche Lebensweisen (ausführlich siehe Buba/Vaskovics 2001: 241 ff.). Jedoch kann weder von Homosexuellen als Gruppe noch als eine homogene Interessengemeinschaft gesprochen werden. Denn eine solche Festschreibung ignoriert, dass es innerhalb der *Bevölkerungsgruppe der Homosexuellen* große Unterschiede je nach Geschlecht, Alter und sozialer Zugehörigkeit gibt (vgl. Eder 2014: 20). Deshalb hat sich in den letzten Jahren zunehmend die Bezeichnung *LGBT* bzw. *LGBTQ* für Lesbian, Gay, Bisexual wie auch Transgender (und Queer) durchgesetzt. Im Hinblick auf die politische Interessenvertretung zeigt sich jedoch, dass besonders Bisexuelle und Trans* aufgrund ihres gesetzlichen Status kaum politische Berücksichtigung erfahren. Demnach kann angenommen werden, dass ihre Interessen noch geringere Artikulations- und Vermittlungschancen als die Interessen von Lesben und Schwulen haben. Aufgrund ihres rechtlichen Status spielen sie in der vorliegenden Arbeit deshalb nur eine untergeordnete Rolle bei der Untersuchung.

Lesben und Schwule rücken nicht nur in gesellschaftlicher und politischer Hinsicht immer stärker in den Blickpunkt des Interesses. So ruft etwa die Antidiskriminierungsstelle des Bundes das Jahr 2017, unter dem Motto *Gleiches Recht für jede Liebe*, zum Themenjahr für sexuelle Vielfalt aus. Damit möchte die Antidiskriminierungsstelle nicht nur auf Diskriminierungen aufmerksam machen, sondern auch die gesellschaftliche und rechtliche Gleichstellung – etwa im Ehe- und Adoptionsrecht, von LGBT-Personen vorantreiben (vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2017a). Aber auch aus wissenschaftlicher Perspektive erweisen sich Lesben und Schwule schon jetzt als Bevölkerungsgruppe von wachsender Relevanz. Ausgangspunkt dieser Entwicklung sind die in den USA von unterschiedlichen Interessenorganisationen beförderten politischen Initiativen und gesetzlichen Regelungen (vgl. Maier 2009: 205). Jedoch ist der Forschungsstand zu Lesben- und Schwulenverbänden nach wie vor stark begrenzt.

So liegen trotz einzelner Befunde bislang keine systematischen Studien zur Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden in der deutschen Politikwissenschaft vor. Hier zeigt sich eine klare Forschungslücke. Deshalb scheint es angesichts der stark begrenzten Forschungslage zunächst sinnvoll den aktuellen Forschungsstand genauer zu skizzieren. Hierdurch können die einzelnen Beiträge erste Erkenntnisse und Hinweise auf die Artikulations- als auch Vermittlungschancen repräsentierter Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden liefern. Anschließend gilt es den Untersuchungsgegenstand abzugrenzen, um den Gegenstandsbereich von Familienpolitik näher zu bestimmen. Am Ende dieser Einleitung wird die Fallauswahl genauer begründet sowie das weitere Vorgehen der Forschungsarbeit vorgestellt.

1.1. Forschungsstand

Bei der Betrachtung des hier dargelegten Forschungsinteresses stellt sich zunächst die Frage nach einer sozialwissenschaftlichen Verortung des Themas. Der wissenschaftliche Diskurs um Lesben- und Schwulenpolitiken verbreitete sich in Deutschland erst in den letzten beiden Jahrzehnten und somit vergleichsweise spät und langsam. Dennoch ist das Thema Homosexualität hierzulande noch immer „als ein offizieller Bestandteil im akademischen Leben [...] so gut wie nicht existent“ (Frohn 2014: 482). In den deutschen Sozialwissenschaften beschränkt sich die wissenschaftliche Auseinandersetzung auf einzelne Disziplinen oder wird interdisziplinär nur von wenigen Forschern und Forscherinnen betrieben. So wird die (politische) Vertretung von Lesben und Schwulen in der deutschen Politik sozialwissenschaftlich meist in zwei Bereichen thematisiert: Erstens, im Zuge der Beschäftigung mit *neuen* sozialen Bewegungen und hierbei insbesondere hinsichtlich der Lesben- und Schwulenbewegung seit den 1970er Jahren. In diesem Zusammenhang stehen vor allem Fragen nach dem Repräsentationsanspruch und den Veränderungsprozessen im politischen Umgang mit Lesben und Schwulen im Mittelpunkt der Literatur zur Lesben- und Schwulenbewegung (z.B. Dobler/Rimmele 2008, Haunss 2004, Hekma 2006). In diesem Fall verweisen die Autoren und Autorinnen auf die Herausbildung einer kollektiven Identität sowie die Entwicklung homosexueller Interessenorganisationen durch die Lesben- und Schwulenbewegung. Zudem wird die Bewegung als Voraussetzung für die weiteren politischen Reformprozesse – wie die Rechtsangleichung homosexueller Paare oder die Neuregelungen in der Antidiskriminierungspolitik, angesehen (Dobler/Rimmele 2008: 556). Den zweiten Ausgangspunkt wissenschaftlicher Untersuchungen zum Thema

bildet dann das Lebenspartnerschaftsgesetz. In diesem Zusammenhang geht es vor allem um Fragen im Hinblick auf die politische wie auch rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Personen und Paare sowie zur politischen Beteiligung von Lesben- und Schwulenverbänden bei der Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaft. Da dieses Thema jedoch noch ein sehr junger Forschungsgegenstand ist, liegen bislang nur vereinzelt wissenschaftliche Erkenntnisse besonders über die Rolle der Verbände während der Etablierung der eingetragenen Lebenspartnerschaft vor. Auffällig ist jedoch, dass relativ späte Engagement der deutschen Interessenverbände im Vergleich zu ihren Kollegen aus den europäischen Nachbarstaaten. Vor diesem Hintergrund argumentieren die meisten Autoren und Autorinnen, dass dies primär auf den begrenzten (politischen) Einfluss der Organisationen zurückzuführen sei. Aber auch ihre geringe Mobilisierungskraft bezüglich der Forderungen nach politischer und juristischer Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare in den eigenen Reihen wird als wesentlicher Grund angeführt (u.a. Degele et al. 2002, Hajek 2012, Preidel 2015). Erst ab Ende der 1990er Jahre sei eine zunehmende Institutionalisierung und Professionalisierung der Organisationen zu beobachten, so dass die politischen Interessen und Forderungen stärker als bislang Gehör fanden (Raab 2011: 242). Allerdings können laut einigen Autoren und Autorinnen erhebliche Asymmetrien zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden festgestellt werden. So verweist Katharina Hajek darauf, dass beim analytischen Blick auf die beteiligten Akteure das Lebenspartnerschaftsgesetz als „Ergebnis der Durchsetzung spezifischer Interessen und Forderungen und der erfolgreichen politischen Arbeit spezifischer, bürgerrechtlich ausgerichteter Lesben- und Schwulenverbände“ (Hajek 2012: 159) analysiert werden muss. Laut der Autorin nimmt besonders der *Lesben- und Schwulenverband in Deutschland* eine hervorgehobene Stellung bei der Artikulation und Vermittlung politischer Interessen ein. Andere Lesben- und Schwulenverbände wurden hingegen kaum berücksichtigt oder gar ganz von politischen Beratungen ausgeschlossen (Hajek 2012: 165). Dieser Befund deckt sich zudem mit der Forschungsarbeit der Politikwissenschaftlerin Louise K. Davidson-Schmich zur Interessenvertretung von Lesbenverbänden in der deutschen Politik. Davidson-Schmich zufolge bestehen erhebliche Asymmetrien zwischen kleineren bzw. partikularen Verbänden und dem *Lesben- und Schwulenverband in Deutschland*, der seine Stellung in den letzten Jahren zunehmend ausbauen konnte. Das habe zur Folge, dass spezifische bzw. partikulare Forderungen – die zuvor noch von den kleinen

Interessenverbänden vertreten wurden, gegenüber der Politik nur noch schwer artikuliert und vermittelt werden können (Davidson-Schmich 2014: 7).

Insgesamt zeigen sich somit zwei Lücken im Forschungsstand zur (politischen) Vertretung von Lesben und Schwulen in der deutschen Politik: Die erste Lücke bezieht sich auf die bis zum heutigen Zeitpunkt insgesamt nur verhältnismäßig wenige Literatur die zur Verfügung steht. Die zweite Lücke betrifft den unzureichenden Kenntnisstand in Bezug auf Lesben- und Schwulenverbände – und im vorliegenden Fall insbesondere hinsichtlich der Artikulation wie auch Vermittlung politischer Interessen. Gründe hierfür sehen viele Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen darin, dass neben der offenen Diskriminierung an eher konservativen Fachbereichen, Publikationen zum Thema Homosexualität schnell als ‚Betroffenheitsforschung‘ gelten und Forschungsanträge zur Finanzierung konkreter Forschungsvorhaben kaum eine Chance haben (vgl. Knoke 2008).

Neben den wenigen Befunden zur (politischen) Vertretung von Lesben und Schwulen in der deutschen Politik, finden sich zahlreiche Studien (primär) mit Bezug auf den amerikanischen Fall (ausführlich siehe Riggle/Tadlock 1999): Ausgangspunkt dieser Untersuchungen bildet auch hier die wissenschaftliche Beschäftigung mit *neuen* sozialen Bewegungen bzw. die Lesben- und Schwulenbewegung der 1970er Jahre in den USA. Vor diesem Hintergrund wurde den neu gegründeten Lesben- und Schwulenverbänden von zahlreichen Autoren und Autorinnen lange Zeit politische ‚Machtlosigkeit‘ attestiert (Smith/Haider-Markel 2002: 12). Erst seit den 1990er Jahren konnten die US-amerikanischen Lesben- und Schwulenverbände zunehmend an politischem Einfluss gewinnen. Dies kann maßgeblich auf gesellschaftliche Veränderungsprozesse sowie fortschreitende Institutionalisierung und Professionalisierung der Organisationen zurückgeführt werden (Smith/Haider-Markel 2002: 85). So stellt Donald P. Haider-Markel fest, dass es einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Anzahl der Verbände und ihren Beteiligungs- und Einflusschancen an der Legislative gibt. Demzufolge steigen mit der Zahl von Lesben- und Schwulenverbänden auch ihre Beteiligungsmöglichkeiten an Kongressanhörungen, was wiederum einen signifikant positiven Effekt auf Lesben- und Schwulenpolitiken zur Folge hat (Haider-Markel 1999: 261). Dass Homosexuelle zunehmend an Einfluss gegenüber der Politik gewonnen haben, zeigt auch eine Studie von Dara Z. Strolavitch zur Vertretung und Durchsetzung partikularer Interessen. Laut der Autorin ist es für die amerikanischen

Lesben- und Schwulenverbände seit den 2000er Jahren nicht nur einfacher geworden ihre Interessen gegenüber der Legislative zu artikulieren, sondern auch diese durchzusetzen (Strolovitch 2014: 78). Neben ihren Einfluss- und Beteiligungschancen am Gesetzgebungsprozess, konnten die Lesben- und Schwulenverbände insbesondere in der US-amerikanischen Familienpolitik an Bedeutung gewinnen. So sorgte ihre zunehmende familienpolitische Präsenz laut Edward Ashbee dafür, dass die Definitionen von Familie, Ehe, Mutterschaft und Vaterschaft ständig und immer wieder in Frage gestellt werden (Ashbee 2001: 522). Ashbee führt diese Entwicklung auf die zunehmende Bedeutung von Lesben und Schwulen für die Politik zurück, indem sie insbesondere für die *Demokratische Partei* einen zentralen Wählerkreis bei den Fundraising-Aktivitäten und Kampagneninitiativen der Partei darstellen (Ashbee 2001: 523).

Doch wie gestalten sich nun die Einflussmöglichkeiten von Lesben- und Schwulenverbänden insgesamt aus? Bislang haben sich zahlreiche Publikationen mit dieser Frage in ganz unterschiedlicher Weise beschäftigt, wobei eine allgemeingültige Typologie oder Theorie fehlt (ausführlich siehe Mucciaroni 2011). Gleichwohl lassen sich einige übereinstimmende Befunde bei den einschlägigen Autoren und Autorinnen identifizieren: Der (politische) Erfolg verbandlicher Einflussnahme ist zunächst von den zur Verfügung stehenden Ressourcen der Verbände abhängig. Damit sind sowohl die finanziellen als auch personellen Mittel der Verbände sowie ihre Mitgliederzahl gemeint. Daneben identifizieren Donald P. Haider-Markel und Kenneth J. Meier den Anteil von Homosexuellen an der Gesamtbevölkerung als weitere wichtige Ressource. Denn je größer der Anteil der homosexuellen Population zur Bevölkerung ist, desto eher finden Lesben- und Schwulenverbände politisch Gehör (Haider-Markel/Meier 1996: 336). In diesem Zusammenhang verweist David Rayside anhand des Reformprozesses von Lesben- und Schwulenpolitiken in Großbritannien, Kanada und den USA der 1980er bis 2000er Jahre, dass es in allen drei Ländern einen signifikanten Zusammenhang zwischen den zur Verfügung stehenden Ressourcen von Lesben- und Schwulenverbänden, der Beteiligung am politischen Prozess und dem Ergebnis gibt. In diesem Fall identifiziert er neben den wichtigen finanziellen und personellen Mitteln, vor allem eine hohe Mitgliederzahl, Kooperationsbeziehungen zu anderen Verbänden sowie der Kontakt zu den Medien als zentrale Ressourcen. Weisen Verbände hingegen nicht oder nur einen Teil dieser nötigen Ressourcen auf, sinken ihre Einflusschancen und das Ergebnis der Politik weicht von den ursprünglichen Zielvorstellungen der Verbände

deutlich ab (Rayside 2001: 52). Neben den zur Verfügung stehenden Ressourcen der Verbände ist die erfolgreiche Einflussnahme zudem abhängig von bisherigen politischen Entscheidungen und der Haltung der politischen Eliten. Demnach kann die bisherige Politik eines Landes als Leitlinien für die politischen Eliten im Umgang mit bestimmten Interessen bzw. Interessenverbänden angesehen werden. Außerdem können laut einiger Autoren und Autorinnen sogenannte Vetospieler – wie etwa konservative und/oder religiöse Parteien oder einflussreiche Gruppen, die verbandliche Einflussnahme entscheidend hemmen. Folglich hängen die Einflusschancen der Verbände auch immer von der Akteurs- und Interessenkonstellation des jeweiligen Politikfelds bzw. von den beteiligten Akteuren und ihren repräsentierten Interessen ab (vgl. Haider-Markel 2000: 314). Zudem wird die Unterstützung der breiten Öffentlichkeit ebenfalls als wichtige Voraussetzung für die Einflussnahme von Lesben- und Schwulenverbänden bewertet (Haider-Markel/Meier 1996: 336). Auf der anderen Seite ist der (politische) Einfluss von Lesben- und Schwulenverbänden aber auch von konkreten Strategien und Instrumenten – im Rahmen der politischen Interessenvertretung, abhängig. Hier lassen sich drei zentrale Instrumente der verbandlichen Einflussnahme in den einschlägigen Publikationen identifizieren: Erstens, öffentliche Protestaktionen und Kampagnen; Zweitens, formelle als auch informelle Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern; Und dritten, die Bildung von Koalitionen bzw. Kooperationen mit Verbänden mit gleichen oder ähnlichen Interessen. In diesem Zusammenhang zeigt eine Studie von Donald P. Haider-Markel, dass die Wahl möglicher Strategien eine taktische Frage darstellt. Demzufolge setzen Verbände auf öffentliche Protestaktionen und Kampagnen, wenn ihnen nur geringe finanzielle als auch personelle Ressourcen zur Verfügung stehen und sie in der breiten Öffentlichkeit kaum Unterstützung für ihr Anliegen erfahren. Formelle und/oder informelle Kontakte hingegen nutzen Verbände, wenn sie entsprechende finanzielle und personelle Ressourcen vorweisen können sowie eine breite öffentliche Unterstützung für ihr Anliegen haben. Zudem stellt Haider-Markel fest, dass auch die Interessenlage und Haltung der politischen Eliten eine zentrale Rolle spielt, insofern bürgerlichorientierte Lesben- und Schwulenverbände wesentlich größere Einflusschancen haben (Haider-Markel 2006: 112). Außerdem können Koalitionen bzw. Kooperationen mit anderen Verbänden eine erfolgsversprechende Strategie der Einflussnahme darstellen, insbesondere wenn Verbände nur knappe Ressourcen zur Verfügung haben. Allerdings wird die Bereitschaft von Lesben- und Schwulenverbänden zur Zusammenarbeit mit Interessenverbänden mit gleichen oder ähnlichen

Interessen von den meisten Autoren und Autorinnen als negativ bewertet (vgl. Smith/Haider-Markel 2002: 118).

Zusammengefasst kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass der Forschungsstand zur (politischen) Vertretung von Lesben und Schwulen in der deutschen Politik äußerst begrenzt ist. Bislang liegen weder systematische Studien zu Lesben- und Schwulenverbänden im Allgemeinen, noch hinsichtlich der Artikulation und Vermittlung verbandlicher Interessen gegenüber dem politischen Prozess im Speziellen vor. Hier zeigte sich eine klare Forschungslücke. Daneben konnten aber auch Forschungsergebnisse dargelegt werden, die erste Hinweise auf Artikulations- und Vermittlungsmöglichkeiten von Lesben- und Schwulenverbänden geben. Zu beachten ist dabei, dass sich diese jeweils (primär) auf den US-amerikanischen Fall beziehen und daher nur eingeschränkt auf den deutschen Fall adaptierbar sind. Dennoch können diese Befunde dazu beitragen, vor dem Hintergrund des äußerst begrenzten Forschungsstands, erste Erkenntnisse zum Forschungsthema zu sammeln. So konnte verdeutlicht werden, dass Lesben- und Schwulenverbände sowohl an Bedeutung für die Politik wie auch an Einfluss auf die Politikgestaltung in den vergangenen 20 Jahren maßgeblich gewonnen haben. Vor diesem Hintergrund konnte zudem festgestellt werden, dass der (politische) Einfluss von Lesben- und Schwulenverbänden vor allem von den zur Verfügung stehenden Ressourcen, den bisherigen politischen Entscheidungen und der Haltung der politischen Eliten, der Akteurs- und Interessenkonstellation im Politikfeld sowie der Unterstützung der breiten Öffentlichkeit abhängt. Darüber hinaus können auch drei zentrale Einflussstrategien identifiziert werden. In diesem Fall setzen die Verbände auf öffentliche Protestaktionen und Kampagnen, formelle und/oder informelle Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern sowie auf Kooperations- bzw. Koalitionsbeziehungen mit Interessenverbänden mit gleichen oder ähnlichen Interessen, um ihren politischen Einfluss zu maximieren.

Insofern zeigt sich, dass der (politische) Erfolg von Lesben- und Schwulenverbänden vor allem von ihren Einflusschancen und Strategien abhängt. D.h. will man die Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden in der Politik untersuchen, dann müssen auch ihre Einflusschancen und Strategien Gegenstand dieser Untersuchung sein. So sind die Akteurs- und Interessenkonstellation im Politikfeld, die zur Verfügung stehenden Ressourcen sowie die entsprechenden Strategien und Instrumente im Rahmen der politischen Interessenvertretung zu beachten.

1.2. Untersuchungsgegenstand

Um den Gegenstandsbereich von Familienpolitik näher zu bestimmen, kann zunächst von einer äußerst formalen Definition nach Irene Gerlach ausgegangen werden:

Familienpolitik ist hiernach „die Summe aller Handlungen und Maßnahmen, [...] die normativ und/oder funktional begründbar die Situation von Familien im Hinblick auf eine als wünschenswert definierte Erfüllung von deren Teilfunktionen hin beeinflussen“ (Gerlach 2004: 417).

Familienpolitik ist damit aber weder ein inhaltlich noch institutionell klar eingrenzbares Politikfeld. Denn sie ist zum einen explizite Fachpolitik – z.B. im Ehe- oder Familienrecht. Zum anderen ist Familienpolitik aber auch ein gesellschaftliches Querschnittsthema, dass in unterschiedliche Lebens- und Sicherungsbereiche – wie etwa in den Bereichen Einkommen, Wohnen oder Bildung, einwirkt (Boeckh et al. 2006: 295). Ein weiteres Problem der Abgrenzung des Politikfelds ist zudem der *Querschnittscharakter* von Familienpolitik, da starke Schnittmengen mit anderen Politikfeldern bestehen. Dies betrifft insbesondere die Frauen-, Sozial- und Bevölkerungspolitik. Um sich dennoch dem Untersuchungsgegenstand zu nähern können drei Ebenen von Familienpolitik – analog zu den drei politikwissenschaftlichen Dimensionen des Politischen (*polity*, *policy* und *politics*), unterschieden werden: Familienpolitik bildet in einem formalen Sinne (*polity*) eine der grundgesetzlich gesicherten Normen staatlichen Handelns in Deutschland. Hauptlegitimation familienpolitischen Handelns ist der grundgesetzlich verankerte Schutz von Ehe und Familie via Art. 6 Abs. 1 GG. Er ist das einzige Grundrecht, das sich nicht auf ein Individuum, sondern auf eine Gruppe von Menschen bezieht, denen besonderer staatlicher Schutz zukommt (Dienel 2002: 35). Von Familienpolitik als Prozess (*politics*) kann überall dort gesprochen werden, wo politische Maßnahmen ausdrücklich mit der Zielsetzung legitimiert werden, Familien zu fördern oder normativ zu gestalten (Kaufmann 2007: 1). In dieser Hinsicht werden die politischen Inhalte in der Regel durch Interessen und Konflikte der beteiligten Akteure bestimmt. Aus staatlicher Sicht erfordert Familienpolitik eine starke Verzahnung mit allen föderalen Ebenen, da sich die familienpolitischen Zuständigkeiten sowohl auf den Bund als auch auf die Länder und Gemeinden verteilen. Folglich bedarf die deutsche Familienpolitik im Prinzip eine sorgfältige Abstimmung und Koordination zwischen den politischen Ebenen (Dienel 2002: 223). Aus Sicht der gesellschaftlichen Akteure wiederum ist das Spektrum der einflussnehmenden Akteure groß, wobei die Einflusschancen zwischen den Akteuren stark variieren und relativ hohe Meinungsunterschiede bestehen. Dies ist vor allem

darauf zurückzuführen, dass familienpolitische Diskurse sich in aller Regel sowohl auf Leitbilder von Familie als auch auf bestimmte Maßnahmen beziehen, welche mit konkreten Formen menschlichen Zusammenlebens korrespondieren (Kaufmann 2007: 1). Auf Inhalts- bzw. Maßnahmenebene (*policy*) handelt es sich bei familienpolitischen Maßnahmen um ‚Interventionen‘, die direkt oder indirekt Ehe und Familie beeinflussen. Großen Einfluss haben insbesondere rechtliche Maßnahmen vor allem im Ehe- und Familienrecht. Darüber hinaus sind aber auch wirtschaftspolitische Maßnahmen – wie etwa Kinder- und Erziehungsgeld, sowie steuerpolitische Maßnahmen – wie Ehe- und familienbezogene Besteuerungen, von Bedeutung (Dienel 2002: 36).

Aus Sicht von Lesben- und Schwulenverbänden spielt Familienpolitik vor allem in Bezug auf die Artikulation wie auch Vermittlung verbandlicher Interessen eine zentrale Rolle. Denn das Politikfeld ist der wichtigste Bezugspunkt für die Verbände bei der Forderung nach sozialer und rechtlicher Anerkennung bzw. Gleichstellung lesbischer und schwuler Lebensformen. Nico J. Beger stellt in diesem Zusammenhang fest:

„In fact, marriage and the right to adoption, custody, or artificial insemination – in short, the right to be recognised as a family – are the central rallying point of gay and lesbian rights struggles and also the greatest stumbling block“ (Beger 2004: 6).

Dazu wurde 2014 das Referat *Gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Sexuelle Identitäten* im Bundesfamilienministerium eingerichtet, dass sich mit den Themen Homo- und Transsexualität auseinandersetzt. Aus diesem Grund eignet sich das Politikfeld im Hinblick auf das Forschungsinteresse sehr gut, um die Artikulation wie auch Vermittlung verbandlicher Interessen realitätsgerecht abzubilden und somit theoretisch sowie empirisch zu erfassen.

Vor diesem Hintergrund liegt das Forschungsinteresse der vorliegenden Arbeit primär auf der Prozessebene von Familienpolitik (*politics*) und hierbei insbesondere auf dem Prozess der Artikulation wie auch Vermittlung gesellschaftlicher Interessen. Damit rücken jene konkurrierenden Akteure in den Fokus der Analyse, die in den familienpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess miteingebunden sind und/oder versuchen diesen zu beeinflussen. Zentrale Fragen sind hier: Wer ist beteiligt und wer steht im Zentrum? Wie werden Interessen artikuliert und vermittelt? Aber auch wer findet Beteiligung und kann seine Interessen durchsetzen? Die Artikulation wie auch Vermittlung gesellschaftlicher Interessen hängt aber auch mit der formalen Dimension von Politik (*polity*) zusammen. In diesem Fall bezieht sich Interessen-

vertretung auch auf institutionelle Aspekte, weil sie „Teil der politischen Ordnung und der historisch gewachsenen Organisationsformen des demokratischen Gemeinwesens“ (Schmid 2007: 43) sind. Daher wird auch diese Dimension Gegenstand der vorliegenden Arbeit sein. Schließlich spielen auch die konkreten politischen Inhalte (*policy*) eine mehr oder weniger bedeutsame Rolle, da Interessenverbände in der Regel bestimmte Inhalte bzw. Entscheidungen beeinflussen wollen (vgl. Schmid 2007: 44).

1.3. Fallauswahl

Valide Aussagen über die Anzahl der Interessenverbände, die in Berlin um Einfluss auf den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess konkurrieren, sind nur schwierig zu treffen (vgl. Rudzio 2011: 83). Dennoch liefert die *Öffentliche Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern* – auch kurz *Lobbyliste* genannt, ein zuverlässiges Indiz für das Spektrum verbandlich organisierter Interessen. Derzeit sind etwa 2200 Verbände beim Deutschen Bundestag registriert. Jedoch ist die Eintragung in diese Liste freiwillig und bildet daher nicht das ganze Spektrum verbandlicher Interessenvertretung im Deutschen Bundestag bzw. in der Bundesrepublik ab. Zumal die Eintragung in die Lobbyliste keinen Vorteil für die Verbände mit sich bringt. Zwar steht in der Geschäftsordnung des Bundestags, dass nur Vertreter registrierter Verbände als Experten in den Bundestag geladen werden dürfen, diese Regelung wurde jedoch bis heute durch eine Auslegungsentscheidung des *Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung* vom 18.10.1979 außer Kraft gesetzt. Somit werden Verbandsvertreter „auch ohne Registrierung ihrer Organisation zu Hearings zugezogen, wenn es den Parlamentariern sinnvoll erscheint“ (Sebaldt/Straßner 2004: 142). Gleichwohl aber kann angenommen werden, dass Interessenverbände, die den Anspruch haben von der Bundespolitik als politisch aktiv wahrgenommen zu werden, auch in der Lobbyliste eingetragen sind (Althaus/Rawe 2006: 7). Insgesamt sind vier Verbände gelistet, die als *Interessenbereich* die Personengruppen Lesben und/oder Schwule angeben. Zu den registrierten Interessenverbänden zählen: Die *Bundeskonzferenz Schwul-Lesbischer Netzwerke e.V.*, das *Jugendnetzwerk Lambda e.V.*, der *Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e.V.* und der *Völklinger Kreis e.V.* (Bundestagsanzeiger 2014).

Die *Bundeskonzferenz Schwul-Lesbischer Netzwerke e.V.* (kurz: BKSL)² ist eine gemeinsame Interessenvertretung von regionalen und Landesnetzwerken lesbischer, schwuler, lesbisch-schwuler als auch queerer Selbstorganisationen. Sie geht aus der Vorläuferorganisation *Bundeskonzferenz der schwulen Landesnetzwerke* (kurz: KSL) hervor. Die KSL wurde 1998 mit dem Ziel der bundesweiten Vernetzung und Kooperation der schwulen Landesnetzwerke gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern zählen Niedersachsen, Hessen und Nordrhein-Westfalen, während die schwulen Landesnetzwerke Baden-Württemberg und Brandenburg wenig später dazu traten. Im Jahr 2000 folgten dann die Landesnetzwerke aus Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Von Anfang an finden regelmäßige Treffen der Mitglieder bezüglich des Erfahrungsaustauschs, der Diskussion über landesübergreifende Fragen schwuler Selbsthilfe sowie der Arbeitsabstimmung untereinander statt. 2008 schließlich wurde die KSL in BKSL umbenannt und bemüht sich fortan um die Vernetzung lesbischer, schwuler, lesbisch-schwuler sowie queerer Regional- und Landesverbände³. Die BKSL setzt sich heute aus drei Landesnetzwerken in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz wie auch Niedersachsen zusammen und zählt insgesamt rund 15.000 Mitglieder. Die Netzwerke in Hessen und Baden-Württemberg sind heute hingegen nur noch kooperativ tätig. Darüber hinaus ist die BKSL an das *Bundesforum Männer*, die *Bundestiftung Magnus Hirschfeld* und die *Deutsche AIDS-Hilfe* angeschlossen. Laut Eigendarstellung fördert die BKSL Hilfe zur Selbsthilfe und unterstützt die Initiatoren lesbisch-schwuler Selbstorganisation bei ihren Bemühungen, ihre Interessen auf Bundesebene erfolgreich zu vertreten. Da in einigen Bundesländern und Regionen die Entwicklung lesbisch-schwuler Strukturen sehr ungleichmäßig ausgebaut sind, können die Mitgliederorganisationen über ihre jeweiligen Ländergrenzen hinweg Ressourcen, Wissen und Erfahrungen innerhalb der BKSL bündeln und für ihre Strukturen nutzbar machen⁴. Dazu strebt die BKSL laut Satzung die Kooperation untereinander, die Koordination von Hilfs-, Beratungs- als auch Informationsprojekten und Fördervorhaben, die Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen sowie die gemeinsame Interessenvertretung auf Bundesebene an⁵.

² Die BKSL wurde auf der Mitgliederversammlung am 27.11.2014 offiziell in *QueerNetz.de* umbenannt, um ihre Strukturen und Interessenbereiche besser abzubilden. Dennoch ist die Organisation auf der Lobbyliste des Deutschen Bundestags weiterhin als BKSL aufgeführt (Stand: April 2015).

³ Unter: <http://schwules-netzwerk.de/wp-content/uploads/2015/11/Band-15-20-Jahre-Schwules-Netzwerk-NRW-NEU.pdf>, 16.04.2015

⁴ Unter: <http://www.bksl.de/die-bksl>, 16.04.2015

⁵ Unter: http://bksl.queernet-rlp.de/wp-content/uploads/Satzung_BKSL_2011.pdf, 16.04.2015

Das *Jugendnetzwerk Lambda e.V.* (kurz: Lambda) ist ein bundesweiter Jugendverband für lesbische, schwule, bisexuelle und trans* Jugendliche. Lambda wurde im Mai 1990 am ‚Zentralen Runden Tisch der Jugend‘ in der ehemaligen DDR gegründet. Nach der Wiedervereinigung hat sich der Wirkungskreis auf das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt⁶. Heute besteht das Jugendnetzwerk aus einem Bundesverband und mehreren Landesverbänden. Hierzu zählen die Landesverbände *Lambda Baden-Württemberg*, *Lambda Bayern*, *Lambda Berlin-Brandenburg*, *Lambda Mitte-West*, *Lambda Nord* sowie *Lambda Sachsen-Anhalt*. Im Jugendnetzwerk haben sich neben den Landesverbänden auch Jugendgruppen und Einzelpersonen mit dem Anspruch zusammengeschlossen, unter Wahrung ihrer Autonomie, lesbische, schwule, bisexuelle und trans* Jugendliche zu vertreten und zu unterstützen. Einzelmitglieder werden im Alter von 14 bis 26 Jahren aufgenommen. Über dieses Alter hinaus wandelt sich der Status vom Einzelmitglied in den eines Fördermitglieds, sofern die Mitgliedschaft nicht durch einen Austritt beendet wird⁷. Insgesamt sind rund 20.000 Menschen Mitglied bei Lambda (Bundestagsanzeiger 2014: 402). Zudem ist der Verband an mehr als 100 Organisationen angeschlossen – wie etwa dem *Deutschen Bundesjugendring* (kurz: DBJR), und kooperiert laut eigenen Angaben mit über 50 Jugendorganisationen in knapp 30 Ländern. Auf europäischer Ebene ist Lambda außerdem Mitglied der *International Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender and Queer Youth and Student Organisation* (kurz: IGLYO), einer jugendpolitischen Interessenvertretung gegenüber den EU-Institutionen⁸. Selbsternanntes Ziel des Jugendnetzwerks ist die Teilhabe und Verankerung lesbischer, schwuler, bisexueller und trans* Jugendlicher in allen Bereichen von Staat und Gesellschaft, so dass alle Jugendliche – unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung, gleiche Chancen haben. Laut Satzung des Vereins stellt Lambda dazu jungen Menschen die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Bildungs-, Aufklärungs- sowie Beratungsangebote der Jugendarbeit zur Verfügung⁹. Hierzu bietet Lambda hauptsächlich Beratungs- und Gruppenangebote von und für Jugendliche – wie etwa Coming-out-Gruppen, sowie Freizeit- und Seminarangebote an. Darüber hinaus sollen die Interessen junger Lesben, Schwuler, Bisexueller und Trans* in der Öffentlichkeit und Politik vertreten werden¹⁰. In diesem Sinne versteht sich das

⁶ Unter: <http://www.lambda-online.de/index.php/wir?view=featured>, 21.04.2015

⁷ Unter: <http://www.lambda-online.de/images/stories/formulare/satzung2014.pdf>, 21.04.2015

⁸ Unter: <http://www.lambda-online.de/index.php/vernetzung/partner-innen-organisationen>, 21.04.2015

⁹ Unter: <http://www.lambda-online.de/images/stories/formulare/satzung2014.pdf>, 21.04.2015

¹⁰ Unter: <http://www.lambda-online.de/index.php/wir?view=featured>, 21.04.2015

Jugendnetzwerk selbst als politisches Sprachrohr für junge homo-, bisexuelle und trans* Menschen und deren Belange¹¹.

Der *Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e.V.* (kurz: LSVD) ist nach eigenen Angaben die größte Bürgerrechts-, Selbsthilfe- und Wohlfahrtsorganisation für Lesben und Schwule in Deutschland. Der Verband wurde im Februar 1990 von ostdeutschen, schwulen Bürgerrechtlern zunächst als *Schwulenverband in der DDR* gegründet. Mit dem Anspruch künftig bundesweit aktiv zu werden, nannte sich der Verband vier Monate später auf seinem ersten Verbandstag im Juni 1990 in *Schwulenverband in Deutschland* (kurz: SVD) um. Ab 1998 arbeitet der SVD an einer Einbeziehung von Lesben in den Verband. Die Erweiterung des SVDs zum *Lesben- und Schwulenverband in Deutschland* wird 1999 vom Verbandstag beschlossen sowie Programm und Satzung des Verbands ergänzt. Damit ergab sich eine Konkurrenzsituation zum *Lesbenring*, der bis dato bundesweit größten Lesbenorganisation. Heute zählen der LSVD als auch der *Lesbenring* annähernd gleich viele lesbische Mitglieder¹². Insgesamt sind rund 4250 Menschen Mitglied beim LSVD (Bundestagsanzeiger 2014: 415). Der Verband ist in allen Bundesländern vertreten und sowohl auf Bundes-, Landes- als auch Ortsebene aktiv¹³. Darüber hinaus ist der LSVD an über 100 Organisationen – wie der *Deutschen AIDS-Hilfe* oder dem *Forum Menschenrechte*, angeschlossen. Außerdem ist der LSVD Mitgliedsorganisation der *International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association-Europe* (kurz: ILGA-Europe), dem europäischen Dachverband für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Trans*. Seit 2006 wird der LSVD zudem als Nichtregierungsorganisation mit offiziellem Beraterstatus vom Wirtschafts- und Sozialausschuss der UN anerkannt¹⁴. Unter dem Motto "Liebe verdient Respekt" wirbt der LSVD in der Öffentlichkeit für die Akzeptanz schwuler und lesbischer Lebensweisen. Dazu arbeitet der Verband verstärkt auf die soziale wie auch rechtliche Gleichstellung von homosexuellen und heterosexuellen Partnerschaften hin. Nach dem in Kraft treten des Lebenspartnerschaftsgesetzes 2001, konzentriert sich die Arbeit des LSVDs nach eigenen Angaben auf die gesetzliche Gleichstellung auf allen Ebenen. Mit dem Ziel, dass Schwule und Lesben ihre persönlichen Lebensentwürfe selbstbestimmt entwickeln können - frei von rechtlichen Benachteiligungen, frei von Anpassungsdruck an

¹¹ Unter: <http://www.lambda-online.de/index.php/politik>, 21.04.2015

¹² Unter: <http://www.lsvd.de/verband/kleine-geschichte-des-lsvd.html>, 22.04.2015

¹³ Unter: <http://www.lsvd.de/verband/satzung.html#c147>, 22.04.2015

¹⁴ Unter: <http://www.lsvd.de/verband/kleine-geschichte-des-lsvd.html>, 22.04.2015

heterosexuelle Normen, frei von Anfeindungen und Diskriminierungen¹⁵. Entsprechend entwickelt der LSVD laut Eigendarstellung politische Forderungen und Konzepte, arbeitet Gesetzesentwürfe und Maßnahmenprogramme aus, betreibt politische Öffentlichkeitsarbeit in Form von Aktionen, Demonstrationen als auch Plakatkampagnen und kommuniziert seine Ziele gegenüber Parteien, Behörden, Verbänden sowie Kirchen¹⁶. In diesem Fall nimmt der LSVD eine zentrale Rolle gegenüber der Politik ein, indem der Verband bzw. Verbandsvertreter vermehrt und als einzige Vertreter dieses Interessenbereichs als Sachverständige im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags in Fragen zu Lesben- und Schwulenpolitiken fungierten. Neben seiner politischen Interessenarbeit, bietet der LSVD Bildungs-, Aufklärungs- und Beratungsangebote für Lesben und Schwule an – wie die zahlreichen Sozialprojekte, die der LSVD zusammen mit seinen Untergliederungen entwickelt hat. Etwa in den Bereichen Antigewalt- und Jugendarbeit, Migrationspolitik und gleichgeschlechtlicher Elternschaft¹⁷.

Der *Völklinger Kreis e.V.* (kurz: VK) ist ein rein schwuler Berufsverband für Führungskräfte und Selbständige, wie etwa Manager, Unternehmer oder Freiberufler. Der Verband wurde 1991 mit dem Ziel der beruflichen wie auch privaten Vernetzung seiner Mitglieder in Hamburg gegründet. Seit 2004 führt der Verband den Untertitel *Bundesverband schwuler Führungskräfte*, um auch nach außen offensiv seinen Mitgliederkreis zu veranschaulichen¹⁸. Die rund 700 Mitglieder sind in 16 Fach- und 21 Regionalgruppen organisiert. Die Fachgruppen sind nach Berufsfeldern – wie Bauwesen, Finanzen, Recht usw., untergliedert und sollen den beruflichen wie auch fachlichen Erfahrungsaustausch sowie die fachliche Weiterbildung seiner Mitglieder ermöglichen. Die Regionalgruppen hingegen repräsentieren den VK als auch seine Ziele in den Regionen und dienen somit als erster Ansprechpartner der Mitglieder, (regionalen) Politik und Wirtschaft¹⁹. Als Berufsverband setzt sich der VK laut Satzung, neben dem beruflichen Erfolg seiner Mitglieder, insbesondere für ein diskriminierungsfreies Arbeits- und Lebensumfeld schwuler Führungskräfte und Selbständige ein. Dazu strebt der VK die berufliche und private Vernetzung seiner Mitglieder, politische Lobbyarbeit zum Erreichen von Rechts- und Chancengleichheit von Schwulen sowie die Verbreitung als auch Verankerung von *Diversity Management* in Wirtschaft,

¹⁵ Unter: <http://www.lsvd.de/ziele/buergerrechte.html>, 22.04.2015

¹⁶ Unter: <http://www.lsvd.de/ziele/politische-arbeit.html>, 22.04.2015

¹⁷ Unter: <http://www.lsvd.de/verband/gruppenprojekte.html>, 22.04.2015

¹⁸ Unter: <http://www.vk-online.de/ueber-den-vk/historie.html>, 22.04.2015

¹⁹ Unter: <http://www.vk-online.de/netzwerk.html>, 22.04.2015

Verwaltung und Organisationen an²⁰. In diesem Fall vertritt der Bundesverband den VK nach außen – durch Pressearbeit und Aktionen, durch Kontakte zu Politik, Wirtschaftsverbänden und der schwul-lesbischen Community im Bund. Zudem ist er verantwortlich für die bundesweiten Projekte des Verbandes – wie die Studie zur Entwicklung des *Diversity Managements* in Deutschland, die Veranstaltungsreihe *DiverseCity* für Vielfalt in der Arbeitswelt für Städte und deren Unternehmen sowie die Verleihung des *Max-Spohr-Preises* für besondere Leistungen in diesem Bereich²¹. Darüber hinaus ist der VK aktives Mitglied in der *Vereinigung deutscher Führungskräfteverbände* (kurz: ULA), der die ganze Palette von berufspolitischen Anliegen auf Bundesebene vertritt. Außerdem arbeiten der VK in Deutschland mit seinem lesbischen Pendant, den *Wirtschaftsweibern*, zusammen und engagiert sich im Aktionsbündnis *Ehe für alle*. Auf europäischer Ebene arbeitet der VK zudem politisch mit schwulen und/oder lesbischen Berufsverbänden zusammen, mit denen sich der VK seit 2005 im Dachverband *European Gay and Lesbian Managers Association* (kurz: EGMA) zusammengeschlossen hat²².

Zu den beim Deutschen Bundestag registrierten Lesben- und Schwulenverbänden zählen also:

1. Ein vom Namen her überregional-, faktisch aber vielmehr ein regionalagierender netzwerkartiger Interessenzusammenschluss schwul-lesbischer Landesverbände (BKSL)
2. Eine partikulare Interessenvertretung für lesbische und schwule Jugendliche bzw. junge Volljährige (Lambda)
3. Eine Gesamtvertretung lesbisch-schwuler Interessen auf Bundesebene (LSVD)
4. Eine rein schwule Interessenvertretung deren Mitglieder sich über ökonomische Kriterien definieren (VK)

1.4. Aufbau der Arbeit

Der Aufbau der vorliegenden Arbeit orientiert sich an dem oben erläuterten Forschungsinteresse. Im Anschluss an diese Einleitung wird zunächst eine Basis auf die für die Untersuchung relevanten begrifflichen und theoretischen Grundlagen geschaffen (2.1.).

²⁰ Unter: <http://www.vk-online.de/ueber-den-vk/organisation/satzung.html>, 22.04.2015

²¹ Unter: <http://www.vk-online.de/ueber-den-vk/bundesverband.html>, 22.04.2015

²² Unter: <http://www.vk-online.de/nc/ueber-den-vk/dachverbaende.html>, 22.04.2015

Dazu werden die zentralen Begrifflichkeiten operationalisiert sowie die konkreten Funktionen, die Interessenverbände in modernen Gesellschaften erfüllen, analysiert (2.1.1.). Anschließend werden die wesentlichen, die wissenschaftliche Diskussion prägenden Theorien der Verbändeforschung vorgestellt, um auf Grundlage dieser den vorliegenden Untersuchungsgegenstand einzuordnen (2.1.2.). Vor diesem Hintergrund erfolgt dann die Bestimmung der untersuchungsrelevanten Erklärungsfaktoren und Indikatoren (2.1.3.). Neben der theoretischen Fundierung wird in diesem Kapitel auch das methodische Vorgehen erläutert (2.2.). Im Mittelpunkt steht hier ein standardisierter Fragebogen (2.2.1.) sowie leitfadengestützte Experteninterviews (2.2.2.) als zentrale Datenerhebungsverfahren. Abschließend werden die zugrundeliegenden Auswahlkriterien (2.2.3.) für beide Erhebungsverfahren vorgestellt.

Unter Berücksichtigung der theoretischen und methodischen Grundlagen erfolgt dann die empirische Untersuchung: Im dritten Kapitel wird zunächst die abhängige Untersuchungsvariable geklärt. Hierzu wird der bisherige Reformprozess zur sozialen und rechtlichen Anerkennung bzw. Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Personen und Paare genauer betrachtet. Ziel dieser Analyse ist eine allgemeine Entwicklung aus der Reformgeschichte abzuleiten, die erste Hinweise und Erkenntnisse zur vermuteten Artikulations- wie auch Vermittlungsschwäche von Lesben- und Schwulenverbänden gibt. In einem weiteren Schritt wird dann auf Grundlage der zuvor festgestellten Entwicklungen und Beobachtungen, die Artikulations- und Vermittlungsschwäche empirisch untermauert (3.1.). Ein Zwischenfazit dient schließlich dazu die gesammelten Befunde kurz zusammenzufassen (3.2.).

In den Kapiteln vier bis sechs erfolgt dann die empirische Analyse der Erklärungsfaktoren. In diesem Zusammenhang werden zunächst im vierten Kapitel die institutionellen Rahmenbedingungen von Familienpolitik untersucht, die sich auf die Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden auswirken. Dazu zählen der Querschnittscharakter von Familienpolitik (4.1.), der familienpolitische Regimetyp und das Leitbild von Familienpolitik (4.2.), der Wandel familienpolitischer Leitbilder (4.3.) sowie die Motive für staatliches Handeln und Maßnahmen (4.4.). Zum Abschluss dieses Kapitels werden in einem Zwischenfazit die erzielten Ergebnisse in puncto Kausalität zwischen den aufgestellten Indikatoren zusammengefasst (4.5.). Anschließend werden im fünften Kapitel die Rückwirkungen der Akteurs- wie auch Interessenkonstellation im Politikfeld auf die Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden untersucht. Der erste Abschnitt dieses Kapitels beschäftigt sich mit der Akteurs-

konstellation, genauer gesagt, das spezifische Akteursgefüge (5.1.) als auch die Akteurszene (5.2.) von Familienpolitik. Hiernach wird dann die Interessenkonstellation hinsichtlich der schwerpunktmäßig vorherrschenden Interessenlage (5.3.), das daraus resultierende Beziehungsverhältnis der Akteure (5.4.) als auch die politikfeldspezifische Konfliktkonstellation (5.5.) untersucht. Das Kapitel schließt ebenfalls mit einem Zwischenfazit, dass die wesentlichen Erkenntnisse unter Berücksichtigung der Kausalität zwischen den untersuchten Indikatoren zusammenfasst (5.6.). Das sechste Kapitel dient der Analyse und Diskussion der zur Verfügung stehenden Strategien und Instrumente von Lesben- und Schwulenverbänden im Rahmen der Artikulation und Vermittlung verbandlicher Interessen. Im Zentrum dieser Analyse stehen zunächst die *klassischen* Ressourcen (6.1.), während nachfolgend die Verbands- (6.2.) und Kontaktstrukturen (6.3.) untersucht werden. Dies ist nötig, um anschließend den Strategie- und Instrumenteinsatz von Lesben- und Schwulenverbänden (6.4.) genauer analysieren und diskutieren zu können. Schließlich werden in einem Zwischenfazit (6.5.) die Befunde im Hinblick auf die aufgestellten Indikatoren zusammengefasst.

Das siebte Kapitel zieht am Ende ein Fazit der zentralen Ergebnisse dieser Arbeit. So werden die wesentlichen Befunde der Forschungsarbeit zusammengefasst als auch die Besonderheiten des Forschungsgegenstands herausgearbeitet. Des Weiteren dient dieses Kapitel der Methodenreflexion der verwendeten Datenerhebungs- und Analyseverfahren. Zudem werden hier einige wichtige Ableitungen für die nachfolgende Forschungspraxis formuliert und weiterer Forschungsbedarf skizziert.

2. Theoretischer und methodischer Rahmen

Die Untersuchung der Artikulations- wie auch Vermittlungsschwäche von Lesben- und Schwulenverbänden in der deutschen Familienpolitik erfordert angesichts der Vielzahl an unterschiedlichen Erscheinungsformen und Charakteristika organisierter Interessen in der Bundesrepublik zunächst eine klassifikatorische Einordnung. Daher werden zunächst die verwendeten Leitbegriffe und theoretischen Grundlagen herausgearbeitet sowie die für die nachfolgende Untersuchung verwendeten Erklärungsfaktoren und Indikatoren vorgestellt. Anschließend wird das methodische Vorgehen bzw. das zugrundeliegende Datenerhebungs- und Auswahlverfahren erläutert.

2.1. Begriffe und theoretische Grundlagen

Politikergebnisse resultieren in demokratisch organisierten Gesellschaftssystemen nicht ausschließlich aus externen Sachzwängen oder sozialstrukturellen Bedingungen. Vielmehr ergeben sie sich auch aus Entscheidungs- und Aushandlungsprozessen, an denen unterschiedliche politische als auch gesellschaftliche Akteure beteiligt sind. Wie in allen westlichen Demokratien ist es auch in Deutschland zu einer Zunahme von Anzahl und Bedeutung gesellschaftlicher Akteure gekommen, die ihrerseits versuchen staatliche Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse zu beeinflussen sowie ihren Einfluss dauerhaft zu sichern (vgl. Blum/Schubert 2009: 54). Vor diesem Hintergrund werden insbesondere Interessenverbände als Organisationen der Artikulation und Vermittlung gesellschaftlicher bzw. gesellschaftspolitischer Interessen ein besonderer Stellenwert in der wissenschaftlichen Literatur eingeräumt (vgl. Kleinfeld et al. 1996). Heute finden sich kaum noch gesellschaftliche Gruppen deren Interessen nicht direkt oder stellvertretend organisiert sind. Auf der anderen Seite durchdringt die Politik ihrerseits die moderne Gesellschaft immer weiter und tiefer, so dass sie auf die Beteiligung von Interessenverbänden angewiesen ist (Willems/Winter 2007: 14).

Zur Erklärung der Rolle und Tätigkeit von Verbänden im politischen System sind in der Verbändeforschung unterschiedliche theoretische Ansätze entwickelt worden: Angefangen mit dem dominierenden Paradigma des Pluralismus – insbesondere in Form des Neopluralismus von Ernst Fraenkel (ausführlich siehe Fraenkel 1964), der 1950er und 1960er Jahre; über die kritische Bewertung der Rolle von Verbänden Ende der 1960er Jahre, wie sie bei Claus Offe zu finden ist (ausführlich siehe Offe 1972); bis hin zur Beteiligung und Einbindung von wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Gruppen in Entscheidungsverfahren Ende der 1970er Jahre, wie sie in der Korporatismusforschung vorzufinden ist (ausführlich siehe u.a. Schmitter 1974, Lehmbruch 1974). Die Vielfalt wie auch Fortentwicklung dieser Forschungsrichtungen ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass Politik und Verbände einem beständigen Wandel unterworfen sind (Kleinfeld 2007: 79). Jeder dieser theoretischen Erklärungsansätze bildet jeweils nur einen Teilbereich von Interessenvermittlungsstrukturen ab und reicht von der vielzitierten Befürchtung einer "Herrschaft der Verbände" (vgl. Eschenburg 1963) bis hin zur Aussage, dass Interessenverbände als "Schulen der Demokratie" wirken und gesamtgesellschaftliche Effekte haben können (vgl. Tocqueville 1985: 253, Straßner 2006: 10). Keiner dieser Erklärungsansätze jedoch „beschreibt die Rolle der Interessenverbände in der Bundesrepublik empirisch erschöpfend“ (Helms 2005: 162). Vielmehr

noch kann laut Peter Lösche davon ausgegangen werden, dass „von einer aktuellen, die soziale, politische und ökonomische Vielfalt erfassenden Theorie der Verbände [...] bisher keine Rede sein kann“ (Lösche 2007: 113). Außerdem können erhebliche Unterschiede in den verwendeten Begrifflichkeiten – wie etwa Interesse oder Interessenverband, festgestellt werden (vgl. Willems/Winter 2007: 17). Daher werden zunächst die verwendeten Leitbegriffe eindeutig herausgearbeitet und von Nachbargescheinungen abgegrenzt, die für die anschließenden theoretischen Überlegungen entscheidend sind. Im Anschluss daran werden die wesentlichen theoretischen Ansätze der Verbändeforschung dargestellt und ihre Übertragbarkeit auf den vorliegenden Untersuchungsgegenstand diskutiert. Auf dieser Grundlage werden dann die zentralen Analyse- und Erklärungsansätze für die empirische Untersuchung vorgestellt.

2.1.1. Verbände und Interessenvertretung

Dem Interessenbegriff können aufgrund seiner langen und ambivalenten Begriffsgeschichte zahlreiche Bedeutungen zugeordnet werden. Insbesondere die politikwissenschaftliche Verwendung des Begriffs ist von jener aus der Alltagssprache zu unterscheiden, da ansonsten die Gefahr besteht „die wissenschaftliche Bedeutung zu überlagern und zu verfälschen“ (Sebaldt/Straßner 2004: 17). Ein Blick in die unzähligen Publikationen der Verbandsforschung zeigt allerdings, dass der Begriff vorwiegend höchst vage und/oder als umfassendes Synonym für sämtliche, auf Gesellschaft und Politik gerichtete Wünsche oder Präferenzen, verwendet wird (vgl. Willems/Winter 2007: 19). Nach Ulrich von Alemann lassen sich in der Regel drei Dimensionen von *Interesse* unterscheiden: Erstens, eine *individuelle Dimension*, der das Streben des Einzelnen zugrunde liegt, seine eigenen spezifischen Bedürfnisse zu befriedigen. Allerdings können Interessen auch auf andere Personen bezogen werden, wenn der Einzelne seine Bedürfnisse nicht alleine befriedigen kann. Zweitens, eine *materielle Dimension*, die sich auf den konkreten Nutzen des Individuums bezieht. Hier spielt vor allem die zielorientierte und aktive Nutzenmehrung des Einzelnen eine zentrale Rolle, die sich aus der Interaktion mit anderen ergibt. Während die materielle Dimension des Interessenbegriffs primär auf die Erlangung von materiellen Gütern abzielt, bezieht sich die dritte Dimension auf jene Bedürfnisse, die zwar individuell, jedoch nicht mehr nur materiell sind. Insbesondere in modernen Gesellschaften gewinnt deshalb die *ideelle Dimension* des Interessenbegriffs zunehmend an Bedeutung. Hierzu gehören über die konkreten und primären Bedürfnisse hinaus, die eigenen subjektiven oder weltan-

schaulichen Vorstellungen von Interessen, die nicht mehr nur mit den materiellen bzw. unmittelbar überlebenssichernden Bedürfnissen des Einzelnen zusammenhängen (ausführlich siehe Alemann 1987: 27 ff.).

Nun teilen zahlreiche Individuen gleiche oder ähnliche Interessen, so dass nicht jedes Individuum versucht sein Interesse alleine zu verfolgen. Vielmehr sucht es den Zusammenschluss mit anderen Personen, um seine Bedürfnisse zu befriedigen. Folglich beginnen sich Interessen zu organisieren. Jedoch ist nicht jede Vereinigung auch eine Interessenorganisation. Politikwissenschaftlich von Bedeutung werden Interessenorganisationen erst dann, wenn sie über die Tatsache des faktischen Zusammenschlusses hinaus verstanden werden können (Sebaldt/Straßner 2004: 19). In der Forschungsliteratur haben sich daher für organisierte Interessen, mit deren Hilfe gesellschaftliche Gruppen ihre Interessen artikulieren und als Forderungen an die politischen Entscheidungsträger vermitteln, die Begriffe *Interessengruppe* bzw. *Interessenverband* weitgehend durchgesetzt (vgl. Abromeit 1993: 35). In diesem Sinne können Verbände definiert werden als „frei gebildete, primär dem Zweck der Interessenvertretung nach außen dienende Organisationen“ (Rudzio 2011: 67). Allerdings lässt eine solche Minimaldefinition außer Acht, dass Verbände „die Interessen ihrer Mitglieder teilweise auch organisationsintern realisieren und das sie neben politischen Akteuren auch Produzenten von Dienstleistungen sowie Orte expressiver und normativer Vergemeinschaftung sind“ (Willems/Winter 2007: 22). Wie auch schon beim Interessenbegriff zeigt ein Blick in die einschlägige Literatur zudem, dass je nach Forschungsperspektive, wissenschaftlicher Disziplin oder theoretischer Einbettung unter dem Verbandsbegriff verschiedene Organisationsformen und Akteurstypen gezählt oder ausgeschlossen werden (vgl. Beyers et al. 2008: 1106). Aufgrund der wenig trennscharfen Abgrenzungen wie auch der Vielzahl und Schwierigkeit ihrer Definition ist es in der Forschung üblich geworden, die unterschiedlichen Begriffe – wie Interessengruppen, Interessenverbände und Interessenorganisationen, weitestgehend synonym zu verwenden. All diesen Begrifflichkeiten sind jedoch drei zentrale Merkmale eigen: Erstens, sind sie ein freiwilliger Zusammenschluss sozialer Einheiten mit bestimmten Zielen. Zweitens, organisieren sie sich arbeitsteilig und bilden Führungsstrukturen heraus. Und drittens, haben sie die Zielsetzung die individuellen, materiellen als auch ideellen Bedürfnisse ihrer Mitglieder zu befriedigen (Sebaldt/Straßner 2004: 22).

Diese auf den ersten Blick forschungstechnisch brauchbare Unterscheidung offenbart jedoch auf dem zweiten Blick gewisse Schwierigkeiten. Denn die unterschiedlichen Interessen können durchaus verschieden organisiert sein. Zudem geben die aufgestellten Merkmale nur wenig Auskunft über die Ziele und Vorgehensweisen der Zusammenschlüsse. Daher ist es an dieser Stelle sinnvoll ein zentrales Unterscheidungskriterium zwischen Interessengruppen respektive Interessenorganisationen und den Interessenverbänden einzuführen: So erfüllen Interessengruppen als auch Interessenorganisationen primär die Interessen ihrer Mitglieder innerhalb der sozialen Einheiten und werben sekundär in der Auseinandersetzung oder in Konkurrenz mit anderen Organisationen um Einfluss in der Politik. Interessenverbände hingegen gründen sich mit dem Zweck, Anteil an den politischen Entscheidungsprozessen zu erlangen und ihren Einfluss auf die Politik über einen langen Zeitraum zu sichern (Sebaldt/Straßner 2004: 22). Jedoch können sich Interessenverbände durchaus unterschiedlich organisieren. Dies zeigt sich einerseits an ihrem Einfluss gegenüber der Politik, andererseits aber auch an der Art ihrer vertretenen Interessen. Daher empfiehlt es sich zur Verortung einer Verbändertypologie, die unterschiedlichen Verbands- und Aufgabenstrukturen näher in Betracht zu ziehen. In diesem Sinne schlägt Ulrich von Alemann eine Typologie nach sechs Handlungsfeldern von Interessenverbänden vor, die die Verbandslandschaft nach Sektoren strukturiert (ausführlich siehe Alemann 1985). Dazu zählen Interessenverbände aus den Sektoren:

1. *Wirtschaft und Arbeit*: Hierrunter fasst von Alemann u.a. die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände;
2. *Soziales Leben und Gesundheit*: Hierzu zählen u.a. die Sozial-, Familien- sowie Wohlfahrtsverbände;
3. *Freizeit und Erholung*: Dieser Sektor schließt sowohl Sport- als auch Hobbyverbände mit ein;
4. *Kultur, Bildung, Wissenschaft, Religion und Weltanschauung*: Hierrunter zählen Kunstvereine, wissenschaftliche Vereinigungen, aber auch Kirchen und Sekten;
5. *Politik*: In diesem Sektor sind vor allem gesellschaftspolitische Interessenverbände - wie Menschenrechtsorganisationen, oder politische Verbände wie die Frauen-, Jugend- oder Rentnerorganisationen der Parteien tätig; sowie
6. *Umwelt*: Damit sind vor allem Interessenverbände aus den Bereichen Umwelt- und Naturschutz gemeint.

Auch hier gibt es natürlich Überschneidungen, da insbesondere die großen Interessenverbände in mehreren Handlungsfeldern tätig sind - wie beispielsweise Gewerkschaften oder Wohlfahrtsverbände. Jedoch hat sich die Typologie innerhalb der Verbändeforschung bis heute als ein brauchbares Kriterium herausgestellt, so dass Interessenverbände aufgrund ihrer primären Ausrichtung zu einem dieser Handlungsfelder eingeordnet werden können (vgl. Sebaldt/Straßner 2004: 25). In diesem Zusammenhang können Lesben- und Schwulenverbände primär als organisierte Interessen im Bereich *Soziales Leben und Gesundheit* eingeordnet werden, da sie die Interessen einer mehr oder weniger konkret definierten sozialen Gruppe repräsentieren.

Lange Zeit galten vor diesem Hintergrund insbesondere die Interessenverbände aus dem Wirtschafts- und Arbeitsbereich als besonders einflussreich und stark, während nicht-erwerbsbezogene Interessen als politisch nur schwach repräsentiert galten. Unterschiedliche Studien haben mittlerweile jedoch belegt, dass „sich die Bedingungen der politischen Repräsentation der schwachen Interessen in neuer Zeit verbessert haben“ (Winter/Willems 2000: 11). Heute finden sich eine Vielzahl relativ stabiler – häufig sogar miteinander konkurrierender, Interessenverbände aus den nichterwerbsbezogenen Bereichen. Selbst die vermeidlichen sozialen Randgruppen bzw. Minderheiten – wie etwa ethnische Minderheiten oder Homosexuelle, sind nicht mehr grundsätzlich von einer politischen Repräsentation ihrer Interessen ausgeschlossen. Allerdings bleibt zu konstatieren, dass im Verbandsgefüge nach wie vor deutliche Asymmetrien in Bezug auf den Einfluss der verschiedenen Interessenverbände gegenüber der Politik bestehen (Winter/Willems 2000: 11). Ihre relative Benachteiligung ergibt sich primär „aus einer Minderausstattung mit den für die Artikulations-, Organisations-, Mobilisierungs- und Durchsetzungsfähigkeit notwendigen sozialen Eigenschaften“ (Winter/Willems 2000: 14). Auch Lesben- und Schwulenverbände können in diesem Zusammenhang den schwachen Interessen zugeordnet werden, da sie eine soziale Minderheit repräsentieren. Innerhalb dieses Interessenspektrums kann jedoch noch eine weitere typologische Differenzierung vorgenommen werden. So schlagen Thomas von Winter und Ulrich Willems eine idealtypische Unterscheidung in *exogene* und *endogene Gruppen* schwacher Interessen vor: Während exogene Gruppen durch externe Faktoren wie natürliche oder soziodemographische Merkmale definiert sind, gründet die Zugehörigkeit zu einer endogenen Gruppe allein auf der selbstständigen Entscheidung der teilnehmenden Person sich für eine bestimmte Sache zu engagieren. Da jedoch die exogenen Gruppen nicht nur an Ressourcenknappheit leiden, sondern auch große

Defizite bei der Rekrutierung von Mitgliedern haben, kann zwischen den beiden Idealtypen eine Abstufung zugunsten der endogenen Gruppen vorgenommen werden. Folglich nehmen laut von Winter und Willems die exogenen Gruppen in politischer Hinsicht die Position der ‚Schwächsten unter den Schwachen‘ ein (Winter/Willems 2000: 15). Daher scheint es gerade in Bezug auf soziale Randgruppen bzw. Minderheiten durchaus sinnvoll, die Bezeichnung *schwache Interessen* für exogene Interessengruppen zu verwenden. Da Lesben- und Schwulenverbände (primär) die Interessen einer sexuellen Minderheit vertreten – deren Zugehörigkeit auf natürliche bzw. soziodemographische Merkmale beruht, können auch diese als exogene Gruppe dem Typus schwache Interessen zugerechnet werden.

Interessenverbände sind neben den Parteien die wichtigsten Akteure politischer Interessenvertretung. Während Parteien von *innen* heraus auf die politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse einwirken, agieren Interessenverbände von *außen* und zielen auf die Interessendurchsetzung bei spezifischen Gesetzesvorhaben, Mittelallokation oder staatlichen Interventionen zugunsten der repräsentierten Interessen (Himmelmann 1983: 22). Ihre politische Größe wird allein schon daran deutlich, dass sich die politischen Verantwortlichen dazu verpflichtet haben Interessenverbände anzuhören. Die Geschäftsordnungen des Deutschen Bundestags und der Bundesregierung sehen dazu ausdrücklich die Mitwirkung von Interessenverbänden vor allem bei der Gesetzgebung vor (Schmidt 2011: 122). Somit bilden sie einen unverzichtbaren Bestandteil gesellschaftlicher Autonomie, indem sie Interessen bündeln, auswählen und vertreten, den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zur Teilhabe am politischen Prozess bieten und eine Selbststeuerung der Gesellschaft ermöglichen. Dabei variieren die Funktionszuschreibungen von Verbänden in der Literatur je nach theoretischer Orientierung. So wechseln die wissenschaftlichen Akzente je nachdem die zentralen Aufgaben und Herausforderungen politischer Systeme, sowie die Leistungsfähigkeit der Verbände beurteilt werden (Willems/Winter 2007: 24). Mit dem Hinweis auf die Multifunktionalität von Verbänden, lassen sich dennoch fünf grundlegende Funktionen unterscheiden, die Interessenverbände erfüllen: Aggregation, Selektion, Integration sowie Artikulation und Vermittlung von (gesellschafts-/politischen) Interessen (vgl. u.a. Straßner 2006: 11, Zimmer/Weßels 2001: 10). Das Forschungsinteresse der vorliegenden Arbeit liegt vor diesem Hintergrund primär auf den Artikulations- und

Vermittlungsprozessen verbandlicher Interessenvertretung, weshalb diese Funktionen nachfolgend näher betrachtet werden.

Interessenartikulation bedeutet, dass die latenten Interessen in manifeste Vorschläge und Forderungen aggregiert, umgeformt und an die Inhaber von Entscheidungspositionen im politischen System gerichtet werden. In diesem Sinne werden allgemeine Einstellungen erst einmal in konkrete Aussagen umformuliert und dann auf diesem Weg zu kollektiven Verhaltenserwartungen verdichtet. Jedoch verlaufen die verbandsinternen Kommunikationsströme nicht automatisch von unten nach oben. Vielmehr beruhen zahlreiche Verbandsziele auf der Initiative der Führungsgremien, die für ihre Vorschläge unter den Mitgliedern werben und diese für spezielle Themen überhaupt erst sensibilisieren (Straßner 2006: 12). Die Artikulation verbandlicher Interessen geschieht dann entweder (indirekt) durch den öffentlichen Diskurs und/oder (direkt) durch den Zugang zur Politik. In diesem Fall tragen Verbände ihre Interessen direkt gegenüber den Inhabern von Entscheidungspositionen vor oder machen auf mögliche Problemlagen aufmerksam - etwa durch den Informationsaustausch zwischen Verbandsvertretern und politischen Akteuren (vgl. Koch-Baumgarten 2010: 242). Somit kann die Politik den verbandlichen Interessen politisch Gehör verschaffen, so dass sie in den politischen Willensbildungsprozessen schließlich Berücksichtigung finden und folglich die politische Deutungskultur der Gesellschaft entscheidend mitprägen (vgl. Lösche 2007: 15). Aber auch für die Politik bringt die Artikulationsfunktion von Interessenverbänden Vorteile mit sich, da aufgrund der manifesten Interessen und Forderungen realitäts-gerechte Ordnungs- und Verteilungsentscheidungen erst möglich werden (Straßner 2006: 13). Neben der Interessenartikulation bildet die Vermittlung verbandlicher Interessen die zweite zentrale Verbandsfunktion. *Interessenvermittlung* durch Verbände ist dabei ein mehrstufiger Prozess, der die anderen Verbandsfunktionen bedingt (vgl. Schmid 2007: 44). Insofern meint Interessenvermittlung die direkte bzw. indirekte Darstellung und Durchsetzung verbandlicher Interessen gegenüber dem politischen Entscheidungsprozess. Dies geschieht mit dem Ziel, die verbandlichen Zielvorstellungen zu erreichen. Auch hier geschieht die Vermittlung verbandlicher Interessen entweder (indirekt) durch den öffentlichen Diskurs und/oder (direkt) durch den Zugang zur Politik, indem etwa Verbände am Gesetzgebungsprozess oder an der Formulierung von Entscheidungsvorschlägen beteiligt werden (vgl. Benz 2008: 186, Schmid 1998: 14).

Die Artikulation wie auch Vermittlung verbandlicher Interessen kann somit *indirekt* durch den öffentlichen Diskurs und/oder *direkt* über den Zugang zur Politik bzw. zu den politischen Entscheidungsträgern und Institutionen erfolgen. Indirekt können Verbände ihre Interessen artikulieren und vermitteln, indem sie die verbandlichen Interessen und Forderungen gegenüber der (breiten) Öffentlichkeit repräsentieren – etwa durch Medienberichterstattung oder Protestaktionen. In diesem Sinne verfolgen Verbände das Ziel, öffentlichen Druck auf die politischen Entscheidungsträger und Institutionen aufzubauen, um die verbandlichen Interessen in den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess einzubringen (vgl. Koch-Baumgarten 2010: 242). Darüber hinaus können Verbände aber auch durch den direkten Zugang zu politischen Entscheidungsträgern und Institutionen ihre Interessen vertreten. Zugang zu haben beinhaltet die Chance, die verbandlichen Interessen gegenüber den staatlichen Akteuren zu artikulieren und zu vermitteln, weshalb interessierte Akteure diesen Zugang suchen (vgl. Winter 2007: 227). In diesem Fall können verschiedene Zugangskanäle zu den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsarenen unterschieden werden (ausführlich siehe u.a. Glæßner 2007: 486 ff.). Zugang alleine garantiert aber noch keinen politischen Erfolg, sondern allenfalls politische Artikulations- und Vermittlungschancen. So kann etwa die Einbeziehung von Interessenverbänden in politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse – z.B. durch den Austausch von Informationen oder durch politische Beteiligungsformen, rein symbolischen Charakter haben und politisch folgenlos bleiben (vgl. Winter 2007: 228). Daher versuchen Verbände mittels direkter und/oder indirekter Prozesse der politischen Einflussnahme den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess zu beeinflussen. Der Begriff *Einfluss* soll hier jedoch nicht als illegitimes Mittel der verbandlichen Interessenartikulation und –vermittlung verstanden werden. Vielmehr können die Einflussmöglichkeiten verbandlicher Interessen auf politische Prozesse in demokratischen Systemen grundsätzlich durch den rechtlichen Rahmen determiniert werden, d.h. durch die staatlich legitimierte Möglichkeit der direkten Teilhabe am und der indirekten Einflussnahme auf politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse (vgl. Vieler 1986). Die Einflussnahme kann grundsätzlich auf dreierlei Arten erfolgen: Erstens, durch Überzeugung, indem die Interessenvertreter sich darum bemühen, dass die Gesprächspartner dem jeweils angestrebten Ziel aus freien Stücken zustimmen. Zweitens, durch Verhandeln, indem Staat und Verbände nach einvernehmlich verhandelten Verhandlungslösungen suchen. Und drittens, durch die Ausübung von Druck,

indem sie die politisch Verantwortlichen unter Druck setzen, so dass politische Entscheidung im Sinne der Interessen der Verbandsmitglieder getroffen werden bzw. diese berücksichtigen (Schütt-Wetschky 1997: 11). Allerdings sind die Einflusskanäle vielfältig und können u.a. im Rahmen formeller oder informeller Kontakte mit den politischen Entscheidungsträgern und Institutionen erfolgen (vgl. Schütt-Wetschky 1997: 12). Der (politische) Erfolg der Einflussnahme kann sich neben den bewirkten Veränderungen eines konkreten Politikergebnisses, auch in dem in der Öffentlichkeit entstandenen Bild des Akteurs wie auch in einer Verbesserung dessen Einflussposition ausdrücken (vgl. Reutter 2001: 92). Daher ist bei einer Analyse der Artikulations- und Vermittlungschancen verbandlicher Interessen auch immer der Zugang der Akteure wie auch die Prozesse der Einflussnahme gegenüber politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen von Bedeutung.

Jedoch kann nicht davon ausgegangen werden, dass alle Interessen gleichermaßen (erfolgreich) gegenüber dem politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess artikuliert und vermittelt werden können. Vielmehr handelt es sich um reale Auswahl- und Entscheidungsprozesse, durch die bestimmte Interessen privilegiert, andere halbiert, zeitlich zurückgestellt oder gar abgewiesen und vernachlässigt werden. Besonders schwache Interessen weisen systematische Defizite auf, insofern sie politisch relativ benachteiligt sind. So kann davon ausgegangen werden, dass ihre Interessen in einem geringen Maß artikuliert und vermittelbar sind (vgl. Clement et al. 2010: 13). Deshalb gehören zu der nachfolgenden Analyse der verbandlichen Artikulations- und Vermittlungsfähigkeit schwacher Interessen – genauer gesagt der vertretenen Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden, auch immer die Prozesse der Nichtberücksichtigung und Nichtdurchsetzung von Interessen (vgl. Schmid 1998: 14). Diese Prozesse werden im weiteren Verlauf der Arbeit als *Artikulations- und Vermittlungsschwäche* verstanden. So wird Artikulationsschwäche hier als Artikulationsdefizit verbandlicher Interessen gegenüber dem politischen Willensbildungsprozess operationalisiert, insofern die geäußerten Interessen kein politisches Gehör bzw. Berücksichtigung im politischen Willensbildungsprozess finden. Demgegenüber meint Vermittlungsschwäche Defizite der Interessenvermittlung gegenüber dem politischen Entscheidungsprozess, so dass Verbände nicht in der Lage sind ihre Interessen gegenüber den politischen Entscheidungsträgern darzustellen und durchzusetzen.

2.1.2. Theoretische Ansätze

Die organisierte Interessenvertretung durch Verbände und deren Einfluss auf die Politik, das System der Interessenvermittlungsstrukturen sowie die Interessenarbeit sind schon lange Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzungen. Die politikwissenschaftliche Erforschung von Verbänden betrachtet diese vor allem hinsichtlich ihrer Beziehungen zu Staat und Gesellschaft. Seit einigen Jahren werden Verbände in der theoretischen Diskussion stärker aus einer einflusstheoretischen Perspektive heraus betrachtet. Diese Sichtweise schließt stärker an die klassischen demokratietheoretischen Fragestellungen nach Zugangs- wie auch Beteiligungschancen an und richtet ihren Fokus auf die Strukturmerkmale politischer Interessenvermittlung (vgl. Zimmer/Speth 2009: 287). Zur Analyse von Interessenvermittlungsstrukturen sind in der Verbändeforschung unterschiedliche theoretische Ansätze entwickelt worden. Üblicherweise wird hier zwischen Pluralismus und Korporatismus unterschieden, um die Strukturmerkmale zu beschreiben (Schmid 1998: 29). Allerdings gilt „die Gegenüberstellung von Pluralismus und Korporatismus [...] mittlerweile vielfach als idealtypisch zugespitzt“ (Blum/Schubert 2009: 56). Vielmehr noch lassen sich in den letzten Jahren eine Reihe gesellschaftlicher, ökonomischer und medialer Veränderungen beobachten, die sich auf die Interessenvermittlung auswirken: Die Auflösung sozialer Milieus, die Individualisierung und Heterogenisierung von Interessen, gesellschaftliche wie auch politische Wandlungsprozesse und wachsende Komplexität sowie die Europäisierung und Internationalisierung politischer Prozesse (vgl. Hoffmann et al. 2007: 425). Im Zuge des beobachteten Wandels erfreuen sich in den letzten Jahren netzwerktheoretische Ansätze zunehmender Beliebtheit und haben die klassischen Ansätze etwas in den Hintergrund gedrängt. Auch der politische Erfolg sogenannter schwacher Interessen wird seither neu diskutiert. Heute finden sich in zahlreichen Politikfeldern eine Vielzahl relativ stabiler, häufig sogar miteinander konkurrierender Organisationen, die die Interessen sozialer Minderheiten vertreten (Winter/Willems 2000: 9). Jeder der nun vorzustellenden theoretischen Ansätze besitzt eine gewisse Erklärungskraft, jedoch kann davon ausgegangen werden dass sie nur zusammengefasst das Wissenschaftsfeld der Verbändeforschung befriedigend zu bestellen vermögen (vgl. Sebaldt/Straßner 2004: 29).

Die Pluralismustheorie geht davon aus, dass in einer komplexen Gesellschaft zahlreiche unterschiedliche Interessen vorhanden sind und dass diese in organisierter Form bspw. als Verbände an der politischen Willensbildung beteiligt sind. Alle Interessen werden

gleichermaßen anerkannt, sind gleichberechtigt und haben grundsätzlich die gleichen Chancen durchgesetzt zu werden (Lösche 2007: 104). In ihren Anfangsjahren wurde die Pluralismustheorie stark durch die US-amerikanische Verbändeforschung geprägt. Erst durch die Arbeiten Ernst Fraenkels erfuhr diese auch in Europa nachhaltige Resonanz. In der pluralistischen Tradition definiert Fraenkel den *Neopluralismus* als modernes demokratisches Ordnungsprinzip, nachdem der klassische Pluralismus durch den Totalitarismus des 20. Jahrhunderts negiert worden sei. Fraenkel begreift die pluralistische Demokratie als freies Kräftespiel der Interessen gesellschaftlich organisierter Gruppen, dem der Staat durch seine demokratisch legitimierten Institutionen als Schiedsrichter gegenüberstehen soll (Fraenkel 1979: 45). Mit dem geometrischen Bild des Kräfteparallelogramms, dass sich aus dem Ringen um Einfluss zwischen den Organisationen untereinander und den Parteien ergibt, beschreibt Fraenkel die Idee des Kräftegleichgewichts zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen. Denn der Staat selbst gehört ebenfalls zu den Verbänden wie jedes andere aus der Gesellschaft sich organisierende Interesse, da auch er „das Recht und die Pflicht [hat], seine Vorstellungen und seine Interessen bei der Herausarbeitung des Endresultats, also bei der politischen Entscheidung, mit in die Waagschale zu werfen“ (Fraenkel 1968: 27). Am Ende des freien pluralistischen Konkurrenzspiels steht immer das Finden des Gemeinwohls, nicht als soziale Realität, sondern a posteriori (Fraenkel 1968: 21). Als Basis und unteilbares Fundament für den Wettstreit der konkurrierenden Interessen soll das Konkurrenzspiel auf Grundlage eines Minimalkonsenses stattfinden. Je nachdem die im Konsens formulierten Werte bzw. Regeln anerkannt und etabliert sind, desto intensiver und stabiler können die Verbände über die unterschiedlichen Interessen streiten und Konflikte austragen, um am Ende als tragfähige Basis für den Abschluss eines Kompromisses zu dienen und die Entwicklung der Demokratie zu garantieren (Fraenkel 1979: 42). Am Ende des Zusammenwirkens stünde somit „eine politische Entscheidung, die nicht nur akzeptabel sei, sondern auch von allen an der Entscheidung beteiligten Kräften getragen wird“ (Sebaldt/Straßner 2004: 30).

Bereits in den 1960er und 1970er Jahren entstanden wesentliche Kritikpunkte an der Pluralismustheorie. Inhaltliche Kritik entzündet sich vor allem an der Normativität des Ansatzes. So hätten vor allem schwache Interessen erhebliche Probleme sich zu organisieren und bleiben somit im Vorhinein dem pluralistischen Konkurrenzspiel fern. Vielmehr seien sie bestenfalls latent oder potentiell (vgl. Lösche 2007: 105). Zudem seien die verschiedenen Interessen unterschiedlich stark organisiert und konfliktfähig,

so dass sie in der Auseinandersetzung mit anderen Interessen nicht die erforderliche Stärke aufbauen können. Diese Unterschiede in der Organisations- und Konfliktfähigkeit zwischen den Verbänden bewirke schließlich eine asymmetrische Interessenrepräsentation (vgl. Voelzkow 2007: 142). So hätte sich gezeigt, dass nicht alle Interessen die gleichen Chancen haben durchgesetzt zu werden. Vor allem die großen und konfliktfähigen Interessenverbände verfügten in der Praxis über einen privilegierten Zugang zur Politik, während kleine und gut organisierte Verbände bestenfalls bevorzugt und schwache Interessen ganz benachteiligt würden (vgl. Schmid 1998: 37). Folglich seien die durch die Pluralismustheorie formulierte prinzipielle Chancengleichheit aller Interessen sowie das postulierte Gleichgewicht zwischen den Interessenverbänden in der Realität gerade nicht feststellbar (vgl. Sebaldt/Straßner 2004: 33). Entsprechend wurde nach alternativen Konzepten gesucht, die sich in der Auseinandersetzung mit dem Pluralismus entwickelten.

Die Korporatismustheorie ist mit dem Pluralismus verwandt, da beide Ansätze von der Legitimität organisierter Interessen ausgehen. Während jedoch beim Pluralismus offenbleibt welche Art von Beziehung zwischen den Akteuren herrscht, setzt der Korporatismus auf Aushandlungsprozesse zwischen Staat und Interessenorganisationen, die wechselseitig voneinander abhängig sind (vgl. Sebaldt/Straßner 2004: 42). Dieser Kerngedanke des korporatistischen Ansatzes wurde in den 1970er Jahren vor allem durch Philippe Schmitter und Gerhard Lehmbruch eingeführt. Nach Schmitter gilt Korporatismus

„as a system of interest representation in which the constituent units are organized into a limited number of singular, compulsory, noncompetitive, hierarchically ordered and functionally differentiated categories, recognized or licensed (if not created) by the state and granted a deliberate representational monopoly within their respective categories in exchange for observing certain controls in their selection of leaders and articulations of demands and supports“ (Schmitter 1974: 93).

Korporatismus meint somit zunächst einmal die Beteiligung von Interessenorganisationen an der Politik. Jedoch geschieht diese Beteiligung nicht mehr wie im Pluralismus durch ein Konkurrenzspiel von unterschiedlichen Interessen, sondern ist institutionalisiert und den jeweiligen Spitzenorganisationen von staatlicher Seite zugesichert worden. Der Staat fördert die Gründung und Entwicklung solcher Spitzenorganisationen, da sie ihm als Beratungsinstanz für die Entscheidungsfindung

sowie durch die Delegation wie auch Implementation so getroffener Entscheidungen und die damit einhergehende Entlastung des Staates bzw. Administration dient (vgl. Lehmbruch/Schmitter 1982). Politik wird hier zum Ergebnis von Aushandlungsprozessen zwischen Staat und Verbänden, die somit zu Verhandlungs- und Kooperationspartnern werden. Diese Einbindung von Verbänden in die politische Entscheidungsfindung hat zwei mögliche Folgen: Erstens, Machtasymmetrien innerhalb von Verbandssystemen. So besitzen Organisationen, die an korporatistischen Arrangements beteiligt sind gegenüber dem Staat viel mehr Einfluss als partikulare Verbände (Sebaldt 2006: 28). Und zweites, die Mäßigung interessenpolitischer Forderungen. Demnach führen korporatistische Arrangements dazu, dass die beteiligten „Organisationen sowohl zur Zusammenarbeit mit der Regierung als auch zu Kompromissen und Zugeständnissen gegenüber dieser bereit sind“ (Sebaldt/Straßner 2004: 42). Der Korporatismus richtet seinen Fokus hierbei vor allem auf die zweite Möglichkeit.

Die regelmäßige Beteiligung bestimmter Verbände an politischen Entscheidungsprozessen bringt jedoch auch Probleme mit sich. So können die wenigen, überdurchschnittlich großen Verbände die Heterogenität der Interessenlandschaft ebenso wie die staatliche Politik erheblich stören und zur Bildung sogenannter *Elitenkartelle* führen, so dass benachbarte Verbände nicht an Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Zudem bestehe die Gefahr von intransparenten Entscheidungen, deren konkrete Entscheidungsprozesse von außen nicht mehr nachvollziehbar seien (vgl. Sebaldt/Straßner 2004: 42). Ein generelles Problem des Korporatismus wird darin gesehen, dass das artikulierte Verbandsinteresse zum Mitgliederinteresse wie auch zum Klientelinteresse nicht mehr deckungsgleich ist. Demnach repräsentiert die Position der Spitzenorganisation nicht unbedingt einen Konsens unter allen seinen Klienten, sondern bestenfalls den seiner Mitglieder (vgl. Lösche 2007: 128). Darüber hinaus wird insbesondere in neuerer Zeit die Praxistauglichkeit der Korporatismustheorie zunehmend in Frage gestellt. Vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen und politischen Wandels gerät das Alleinvertretungsmonopol von Verbänden unter Druck, da mit steigender sozialer und politischer Komplexität auch die Bedingungen einer erfolgreichen Beteiligung am politischen Entscheidungsprozess immer problematischer werden. Etablierte Verbände haben mehr und mehr Probleme mit *einer* Stimme zu sprechen und Mitglieder zu integrieren. Es kommt zur Individualisierung, Pluralisierung und Heterogenisierung von Interessenorientierungen. Zeitgleich ändert sich die Verbändelandschaft grundlegend. Während die Anzahl organisierter Interessengruppen stetig zugenommen hat und weiterhin

wächst, müssen die einzelnen Verbände deutlich stärker als zuvor um Mitglieder werben (vgl. Willems/Winter 2007: 39). Staatliche Akteure stehen daher vor dem Problem, dass ihnen eindeutig definierte Ansprechpartner für die Politikformulierung und –implementation fehlen. Diese Akteur- und Interessenvielfalt ist jedoch ein wichtiges Merkmal pluralistischer Strukturen, weshalb einige Autoren und Autorinnen gar über die Rückkehr des Pluralismus spekulieren (ausführlich siehe u.a. Hoffmann et al. 2007).

Die Gegenüberstellung der pluralistischen und korporatistischen Theorie macht deutlich, dass beide durch jeweils spezifische Folgeprobleme gekennzeichnet sind. Gegenwärtig lautet daher das Argument, dass beide Theorien nicht mehr die konkreten und empirischen Sachverhalte, die es einzuordnen und zu verstehen gelte, erfassen können (Lösche 2007: 100). Daher nehmen angesichts der zunehmenden Ausdifferenzierung der Strukturen und Prozesse politischer Entscheidungen netzwerktheoretische Ansätze einen immer wichtigeren Platz in der Forschungsliteratur ein. Denn Netzwerkansätze sehen den Streit zwischen Pluralismus und Korporatismus als beendet an (vgl. Schmid/Mansour 2007: 257) und orientieren sich stark an dem zunehmend ausdifferenzierten politischen System. Mit diesem Ansatz rücken Fragen nach der Art der Einflussnahme von Interessenverbänden auf die politischen Entscheidungsträger und Institutionen in den Vordergrund (Schmid 1998: 55). Die Einflussnahme geschieht hier über direkte oder indirekte Kontakte zwischen den einzelnen Verbandsvertretern und politischen Ansprechpartnern innerhalb eines geschlossenen Systems durch wechselseitige Informationsweitergabe. Um diesen Informationsfluss zu sichern bilden sich Netzwerke (Pappi et al. 1990: 33). Methodisch geht es vor allem darum die Eigenschaften bzw. die relationalen Strukturen und Ressourcenverteilungen von Netzwerken zu analysieren, die zur Erklärung des Verhaltens der beteiligten Akteure oder des Ergebnisses ihrer Interaktion beitragen (Schmid 1998: 57). In diesem Zusammenhang können sich Netzwerke hinsichtlich ihres Grads an Institutionalisierung, ihrer zeitlichen Stabilität, der Intensität und Multiplexität der Beziehungen sowie hinsichtlich der Konstellationen zwischen gesellschaftlichen und staatlichen Akteuren unterscheiden (Jansen/Schubert 1995: 12). Definieren lassen sich Netzwerke als ein Geflecht aus sozialen, ökonomischen oder politischen Beziehungen, die auf Dauerhaftigkeit, Freiwilligkeit und Gegenseitigkeit beruhen. Im Kern folgen netzwerkanalytische Ansätze der Annahme, dass die Art der Beziehung zwischen den verschiedenen beteiligten Akteuren Einfluss auf politische Entscheidungen hat, wobei politischer

Einfluss vor allem aus fachlich-inhaltlicher Autorität und rationaler Überzeugung resultiert (vgl. Pappi/König 1995). Beziehungen können in diesem Zusammenhang als Zugangsstrukturen interpretiert werden, da Beziehungen ersten den Zugang zu bestimmten politischen Entscheidungsträgern oder Institutionen und zu bestimmten Ressourcen eröffnen (Pappi 1999: 300). Netzwerke zeichnen sich zudem durch ihre Freiwilligkeit aus. D.h. eine autoritäre, vom Staat herangetragene Kooperation und Zusammenarbeit wie im Korporatismus findet nicht statt. Letztlich basieren Netzwerke auch auf Gegenseitigkeit, so dass jeder Akteur die jeweils anderen Akteure benötigt um die eigenen Interessen durchzusetzen (Blum/Schubert 2009: 62). Netzwerkansätze beruhen vor diesem Hintergrund auf der Überzeugung, „dass es nicht möglich ist, so umfassende Bereiche wie das Feld der Interessenvermittlung mit einem einzelnen Erklärungsansatz abschließend zu erfassen und zu erklären“ (Bazant/Schubert 2007: 419). Die klassischen Ansätze der Verbändeforschung sollen daher auch nicht außer Kraft gesetzt werden. Vielmehr geht es darum Schnittstellen zu gängigen politikwissenschaftlichen Erklärungsansätzen ausfindig zu machen und diese zu ergänzen. Folglich bilden Netzwerkansätze „eine konzeptionelle Basis [...], auf der sich unterschiedliche Modelle und Konzepte der Interessenvermittlung miteinander verknüpfen und integrieren lassen“ (Bazant/Schubert 2007: 419).

Mit dem Paradigmenwechsel in der Verbändeforschung vom Pluralismus zum Korporatismus hat sich auch die wissenschaftliche Perspektive auf das Asymmetrieproblem verbandlicher Interessenvermittlung verändert. So verfügen schwache Interessen innerhalb korporatistischer Strukturen nur über eingeschränkte Artikulations- und Vermittlungsmöglichkeiten. Fragen nach den politischen Einflusschancen schwacher Interessen wurden zunehmend verdrängt oder mit Verweis auf die gestiegene Bedeutung von Netzwerkstrukturen in einzelnen Politikfeldern relativiert. Und tatsächlich scheint es auf den ersten Blick so, als ob die Vielzahl an Netzwerken mit ihren spezifischen Akteurs- und Interessenkonstellationen einen Ausgleich für die Selektivität der Interessenberücksichtigung schafft (Winter 2007: 219). Da allerdings der Zugang zu Netzwerken von deren Strukturmerkmalen abhängt, stellt sich die Frage inwieweit sich die Asymmetrie zwischen den Interessenverbänden hier fortsetzt. Grundsätzlich sind die Chancen schwacher Interessen politischen Einfluss auf Politikprozesse zu gewinnen in pluralistischen Netzwerken wesentlich günstiger als in korporatistischen Netzwerken (vgl. Pappi/König 1995: 129). Dies zeigt sich vor allem in traditionell eher offenen (pluralistischen) Politikfeldern wie der Arbeitsmarktpolitik,

wo ein loses und weitestgehend offenes Netzwerk mit vielfältigen Zugangsmöglichkeiten auch für schwache Interessen entstehen konnte (Heinelt/Weck 1998: 33). Allerdings stellen weiterhin korporatistische Netzwerke das am weitesten verbreitete Muster staatlich-verbandlicher Netzwerkstrukturen dar, so dass das Asymmetrieproblem hier im Wesentlichen erhalten bleibt. Allerdings haben sich neben den sogenannten *Inner Circles*, die den korporatistischen Kern in der staatlich-verbandlichen Beziehung ausmachen, weitere bedeutende Akteure angesiedelt, die zumindest ihre Interessen artikulieren können und bei speziellen Sachthemen in Verhandlungen miteinbezogen werden (Winter 2007: 231). Hier erhalten selbst schwache Interessen nicht selten eine Beteiligungschance - sofern sie das spezifische Fachwissen einbringen können und eine gewisse gesellschaftliche Reputation besitzen. Jedoch sind solche Beteiligungsmöglichkeiten vor allem punktueller oder gar symbolischer Natur (Winter 2007: 232).

So offensichtlich es ist, dass sich in neuerer Zeit die Bedingungen der politischen Repräsentation schwacher Interessen verbessert haben, so weniger ist jedoch umgekehrt zu bestreiten, dass im Verbandsgefüge nach wie vor deutliche Asymmetrien im Hinblick auf die Artikulations- und Vermittlungsfähigkeit der verschiedenen Interessen bestehen. Die empirische Forschungslage hierzu ist allerdings äußerst bruchstückhaft (ausführlich siehe u.a. Clement et al. 2010, Winter/Willems 2000, Winter 2007). Noch kritischer ist jedoch der Stand der theoretischen Diskussion über schwache Interessen zu beurteilen, wobei sich die theoretische Auseinandersetzung meist zwischen den beiden gegensätzlichen Forschungsströmungen Mancur Olsons und Claus Offes abspielt (ausführlich siehe Winter/Willems 2000: 12 ff.). Die von Olson dargelegte Kollektivgutproblematik und die von Offe entwickelten Kategorien der Organisations- und Konfliktfähigkeit bilden dabei die zentralen Bestandteile der wissenschaftlichen Auseinandersetzung: Mancur Olsons 1965 veröffentlichte *Logik des kollektiven Handelns* stützt sich auf die Prämisse, dass die Ziele bzw. Produkte einer gemeinsamen Interessenvertretung den Charakter von Kollektivgütern aufweisen und kommt dabei zu allgemeinen Schlussfolgerungen wie dem Größeneffekt von Gruppen auf die Mitgliederbindung. Demzufolge haben vor allem zahlenmäßig große, von Olson als *latent* bezeichnete Gruppen, die allgemeine Interessen vertreten Probleme der Mitgliederbindung, da von ihren Leistungen auch Nichtmitglieder - sogenannte Trittbrettfahrer, profitieren können. In diesen latenten Gruppen ist das Problem des Trittbrettfahrens ständig virulent und es müssen seitens der Organisation so genannte

selektive Anreize bereitgestellt werden, um ein kollektives Handeln zu ermöglichen (Olson 1965: 49). Für kleine bzw. *privilegierte* oder *mittelgroße* Gruppen, die Partikularinteressen vertreten ist es hingegen einfacher die Mitglieder zu binden und eine gemeinsame Meinung zu entwickeln. Hier haben in der Regel alle oder zumindest aber ein Mitglied ein Interesse sich an den Produktionskosten kollektiven Handelns zu beteiligen, weil (individuelle) Gewinne konzentrierter anfallen und die Überwachung von Trittbettfahrern in kleinen Gruppen leichter fällt (Olson 1965: 33). Besonders kleine und homogene Gruppen können darüber hinaus zusätzlich auf soziale Anreize zurückgreifen und damit die Bereitschaft erhöhen der Organisation Geld oder Arbeit zur Verfügung zu stellen. Außerdem sind die Entscheidungsprozesse in kleineren Gruppen im Regelfall schneller und effizienter sowie die Kontrollkosten geringer, weshalb kleine Gruppen eindeutige Organisationsvorteile aufweisen (Olson 1965: 60). Dies hat zur Folge, dass je allgemeiner Interessen sind und je mehr Menschen sie teilen, desto schwieriger ist ihre verbandliche Organisation und desto geringer sind ihre Durchsetzungschancen in der Politik. Gerade Olsons Annahmen im Bereich der schwachen Interessen sind von der Verbändeforschung sowohl bestätigt als auch widerlegt worden, je nachdem ob man diese Annahmen weich oder hart formuliert. Zum einen liefert Olson eine plausible Erklärung hinsichtlich der besonderen Probleme, die eine Organisation schwacher Interessen bereitet. Zum anderen ist die Vielzahl von Zusammenschlüssen schwacher Interessen, die trotz gravierender Organisationshindernisse zustande kommen mit seiner eigenen Schlussfolgerung unvereinbar (vgl. Walker 1991: 46 ff.). Jedenfalls spricht die enorme Zunahme von Interessenverbänden, die lange Zeit als politisch schwach repräsentiert und kaum organisierbar galten deutlich gegen die Annahme einer strukturellen Asymmetrie der Durchsetzungschancen (Winter 2007: 218).

Claus Offes Analyse hingegen setzt nicht auf der Ebene der Individuen, sondern auf der Ebene der Institutionen an. Bei Offe verlaufen die Trennlinien der Organisationsfähigkeit daher nicht zwischen unterschiedlichen Gruppengrößen. Vielmehr unterscheidet er zwischen klar abgegrenzten sozialen Gruppen mit ihren auf die primären Lebensbedürfnisse gerichteten Spezialinteressen und solche Gruppen, die allgemeine Interessen vertreten. Lebensbedürfnisse, die der Gesamtheit der Individuen zugeordnet werden können, also nicht jene Bedürfnisse bzw. Interessen von klar abgrenzbaren sozialen Gruppen, sind Offe zufolge „schwerer beziehungsweise überhaupt nicht zu organisieren“ (Offe 1971: 168). Offe betont in diesem Zusammenhang, dass diese

Spezialinteressen den sozialen Gruppen selbst bewusst und hinreichend wichtig sein müssen. Andernfalls dürften die Gruppenmitglieder kaum bereit sein, eigene Ressourcen einzubringen (Offe 1971: 145). Neben der Organisationsfähigkeit nennt Offe die Konfliktfähigkeit eines Interesses als zweite wichtige Voraussetzung, damit ein Interesse gemeinsam vertreten werden kann. Diese beruht auf der Fähigkeit einer Organisation, Leistungen kollektiv zu verweigern bzw. eine systemrelevante Leistungsverweigerung glaubhaft anzudrohen, um so Druck auf die politischen Eliten auszuüben (Offe 1971: 169). Eine Reihe von sozialen Gruppen ist deshalb zwar organisationsfähig, nicht aber konfliktfähig wie beispielsweise Arbeitslose, Hausfrauen, Schüler oder Studenten. Sie können das Sanktionsmittel einer Leistungsverweigerung von großer Tragweite nicht nutzen. Sofern Gruppen ohne ausreichende Konfliktfähigkeit organisiert sind ist dies laut Offe in aller Regel Folge politischer Subventionen mit dem Ziel der Integration oder Disziplinierung der jeweiligen Gruppenmitglieder. Deshalb ist für Offe die Konfliktfähigkeit konstitutiv für die Stärke einer Organisation im Interessenwettbewerb (vgl. Offe 1971: 167 ff.). Offes Organisationsdilemma trifft zwar prinzipiell alle Verbände, jedoch ist es bei heterogenen und chronisch ressourcenarmen Verbänden besonders stark ausgeprägt (vgl. Sebaldt 2006: 24). Zumal Ressourcen-defizite von Randgruppen „sich als ein gravierendes, aber grundsätzlich durch gruppeninterne Prozesse oder externe Unterstützung durch politische Unternehmer oder Sponsoren ausgleichbares Organisationshindernis erwiesen [haben]“ (Winter 2007: 218). Vielmehr noch kann davon ausgegangen werden, dass die von Offe entwickelten Kategorien der Organisations- und Konfliktfähigkeit von Interessen aus wissenschaftlicher Sicht zunehmend an Erklärungskraft verlieren. So haben sich auch schwache Interessen in bestimmten Politikfeldern wie der Umwelt- oder Familienpolitik zunehmend Gewicht verschafft und verfügen über ein erhebliches *Gegenmachtpotenzial* zu den ressourcenstarken Verbänden. Hier sind politische Erfolge weniger das Ergebnis organisations- oder konfliktbedingter Überlegenheit, sondern vielmehr Folge vorteilhafter Gruppen- und Interesseneigenschaften sowie der Ausstattung mit materiellen und motivationalen Ressourcen (vgl. Buchholz 1976: 43 ff., Strünck 2010: 151). Vor diesem Hintergrund weisen Thomas von Winter und Ulrich Willems darauf hin, dass sich weitere Fortschritte in der Theoriedebatte über schwache Interessen nur dann erzielen lassen, wenn die ideologisch geprägte Fixierung auf die Theoriebeiträge von Olson und Offe überwunden wird. Für die beiden Autoren hängt der politische Erfolg schwacher Interessen nämlich nicht nur von ihrer Gruppengröße oder Ressourcenausstattung,

sondern auch von einer ganzen Reihe weiterer Faktoren und vor allem von deren Zusammenwirken ab (vgl. Winter/Willems 2000). So bilden ungleiche Ressourcenverteilungen, unterschiedliche Organisations- und Konfliktfähigkeit, ungleiche Kontaktstrukturen sowie der Grad an formalisierter bzw. institutionalisierter Verbändebeteiligung ein Gefüge von sich gegenseitig verstärkenden Selektionsmechanismen der Zugangs- und Einflusschancen zum politischen Prozess (Winter 2007: 233). Diese müssen jedoch individuell je nach Forschungsgegenstand herausgearbeitet werden (Winter/Willems 2000: 14).

Der Versuch die Interessenvermittlungsstrukturen der deutschen Familienpolitik anhand der theoretischen Ansätze einzustufen zu wollen macht deutlich, dass sich die gängigen Analyse- bzw. Erklärungsansätze nur schwer auf das Politikfeld übertragen lassen. So weist Irene Gerlach darauf hin, dass in der Familienpolitik, deren dynamischen Elemente vor allem vom Bundesverfassungsgericht geprägt wurden, die strukturelle Benachteiligung schwacher Interessen gegenüber anderen symptomatisch für das Politikfeld ist. Insbesondere zeigt sich dies bei allgemeinen zugunsten von partikularen bzw. Sonderinteressen (vgl. Gerlach 2005: 68). Eine Pluralität gesellschaftlicher Interessen wie sie im pluralistischen Modell angestrebt wird, fand in der deutschen Familienpolitik zu keinem Zeitpunkt statt. Denn die Konzeption des pluralistischen Modells, das seine Legitimation vor allem aus der Verbindung zwischen der Artikulation und Vermittlung von Interessen über übergeordnete Verfahrenswege und institutionelle Zuständigkeiten ableitet wird dort brüchig, wo Machtgefälle in der Durchsetzungsfähigkeit von Interessen bestehen (Gerlach 2004: 353). Trotz institutioneller Umbrüche in den vergangenen 30 Jahren und massiver Zunahme an Interessenverbänden im Politikfeld, haben sich die Artikulation und Durchsetzung von Interessen in der Familienpolitik nur rudimentär in der Herausbildung eines pluralistischen Verhandlungssystems niedergeschlagen (Gerlach 2009: 102). So bleibt die Durchsetzungsfähigkeit verbandlicher Interessen insgesamt gering. Dies kann insbesondere darauf zurückgeführt werden, dass die neu hinzugetretenen Verbände weniger allgemeine, sondern vielmehr familienpolitische Teil- oder Detailinteressen vertreten (vgl. Sebaldt 1997: 80). Darüber hinaus stellen sich die vertretenen Interessen als divers dar und sind in ihrem Tätigkeitsfeld höchst heterogen. Familienpolitik ist zudem auch immer mit Argumentationsmustern verknüpft, die bestimmte Familienbilder vertreten. Diese werden für die Verteidigung des jeweils um Durchsetzung ringenden Familien-

bilds funktionalisiert. Das bedeutet, dass unabhängig davon welches Familienbild als gesellschaftlich gelebter *Normalfall* anzusehen ist, die normativen Vorstellungen über Familien ganz wesentlich den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess prägen. In Deutschland wurde Familienpolitik lange Zeit nicht mit gesellschaftlichen Interessen, sondern im Spektrum konservativer Politik wertrational begründet, was die Durchsetzungschancen gesellschaftlicher Interessen extrem erschwerte (Gerlach 2009: 103). An dieser Stelle kann jedoch von einer Reideologisierung familienpolitischer Argumentationsmuster gesprochen werden, bei denen heute wieder weniger gesellschaftlich oder ökonomisch begründet Argumente eine Rolle spielen. Vielmehr zeugen die politischen Diskussionen rund um die Einführung der sogenannten *Herdprämie* oder auch der *Ehe für alle* von weiterhin bestehenden unvereinbaren bzw. konkurrierenden normativen Vorstellungen über die Institutionen Familie und Ehe. Dabei wird die ideologisch geprägte Interessenlage im Politikfeld sichtbar. Außerdem kann für das Politikfeld ein deutliches Machtgefälle hinsichtlich der Durchsetzungsfähigkeit von erwerbsbezogenen gegenüber nicht-erwerbsbezogenen Interessen konstatiert werden. So stellt Regina Ahrens fest, dass vor allem die Arbeitgeberverbände „im Zuge der verstärkten Betonung ökonomischer Argumentationsmuster in der Familienpolitik an Bedeutung und Einfluss im politischen Prozess gewonnen haben“ (Ahrens 2012a: 75).

Daraus nun auf korporatistische Interessenvermittlungsstrukturen zu schließen wäre allerdings verfehlt. Denn auch das korporatistische Modell mit seiner unidirektionalen Einflussnahme und oftmals institutionalisierten Einbindung von Verbänden in die Produktion und Implementation von Politik ist in der deutschen Familienpolitik (zumindest als Reinform) nicht vorzufinden. Zwar bringen sich Interessenverbände auch aktiv in die Gestaltung betreffender Gesetzesprozesse mit ein, jedoch wird der Prozess der Politikformulierung nicht von einigen wenigen Akteuren maßgeblich geprägt. Vielmehr ist die Bandbreite der Einfluss nehmenden Akteure innerhalb des Politikfelds groß (vgl. Gerlach 2009: 95). So sind auf dem Feld der Verbände in den letzten Jahren zahlreiche neue Verbände und Organisationen aufgetaucht, die zum Teil mit beträchtlichem Erfolg bestimmte familienpolitische Themenfelder beeinflussen. Diese Akteure sind primär von den Folgewirkungen von Familienpolitik betroffen – wie etwa Rentenversicherer, Arbeitgeber, Kommunen usw. (vgl. Reutter 2000). Diese Artikulation und Vermittlung *abgeleiteter* Interessen kann aber nicht als korporatistisch orientierte Interessenpolitik eingeordnet werden (Gerlach 2009: 95). Zudem übernehmen nicht-

staatliche Akteure nur wenige staatliche Aufgaben, was vor allem an dem Grundrechtsschutz von Familienpolitik via Art. 6 GG und ihre Verknüpfung mit dem Sozialstaatsgrundsatz des Art. 20 Abs. 1 GG liegt. Zwar fungieren nicht-staatliche Akteure etwa in den Bereichen Familien- oder Kinderhilfe als öffentliche Träger, so dass die diesbezügliche Akteurskonstellation als korporatistisch beschrieben werden kann. Jedoch verbleibt ein Großteil der interventionistischen Aufgaben weiterhin beim Staat (vgl. Gerlach 2004: 356). Daher erweist sich die Entwicklung in der Familienpolitik im Vergleich zu anderen Politikfeldern – wie etwa in der Wirtschafts- oder zum Teil auch Sozialpolitik, eher divergent.

Neben den Befunden auf Ebene der klassischen theoretischen Ansätze gilt es nun die familienpolitischen Interessenvermittlungsstrukturen im Hinblick auf die Repräsentation schwacher Interessen im Politikfeld genauer zu durchleuchten. In diesem Fall ist zu vermuten, dass dem relativ geringen Stellenwert von Familienpolitik in Deutschland eine schwache Organisation verbandlicher Interessen entspricht. Allerdings wird nur auf dem ersten Blick diese Vermutung belegt. So weist die Vielzahl familienpolitischer Akteure wie die Gebietskörperschaften, Parteien, Kirchen und Verbände zwar auf einen hohen Institutionalisierungsgrad von Familienpolitik hin. Gleichzeitig jedoch ist sie ein gewichtiges Argument dafür, dass die Familienpolitik „entsprechend den föderalistischen Elementen der bundesrepublikanischen Verfassung dezentralisiert und infolge der Arbeitsteilung [...] auch zersplittert ist“ (Cramer 1982: 69). Blickt man aber auf die Stärke der Interessenvertretungen in Abhängigkeit von ihrer Stellung zur Akteurs- und Interessenkonstellation zeigt sich ein anders Bild. So konnten sich in den vergangenen Jahren neue Akteure etablieren, die aufgrund ihrer hohen Organisations- und Konfliktfähigkeit zunehmend an Einfluss gewonnen haben. Dies betrifft vor allem die Verbände der Arbeitgeber sowie Gewerkschaften. Zudem erweisen sich diese Akteure als ressourcenstark im Hinblick auf ihre finanzielle und personelle Mittelausstattung. Aber auch die Stellung von Allgemeininteressen – primär vertreten durch Familien- und Wohlfahrtsverbände, ist in der Familienpolitik entgegengesetzt zu den Entwicklungen anderer Politikfelder. Diese Veränderungen auf der Akteursebene haben auch Folgen für die familienpolitische Akteurs- und Interessenkonstellation. So wurden etwa für Deutschland neue Kooperationen und Allianzen in der Familienpolitik konstatiert (ausführlich siehe u.a. Kübler 2007, Häusermann 2006). Zwar haben sich nach diesen Einschätzungen durchaus neue (schwache) Verbände und Interessen etablieren können und einen wirkungsvollen Zugang zur politischen Entscheidungsfindung gefunden.

Allerdings mindern nach wie vor die ungleiche Ressourcenverteilung, unterschiedliche Organisations- und Konfliktfähigkeit, ungleiche Kontaktstrukturen und formalisierte bzw. institutionalisierte Verbändebeteiligungen die politischen Erfolgsaussichten und führen zu Asymmetrien im Verbandsgefüge zu Lasten der schwachen Interessen.

2.1.3. Erklärungsfaktoren und Indikatoren

Wie die theoretische Beschäftigung mit dem vorliegenden Untersuchungsgegenstand gezeigt hat, unterscheidet sich die deutsche Familienpolitik insofern von den meisten anderen sozialpolitischen Politikfeldern, als dass die familienpolitischen Interessenvermittlungsstrukturen von den gängigen theoretischen Ansätzen der Verbändeforschung zum Teil erheblich abweichen oder dass ihre Übertragung mit beträchtlichen Einschränkungen und Problemen verbunden ist. So gibt es theoretische wie auch empirische Gründe zur Annahme, dass die Form der Interessenvermittlungsstrukturen nicht den üblichen kategorialen Vorgaben wie Pluralismus oder Korporatismus entspricht. Zudem konnte aufgezeigt werden, dass insbesondere die Durchsetzung schwacher Interessen im politischen Prozess der Familienpolitik offensichtlich ein Problem darstellt. Bezogen auf die Untersuchung der Artikulations- und Vermittlungsfähigkeit von Lesben- und Schwulenverbänden können auf Grundlage dieser Überlegungen folgende Schlussfolgerungen festgehalten werden: Die geschilderten Strukturen und Veränderungen in der deutschen Familienpolitik erzeugen einen Strukturwandel der Interessenvermittlungsstrukturen und schaffen differenzierte Bedingungen für die Artikulation wie auch Vermittlung verbandlicher Interessen. So ist das Politikfeld durch institutionelle Umbrüche bei gleichzeitig massiver Zunahme an Interessenverbänden gekennzeichnet. Daher empfiehlt es sich im Sinne des pluralistischen Modells zunächst den Grad an Berücksichtigung und Durchsetzungsfähigkeit von Interessen im Politikfeld näher in Betracht zu ziehen. Zudem hat die Übertragung des korporatistischen Modells auf die familienpolitischen Interessenvermittlungsstrukturen gezeigt, dass zwar in einigen Bereichen von Familienpolitik eine institutionelle Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Trägern stattfindet. Auf der anderen Seite sind jedoch auf dem Feld der Verbände zahlreiche (neue) Akteure aktiv, die zum Teil mit beträchtlichem Erfolg bestimmte familienpolitische Themenfelder beeinflussen. Dies Struktur von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren wirkt sich auf die Akteurs- und Interessenkonstellation im Politikfeld aus und beeinflusst die Beteiligung, Zusammensetzung wie auch Interaktion der Akteure. So weist die Netz-

werktheorie auf die Bedeutung von Zugangs- und Einflusschancen im Zusammenhang mit politikfeldspezifischen Akteurs- und Interessenkonstellationen hin, weshalb auch diese nachfolgend in den Fokus der Betrachtung rücken. Und schließlich deuten die theoretischen Befunde im Hinblick auf schwache Interessen darauf hin, nicht länger nur die Organisations- und Konfliktfähigkeit von Verbänden, sondern weitere Faktoren und insbesondere deren Zusammenwirken zu berücksichtigen. Daher muss hier das Augenmerk weniger auf strukturelle Faktoren wie die Ressourcen von Interessenverbänden als vielmehr auf spezifische Strategien und Instrumente der Interessenvermittlung gelegt werden, um die Durchsetzungsfähigkeit schwacher Interessen differenzierter zu untersuchen.

Auf Grundlage dieser Schlussfolgerungen gilt es nun Erklärungsfaktoren aufzustellen, um die Artikulations- wie auch Vermittlungsschwäche von Lesben- und Schwulenverbänden zu untersuchen. Dazu wurde *deduktiv* mit Hilfe vorhandener Forschungsliteratur ein auf die Spezifika des Politikfelds wie auch auf den Forschungsgegenstand zugeschnittenes Analyse- und Erklärungsmodell entwickelt. Da in der Verbändeforschung eine nahezu unüberschaubare Fülle an zum Teil widersprüchlicher Literatur zur Artikulation und Vermittlung verbandlicher Interessen vorliegt, wurden zunächst die für die Fragestellung relevanten Titel ausgewählt. Hier zeigte sich sehr deutlich, dass die meisten Publikationen einen Schwerpunkt auf die politikfeldspezifischen Interessenvermittlungsstrukturen setzten oder auf strukturelle und funktionelle Variablen des Verbandssystems eingehen. In diesem Zusammenhang konnten die oben angestellten Schlussfolgerungen und genannten Einschränkungen zu Fragen nach den spezifischen Zugangs- und Beteiligungschancen sowie dem Einfluss von Lesben- und Schwulenverbänden anregen. Implizit sind hiermit zwei zentrale Fragen angesprochen: Erstens, was sind die günstigen und ungünstigen politikfeldspezifischen Eigenschaften für die Artikulation und Vermittlung verbandlicher Interessen? Und zweites, welche akteursbezogene Eigenschaften schwacher Interessen im Allgemeinen sowie von Lesben- und Schwulenverbänden im Speziellen tragen zur Artikulation und Vermittlung verbandlicher Interessen bei? Somit konnte zum einen mittels übergeordneter Fragen eine neue Perspektive auf die Forschungsliteratur aufgeworfen und schließlich durch logische Ableitungen bestehender Erkenntnisse neue bzw. fallorientierte Erklärungsfaktoren identifiziert werden. In einem nächsten Schritt wurden anschließend den jeweiligen Erklärungsfaktoren unterschiedliche Indikatoren beigegeben. Die Formulierung geeigneter Indikatoren wurde *theoretisch-deduktiv* auf Grundlage der dem

jeweiligen Erklärungsfaktor zugrundeliegenden Theorie und der damit verbundenen relevanten Literatur sichergestellt. In diesem Fall ließen sich aus den bestehenden Befunden die als untersuchungsrelevant zu erachteten Indikatoren herausnehmen und an den Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit anpassen. Auf dieser Weise konnte sichergestellt werden, dass bereits empirisch erprobte Indikatoren berücksichtigt wurden. Waren die vorliegenden Befunde jedoch unzureichend wurden bestehende Indikatoren umformuliert oder neu gebildet, um geeignete Indikatoren zu entwickeln.

Der Komplexität und Vielschichtigkeit von Familienpolitik entsprechend gibt es unterschiedliche institutionelle Rahmenbedingungen, die einerseits den Gegenstandsbereich von Familienpolitik und andererseits das Handeln der beteiligten Akteure beeinflussen (vgl. Zinterer/Schwan 2013: 369). Für die vorliegende Arbeit ist insbesondere letzteres von Bedeutung. Sonja Blum und Klaus Schubert schlagen in diesem Fall vor, zunächst die institutionellen Rahmenbedingungen von Familienpolitik näher zu beleuchten. Ihnen zufolge eignet sich dieses Politikfeld aufgrund seiner späten und vergleichsweise geringen Institutionalisierung sehr gut für eine solche Betrachtung. Blum und Schubert zeigen anhand des Politikfelds auf, dass institutionelle Rahmenbedingungen ein ausschlaggebender Faktor bei der Politikgestaltung von Familienpolitik sind (vgl. Blum/Schubert 2009: 74 ff.). Denn Form und Inhalt politischer Entscheidungsprozesse schaffen institutionelle Rahmenbedingungen, die insbesondere Einfluss auf die Struktur und das Handeln von Interessenverbänden haben. Bereits die Korporatismustheorie hat in diesem Zusammenhang deutlich gemacht, wie stark staatliches Handeln auf die Artikulation von Interessen, Ressourcen sowie Zugangs- und Einflusschancen von Verbänden einwirkt. Interessenvermittlungsstrukturen sind somit auch immer ein Ergebnis von Rückkopplungseffekten politischer Maßnahmen und institutioneller Rahmenbedingungen (Winter/Willems 2009: 9). Vor diesem Hintergrund kann davon ausgegangen werden, dass die institutionellen Rahmenbedingungen von Familienpolitik zu politikfeldspezifischen Ausprägungen der Artikulations- und Vermittlungsfähigkeit von Verbänden führen, indem sie auf die Handlungsspielräume der Akteure einwirken. So sind Akteure in ihrem Handeln nicht unabhängig, sondern werden von äußeren Rahmenbedingungen geprägt. Dies wirkt sich sowohl auf die Form der Artikulation und Vermittlung verbandlicher Interessen sowie auf den Zugang zum politischen Prozess aus. In einem nächsten Schritt wurden nun dem Erklärungsfaktor *institutionelle Rahmenbedingungen von Familienpolitik* vier Indikatoren beigegeben: Im vorliegenden Fall scheint zunächst der Querschnittscharakter von Familienpolitik

relevant. So wird davon ausgegangen, dass der Mehrebenen- und Multiakteurscharakter des Politikbereichs Auswirkungen auf die Artikulation wie auch Vermittlung von Interessen hat und schließlich zu Asymmetrien führt. Aufgrund der vielfältigen Verflechtung und Beteiligung von Familienpolitik sind insbesondere schwache Interessenverbände hiervon betroffen. Daneben scheint aber auch der familienpolitische Regimetyp in Deutschland von Belangen, weil dieser bestimmte Orientierungen, Interessen als auch Politikmuster fördert und maßgeblich zur Leitbildentwicklung von Familienpolitik beitragen. Die Bedeutung und der Wandel von Leitbildern bei der Gestaltung von Familienpolitik scheinen ebenfalls ein wesentlicher Indikator zu sein. So kann davon ausgegangen werden, dass sich das familienpolitische Leitbild auf die Artikulation als auch Vermittlung verbandlicher Interessen auswirkt. In diesem Zusammenhang sind besonders die normativen Argumentationsmuster über Familie für die Politikgestaltung von Bedeutung, indem sie bestimmte Familien- bzw. Lebensformen (politisch) anerkennen und fördern, während die Interessen anderer Lebensbereiche außen vor bleiben. Dies betrifft insbesondere die Interessen von Lesben und Schwulen. Und schließlich scheinen auch die Motive für staatliches Handeln von Bedeutung zu sein. Es liegt die Vermutung nahe, dass in den motivspezifischen Maßnahmen übergreifende (normative) Leitbilder von Familie bzw. Familienleben verankert sind. Aufgrund dieser Leitbilder stagniert die Politikgestaltung im Hinblick auf Lesben- und Schwulenpolitiken, da die vertretenen Interessen von Lesben und Schwulen konträr zum familienpolitischen Leitbild sind.

Wie die bisherige Beschäftigung mit der deutschen Familienpolitik gezeigt hat, scheint es sich um ein Politikfeld mit einer relativ großen und heterogenen Akteurslandschaft, einer relativ geringen Geschlossenheit sowie starken Interessenunterschieden zu handeln – eine Konstellation, die sich weder mit dem Pluralismus noch mit dem Korporatismus vereinbaren lässt. Genau an diesem Punkt setzt der zweite Erklärungsfaktor an: Die Rekonstruktion der Akteurs- und Interessenkonstellation im Politikfeld. In der Familienpolitik spielen neben den staatlichen Akteuren auch nicht-staatliche Akteure eine wichtige Rolle – wie die freien Träger der Wohlfahrtspflege, Kirchen, Familienverbände, Arbeitgeber und Gewerkschaften (Gerlach 2004: 123). Diese Struktur von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren addiert sich zu einer politikfeldspezifischen Akteurs- und Interessenkonstellation, die entscheidenden Einfluss auf den familienpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess hat. Denn die Akteurs- und Interessenkonstellation wirkt sich sowohl auf die Beteiligung, Zusammensetzung

als auch Interaktion der Akteure aus (vgl. Schneider/Janning 2006, Winter/Willems 2009). Das Ergebnis ist dann durch die Akteurs- und Interessenkonstellation im Politikfeld und somit wesentlich über die Macht- und Einflussverteilung bestimmt (Jann/Wegrich 2009: 91). Besonders für die Analyse von Einflusschancen von Lesben- und Schwulenverbänden scheint dieser zweite Erklärungsfaktor vielversprechen. So kann doch davon ausgegangen werden, dass die Einflussmöglichkeiten der Verbände stark von der Akteurs- und Interessenkonstellation des Politikfelds bzw. von der Struktur der beteiligten Akteure und ihren repräsentierten Interessen abhängt, wie vergleichbare Forschungen gezeigt haben (ausführlich siehe u.a. Haider-Markel 2000). Daher wurden im Hinblick auf den Erklärungsfaktor *Akteurs- und Interessenkonstellation im Politikfeld* fünf Indikatoren aufgestellt: Die Akteurskonstellation eines Politikfelds wird zunächst durch das Akteursgefüge definiert. D.h. die jeweilige Stellung bzw. Positionierung der zentralen Akteure im familienpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess. So kann davon ausgegangen werden, dass im familienpolitischen Akteursgefüge bestimmte Muster des Einflusses nicht-staatlicher Akteure auf die Gestaltung von Familienpolitik deutlich werden. Vom Akteursgefüge ist die Akteurszene, im Sinne der Zusammensetzung der Akteure, abzugrenzen. Im Hinblick darauf scheint insbesondere die Diversität ihrer Zusammensetzung von Belangen zu sein. Im vorliegenden Fall lässt eine relativ heterogene Zusammensetzung aus verschiedenen Akteursgruppen erwarten, dass diese nur schwer miteinander in Einklang zu bringen sind und schwache Interessenvertretungen unberücksichtigt bleiben oder gar ausgeschlossen werden. Neben den Indikatoren auf Akteursebene wird auch die politikfeldspezifische Interessenkonstellation untersucht. Diese wird zunächst durch die Interessenlage bestimmt, d.h. der Grad an Ausdifferenzierung und Polarisierung von Interessen im Politikfeld. In diesem Zusammenhang ist anzunehmen, dass die vertretenen Interessen äußerst heterogen und somit nur schwer miteinander zu vereinen sind. Aufgrund von Polarisierungseffekten zwischen den Interessen bleiben daher weniger starke Interessen in der Folge ausgeschlossen. Darüber hinaus scheint ferner das Beziehungsverhältnis der Akteure ein weiterer relevanter Indikator zu sein. So kann davon ausgegangen werden, dass die widerstreitenden Interessen der Akteure keinen Anreiz für Kooperationen bieten. Vielmehr lässt eine diverse Interessenlage erwarten, dass das Beziehungsverhältnis vor allem durch Konkurrenz und Konflikte geprägt ist. Daher ist in Anbetracht des konfliktiven Beziehungsverhältnisses der Akteure schließlich auch die Konfliktkonstellation im Politikfeld von Bedeutung. Hier ist davon

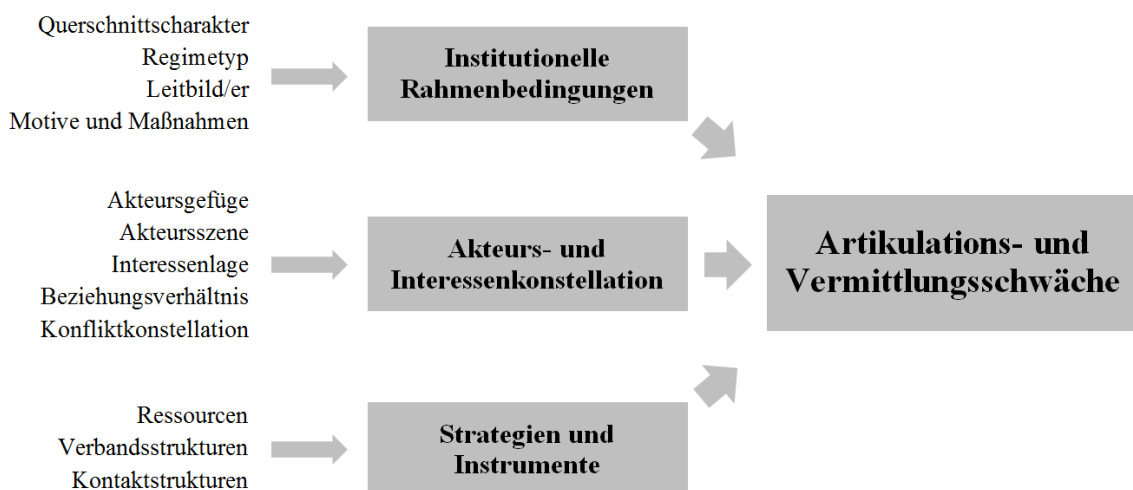
auszugehen, dass es sich bei den vertretenen Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden um Themen handelt, die Wertkonflikte zwischen den beteiligten Akteuren im Politikfeld hervorrufen. Dies gilt allen voran für die zentralen Forderungen der Verbände nach einer rechtlichen Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften und Ehe sowie Adoptionsrechte für Lesben und Schwule. Daher gilt es hier die zentralen Konfliktparteien und deren Konfliktpositionen zu identifizieren, um Rückschlüsse auf die Konfliktkonstellation zu ziehen.

Neben den politikfeldspezifischen Erklärungsfaktoren scheinen akteursbezogene Aspekte bei der Klärung der Forschungsfrage ebenfalls relevant. Hier bildet die in der Tradition von Olson und Offe ins Spiel gebrachte Organisations- und Konfliktfähigkeit einen ersten wichtigen Anknüpfungspunkt. Auch wenn dieses Vorgehen zunächst hilfreich erscheint, um in zugespitzter Form den möglichen Einfluss von Interessenverbänden zu untersuchen, so lassen sich diese beiden kategorialen Vorgaben bei genauerer Betrachtung nur schwer auf den vorliegenden Untersuchungsgegenstand anwenden: Zum einen, weil Olson sein Konzept vor allem im Hinblick auf ökonomische Zusammenhänge entwickelt hat, um das Dilemma großer Gruppen am Beispiel der US-Gewerkschaften aufzuzeigen. Zum anderen, weil die Konflikttheorie von Offe stark auf den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit im Interessenwettbewerb abzielt. So erweisen sich Lesben- und Schwulenverbände im engeren Sinne Offes als per se nicht konfliktfähig, da sie aufgrund der Spezifik ihrer vertretenen Interessen nicht glaubhaft mit einer Leistungsverweigerung drohen können. Für die vorliegende Arbeit scheint es daher sinnvoll sich von der Fixierung auf die Theoriebeiträge von Olson und Offe zu lösen, ohne dabei ihre wissenschaftliche Relevanz in der Verbändeforschung oder spezifische Erklärungskraft aus den Augen zu verlieren und nach weiteren Indikatoren zu suchen. Daher beinhaltet der dritte Erklärungsfaktor *Strategien und Instrumente von Lesben- und Schwulenverbänden* drei Indikatoren: Zunächst stehen die Ressourcen von Lesben- und Schwulenverbänden im Mittelpunkt der Analyse. Hierunter ist die finanzielle und personelle Mittelausstattung sowie die Organisations- und Konfliktfähigkeit zu verstehen, die die Grundlage für Einflusspotenziale von Verbänden bilden. Eine Organisation benötigt zunächst finanzielle und personelle Mittel, um überhaupt existieren und bestimmte Fähigkeiten ausbilden zu können (vgl. Bentele 2007: 19). Die Organisationsfähigkeit wird bestimmt durch den Organisationsgrad (vgl. Lösche 2007: 78) wie auch die Ausprägung (formaler) Organisationsstrukturen der Verbände (vgl. Althaus 2005: 189). Die Konfliktfähigkeit wiederum wird

aufgrund der Spezifik der vertretenen Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden erweitert und als Droh- bzw. Druckpotenzial im weiteren Sinne begriffen (vgl. Hoffjann 2010: 67). Neben den zur Verfügung stehenden Ressourcen bilden die Verbandsstrukturen den zweiten Indikator. Diese organisationalen Eigenschaften sind Teil der strategischen Ausrichtung von Lesben- und Schwulenverbänden, weshalb die Verbandsstrukturen im Hinblick auf die Interessenarbeit der Organisationen untersucht werden (vgl. Schmitter/Streeck 1999: 65 ff.). Dazu zählen die Entscheidungsstrukturen, Verantwortlichkeiten, Professionalisierung als auch finanzielle und personelle Mittel für Lobbytätigkeiten der Interessenverbände. Zudem werden die Zuständigkeiten hinsichtlich der Strategieentwicklung und -planung näher betrachtet. Als dritter Indikator werden schließlich die Kontaktstrukturen von Lesben- und Schwulenverbänden näher beleuchtet. Denn nach wie vor richtet sich das Groß von Verbandsaktivitäten an die Personenkreise, die auf die Vorbereitung und Durchsetzung von politischen Entscheidungen bestimmenden Einfluss ausüben. Gerade hier kann entscheidender Einfluss genommen werden. Zudem besteht auch von Seiten der Vertreter des politischen Bereichs der Wunsch nach Expertise, so dass sich angesichts dessen hier am ehesten dauerhafte und wechselseitige Kontaktbeziehungen entwickeln lassen (Mielke 2009: 35). Vor diesem Hintergrund kann davon ausgegangen werden, dass alle drei Indikatoren zu einem spezifischen Muster der Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden führen. So addieren sich die zur Verfügung stehenden Ressourcen als auch die Verbands- und Kontaktstrukturen zu spezifischen Strategieoptionen der Interessenvertretung und schlagen sich schließlich im Strategie- und Instrumenteinsatz der Verbände nieder (vgl. u.a. Haider-Markel/Meier 2006, Schmitter/Streeck 1999, Sebaldt 1997). Wobei sich sowohl die Ressourcenknappheit als auch strukturelle Defizite im Strategie- und Instrumenteinsatz der Verbände erkennen lassen und maßgeblich zur Artikulations- und Vermittlungsschwäche beitragen. Daher wird im Anschluss an die Untersuchung der drei Indikatoren auch der Strategie- und Instrumenteinsatz von Lesben- und Schwulenverbänden ausführlich analysiert, um Rückschlüsse auf ihre Einflusschancen zu ziehen. Hierbei kann deutlich werden, wie die Ressourcenknappheit als auch strukturelle Defizite im Strategie- und Instrumenteinsatz zu Einschränkungen in der Interessenarbeit führen und somit die Einflusschancen mindern.

Folglich konnten drei Erklärungsfaktoren generiert werden, die sowohl die Artikulations- als auch Vermittlungsschwäche von Lesben- und Schwulenverbänden bedingen: Aus einer *Makro-Perspektive* heraus sind zunächst die institutionellen Rahmenbedingungen bei der Klärung der oben erläuterten Forschungsfrage von zentraler Bedeutung. Anschließend wird die politikfeldspezifische Akteurs- und Interessenkonstellation mit Bezug auf eine akteurzentrierten *Meso-Perspektive* analysiert. Schließlich folgt die Analyse der zur Verfügung stehenden Strategien und Instrumente von Lesben- und Schwulenverbänden aus einer *Mikro-Perspektive* heraus. Eine ausführliche Herleitung der einzelnen Indikatoren erfolgt in den jeweiligen Kapiteln 4-6. Das nachfolgende Schaubild fasst alle Erklärungsfaktoren und Indikatoren noch einmal graphisch zusammen:

Schaubild: Erklärungsfaktoren und Indikatoren



2.2. Methodisches Vorgehen

Für die empirische Überprüfung der entwickelten Erklärungsfaktoren gilt es nun ein geeignetes Erhebungsverfahren auszuwählen. Da bisher weder einschlägige Befunde noch systematische Studien zur Artikulation wie auch Vermittlung vertretenen Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden in der deutschen Familienpolitik vorliegen, erfolgt im Rahmen dieser Arbeit eine Primärerhebung. Die Wahl der Erhebungs- und Auswahlinstrumente soll dabei den explorativen Charakter der Studie als auch des Untersuchungsgegenstands betonen, über den bislang noch wenige Erkenntnisse vorliegen. Um eine möglichst aussagekräftige Datenbasis zu erlangen,

sieht das Untersuchungsdesign der vorliegenden Arbeit zwei empirische Schritte vor: Erstens, die schriftliche Befragung mittels standardisiertem Fragebogen; und zweitens, die persönliche Expertenbefragung mittels Leitfadeninterview. So soll mit Hilfe des zeitlich vorausgehenden Fragebogens ein erstes, breites Datenfundament erhoben werden, auf dessen Ergebnisse die Interviews konstruiert werden. Ziel ist es die erhobenen Befunde durch die Zweiteilung des Erhebungsverfahrens wechselseitig zu überprüfen und systematisch zu erweitern, um somit (noch) bestehende Lücken zu schließen und einen tiefergehenden Zugang zum Untersuchungsgegenstand zu erhalten. Beide Erhebungsverfahren wie auch die Auswahl der Befragten werden in den folgenden Unterkapiteln erläutert. Die Auswertung und Interpretation der Forschungsbefunde folgt unter Bezugnahme von Sekundärliteratur als auch mittels Dokumentenanalyse im Hauptteil dieser Arbeit. Ziel ist es die entwickelten Erklärungsfaktoren und Indikatoren empirisch zu überprüfen und zu diskutieren, um somit eine Antwort auf die eingangs gestellte Forschungsfrage zu geben.

2.2.1. Der Fragebogen

Die Basis der empirischen Untersuchung bildet ein standardisierter Fragebogen. Aufgrund des explorativen Charakters der Arbeit, scheint das Erhebungsinstrument der schriftlichen Befragung in Form eines standardisierten Fragebogens besonders gut geeignet, die eingangs gestellte Forschungsfrage bzw. die oben aufgestellten Erklärungsfaktoren systematisch und zielgerichtet empirisch zu überprüfen. In aller Regel werden hypothesengerichtete Fragen gestellt, die sich (sofern vorhanden) an der wissenschaftlichen Literatur zum Thema wie auch an den Vorannahmen des Forschers orientieren (vgl. Flick 1999: 101).

Der standardisierte Fragebogen ist insgesamt in sechs Fragenkomplexe gegliedert und besteht weitestgehend aus geschlossenen Fragen, bei denen die Antwortmöglichkeiten vorgegeben sind. Der mehrseitige Fragebogen umfasst mehr als 60 Fragen, die in Fragebatterien thematisch zusammengefasst sind. Die geschlossenen Fragen sind in der Regel als Aussagen formuliert zu denen die Befragten Stellung beziehen sollen. Bei der Fragebogenkonstruktion wurde darauf geachtet, dass die Fragen bzw. Aussagen eindeutig formuliert sind und dass die Antwortmöglichkeiten erschöpfend und trennscharf sind bzw. sich nicht überlappen (vgl. Behnke et al. 2010: 225). Je nach Fragentyp wurde ein dichotomes oder ein mehrstufiges Antwortmodell eingesetzt. Da es sich hier meist um sehr komplexe Fragen handelt – die sich auf die subjektiven

Wahrnehmungen bzw. Einstellungen der Befragten beziehen, wurden endpunktbenannte Sechzerskalen eingesetzt. Dies hat den Vorteil, dass bei einer geraden Anzahl von Antwortmöglichkeiten die Befragten *gezwungen* sind, sich für eine Antwortrichtung (positiv/negativ) zu entscheiden und somit von vorhinein nur profilierte Urteile zugelassen wurden (vgl. Mummendey/Grau 2008: 76). Zudem entspricht die Mehrstufigkeit der Ratingskalen dem Bedürfnis der befragten Personen nach differenzierter Darstellung ihrer Aussagen. Damit die nachfolgenden Rechenoperationen bei der Datenauswertung überhaupt zulässig sind, wurde immer nur der Anfangs- und Endpunkt der jeweiligen Skala verbal markiert und zum Ankreuzen Ziffern vorgegeben. Somit konnte sichergestellt werden, dass die einzelnen Antwortstufen von den Befragten als gleichabständig empfunden werden (vgl. Mummendey/Grau 2008: 80). Solche endpunktbenannten Ratingskalen gelten ausnahmelos als intervallskaliert und tragen dem Bedürfnis der Auswertung nach möglichst breiter Variation etwaiger Auswertungsverfahren Rechnung (vgl. Porst 2014: 77). Neben den Sechzerskalen wurden aus methodischen Gründen auch Dreierskalen verwendet, jedoch nur im vierten und fünften Fragenkomplex.

Abgesehen von den geschlossenen Fragen wurden auch vier offene Fragen formuliert, bei denen die Befragten die Antworten selbst aufschreiben sollen. Diese wurden dort eingesetzt, wo die befragten Personen nicht durch Antwortvorgaben eingeschränkt werden sollten oder wo alternative Antwortmöglichkeiten zu viel Platz einnehmen würden. Offene Fragen wurden jeweils im vierten und fünften Fragenkomplex als *Nach-* bzw. *Ergänzungsfragen* sowie bei den soziodemographischen Daten im letzten Kapitel verwendet. Ihre Bedeutung für die gesamte empirische Untersuchung ist daher entsprechend gering.

Gemäß der hier beschriebenen Vorgehensweise und Anforderungen ist der vorliegende Fragebogen (siehe Anhang 1) wie folgt gegliedert: Der erste Fragenkomplex untersucht die institutionellen Rahmenbedingungen von Familienpolitik für die verbandliche Interessenvertretung und ist in sechs Fragebatterien unterteilt. Zunächst wird überprüft, inwiefern und inwieweit der Querschnittscharakter von Familienpolitik – im Sinne des Mehrebenen- und Multiakteurscharakters des Politikbereichs, Auswirkungen auf die Artikulation und Vermittlung von Interessen hat. Da familienpolitische Diskurse sich in der Regel auf das Leitbild von Familienpolitik beziehen, sollen die Befragten anschließend einschätzen, wer das Leitbild von Familienpolitik prägt und verschiedene

wertende Aussagen hierzu beurteilen. Zudem wird der Frage nachgegangen, ob auch alternative Familienformen dem Leitbild von Familienpolitik entsprechen – wie gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Abschließend sollen die Befragten zu den verschiedenen Maßnahmen bzw. Motiven für staatliches Handeln Stellung beziehen. Der zweite Fragenkomplex ist in sieben Fragebatterien segmentiert und rekonstruiert die Akteurs- und Interessenkonstellation im Politikfeld. Hinsichtlich der Akteurskonstellation sollen die Befragten zunächst die Einflusschancen der beteiligten gesellschaftlichen Akteure auf den familienpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess einschätzen. In diesem Zusammenhang wird davon ausgegangen, dass die Akteure unterschiedliche Positionen im Akteursgefüge einnehmen. Dazu wird den Befragten eine Liste der zentralen Akteure im Politikfeld vorgelegt. Anschließend sollen sie die Stellung von Interessenverbänden sowie die Zusammensetzung der (langfristig) beteiligten Akteure von Familienpolitik im Allgemeinen beurteilen. Neben der Akteurskonstellation wird auch die daraus resultierende Interessenkonstellation untersucht. Hierzu zählen Fragen zur schwerpunktmäßig vorherrschenden Interessenlage wie auch zum Grad an Diversität und Polarisierung der Interessen. Zudem sollen die Befragten Stellung zu Beteiligungsalternativen am politischen Prozess beziehen. Ebenfalls ein wesentlicher Aspekt ist das Verhältnis der Akteure im Politikfeld, dass die Befragten ebenfalls beurteilen sollen. Abschließend wird anhand drei zentraler Aussagen zur gegenwärtigen Debatte um die Gleichstellung von homo- und heterosexuellen Paaren ein Interessenprofil der Befragten erstellt, mit dem Ziel, die Konfliktkonstellation im Politikfeld nachzuzeichnen. Der dritte Fragenkomplex ist in zwei Fragebatterien unterteilt und dient der Überprüfung der abhängigen Variable. Hier wurden die schwierigen Fragen zur Artikulations- wie auch Vermittlungsschwäche von Lesben- und Schwulenverbänden gestellt, da die Motivation von Befragten im mittleren Drittel ihren Höhepunkt erreicht (vgl. Behnke et al. 2010: 230). Zunächst sollen die Befragten anhand verschiedener, wertender Aussagen die Position von Lesben- und Schwulenverbände im Politikfeld im Allgemeinen angeben. Anschließend wird nach der konkreten Artikulations- als auch Vermittlungsfähigkeit verbandlicher Interessen gegenüber der deutschen Familienpolitik im Speziellen gefragt. Der vierte Fragenkomplex analysiert die zentralen politischen Kontaktpartner von Lesben- und Schwulenverbänden. Dazu wurden sechs Fragebatterien mit geschlossenen Fragen und eine offene Frage formuliert. Zuerst sollen die befragten Verbandsvertreter die grundsätzliche Bedeutung politischer Kontaktpartner einschätzen sowie die Intensität

dieser Kontakte angeben und jene Kontaktpartner benennen, mit denen ihr Verband von sich aus Kontakt aufnimmt. Dazu wurde den Befragten eine Liste mit den zentralen Anlaufstellen für die verbandliche Interessenvertretung vorgelegt. Im nächsten Schritt wird dann analog die Bedeutung von Lesben- und Schwulenverbänden als Kontaktpartner für die Interessenvertretung untersucht. Auch hier werden die Kontaktfrequenz, Kontaktaufnahme und die wichtigsten Kontaktpartner mit gleichen oder ähnlichen Interessen ermittelt. Anschließend wird der Strategie- und Instrumenteeinsatz von Lesben- und Schwulenverbänden erhoben. Da zu diesem Thema bislang nur wenige Forschungserkenntnisse zur Verfügung stehen, wurden hier eher allgemeine Fragen bzw. Aussagen formuliert. Unterteilt sind diese in vier Fragebatterien und eine offene Frage. So sollen die Befragten zunächst die Bedeutung formalisierter und institutioneller Kontakte beurteilen. Anschließend sollen sie jene konkreten Aktivitäten benennen, die ihr Verband im Rahmen der Interessenartikulation und –vermittlung unternimmt. Zudem wird sowohl die Bedeutung als auch das Ausmaß von Kooperationsbeziehungen zwischen Verbänden ermittelt. Abschließend sollen die Befragten die personelle und finanzielle Mittelausstattung als auch die Organisations- sowie Konfliktfähigkeit ihres Verbands beurteilen. Schließlich stehen am Ende des Fragebogens die leicht zu beantwortenden soziodemographischen Fragen. Konkret sollen hier Geschlecht, Alter, Berufsfeld und Dauer der Tätigkeit im Berufsfeld der Befragten angegeben werden.

Nach der Entwicklung der Befragungsunterlagen wurde zunächst ein Pretest durchgeführt. Als allgemeines Ergebnis dieses Pretests kann festgehalten werden, dass keine grundsätzlichen Schwierigkeiten aufgetreten sind und nur kleine sprachliche wie auch inhaltliche Änderungen notwendig waren. So konnte sichergestellt werden, dass sowohl die substanzielle Tiefe als auch der Umfang des Fragebogens angemessen sind. Da die Befragten aus methodischen Gründen in zwei Gruppen aufgeteilt werden, gibt es den vorliegenden Fragebogen in zwei Ausführungen – d.h. es gibt zwei Fragebogenversionen: Während Fragebogenversion I den ersten bis dritten Fragenkomplex sowie den sechsten Fragenkomplex zu den soziodemographischen Merkmalen umfasst, beinhaltet die Fragebogenversion II hingegen alle sechs Fragenkomplexe. Die Zweiteilung der Befragung bietet somit die Möglichkeit, die sehr spezifischen Fragen zur Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden (sprich der vierte und fünfte Fragenkomplex) nur an fachkundige Personen bzw. an Verbandsvertreter von Lesben- und Schwulenverbänden zu richten. Allerdings ist zu beachten, dass beide

Fragebogenversionen zum gleichen Zeitpunkt verschickt und ausgewertet wurden. Die Fragebögen wurden den Befragten postalisch – an einem beliebigen Ort zum Selbstausfüllen, zugeschickt und mittels frankierten Rücksendecouverts an den Forscher zurückgesendet. Um die Bereitschaft der Befragten zusätzlich zu erhöhen, wurde ein Anschreiben den Fragebogenunterlagen beigelegt, in dem den Befragten Anonymität zugesichert sowie die Wichtigkeit und Sinnhaftigkeit ihrer Teilnahme verdeutlicht wurde.

Aufgrund der klaren und zugespitzten Fragestellung der vorliegenden Arbeit handelt es sich bei der Befragungspopulation um eine verhältnismäßig kleine Grundgesamtheit, wodurch nur die rudimentären Berechnungen der deskriptiven Statistik anwendbar waren. Daher wurden ausschließlich Mittelwert bzw. arithmetisches Mittel, Varianz und Standardabweichung berechnet. Wobei die Streuwerte im weiteren Verlauf der Arbeit nur dann angegeben werden, wenn sie für die Auswertung und Interpretation der Daten von Bedeutung sind. Zwar sind der statistischen Darstellung und Interpretation der Ergebnisse deshalb deutlich Grenzen gesetzt, jedoch sind eindeutige Tendenzen erkennbar. Somit konnten mit Hilfe der schriftlichen Befragung alle relevanten Aspekte zielgenau bzw. hypothesengerichtet abgefragt und überprüft werden, um die aufgestellten Erklärungsfaktoren bzw. Indikatoren empirisch zu testen. Diese Form der Informationsreduktion auf wenige Aussagen wäre durch eine rein qualitative Methode so nicht möglich gewesen. Zudem konnte die Verteilung der Antworten genau erhoben und verglichen werden, wodurch neue Erkenntnisse gewonnen wurden. So konnten Akteursgruppen gebildet und im Hinblick auf ihr Antwortverhalten verglichen werden. Vor dem Hintergrund des geringen Kenntnisstands war es somit nicht nur möglich die aufgestellten Erklärungsfaktoren bzw. Indikatoren im Hinblick auf die Konstruktion des Interviewleitfadens zu untersuchen, sondern auch erste Asymmetrien in den Wahrnehmungen bzw. Einstellungen der Befragten herauszuarbeiten.

2.2.2. Das Experteninterview

Auf Grundlage der Befunde aus der schriftlichen Befragung wurden nun ausgewählte Verbandsvertreter direkt (persönlich) bzw. *face-to-face* mittels Leitfadeninterview befragt, mit dem Ziel, die vorangegangenen Ergebnisse zu überprüfen und zu präzisieren. Dabei wurden im Wesentlichen die Themenschwerpunkte des Fragebogens aufgegriffen, um eine Vergleichbarkeit und wechselseitige Überprüfung der Ergebnisse zu erzielen. Zudem wurden die Befragten mit den Ergebnissen aus der schriftlichen

Befragung konfrontiert. Eine besondere Form des Leitfadeninterviews ist das Experteninterview, bei dem Experten zu einem bestimmten Thema befragt werden. Die Abgrenzung zum klassischen Interview wird schon im Namen deutlich: So ist der Befragte hier weniger als Person, sondern in seiner Funktion als Experte für bestimmte Handlungsfelder von Bedeutung. Ferner wird der Befragte nicht als Einzelfall, sondern als Repräsentant einer Gruppe in die Untersuchung miteinbezogen (vgl. Mayer 2009: 38). Das Ziel der Experteninterviews bestand in der Generierung bereichsspezifischer und objektbezogener Aussagen (Scholl 2009: 69). Genauer gesagt sollten die Interviews den weitestgehend (noch) lückenhaften Erkenntnisstand durch exklusives Praxis- bzw. Expertenwissen als auch impliziertes Deutungswissen der Befragten kompensieren. Sie dienen somit der systematischen und lückenlosen Informationsgewinnung (vgl. Bogner/Menz 2009). Folglich konnten die (noch) bestehenden empirischen Lücken durch praktische Erfahrungen und Hintergrundwissen der Experten geschlossen werden. Somit wurde ein deutlich tieferer Zugang zum Untersuchungsgegenstand erhalten, als dies über eine rein standardisierte Befragung möglich gewesen wäre.

Der Interviewleitfaden wurde auf Grundlage der Ergebnisse der schriftlichen Befragung als auch theoretischer Vorüberlegungen entwickelt und besteht aus offen ausformulierten Fragen. Damit die Interviews nicht zu einem reinen Frage- und Antwort-Dialog verkommen, wurde der Interviewleitfaden in fünf Themenkomplexe unterteilt. Diesen Themenkomplexen wiederum wurden Nachfrage-Themen zugeordnet, um keine wesentlichen Themen zu vernachlässigen oder zu vergessen (vgl. Mayer 2009: 45). Durch die ständige und konsequente Orientierung an den Themenkomplexen konnte schließlich nicht nur sichergestellt werden, dass wesentliche Aspekte der Forschungsfrage während der Interviews nicht übersehen werden. Vielmehr wurde somit auch die spätere Vergleichbarkeit der Interviewaussagen bei der Auswertung gewährleistet. Da allen Experten prinzipiell entlang derselben Themenkomplexe Fragen gestellt wurden, „sind die Interviews zumindest insofern vergleichbar, als sich alle befragten Personen zu denselben Themen äußern mussten“ (Nohl 2009: 21). Um das volle Erzählpotenzial der einzelnen Themenkomplexe gänzlich auszuschöpfen, wurden ihnen thematisch relevante Nachfrage-Themen zugeordnet (vgl. Nohl 2009: 22). Hinsichtlich der Reihenfolge der ausformulierten Fragen kann zwischen *Schlüssel-* und *Eventualfragen* unterschieden werden. So sind Schlüsselfragen zentral für die Forschungsfrage und wurden allen Befragten – wenn auch nicht im identischen Wortlaut, gestellt. Eventualfragen hingegen kamen nur dann zum Einsatz, wenn der

Befragte bestimmte Aspekte – von denen der Forscher ausging, nicht ansprach (vgl. Scholl 2009: 70). Im Hinblick auf die Ausformulierung der einzelnen Fragen wurde zudem darauf geachtet, dass diese klar und leicht verständlich sind, so dass der Interviewpartner eindeutig entnehmen kann was der Interviewer wissen will (vgl. Gläser/Laudel 2004: 145).

Entsprechend der hier beschriebenen Vorgehensweise ist der Interviewleitfaden (siehe Anhang 2) wie folgt gegliedert: Der erste Themenkomplex befasst sich mit den institutionellen Rahmenbedingungen von Familienpolitik. Konkret geht es hier u.a. um Fragen bezüglich des Zugangs von Lesben- und Schwulenverbänden wie auch zu den Spezifika des Politikfelds. Der zweite Themenkomplex umfasst Fragen zur Artikulations- sowie Vermittlungsfähigkeit repräsentierter Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden im Politikfeld. Zudem wurden Fragen zu den Durchsetzungschancen von Lesben- und Schwulenverbände im Vergleich zu den anderen beteiligten Akteuren gestellt. Der dritte Themenkomplex dient der Analyse der Akteurs- und Interessenkonstellation im Politikfeld. So sollen die Experten zunächst die Einflusschancen von Lesben- und Schwulenverbänden als auch anderer familienpolitischer Akteure auf die betriebene Familienpolitik beurteilen. Anschließend sollen sie Stellung zur Akteursszene beziehen – etwa zur Zusammensetzung der Akteure im Politikfeld. Zudem umfasst dieser Fragebogenkomplex auch Fragen zur Interessenlage. Hier geht es vor allem um Fragen hinsichtlich des Grads an Diversität und Polarisierung von Interessen. Abschließend wurden Fragen zum Beziehungsverhältnis der Akteure und zur Konfliktintensivität gestellt. Im vierten Themenkomplex stehen zunächst Fragen zu den *klassischen* Ressourcen im Mittelpunkt. So finden sich hier sowohl Fragen bezüglich der finanziellen und personellen Mittelausstattung als auch zur Organisations- und Konfliktfähigkeit. Ferner werden auch Fragen zu den Verbands- und Kontaktstrukturen gestellt. Abschließend stehen Fragen hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Strategien und Instrumenten der Interessenarbeit im Mittelpunkt. Da zu diesem Themenkomplex nur auf wenige Vorkenntnisse aus der schriftlichen Befragung zurückgegriffen werden konnte, wurden hier vornehmlich grobe bzw. offene Erzählfragen eingesetzt. Dieses Vorgehen ermöglichte es ausführliche Antworten der Experten zu generieren ohne diese zu stark einzuschränken. Alle weiteren Fragen wurden dann akteursspezifisch gestellt. Der fünfte Themenkomplex umfasst schließlich

soziodemographische Merkmale der befragten Experten, wie Alter, Geschlecht, Tätigkeit im Verband usw.

Um die Formulierung wie auch Reihenfolge der Fragen zu testen, wurde ein Pretest realisiert. Als Ergebnis dieses Tests kann festgehalten werden, dass nur in wenigen Punkten Veränderungen oder Optimierungen des Leitfadens vonnöten waren. Insbesondere die Frageformulierung konnte somit, aufgrund von komplexen oder unverständlichen Formulierungen, anhand der Anregungen des Verbandvertreters wesentlich verbessert werden.

Die Durchführung der Interviews wurde mit Einverständnis der Befragten digital aufgezeichnet. Somit konnte sichergestellt werden, dass sich der Interviewer ganz auf die Befragung konzentrieren konnte und keine Informationen aus dem Interview verloren gingen. Nach Abschluss der Experteninterviews wurden diese in Schriftform gebracht bzw. wörtlich transkribiert. Anschließend wurden die transkribierten Interviews jeweils mit fortlaufenden Zeilennummern versehen, um die Auswertung und Darstellung der Ergebnisse im Hauptteil dieser Arbeit zu vereinfachen. Aufgrund der Komplexität der Interviewaussagen, wurden die Antworten der Befragten in einem nächsten Schritt kategorisiert und abstrahiert. Ziel dieser Auswertung ist das ‚Überindividuell-Gemeinsame‘ der erhobenen Interviewtexte herauszuarbeiten. In diesem Zusammenhang gilt es zu beachten, dass die Auswertung von Experteninterviews nach verschiedenen Modellen erfolgen kann und „dass es keine eindeutige Interpretation von Texten gibt, so dass jedes Interview einer Anzahl konkurrierender Deutungen offen steht“ (Mayer 2009: 47). Als besonders vielversprechend für die nachfolgende Datenauswertung hat sich die Auswertungsmethode nach Jochen Gläser und Grit Laudel herausgestellt. Ihrer Auswertungsmethode liegt die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring (ausführlich siehe Mayring 1993) zugrunde, die die Autoren im Hinblick auf die eminenten Anforderungen von Experteninterviews weiterentwickelt haben. Kern ihrer Auswertungsmethode ist die sogenannte *Extraktion*, dass bedeutet die Entnahme der benötigten Informationen aus den verschriftlichten Interviews mittels eines auf Basis theoretischer Vorüberlegungen entwickelten Suchrasters. Auf diese Weise, so argumentieren Gläser und Laudel, verschafft „man sich also eine von den Ursprungstexten verschiedene Informationsbasis, die nur noch die Informationen enthalten soll, die für die Beantwortung der Untersuchungsfrage relevant sind“ (Gläser/Laudel 2004: 194). Diese relevanten

Informationen werden dann Kategorien des Suchrasters zugeordnet. Das Kategoriensystem basiert auf Untersuchungsvariablen bzw. Einflussfaktoren, die zuvor in theoretischen Vorüberlegungen des Forschers konzipiert worden sind. Durch dieses Vorgehen soll sichergestellt werden, dass die theoretischen Vorüberlegungen die Extraktion anleiten. Zudem betonen Gläser und Laudel die Offenheit ihrer Auswertungsmethode. So kann das Kategoriensystem während der Extraktion angepasst werden, indem Kategorien verändert oder neue Kategorien konstruiert werden (Gläser/Laudel 2004: 195). Besonders dabei ist, dass im Falle einer Nichtentsprechung – das heißt die empirischen Befunde entsprechen nicht den theoretischen Vorüberlegungen, keine grundsätzlichen Veränderungen am Kategoriensystem vorgenommen werden müssen. Vielmehr sind lediglich Anpassungen des Kategoriensystems nötig. Somit könne das Spannungsverhältnis zwischen dem Prinzip des theoriegeleiteten Vorgehens und dem Prinzip der Offenheit gelöst werden (Gläser/Laudel 2004: 199). Aufgrund der Offenheit dieser Auswertungsmethode scheint sie nicht nur in der Lage die relevanten Informationen – im Sinne des Praxis- bzw. Expertenwissens, zu generieren. Sondern es kann davon ausgegangen werden, dass die Vorgehensweise auch das Deutungswissen der befragten Experten aus den Interviewaussagen rekonstruiert. Resultat dieses Auswertungsprozesses sind sieben Extraktionstabellen, die alle untersuchungsrelevanten Informationen wie auch die dazugehörigen Fundstellen enthalten (siehe Anhang 3).

2.2.3. Auswahl der Befragten

Neben der Entscheidung über die zugrundeliegenden Erhebungsinstrumente ist auch die Auswahl der Befragten ein wichtiger methodischer Schritt. Hinsichtlich der Durchführung einer quantitativen bzw. schriftlichen Befragung muss als erstes die Definition der Grundgesamtheit erfolgen (vgl. Schnell et al. 2011: 259). Da es aber in Bezug auf die Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden in der deutschen Familienpolitik noch keine wissenschaftlichen Untersuchungen zum Thema gibt, an denen man sich orientieren könnte, stellt sich die Definition der Grundgesamtheit zunächst als schwierig heraus. Um dennoch der Anforderung gerecht zu werden, wurden zunächst alle wesentlichen familienpolitischen Akteure des Bundes ermittelt. Hierzu zählen zunächst die politischen Akteure bzw. Entscheidungsträger – sprich die Fraktionen der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien wie auch das

Bundesfamilienministerium (kurz: BMFSFJ). Diese Befragtengruppe wird im weiteren Verlauf *politische Akteure* genannt.

Daneben umfasst die Grundgesamtheit aber auch gesellschaftliche Akteure. Hierzu zählen jene Akteure, die in den einschlägigen wissenschaftlichen Publikationen zur deutschen Familienpolitik erwähnt werden (siehe dazu u.a. Dienel 2002, Gerlach 2004) oder in der Lobbyliste des Deutschen Bundestags in den Rubriken Familie und Familienpolitik des Stichwortverzeichnisses angegeben sind. Diese Befragtengruppe umfasst ein breites Spektrum gesellschaftlicher Interessen und wird im weiten Verlauf als *verbandliche Akteure* bezeichnet. Insgesamt beinhaltet diese Gruppe über 100 zentrale familienpolitische Akteure. Da eine Vollerhebung aus Gründen der Relevanz nicht sinnvoll erscheint, findet eine Teilerhebung statt. Dazu werden aus der Grundgesamtheit nur solche Akteure ausgewählt, die zur Lesben- und Schwulenpolitik des Bundes öffentlich Stellung beziehen. Somit kann sichergestellt werden, dass nur solche Akteure in die Befragungspopulation miteinbezogen werden, die mit dem Thema vertraut sind und über untersuchungsrelevantes *Wissen* verfügen. Ergab sich dies nicht aus öffentlichen Stellungnahmen oder dem Internetauftritt der Akteure selbst, wurde schriftlich respektive telefonisch nachgefragt. Infolgedessen kann die Liste der für die vorliegende Untersuchung relevanten verbandlichen Akteure auf 20 Befragte gekürzt werden. Auch die oben vorgestellten Lesben- und Schwulenverbände zählen zu den *verbandlichen Akteuren* und werden ebenfalls in die Befragungspopulation mitaufgenommen. Wobei der *Völklinger Kreis e.V.* (kurz: VK) nicht zur Befragungspopulation zählt, da dieser sich nicht als allgemeinpolitische Interessenvertretung für Lesben und/oder Schwule versteht. Vielmehr ist der VK als schwuler Berufsverband anzusehen, dessen Mitglieder sich über ökonomische Kriterien definieren. Als solcher beschränkt er sich auf berufsbezogene Interessen von schwulen Führungskräften und ist nicht primär familienpolitisch tätig. Mit diesem Mandat hat ausschließlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Regenbogenfamilien einen Bezug zur Verbandstätigkeit des VKs. Da die vorliegende Arbeit aber weit darüber hinausgeht wird der VK nicht in die Befragungspopulation mitaufgenommen. Folglich zählen ausschließlich die *Bundeskonferenz Schwul-Lesbischer Netzwerke e.V.*, das *Jugendnetzwerk Lambda e.V.* und der *Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e.V.* zur Befragungspopulation.

In einem zweiten Schritt wird die Befragungspopulation anschließend um jene Akteure erweitert, die nach 2001 als Sachverständige bei den Anhörungen der Bundestagsausschüsse zu Lesben- und Schwulenpolitiken des Bundes geladen waren und somit

faktisch in den politischen Entscheidungsprozessen miteinbezogen wurden. Genauer gesagt handelt es sich um die Sachverständigen zu den Anhörungen zum *Lebenspartnerschaftsgesetzergänzungsgesetz* von 2004, dem *Gesetz zur Überarbeitung des Lebenspartnerschaftsrechts* von 2004 sowie das *Gesetz zur Änderung der Sukzessiv-adoption* von 2014. Diese Befragtengruppe besteht zum Großteil aus gesellschaftlichen Akteuren aus den Bereichen Wissenschaft, Kirche und Familienpolitik. Wurden einzelne Akteure schon oben in die Befragungspopulation mit aufgenommen, so wurden sie hier gestrichen. Alles in allem konnten somit 24 Akteure identifiziert werden, die im weiteren Verlauf als *Sachverständige* bezeichnet werden.

Insgesamt umfasst die Befragungspopulation somit 47 Personen, die angeschrieben und zur Befragung eingeladen wurden. Von ihnen erhielten 44 Befragte die Fragebogen-version I, während die drei Lesben- und Schwulenverbände die umfangreichere Fragebogenversion II zugeschickt bekamen. Somit konnte sichergestellt werden, dass die zum Teil äußerst spezifischen Fragen des vierten und fünften Fragebogenkomplexes nur an fachkundige Befragte bzw. *Insider* gestellt wurden (siehe dazu Kapitel 2.2.1.). Die Datenerhebung erfolgte vom 12.01.2015 bis 28.06.2015. Von den 47 angeschriebenen Akteuren haben 21 Personen an der Befragung teilgenommen. Das entspricht einer Rücklaufquote von 44,7% und fällt damit vergleichsweise hoch aus (vgl. Porst 2001: 2). Alle befragten Personen sind in Tabelle 1 dargestellt. Um die Anonymität der Befragten bei der Auswertung der Fragebögen zu gewährleisten wird nur ihre Gruppenzugehörigkeit angegeben. Darüber hinaus wird aus Anonymisierungsgründen hinsichtlich der befragten Sachverständigen von einer präziseren Bezeichnung ihrer Gruppenzugehörigkeit abgesehen, da aufgrund der geringen Anzahl eine Anonymität so nicht ausreichend gewährleistet wäre. Für die weitere Untersuchung erhält jeder Befragte ein Kürzel bestehend aus Akteursgruppe (Sach: *Sachverständiger*, Ver: *Verbands-Akteur*, Pol: *Politischer-Akteur*) und fortlaufender Nummer zur Identifikation.

Tabelle 1: Verzeichnis der Befragten

Akteursgruppe	Institution	Fragebogen- version	Kürzel
Sachverständiger	Anhörung	I	Sach_01
Sachverständiger	Anhörung	I	Sach_02
Sachverständiger	Anhörung	I	Sach_03
Sachverständiger	Anhörung	I	Sach_04
Sachverständiger	Anhörung	I	Sach_05
Sachverständiger	Anhörung	I	Sach_06
Sachverständiger	Anhörung	I	Sach_07
Sachverständiger	Anhörung	I	Sach_08
Verbands-Akteur	Familienverband	I	Ver_09
Verbands-Akteur	Familienverband	I	Ver_10
Verbands-Akteur	Wohlfahrtsverband	I	Ver_11
Verbands-Akteur	Wohlfahrtsverband	I	Ver_12
Verbands-Akteur	Wohlfahrtsverband	I	Ver_13
Verbands-Akteur	Arbeitnehmerverband	I	Ver_14
Verbands-Akteur	Lesben- & Schwulenverband	II	Ver_15
Verbands-Akteur	Lesben- & Schwulenverband	II	Ver_16
Verbands-Akteur	Lesben- & Schwulenverband	II	Ver_17
Politischer-Akteur	BMFSFJ	I	Pol_18
Politischer-Akteur	CDU	I	Pol_19
Politischer-Akteur	SPD	I	Pol_20
Politischer-Akteur	DIE LINKE	I	Pol_21

Allerdings muss an dieser Stelle kritisch angemerkt werden, dass aufgrund der zugespitzten Fragestellung wie auch der Fokussierung auf einen kleinen Teilbereich von Familienpolitik die Befragungspopulation insgesamt vergleichsweise gering ausfällt. Dadurch kommt es im weiteren Verlauf zu Einschränkungen bei der Generalisierbarkeit der Ergebnisse. Jedoch stellt sich die Befragungspopulation als eine relativ homogene Gruppe dar, die nur geringe Streuwerte im Hinblick auf ihr Antwortverhalten aufweist. Dies wiederum spricht für die Aussagekraft der gewonnenen Daten.

Im Gegensatz zur standardisierten Befragung mittels Fragebogen wird die Expertenbefragung an einer kleineren Anzahl von Befragten durchgeführt. Folglich hängt die Qualität der durch die Befragung erhobenen Informationen maßgeblich von der Auswahl der Experten ab (vgl. Gläser/Laudel 2004: 117). Dafür können verschiedene Techniken der Auswahl unterschieden werden (ausführlich siehe Misoch 2014: 185 ff.). Die Frage, wer konkret als Experte einzuschätzen ist, muss von Fall zu Fall entschieden werden (Behnke et al. 2010: 248). Allgemein gilt als Experte jemand, „der auf einem

begrenzten Gebiet über ein klares und abrufbares Wissen verfügt“ (Mayer 2009: 41). Jedoch reicht eine Bestimmung des Expertenbegriffs anhand des Kriteriums reines *Wissen* gerade nicht für jene Untersuchungen aus, die über eine ausschließliche Exploration des Forschungsgegenstands hinausragen (vgl. Bogner/Menz 2009: 72). Für die vorliegende Untersuchung bedeutet dieser Umstand, dass diejenigen Personen als Experten gelten, die über privilegierte Informationszugänge verfügen und in irgendeiner Weise Verantwortung in einem spezifischen Handlungsfeld tragen, in dem sie in relevanter Weise agieren (vgl. Bogner/Menz 2009: 73). In diesem Zusammenhang stützt sich die Expertenauswahl auf zwei Leitfragen: Erstens, verfügt der zu befragende Akteur über privilegierte Informationen bezüglich der Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden in der deutschen Familienpolitik? Und zweitens, trägt der fragliche Akteur Verantwortung für die verbandliche Interessenvertretung? Daraus folgt, dass eine bewusste Auswahl typischer Fälle notwendig ist (vgl. Mayer 2009: 39). Um aussagekräftige Befunde zu erheben, werden zudem Experten aller untersuchungsrelevanter Lesben- und Schwulenverbände befragt. Diesem Vorgehen liegt die Annahme zugrunde, dass sich das *Wissen* der befragten Akteure ergänzt und zusammengenommen ein kohärentes Bild des Untersuchungsgegenstands ergibt.

Die Rekrutierung der Interviewpartner erfolgte in Absprache mit den untersuchungsrelevanten Lesben- und Schwulenverbänden (BKSL, Lambda und LSVD). Schließlich konnten drei Akteure identifiziert werden, so dass im Rahmen der vorliegenden Arbeit auch drei leitfadengestützte Experteninterviews im Zeitraum vom 24.09.2015 bis zum 29.10.2015 durchgeführt wurden. Weitere Interviews konnten aufgrund der geringen Bereitschaft von Befragten zur Teilnahme wie auch aufgrund des hohen Datenaufkommens qualitativer Interviews nicht durchgeführt werden. Die rund einstündigen Einzelinterviews wurden persönlich und direkt vor Ort bei den Verbänden durchgeführt. Um die Anonymität der Befragten bei der Auswertung der Experteninterviews zu gewährleisten, werden die Gesprächsinhalte ohne Angaben zum Namen oder anderer Hinweise zur Person verwendet. Angegeben wird lediglich der Name des Verbands, Geschlecht, Alter, Tätigkeit und Dauer der Tätigkeit im Verband des Befragten. Die Interviewaussagen wurden von den jeweiligen Urhebern nach der Transkription zur Veröffentlichung freigegeben. Für die eindeutige Identifizierbarkeit der codierten Aussagen erhält jeder befragte Verbandsvertreter ein Kürzel (Exp1, Exp2, Exp3). Alle Angaben zu den Experteninterviews sind in Tabelle 2 ausführlich dargestellt.

Tabelle 2: Verzeichnis der Experteninterviews

Exp1	
Organisation	Bundeskonferenz Schwul-Lesbischer Netzwerke e.V. (kurz: BKSL)
Geschlecht	Männlich
Alter	40-50
Tätigkeit im Verband	Mitglied des Bundesvorstands
Dauer der Tätigkeit	5 Jahre
Interviewort, Datum	Köln, 29.10.2015
Interviewdauer (Audioaufnahme)	1:04:08
Exp2	
Organisation	Jugendnetzwerk Lambda e.V. (kurz: Lambda)
Geschlecht	Männlich
Alter	20-30
Tätigkeit im Verband	Mitglied des Bundesvorstands
Dauer der Tätigkeit	2 Jahre
Interviewort, Datum	Berlin, 24.09.2015
Interviewdauer (Audioaufnahme)	54:26
Exp3	
Organisation	Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e.V. (kurz: LSVD)
Geschlecht	Männlich
Alter	40-50
Tätigkeit im Verband	Mitglied des Bundesvorstands
Dauer der Tätigkeit	6 Jahre
Interviewort, Datum	Berlin, 24.09.2015
Interviewdauer (Audioaufnahme)	1:17:23

Sowohl direkte wie auch indirekte Zitate aus den Experteninterviews, die bei der Darstellung und Interpretation der Ergebnisse zum Teil als Ankerzitate verwendet werden, erfolgen unter Angabe der jeweiligen Kürzel und den entsprechenden Zeilennummern.

3. Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden

Vor dem Hintergrund des extrem begrenzten Forschungsstands zur Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden in der deutschen Familienpolitik, scheint es zunächst sinnvoll, sich der abhängigen Variable deskriptiv zu nähern. So wird zunächst der bisherige Reformprozess zur sozialen und rechtlichen Anerkennung bzw. Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Personen und Paare genauer betrachtet. Ziel dieses Vorgehens ist einerseits eine allgemeine Entwicklung aus der Reformgeschichte abzuleiten, deren Fortschreibung für einen familienpolitischen Paradigmenwechsel im juristischen und politischen Umgang mit lesbischen und schwulen Lebensformen spricht. Andererseits jedoch auch erste Hinweise und Erkenntnisse zur (politischen) Interessenvertretung von Lesben und Schwulen zu generieren, die sich aus dem Reformprozess ergeben. Die zentralen Fragen dahinter sind: Wie kamen diese

Entwicklungen bzw. Reformschritte zustande? Und welche Rolle haben die Lesben- und Schwulenverbände gespielt bzw. inwiefern waren diese beteiligt oder konnten Einfluss geltend machen? Dazu wird im Folgenden zunächst der gesellschaftliche Wandel in Bezug auf die Bewertung von Lesben und Schwulen betrachtet. Ergebnis dieser Entwicklung ist die gesellschaftliche Enttabuisierung von Homosexualität sowie die Forderung nach sozialer wie auch rechtlicher Anerkennung lesbischer und schwuler Lebensformen. Dieser Wandlungsprozess hat schließlich die Dekriminalisierung von Homosexualität als auch die politisch und juristische anerkannt von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften in Form des Lebenspartnerschaftsgesetzes zur Folge. Dies zu verstehen bedeutet zugleich aufzuzeigen, warum die Artikulation und Vermittlung verbandlicher Interessen offensichtlich ein Problem darstellt.

Als gesellschaftlich *normal* galten lange Zeit Heterosexualität und die bürgerliche bzw. traditionelle Familie - bestehend aus Vater, Mutter und Kind/ern (Gerhard 2009: 21). Seit Anfang der 1970er Jahre jedoch vollzieht sich ein gesellschaftlicher Wandel, der maßgeblich auf die Lesben- und Schwulenbewegung dieses Jahrzehnts zurückzuführen ist. So kann der *Stonewall-Aufstand* vom 28. Juni 1969 in New York City maßgeblich als Katalysator dieser Bewegung zurückgeführt werden. In Deutschland gilt die Ausstrahlung des Films *Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt* bei den Berliner Filmfestspielen 1971 und in den Dritten Programmen der ARD als Initialzündung der Lesben- und Schwulenbewegung. Erstmals wurde eine breite Öffentlichkeit mit dem Thema konfrontiert. Der Film war jedoch primär nicht an die Mehrheitsgesellschaft, sondern an die Homosexuellen selbst gerichtet. Zudem fanden 1979 die ersten Demonstrationen zum *Christopher Street Day* in Deutschland statt, mit denen öffentlich an den *Stonewall-Aufstand* erinnert wurde. Jeder einzelne sollte durch die Lesben- und Schwulenbewegung der 1970er Jahre dazu aufgerufen werden, die eigene Homosexualität gegenüber der Familie, Freunden und Kollegen zu thematisieren. Mit diesem *sich-zeigen* „korrespondierten auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft neue Formen der Wahrnehmung von und des Umgangs mit Homosexualität“ (Gammerl 2010: 10). Einen verheerenden Einschnitt bedeutet in den 1980er Jahren das Auftreten von *AIDS*. Während der Tod von Freunden und der Wille zu überleben den Alltag vor allem der männerliebenden Männer dominierte, schürten extreme Forderungen und Vorurteile seitens konservativer Politiker die Ängste vor kollektiver, öffentlicher Diskriminierung von Homosexuellen. Rückblickend kann jedoch bemerkt werden, dass

sich die öffentlichen Debatten über *AIDS* und der Umgang mit der Immunschwächekrankheit eher in entgegengesetzte Richtung entwickelten. Homosexualität wurde in bisher unbekanntem Umfang zum öffentlichen Thema und trug damit maßgeblich zur Professionalisierung der Lesben- und Schwulenbewegung und somit zur gesamtgesellschaftlichen Enttabuisierung von Homosexualität bei (Gammerl 2010: 10). Gleichzeitig ist die Enttabuisierung eng mit dem Zeitgeist des damaligen Jahrzehnts verknüpft, dass in vielerlei Hinsicht einen gesellschaftlichen Umbruch mit sich brachte: Zum einen wurde die gesamtgesellschaftliche Enttabuisierung von Homosexualität insbesondere durch das *Coming-out* von prominenten Einzelpersonen befördert. Zum anderen explodierte förmlich die Zahl der Teilnehmer an den bundesweiten Veranstaltungen zum *Christopher Street Day*. Nun wurden die Demonstrationen zunehmend auch vom heterosexuellen Publikum besucht und als kulturelles Ereignis wertgeschätzt. Parallel dazu ermöglichte der Aufschwung der informationstechnischen Branche den sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg von kreativen Individualisten. Aber auch im Freizeitbereich fanden deutliche gesellschaftliche Umbrüche statt. So propagierte etwa die *Love Parade* eine globale Subkultur der Jugendbewegung die für Toleranz und Hedonismus einstand. Vor diesem Hintergrund erschien Homosexualität eher als ein Merkmal kosmopolitischer Individualität denn als Stigmata (Maier 2009: 196). Zu Beginn des 21. Jahrhunderts lässt sich eine zunehmende Tendenz zur ‚Normalisierung‘ lesbischer und schwuler Präsenz in den Medien und der Öffentlichkeit feststellen. Nie zuvor waren Lesben und Schwule augenscheinlich so sichtbar und sozial akzeptiert wie heute (Maier 2009: 197). Trotzdem ist der Anteil homosexueller Menschen an der Gesamtbevölkerung stark umstritten. Schätzungen über die Häufigkeit von Homosexualität variieren beträchtlich zwischen 3-10% der Bevölkerung. Als Grund hierfür können die unterschiedlichen, voneinander abweichenden Definitionen des Erhebungsgegenstands bzw. von *Homosexualität* angesehen werden. So gibt es unterschiedliche Antworten auf die Frage, ab wann jemand eindeutig homosexuell oder bisexuell ist. Ferner ist anzunehmen, dass Umfragen durch die zum Teil noch immer bestehende soziale Stigmatisierung von Homosexualität und die damit einhergehende Tendenz zum Verschweigen eher nach unten als nach oben verfälscht sind. Auf Grundlage übereinstimmender epidemiologischer Studien kann der Anteil derjenigen, die sich seit ihrem 18. Lebensjahr mehr oder weniger ausschließlich homosexuell oder bisexuell engagiert haben bei etwa 5-6% der Männer und 4-5% der Frauen in Deutschland eingeschätzt werden (vgl. Frohn 2014: 481). Geht man von einer

Gesamtbevölkerung von ca. 80,767 Mio. aus, so sind bei einem Anteil von rund 5% demnach ca. 4 Mio. Menschen in Deutschland lesbisch, schwul oder bisexuell.

Trotz augenscheinlicher *Normalisierung* von Homosexualität gibt es dennoch genügend Anzeichen dafür, dass Homosexualität nach wie vor von vielen ausdrücklich als eine Art ‚Signal der Unterscheidung‘ interpretiert wird (Benkel 2014: 393). So haben es Lesben und Schwule noch heute vor allem mit Vorurteilen und Klischees zu tun, die nicht selten zu ablehnenden Einstellungen ihnen gegenüber führen. In der größten, aktuell vorliegenden repräsentativen Studie von Melanie C. Steffens und Christof Wagner zu negativen Einstellungen in Deutschland geht hervor, dass etwa die Hälfte der Befragten negative Einstellungen gegenüber homosexuellen oder bisexuellen Männern und Frauen äußerten. Im Detail äußerten Männer durchschnittlich negativere Einstellungen als Frauen - insbesondere gegenüber männerliebende Männer. Frauen hingegen äußerten sich vermehrt negativer gegenüber Bisexuelle als gegenüber Homosexuelle. Sehr deutlich zeigen sich zudem Unterschiede hinsichtlich der Altersstrukturen der Befragten. So sind die Einstellungen gegenüber Homo- und Bisexuellen bei den unter 30-jährigen wesentlich positiver, während sich die über 60-jährigen am negativsten äußerten (Steffens 2010: 16). Zudem macht die Studie deutlich, dass in bestimmten gesellschaftlichen Milieus völlige Akzeptanz gegenüber Homo- und Bisexuellen zu herrschen scheint. Dies betrifft primär die jungen Milieus, während Lesben und Schwule in anderen Gesellschaftskreisen zunehmend mit negativen Einstellungen ihnen gegenüber konfrontiert werden. In diesem Fall handelt es sich schwerpunktmäßig vor allem um das traditionelle Segment der Gesellschaft, aber auch im Milieu der bürgerlichen Mitte finden sich überwiegend homo- und bisexuellenfeindliche Einstellungen. Insgesamt zeigt der internationale Vergleich jedoch, dass die Einstellungen gegenüber Homo- und Bisexuellen in Deutschland relativ positiv sind und deutlich über den gemessenen Einstellungen in Großbritannien, Australien, Italien, den USA und Japan liegen (Steffens 2010: 17). Diese Einstellungen spiegeln sich auch in der Frage nach der rechtlichen Gleichstellung lesbischer und schwuler Lebensformen wieder. So spricht sich in einer bevölkerungsrepräsentativen Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Anfang 2017, rund 83% der Befragten für die rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren im Eherecht aus. So stimmen die Befragten zu 64,6% voll und ganz sowie zu 18% eher der Aussage zu, dass die Ehe zwischen zwei Frauen bzw. zwei Männern erlaubt sein sollte (Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2017b: 3). Der hohe Zustimmungsggrad unter den Befragten ist

deshalb so beachtlich, da es hier um eine Frage geht von der die Mehrheit der Bevölkerung nicht primär betroffen ist. Zudem macht der Vergleich dieser Ergebnisse mit repräsentativen Befragungen aus den vergangenen Jahren deutlich, dass der Zustimmungsgrad stetig gestiegen ist, was für eine fortlaufende gesellschaftliche Akzeptanz spricht (vgl. Gerhard 2009: 22). Allerdings gibt es auch Widersprüche im demoskopischen Meinungsbild. Insbesondere wenn es um die sogenannten *Regenbogenfamilien* geht: Zwar spricht sich eine Mehrheit der Befragten für ein volles Adoptionsrecht (stimme voll und ganz zu: 56,4%; stimme eher zu: 19,4%) und den gleichberechtigten Zugang zur assistierten Reproduktion (stimme voll und ganz zu: 44,8%; stimme eher zu: 22,6%) aus. Jedoch fällt die Zustimmung wesentlich niedriger als zur *Ehe für alle* aus. Hier zeigt sich durchaus eine Diskrepanz in den Meinungen, insofern ein nicht unerheblicher Anteil von bis zu einem Drittel der Befragten die Fortdauer der rechtlichen Ungleichbehandlung insbesondere auf ein Leben mit Kindern unterstützt (Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2017b: 3).

Nicht nur aus gesellschaftlicher Hinsicht, sondern auch aus politischer war und ist die soziale und rechtliche Anerkennung bzw. Gleichstellung lesbischer und schwuler Partnerschaften zum Teil noch immer ein großes Reizthema. Doch bevor die Rechte gleichgeschlechtlicher Paare thematisiert wurden, war zunächst die Dekriminalisierung und Akzeptanz von ausgeübter Homosexualität Gegenstand jahrzehntelanger politischer Diskurse (Preidel 2015: 147). Die wichtigste historische Wurzel der Ablehnung und der daraus folgenden rechtlichen Sanktionierung von Homosexualität ist der § 175 des deutschen Strafgesetzbuchs (StGB) vom 1. Januar 1872. Dieser stellte sexuelle Handlungen zwischen Personen männlichen Geschlechts unter Strafe. Neben der Forderung einzelner Politiker, Künstler und Wissenschaftlicher nach Streichung dieses Paragraphen, gründete sich 1887 das *Wissenschaftlich-humanitäre Komitee* (kurz: WhK) als weltweit erste Organisation, die sich für die Rechte und gesellschaftliche Anerkennung von homosexuellen Männern und Frauen einsetzte. Jedoch scheiterte die von der WhK angestrebte Abschaffung des § 175 StGB und auch weitere Aktionen der Organisation blieben bis zu ihrer Auflösung durch die Nationalsozialisten im Jahr 1933 erfolglos. Bis zur Verschärfung des Paragraphen durch die Nationalsozialisten 1935 wurden nur beischlafähnliche Handlungen kriminalisiert, während fortan jegliche einvernehmliche sexuelle Handlung zwischen Männern unter Strafe gestellt war. Dies hatte eine Verzehnfachung der Zahl der Verurteilungen zur Folge (Dobler/Rimmele

2008: 543). Die verschärfte Fassung des § 175 StGB hatte auch noch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis 1969 weiterhin bestand. Während einige Richter große Bedenken hatten § 175 StGB anzuwenden, bekräftigte der Bundesgerichtshof sowie das Bundesverfassungsgericht in den 1950er Jahren in mehreren Urteilen nach wie vor die Verfassungsmäßigkeit des Paragrafens (Heichel/Rinscheid 2015: 132). Nach jahrelangen politischen Diskussionen wurde erst 1969 die einfache männliche Homosexualität entkriminalisiert und ein sogenanntes Schutzalter von 21 Jahren eingeführt. Demnach war Homosexualität fortan straffrei, wenn beide Sexualpartner über 21 oder unter 18 Jahre alt waren (Heichel/Rinscheid 2015: 134). Bereits vier Jahre später erfolgte 1973 mit der Absenkung des Schutzalters auf 18 Jahre ein weiterer Liberalisierungsschritt. Anschließend verschwand das Thema von der politischen Agenda. Schließlich erst durch die deutsche Einheit 1994 die Abschaffung des § 175 StGB, so dass hetero- und homosexuelle Handlungen fortan rechtlich gleichgestellt wurden (Heichel/Rinscheid 2015: 136).

Verglichen mit anderen europäischen Ländern erfolgte die rechtliche Gleichstellung der Homosexualität mit der Heterosexualität in Deutschland relativ spät und langsam. Die deutsche Rechtsentwicklung lässt sich in diesem Zusammenhang auf drei zentrale Erklärungsfaktoren zurückführen: Erstens, die Diffusion internationaler Strafrechtsentwicklung. So wurde der deutsche Reformprozess maßgeblich durch die Entkriminalisierung von Homosexualität in anderen westlichen Ländern vorangetrieben. So ist ein transnational wirkender strafrechtlicher Paradigmenwechsel vom moralgetragenen Strafrecht hin zum individuellen Rechtsgüterschutz zu beobachten, der die deutschen Strafrechtsreformen entscheidend beeinflusste. Zweitens, führte der umfassende gesellschaftliche Liberalisierungsprozess Mitte der 1960er Jahre zu einem merklichen Wandel in den Sitten- und Moralvorstellungen der Bürger und damit zu einem regelrechten Wandel im Verständnis von Homosexualität. Zudem ging mit der gesellschaftlichen Liberalisierung auch ein rapider Einflussrückgang der großen christlichen Kirchen einher. Spielte die Kirche in den 1950er und Anfang der 1960er Jahre noch eine zentrale Rolle bei der Gestaltung von Sexual- und Familienpolitik, ging ihr Einfluss in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre spürbar zurück (Heichel/Rinscheid 2015: 139). Und schließlich beeinflusste, drittens, die Abschwächung der traditionellen parteipolitischen Konfliktlinien den Reformprozess. Zwar ermöglichte der Bedeutungsverlust traditioneller Denkmuster in der Gesellschaft die ersten zwei Reformschritte. Jedoch verhinderten weiterbestehende konservative Überzeugungen einen weiter-

gehenden Reformprozess – insbesondere aufgrund der Haltung der Unionsparteien. Zudem war auch die SPD noch bis in die 1980er Jahre mehrheitlich konservativer eingestellt als viele andere sozialdemokratische Parteien in Europa, was den deutschen Reformprozess zusätzlich verlangsamte. Aufgrund der Notwendigkeit der Schaffung eines einheitlichen deutschen Rechts sowie der fortschreitenden Individualisierung und Pluralisierung der Lebensformen, gelang es erst 1994 den § 175 StGB aufzuheben (Heichel/Rinscheid 2015: 140). Dabei ist bemerkenswert, dass dieser Reformschritt nicht klar entlang der traditionellen Trennlinien von sozialdemokratischen und christlichen Parteien verlief, sondern parteiübergreifend auf den Weg gebracht wurde (Heichel/Rinscheid 2015: 144).

Mit der schrittweisen Dekriminalisierung von Homosexualität wurden zudem Stimmen in homosexuellen Kreisen laut, die weitere Reformen zur sozialen und rechtlichen Anerkennung bzw. Gleichstellung lesbischer und schwuler Personen und Paare forderten. Bezeichnend ist vor allem der radikale Bruch von Lesben und Schwulen im eigenen Selbstverständnis, der zu neuen Gruppenbildungen führte und der Lesben- und Schwulenbewegung ihre politische Richtung wies. Waren die bis zum Jahr 1969 gegründeten Homosexuellenverbände vor allem nach Respektabilität und Integration bemüht, gründeten sich in den 1970er Jahren politische Gruppen, die diesem Vorgehen eine radikale Absage erteilten (Dobler/Rimmele 2008: 544). Durch den unterschiedlichen Umgang mit dem Thema Homosexualität in der Öffentlichkeit kam es zur Spaltung der Bewegung. Zum einen in radikale Gruppen, die ihre Sexualität offensiv in der Öffentlichkeit vertraten, und zum anderen in Gruppen, die eine entgegengesetzte Haltung einnahmen. Erstere jedoch bestimmten nicht nur das öffentliche Bild, sondern auch im Wesentlichen die Inhalte der Lesben- und Schwulenbewegung (Dobler/Rimmele 2008: 545). Allerdings schwand die anfängliche Euphorie der Lesben- und Schwulenbewegung als Mitte der 1970er Jahre der politische Radikalismus nachzulassen begann. Zudem sahen sich viele Gruppen vor ersten organisatorischen Problemen. Aufgrund der nachlassenden Begeisterung für einen grundlegenden politischen Wandel, der bis dahin entscheidend für die Lesben- und Schwulenbewegung war, öffnete sich das Feld für neue berufsbezogene Zusammenschlüsse und politische Gruppen (Rizzo 2006: 216). Einhergehend mit diesem Verlauf fand nicht nur ein Prozess der Institutionalisierung und Differenzierung der Gruppierungen statt, sondern auch ein Wechsel der Ziele und Strategien hin zu einer Anti-Diskriminierungspolitik. Mit dem Ziel der sozialen und rechtlichen Integration von Lesben und Schwulen. Eine

entscheidende Wende nahm die Lesben- und Schwulenbewegung mit dem Aufkommen der Immunschwächekrankheit *AIDS*. So förderte die Krise die Zusammenarbeit zwischen Lesben und Schwulen, die bis dahin weitestgehend in unterschiedlichen Organisationen organisiert waren. Zudem kurbelte der Kampf gegen *AIDS* auch die Institutionalisierung der Lesben- und Schwulenbewegung weiter an (Dobler/Rimmele 2008: 545). Vor diesem Hintergrund entstand 1982 der *Lesbenring* als Dachorganisation lesbischer Frauen und 1986 der *Bundesverband Homosexualität* (kurz: BVH) als dessen schwules Pendant. Animierte durch die Erfolge in der *AIDS*-Politik – die Homosexualität als Thema in die breite Öffentlichkeit trug, setzen sich die neugegründeten Verbände zunächst für die finale Streichung des § 175 StGB ein. Aber auch die besonderen Bedürfnisse gleichgeschlechtlicher Personen und Paare sowie die Frage nach der gleichgeschlechtlichen Ehe waren zentrale Verbandsthemen (Hekma 2006: 343). Allerdings gelang es den politischen Organisationen bei der Forderung nach der Abschaffung des § 175 StGB lange Zeit nicht politisch Fuß zu fassen und ihre Interessen politisch wirksam zu vertreten. So wurde erst 1993 ein Verbandsvertreter bei einer parlamentarischen Beratung angehört (Heichel/Rinscheid 2015: 141). Während der politische Einfluss der Lesben- und Schwulenverbände bei der Streichung des § 175 StGB als gering gewertet werden kann, gelang es ihnen erst ab Mitte der 1990er Jahren zunehmend als politische Akteure die Arena des Staates zu erklimmen und Agenda-Setting zu betreiben (Raab 2011: 225). In diesem Zusammenhang trat vor allem der *Schwulenverband in Deutschland* (kurz: SVD), der sich ab 1999 in den *Lesben- und Schwulenverband in Deutschland* (kurz: LSVD) umbenannte, als zentraler politischer Akteur für die gleichgeschlechtliche Ehe auf. So organisierte der SVD bzw. LSVD bundesweite Kampagnen und Protestaktionen, um die politische Forderung nach einer gleichgeschlechtlichen Ehe erfolgreich zu lancieren (Raab 2011: 240). Bemerkenswert ist vor allem der fundamentale Wandel, der sich innerhalb der Lesben- und Schwulenbewegung ab Mitte der 1990er Jahre vollzog: Strebte ein Großteil der Organisationen bis spät in die 1980er Jahre noch einen gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozess – im Sinne einer sozialen und rechtlichen Integration von Lesben und Schwulen, an, machte sich nun die größte Bürgerrechts- und Selbsthilfeorganisation von Lesben und Schwulen in Deutschland (LSVD) für die politische Teillösung *Homo-Ehe* stark. Und das mit Erfolg. Gründe hierfür sind eine zunehmende Professionalisierung der organisierten Interessenvertretung und Pressearbeit bei weiten Teilen der lesbisch-schwulen Verbändelandschaft (Raab 2011: 241).

Auf politischer Ebene kennzeichnete die Dekade einen grundlegenden politischen Veränderungsprozess hinsichtlich der sozialen und rechtlichen Anerkennung homosexueller Paare. So erhielt die gleichgeschlechtliche Partnerschaft als auch die homosexuelle Elternschaft eine wachsende Aufmerksamkeit seitens der Politik. Jedoch vollzog sich der erste Schritt zu einer Gleichbehandlung von homo- und heterosexuellen Paaren nicht von Seiten der Politik. Vielmehr nahm die Judikative eine wesentliche Stellung ein: Der Bundesgerichtshof stellte in seinem Urteil von 1984 fest, dass das Zusammenleben von gleichgeschlechtlichen Personen in einer eheähnlichen Gemeinschaft nicht sittenwidrig sei. Bis das Thema jedoch auf die politische Agenda kam, dauerte es noch sechs Jahre (Preidel 2015: 151). Erst im Jahr 1990 starteten Bündnis 90/Die Grünen die erste parlamentarische Initiative im Deutschen Bundestag zur Gleichstellung homosexueller Partnerschaften. 1994 forderte dann auch das Europäische Parlament die Mitgliedstaaten dazu auf, die Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlich orientierten Personen zu vermeiden und die Nichtzulassung von homosexuellen Paaren zur Eheschließung oder entsprechenden Regelungen zu beseitigen (Gerhard 2009: 27). Während CDU/CSU bis zur Bundestagswahl 1998 keine Notwendigkeit für eine Reform sahen, versprachen SPD und Bündnis 90/Die Grünen noch im Wahlkampf die Gleichstellung von homosexuellen Paaren in Angriff nehmen zu wollen. Nach vielen politischen Debatten innerhalb der Koalition wie auch heftigen Auseinandersetzungen mit der christdemokratischen Opposition, wurde mit der Verankerung des *Lebenspartnerschaftsgesetzes* (kurz: LPartG) im Jahr 2001 und dem *Gesetz zur Überarbeitung des Lebenspartnerschaftsgesetzes* im Januar 2005, die formal-rechtliche Gleichstellung homosexueller Partnerschaften in wesentlichen Punkten vollzogen (Preidel 2015: 154). Dabei gelang es dem LSVD eine größere Nähe zu den Regierungsparteien aufzubauen – nicht zuletzt aufgrund seiner wirkungsvollen Medien- und Öffentlichkeitsarbeit. So wurde der LSVD sowohl bei den Beratungen des Justizministeriums als auch bei den entsprechenden Anhörungen des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestags als einziger Lesben- und Schwulenverband miteinbezogen (vgl. Hajek 2012: 165). Die Ausgestaltung des Gesetzes orientierte sich schließlich tendenziell an der Ehe wurde ihr aber nicht gleichgesetzt. Vielmehr unterscheidet der Gesetzgeber bewusst zwischen eigetragener Lebenspartnerschaft und Ehe, da das Institut der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft nicht durch eine Änderung von Art. 6 GG, sondern einfachgesetzlich geschaffen wurde (Gerlach 2004: 94). Somit darf

der Gesetzgeber die Ehe wegen des Art. 6 Abs. 1 GG besserstellen als andere, alternative Lebens- bzw. Familienformen (Stüber 2001: 95).

Nach der Einführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes endete jedoch die erste Reformwelle mit der Abwahl der rot-grünen Regierungskoalition im Herbst 2005. Die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD brachte während ihrer Regierungszeit von 2005 bis 2009 die Gleichstellung homosexueller Paar nicht entscheidend voran. Unzufrieden mit dem Reformprozess, klagten homosexuelle Bürgerinnen und Bürger ihre Rechte zunehmend ein. Ab Herbst 2009 folgten mehrere Urteile des Bundesverfassungsgerichts, in denen die Richter die Schlechterstellung gleichgeschlechtlicher Paare im Sozial-, Steuer-, Adoption- und Erbschaftsrecht als verfassungswidrig beanstanden (Preidel 2015: 154). Die Regierungskoalition von 2009 bis 2013 aus CDU/CSU und FDP geriet darauf hin unter Druck und folgte den Gerichtsurteilen. Seither lässt sich feststellen, dass die Politikgestaltung zunehmend an das Bundesverfassungsgericht delegiert wird, dass von homosexuellen Bürgern angerufen wird. Vor diesem Hintergrund kann die Entwicklung als eine markante Strategie der Unionsparteien interpretiert werden, die ihre politische Verantwortung und Gestaltungsmacht immer mehr an das Bundesverfassungsgericht abgeben. Das Gericht nimmt somit eine zentrale Rolle bei der Politikformulierung ein und tritt gar als ‚Ersatzgesetzgeber‘ auf (vgl. Preidel 2015: 155, Ahrens 2012: 73). Diese Strategie der Unionsparteien ist maßgeblich auf die fortwährende Brisanz des Themas zurückzuführen, da es sich aus Sicht von CDU und CSU weiterhin um Politiken von besonderer öffentlicher wie auch elektoraler Aufmerksamkeit handelt – zumindest für die eigene (Kern-) Wählerschaft (Preidel 2015: 161). Zudem kann davon ausgegangen werden, dass sich aus Sicht konservativer Parteistrategen das Thema besonders gut dazu eignet, das konservative Profil von CDU/CSU zu stärken und Unterschiede zwischen den Unionsparteien und der SPD herauszuarbeiten.

Einen letzten politischen Aufmerksamkeitsschub erlebte das Thema hierzulande in den Jahren 2013 und 2015. Nachdem nach wochenlangen Debatten und Demonstrationen das Gesetz zur gleichgeschlechtlichen Ehe durch die französische Nationalversammlung im Februar 2013 angenommen wurde, entfachten sowohl in der deutschen Politik wie auch den Medien hitzige Diskussionen über den Stand der rechtlichen Anerkennung bzw. Gleichstellung homosexueller Paare in Deutschland. Währenddessen traten auch Lesben- und Schwulenverbände verstärkt mittels Protestaktionen oder Kampagnen in der Öffentlichkeit wieder auf. Jedoch geriet die Gleichstellungspolitik erst Mitte 2015

wieder verstärkt auf die politische Agenda. Vor allem durch das klare *Ja* der irischen Bevölkerung zur Eheschließung lesbischer und schwuler Paare per Volksentscheid sowie die landesweite Legalisierung der sogenannten *Homo-Ehe* durch den Supreme Court in den USA. Während die Union weiterhin die völlige Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft mit der heterosexuellen Ehe ablehnt, beschloss der Bundesrat die Resolution "Ehe für alle – Entschließung für eine vollständige Gleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren" mit der Stimmenmehrheit von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Linkspartei. Auch ein entsprechendes Gesetz wurde später in den Bundesrat eingebracht, wonach mit der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft dieselben Rechte wie in der traditionellen Ehe verbunden sein sollen. Die Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD geriet daraufhin politisch als auch öffentlich unter Druck. Schließlich verabschiedeten Bundestag und Bundesrat im Oktober 2015 das *Gesetz zur Bereinigung des Rechts der Lebenspartner*, welches die eingetragene Lebenspartnerschaft in einigen Vorschriften mit der Ehe gleichstellt. Eine umfassende Gleichstellung von Lebenspartnerschaft und Ehe – wie vom Bundesrat gefordert, findet hingegen nicht statt. Vielmehr betrifft das Gesetz vor allem Anpassungen im Zivil- und Verfahrensrecht sowie im sonstigen öffentlichen Recht. Alles in allem bleibt das Gesetz somit hinter dem Gesetzentwurf des Bundesrats weit zurück.

Der hier skizzierte Reformprozess verdeutlicht, dass Lesben- und Schwulenverbände erst seit Mitte der 1990er Jahre verstärkt die Arena des Staates erklimmen konnten. In diesem Zusammenhang kann die erfolgreiche Etablierung des Lebenspartnerschaftsgesetzes als zentraler Wendepunkt der verbandlichen Interessenvertretung angesehen werden. So wurden erstmals schwul-lesbische Verbandsvertreter an politischen Beteiligungsprozessen angehört und konnten somit unmittelbar mehr oder weniger Einfluss auf den Staat ausüben. Vor allem der LSVD spielte hier eine zentrale Rolle, in dem der Verband die bürgerlich orientierte Forderung nach der *Homo-Ehe* bzw. die Schaffung eines eigenen Rechtstitels für gleichgeschlechtliche Partnerschaften übernahm. Somit etablierte der Verband eine Position, die von der Regierungskoalition angestrebt wurde – allen voran seitens der SPD. Allerdings impliziert die Reformentwicklung, dass das Lebenspartnerschaftsgesetz „als Ergebnis der Durchsetzung spezifischer Interessen und Forderungen [...] spezifischer, bürgerrechtlich ausgestatteter Lesben- und Schwulenverbände analysiert werden kann“

(Hajek 2012: 159), da anderen politischen Strömungen der Zutritt verwehrt wurde. Dies betraf vor allem jene Strömungen die den Gesetzentwurf ablehnten. Aber auch kleinere Gruppen blieben außen vor (vgl. Raab 2011: 296). Nach der Einführung der Lebenspartnerschaft verlangsamte sich jedoch der Reformprozess zunehmend, insofern weitere Reformschritte weder politisch noch durch die Lesben- und Schwulenverbände entscheidend vorangebracht werden konnten. Vielmehr zeigt sich ein besonderes Charakteristikum der verbandlichen Interessenvermittlungsstrukturen in der deutschen Familienpolitik: Sowohl die Phase des Agenda-Setting als auch die der Politikformulierung wird in den letzten Jahren maßgeblich durch Reformprozess im Ausland oder durch Aufforderungen des Bundesverfassungsgerichts geprägt. Daher lassen sich die ergangenen Urteile des Bundesverfassungsgerichts so deuten, dass diese die fehlende Entscheidungsfähigkeit des Gesetzgebers – vor allem aufgrund der (politisch-strategischen) Haltung der Unionsparteien, kompensieren. Somit wurden weitere politische Reformschritte, politisch mehr oder weniger beabsichtigt, auf das Gericht übertragen (vgl. Gerlach 2009).

Folglich konnte der hier skizzierte Reformprozess die Annahme veranschaulichen, dass die Artikulation wie auch Vermittlung verbandlicher Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden offensichtlich ein Problem darstellt. So wurden in den letzten Jahren zentrale Interessen von Lesben und Schwulen nicht von den Verbänden aus, sondern durch Reformprozesse im Ausland und/oder (primär) durch das Bundesverfassungsgericht politisch thematisiert wie auch angeschoben. Es verdichtet sich somit die Annahme, dass Lesben- und Schwulenverbände sowohl eine Artikulations- als auch Vermittlungsschwäche aufweisen. Die Begründung dafür liefert die deutsche Lesben- und Schwulenpolitik – insbesondere der politische Reformprozess zur politischen und rechtlichen Gleichstellung von Lesben und Schwulen, der durch die Verbände nicht entschieden vorangebracht werden konnte.

3.1. Artikulations- und Vermittlungsschwäche

Auf Grundlage der hier festgestellten Entwicklungen und Beobachtungen gilt es nun diese empirisch zu untermauern. Die Untersuchung von Erfolg wie auch Einfluss von Lesben- und Schwulenverbänden erfolgt in diesem Zusammenhang anhand der (allgemeinen) Wahrnehmung der Befragten bzw. beteiligten Akteure im Politikfeld. Für dieses Vorgehen sprechen mehrere Gründe: Zum einen liegt der letzte große politische Reformschritt in Form der Einführung der Lebenspartnerschaft über 15 Jahre zurück.

Aus diesem Grund kann man nicht davon ausgehen, dass die damals beteiligten Akteure noch über detailgenaues *Wissen* verfügen. Zum anderen liegt das Forschungsinteresse der vorliegenden Arbeit nicht primär darauf den Erfolg respektive Einfluss von Lesben- und Schwulenverbänden en detail zu messen, sondern Gründe für ihre Artikulations- und Vermittlungsschwäche zu identifizieren. Deshalb wurde von einer Untersuchung konkreter politischer Prozesse etwa über eine Netzwerkanalyse abgesehen, sondern der allgemeine Erfolg als auch Einfluss anhand der Wahrnehmung bzw. Wahrnehmungsreflexion der Befragten ermittelt. Zur empirischen Klärung der abhängigen Variable wird daher nachfolgend die allgemeine Artikulations- und Vermittlungsfähigkeit von Lesben- und Schwulenverbänden im Politikfeld untersucht. In diesem Fall wird angenommen, dass Lesben- und Schwulenverbänden insgesamt sowohl eine Artikulations- als auch Vermittlungsschwäche aufweisen.

Die Untersuchung der Artikulations- und Vermittlungsschwäche erfolgt anhand zweier Analyseschritte: Im ersten Schritt wird zunächst die allgemeine Artikulations- und Vermittlungsfähigkeit von Lesben- und Schwulenverbänden untersucht. Hier geht es darum zu klären, in welchem Maße Lesben- und Schwulenverbände unter Berücksichtigung aller potenziell zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten in der Lage sind ihre vertretenen Interessen gegenüber dem familienpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess zu artikulieren wie auch zu vermitteln? Entsprechend der oben erfolgten Begriffsbestimmungen wird die Artikulationsfähigkeit von Lesben- und Schwulenverbänden als die nach den Gegebenheiten mögliche Fähigkeit verstanden, die verbandlichen Interessen gegenüber dem familienpolitischen Willensbildungsprozess zu artikulieren. Mit dem Ziel den Interessen politisch Gehör bzw. Berücksichtigung zu verschaffen. Die Vermittlungsfähigkeit von Lesben- und Schwulenverbänden hingegen meint die nach den Gegebenheiten mögliche Fähigkeit, die verbandlichen Interessen gegenüber dem familienpolitischen Entscheidungsprozess darzustellen und durchzusetzen, um die verbandlichen Zielvorstellungen zu erreichen. In diesem Zusammenhang kann die Artikulation von Interessen als Voraussetzung zur Interessenvermittlung verstanden werden. In einem zweiten Schritt werden dann diese ersten Befunde präzisiert, indem die konkreten Einflusschancen von Lesben- und Schwulenverbänden auf den familienpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess miteinbezogen werden. So wurde bereits oben darauf hingewiesen, dass die formelle Einbindung bzw. Teilhabe von Interessenverbänden an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen – etwa über den Austausch von

Informationen oder politischer Beteiligungsformen, rein symbolischen Charakter haben und familienpolitisch folgenlos sein kann, so dass die realen (politischen) Erfolge gering bleiben (vgl. Winter 2007: 233). Daher kommen den direkten oder indirekten Prozessen der politischen Einflussnahme eine besondere Bedeutung zu. Die Zweiteilung des Analyseprozesses ermöglicht es somit nicht nur zwischen der Artikulations- und Vermittlungsfähigkeit auf der einen, sondern auch hinsichtlich direkter oder indirekter Prozesse der politischen Einflussnahme auf der anderen Seite zu unterscheiden. Zudem werden die erhobenen Befunde miteinander verglichen. Abschließend erfolgt dann die Untersuchung der Leistungsfähigkeit von Lesben- und Schwulenverbänden. Im Detail geht es hier um ihre Repräsentations- wie auch Durchsetzungsfähigkeit im Politikfeld.

Die Artikulationsfähigkeit von Lesben- und Schwulenverbänden im Politikfeld wird von den Befragten insgesamt als eher hoch beurteilt (Mittelwert²³: 4,29). Während nur ein Befragter die Artikulation verbandlicher Interessen gegenüber dem familienpolitischen Willensbildungsprozess als *eher gering* ansieht, bewertet eine deutliche Mehrheit von 13 Befragten (61,88%) diese als *eher hoch*. Sieben Befragte (33,32%) hingegen halten die Artikulationsfähigkeit sogar für *hoch*. Auch die Mehrheit der befragten Experten betont, dass die geäußerten Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden insgesamt durchaus wahrgenommen werden. So verweist ein Experte darauf, dass es sich bei seinem Verband zwar vergleichsweise um einen nominal kleinen Verband im Politikfeld handele. Jedoch habe man sich aber durch die Begleitung von Gerichtsverfahren als auch durch die Teilnahme an Anhörungen in Landtagen und im Bundestag eine gewisse Kompetenz und Expertise erarbeitet, so dass die geäußerten Interessen größtenteils von der Politik sowie von den Medien zur Kenntnis genommen werden (Exp3: 201-218). Andere Interviewpartner hingegen beurteilen die Artikulationsfähigkeit deutlich differenzierter. Demnach gebe es für die meisten Lesben- und Schwulenverbände außer dem LSVD keine Möglichkeiten ihre Interessen im familienpolitischen Willensbildungsprozess einzubringen (Exp1: 176-182). Dies sei maßgeblich auf die stark begrenzten Zugangschancen der Verbände gegenüber den politischen Entscheidungsträgern und Institutionen zurückzuführen, wie folgendes Beispiel verdeutlicht:

„Das wurde ja nochmal vor ein paar Tagen deutlich, als *Abgeordnetenwatch* eine Liste von Lobbyverbänden veröffentlicht hat, die über SPD, Grüne und Linke Hausausweise für den Bundestag haben. Das waren über 600 Adressen. Da war

²³ Legende: 1 = sehr gering ... 6 = sehr hoch

aber nicht eine schwule, lesbische oder trans* Organisation dabei. Allein das macht ja schon deutlich, welche geringen Möglichkeiten wir haben, um an die Politiker heranzutreten“ (Exp1: 185-190).

Folglich ist davon auszugehen, dass die Artikulationsfähigkeit zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden stark unterschiedlich ausgeprägt ist. So deuten die Aussagen zweier Experten vielfach darauf hin, dass vor allem der VK als auch der LSVD wesentlich eher und effektiver in der Lage ihre Interessen gegenüber dem familienpolitischen Willensbildungsprozess zu artikulieren. Andere Lesben- und Schwulenverbände werden demgegenüber kaum wahrgenommen (Exp1: 177-182, Exp2: 108-112). Folglich hängt die Artikulationsfähigkeit nicht nur von den repräsentierten Interessen an sich, sondern im hohen Maße auch von den Verbänden selbst ab. Vor diesem Hintergrund können die Ergebnisse der schriftlichen Befragung als selektive Wahrnehmung der Befragten interpretiert werden, die sich auf die Artikulationsfähigkeit einzelner Verbände beziehen – allen voran der LSVD und VK.

Im Ergebnis scheinen also politische Erfolge im Hinblick auf die Artikulation von Interessen im familienpolitischen Willensbildungsprozess stark asymmetrisch zu sein. Darüber hinaus stellt sich jedoch die Frage, ob die Verbände direkt oder indirekt Einfluss auf den familienpolitischen Willensbildungsprozess ausüben können, um ihren Interessen politisch Gehör bzw. Berücksichtigung zu verschaffen? Einfluss auf Willensbildungsprozesse auszuüben bedeutet zugleich die Möglichkeit die politische Deutungskultur der Gesellschaft entscheidend mitzuprägen. Solche konkreten Einflusschancen der familienpolitischen Akteure werden unter 5.1. ausführlich analysiert. Jedoch soll sie an dieser Stelle herangezogen werden, um die vorliegenden Befunde zu präzisieren. In diesem Fall wird der Einfluss von Lesben- und Schwulenverbänden auf den familienpolitischen Willensbildungsprozess von den Befragten wesentlich geringer beurteilt. Somit kann zunächst festgehalten werden, dass vor allem einzelne Lesben- und Schwulenverbände durchaus in der Lage sind ihre zentralen Interessen gegenüber dem familienpolitischen Willensbildungsprozess zu artikulieren. Dies betrifft vor allem den LSVD und VK. Von einer darüber hinaus ausgehenden direkten oder indirekten Einflussnahme kann jedoch nicht gesprochen werden.

Im Gegensatz zur Artikulationsfähigkeit wird die Vermittlungsfähigkeit von Lesben- und Schwulenverbänden im Politikfeld von den Befragten insgesamt als eher gering beurteilt (Mittelwert²⁴: 3). Fast alle Befragte erachten diese als negativ. Konkret

²⁴ Legende: 1 = sehr gering ... 6 = sehr hoch

bedeutet das, dass drei Befragte (14,28%) mit *gering*, 16 Befragte (76,19%) mit *eher gering* und jeweils nur ein Befragter mit *eher hoch* oder *hoch* geantwortet haben. Auch die Mehrheit der Experten sieht die Vermittlungsfähigkeit als gering bzw. stark begrenzt an. So verweist ein Experte im Hinblick auf die Vermittlungsfähigkeit des eigenen Verbands darauf, dass

„man nicht vergessen [darf] das wir ja nur ein relativ kleiner Verband sind und daher unsere Kapazitäten [...] entsprechend begrenzt sind. Ich will sagen: Es ist nicht so das wir da überhaupt keine Möglichkeiten haben, dass diese aber begrenzt sind“ (Exp3: 250-253).

Zumal die Vermittlungsfähigkeit verbandlicher Interessen im hohen Maße von der aktuellen Themenlage abhängig sei. Diese Expertenwahrnehmung deckt sich mit den oben dargelegten Erkenntnissen, die die Bedeutung externer Ereignisse für den Reformprozess verdeutlichten. Zudem sei die Vermittlungsfähigkeit darüber hinaus auch von den Akteuren im Bundesfamilienministerium oder den politischen Entscheidungsträgern in der Regierung abhängig. Auch an dieser Stelle verdichten sich die Beobachtungen aus der Reformgeschichte. Insofern mit CDU/CSU Parteien an der Regierung beteiligt sind, die die Lesben- und Schwulenpolitik des Bundes nicht vorangetrieben haben. Aufgrund dieser Tatsachen sei die Vermittlungsfähigkeit immer wieder Schwankungen unterworfen, die vor allem auf *Agendasetting*-Prozesse oder veränderter Regierungsverhältnisse zurückzuführen sind (Exp1: 195-198). Auf der anderen Seite betont ein Experte aber auch, dass die Vermittlung zentraler Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden im Vergleich zu anderen schwachen Interessen als positiv angesehen werden kann:

„Ich glaube, dass LGBTs insgesamt eine ganz gute Lobby haben - im Vergleich zu sogenannten anderen Minderheitsgruppierungen wie z.B. Menschen mit Behinderungen oder ähnlichem, wo einfach nicht so eine relativ starke Lobby dahintersteht“ (Exp2: 123-126).

In diesem Zusammenhang sind politische Erfolge im Hinblick auf die Vermittlung von Interessen insbesondere auf die Erfolge einzelner Lesben- und Schwulenverbände in den letzten Jahren zurückzuführen. So konnten etwa dauerhafte Kontakt- und Kommunikationskanäle zwischen Verbandsvertreten und politischen Entscheidungsträgern geschaffen werden - etwa durch die Teilnahme an Anhörungen oder die Schaffung der *Bundesstiftung Magnus Hirschfeld*. Jedoch gestaltet sich der Zugang zu diesen Kontakt- und Kommunikationskanälen zwischen den Verbänden stark unterschiedlich und sind je nach Verband mehr oder weniger offen bzw. begrenzt für

Verbandsaktivitäten (Exp1: 201-208, Exp3: 243-253). Vor allem der LSVD scheint auch hier eine herausragende Stellung innezuhaben.

Neben den politischen Erfolgen hinsichtlich der Vermittlung von Interessen im familienpolitischen Entscheidungsprozess, gilt es auch hier im Vorgriff auf die Ergebnisse unter 5.1. ihre konkreten Einflusschancen miteinzubeziehen. So wird der direkte oder indirekte Einfluss von Lesben- und Schwulenverbänden auf den familienpolitischen Entscheidungsprozess ebenfalls als gering beurteilt. Folglich scheinen nicht nur die politischen Erfolge, sondern auch die konkreten Einflusschancen gegenüber dem familienpolitischen Entscheidungsprozess alles in allem als schwach zu sein, um die verbandlichen Zielvorstellungen selbstständig zu erreichen.

Offenkundig ist Verband nicht gleich Verband. So konnten hier erste Asymmetrien zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden festgestellt werden. Wenngleich auch die Artikulations- und insbesondere die Vermittlungsfähigkeit insgesamt auf einem geringen Niveau ausgeprägt ist. Außerdem zeigte sich, dass sowohl die Einflusschancen auf den familienpolitischen Willensbildungs- als auch Entscheidungsprozess grundsätzlich als schwach angesehen werden können. Im weiteren Verlauf gilt es nun diese Ergebnisse zu präzisieren: Lesben- und Schwulenverbände sind in einem Politikfeld aktiv, in dem zahlreiche starke Akteure wie Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften oder auch die Kirchen im Rahmen des familienpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses agieren. Daher stellt sich nun die Frage nach der Leistungsfähigkeit von Lesben- und Schwulenverbänden. Zunächst scheint in diesem Zusammenhang die Repräsentationsfähigkeit der Verbände von Bedeutung, um überhaupt glaubhaft als Repräsentant einer gesellschaftlichen Minderheit nach außen auftreten zu können. Dass Lesben- und Schwulenverbände insgesamt ein Gegengewicht bilden, um die systematische Unterrepräsentation von Homosexuellen auszugleichen bejahen alle Befragte (Mittelwert²⁵: 5,29). So stimmen jeweils fünf Befragte (je 23,8%) der Aussage *eher zu* oder *zu*. Eine deutliche Mehrheit von elf Befragten (52,36%) stimmt der Aussage *voll und ganz zu*. Die hohe Zustimmung der Befragten macht deutlich, dass Lesben- und Schwulenverbände insgesamt als Interessenvertretung von Homosexuellen im Politikfeld auftreten wie auch als solche von den beteiligten Akteuren im Politikfeld wahrgenommen werden. Neben der Repräsentationsfähigkeit ist auch die Durchsetzungsfähigkeit verbandlicher Interessen im Speziellen ein wichtiges Kriterium, um

²⁵ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

die Leistungsfähigkeit von Verbänden zu messen. Darunter wird die Fähigkeit verstanden die eigenen Interessen und Zielvorstellungen gegenüber Dritten durchzusetzen. Wer durchsetzungsfähig ist verschafft sich politisches Gehör und bestimmt somit wesentlich mit (vgl. Kropp 2005: 661). Daher wird nun die Durchsetzungsfähigkeit von Lesben- und Schwulenverbänden gegenüber den Interessen der politischen als auch gesellschaftlichen Akteure analysiert. So stimmt eine deutliche Mehrheit der Befragten der Aussage zu, dass sich Lesben- und Schwulenverbände nicht gegenüber den Interessen der politischen Akteure – wie etwa der Parteien oder Regierung, durchsetzen können (Mittelwert²⁶: 4,57). Nur ein Befragter stimmt dieser Aussage *eher nicht zu*, sieben Befragte (33,32%) stimmen *eher zu* und eine große Mehrheit von 13 Befragten (61,88%) *stimmt zu*. Dass die Durchsetzung von Interessen gegenüber den politischen Akteuren ein Problem darstellt, stimmen auch alle befragten Experten zu. Demnach sei die Durchsetzungsfähigkeit einerseits stark von den persönlichen und parteiinternen Interessen der politischen Entscheidungsträger abhängig:

„Wenn es dem persönlichen oder parteiichen Interesse nutzt, dann wird was gemacht und wenn nicht dann nicht. Entscheidungen oder Maßnahmen folgen da selten Sachzwängen“ (Exp1: 221-223).

Andererseits hängt die Durchsetzungsfähigkeit aber auch von der öffentlichen Debatte ab, die jedoch starken Schwankungen unterworfen ist. Demnach kann die Öffentlichkeit ihrerseits Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger ausübt, indem sie spezifische Interessen oder Forderungen auf die politische Agenda hebt und die Position von Lesben- und Schwulenverbänden stärkt. Ein Interviewpartner erläutert die Folgen solcher Schwankungen folgendermaßen:

„Das ist je nach dem man sich welche Wirkung verschafft hat und in welches politisches Momentum man hineinarbeitet unterschiedlich wirksam. Das kann wie nach der Entscheidung in Irland besondere öffentliche Aufmerksamkeit entfalten. Wenn die politische Situation etwas ungünstiger ist und das Thema sich gerade nicht in den Schlagzeilen befindet ist es dann komplizierter eine breite Öffentlichkeit zu erreichen“ (Exp3: 272-277).

Neben den Interessen der politischen Akteure wurde auch die Durchsetzungsfähigkeit gegenüber den gesellschaftlichen Akteure untersucht. Hier zeigt sich nach Ansicht der Befragten jedoch ein anderes Bild. Denn die Zustimmungen fällt deutlich niedriger aus (Mittelwert²⁷: 3,62). Allerdings ist die Verteilung der erhobenen Werte erheblichen

²⁶ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

²⁷ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

Streuungen ausgesetzt. So stimmt ein Befragter der Aussage *nicht zu*, dass sich Lesben- und Schwulenverbände nicht gegenüber den Interessen anderer gesellschaftlicher Akteure durchsetzen können. Eine Mehrheit von neun Befragten (42,84%) stimmt *eher nicht zu*, acht Befragte (38,08%) *stimmen eher zu* und drei Befragte (14,28%) geben ihre *Zustimmung* an. Folglich ergibt sich ein äußerst inkonsistentes Bild. Ganz anders hingegen schätzen die befragten Experten die Durchsetzungsfähigkeit ein. Demzufolge halten alle Experten die Durchsetzungsfähigkeit von Lesben- und Schwulenverbänden gegenüber den Interessen der gesellschaftlichen Akteure als ebenfalls schwach ausgeprägt:

„Im Vergleich zu anderen sind wir ja eine schwache Interessenvertretung. [...] Es gibt da keine gesellschaftliche Lobby, mit der man die Politik unter Druck setzen kann. Gewerkschaften oder Kirchen können das ja viel eher tun“ (Exp1: 212-215).

Dass die Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden ein Problem darstellt, zeigt sich auch mit Blick auf die letzte Aussage: So spricht sich eine klare Mehrheit der Befragten dafür aus, dass die vertretenen Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden insgesamt eher unberücksichtigt bleiben oder übergangen werden (Mittelwert²⁸: 4,57). Nur ein Befragter stimmt dieser Aussage *nicht zu*. Sechs Befragte (28,56%) hingegen *stimmen eher zu* und eine deutliche Mehrheit von 14 Befragten (66,64%) *stimmt zu*. Das Ergebnis zeigt noch einmal sehr deutlich, dass auch aus Sicht der Befragten die Artikulation wie auch Vermittlung verbandlicher Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden als schwach angesehen werden kann.

3.2. Zwischenfazit

Nachfolgend werden nun die Ergebnisse dieses Kapitels im Hinblick auf die abhängige Variable zusammengefasst und diskutiert mit dem Ziel, die Artikulations- wie auch Vermittlungsschwäche von Lesben- und Schwulenverbänden zu verifizieren. So hat der oben dargelegte Reformprozess verdeutlicht, dass Lesben- und Schwulenverbände erst seit Mitte der 1990er Jahre verstärkt die Arena des Staates erklimmen konnten. In diesem Zusammenhang kann die erfolgreiche Etablierung des Lebenspartnerschaftsgesetzes als zentraler Wendepunkt der verbandlichen Interessenvertretung angesehen werden. Insofern erstmals Verbandsvertreter an politischen Beteiligungsprozessen angehört wurden und unmittelbar mehr oder weniger Einfluss auf den Staat nahmen.

²⁸ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

Jedoch konnten auch erste Hinweise auf Asymmetrien zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden festgestellt werden. Denn einzig der LSVD wurde im Rahmen der Beratungen des Justizministeriums als auch bei den öffentlichen Anhörungen des Rechtsausschusses des Bundestags als Verbandsvertretung geladen. Lesben- und Schwulenverbänden die das Lebenspartnerschaftsgesetz ablehnten, blieb hingegen der Zutritt verwehrt. Nach der erfolgreichen Einführung der Lebenspartnerschaft stagnierte allerdings die Lesben- und Schwulenpolitik des Bundes. Besonders in den letzten Jahren zeigte sich hier ein besonderes Charakteristikum der verbandlichen Interessenvermittlungsstrukturen in der deutschen Familienpolitik: Sowohl die Phase des Agenda-Setting als auch die der Politikformulierung wurde maßgeblich durch Reformprozess im Ausland oder durch Aufforderungen des Bundesverfassungsgerichts geprägt. Während Lesben- und Schwulenverbände nur eine untergeordnete Rolle spielten, da sie einzig durch Protestaktionen oder Kampagnen in der Öffentlichkeit auftraten. Dem politischen Prozess blieben sie jedoch (direkt) fern bzw. konnten die Lesben- und Schwulenpolitik des Bundes nicht entscheidend vorantreiben. Vielmehr wurden die zentralen Interessen von Lesben und Schwulen nicht von den Verbänden aus, sondern durch Reformprozesse im Ausland und/oder (primär) durch das Bundesverfassungsgericht politisch thematisiert wie auch angeschoben.

Vor diesem Hintergrund wurde anschließend die allgemeine Artikulations- als auch Vermittlungsfähigkeit von Lesben- und Schwulenverbänden anhand der Wahrnehmung der Befragten bzw. beteiligten Akteure im Politikfeld untersucht. Im Ergebnis lassen sich folgende Erkenntnisse festhalten:

Erstens, die Artikulationsfähigkeit von Lesben- und Schwulenverbänden ist stark unterschiedlich ausgeprägt und hängt nicht nur von den repräsentierten Interessen an sich, sondern im hohen Maße auch von den Verbänden selbst ab. Daraus kann geschlussfolgert werden, dass politische Erfolge im Hinblick auf die Artikulation von Interessen hier weniger Folge der konkreten Forderungen bzw. Interessen ist. Vielmehr spielt die Verbandstätigkeit im Zusammenhang mit der Interessenartikulation eine zentrale Rolle. Aus diesem Grund scheint auch die Einbeziehung von Lesben- und Schwulenverbänden in politische Prozesse selektiv, wie dies bereits anhand der Reformgeschichte verdeutlicht wurde. Außerdem konnte hinsichtlich der Artikulation von Interessen klar aufgezeigt werden, dass Lesben- und Schwulenverbände keinen direkten oder indirekten Einfluss auf den familienpolitischen Willensbildungsprozess ausüben können.

Dieser Umstand führt zu einer deutlichen Schwächung ihrer Position im familienpolitischen Willensbildungsprozess, so dass es ihnen deutlich schwerer fallen dürfte ihren Interessen politisch Gehör bzw. Berücksichtigung zu verschaffen.

Zweitens, sowohl die Vermittlungsfähigkeit von Lesben- und Schwulenverbänden als auch ihre konkreten Einflusschancen gegenüber dem familienpolitischen Entscheidungsprozess können als schwach angesehen werden. So sind politischer Erfolge im Hinblick auf die Vermittlung von Interessen im hohen Maße von der aktuellen Themenlage und den politischen Akteuren in den Ministerien bzw. der Regierung abhängig. Auch hier decken sich die Ergebnisse mit den Erkenntnissen aus der Reformgeschichte. Vor diesem Hintergrund scheint die Durchsetzung von Interessen ein erhebliches Problem darzustellen, da der *Agendasetting*-Prozess starken Schwankungen unterworfen ist mit CDU/CSU Parteien an der Regierung beteiligt sind, die die Lesben- und Schwulenpolitik des Bundes nicht vorangetrieben haben. Außerdem zeichneten sich auch hier Asymmetrien zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden ab – wenn auch nicht ganz so stark wie hinsichtlich der Interessenartikulation. Die Durchsetzung von Interessen beruht hier insbesondere auf die Erfolge einzelner Lesben- und Schwulenverbände, die sich in den letzten Jahren in der Arena des Staates etablieren konnten.

Und drittens, kann die Leistungsfähigkeit von Lesben- und Schwulenverbänden insgesamt als ebenfalls defizitär bezeichnet werden. So hat die Auswertung der erhobenen Daten gezeigt, dass vor allem die Durchsetzungsfähigkeit von Lesben- und Schwulenverbänden gegenüber den Interessen der politischen wie auch gesellschaftlichen Akteure durchweg als schwach eingeschätzt werden kann. Lesben- und Schwulenverbände können sich weder gegenüber den Interessen der politischen Akteure noch gegenüber den Interessen der gesellschaftlichen Akteure im Politikfeld durchzusetzen. Zwar werden sie von den Akteuren selbst als Interessenvertretung von Homosexuellen im Politikfeld wahrgenommen. Allerdings bleiben ihre zentralen Interessen alles in allem eher unberücksichtigt oder werden gar übergangen.

Abschließend kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass sowohl der bisherige Reformprozess als auch die Wahrnehmungsreflexion der Befragten bzw. beteiligten Akteure im Politikfeld zu übereinstimmenden Einschätzungen und Ergebnissen

gekommen ist. Demzufolge ist die Artikulation wie auch Vermittlung verbandlicher Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden mit erheblichen Defiziten verbunden. So konnten nicht nur Prozesse der Nichtberücksichtigung, sondern auch der Nichtdurchsetzung von Interessen im Rahmen des familienpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses festgestellt werden. Aufgrund dieser bemerkenswerten Defizite weisen Lesben- und Schwulenverbände eine Artikulations- wie auch Vermittlungsschwäche auf. Somit kann die abhängige Untersuchungsvariable als (weitestgehend) bestätigt angesehen werden. Worin genau aber die Gründe für diese Schwächen liegen, gilt es nun im weiteren Verlauf der Untersuchung zu klären. Dazu wurden oben drei Erklärungsfaktoren – *institutionelle Rahmenbedingungen von Familienpolitik*, *politikfeldspezifische Akteurs- und Interessenkonstellation* sowie *Strategien und Instrumente von Lesben- und Schwulenverbänden*, herangezogen.

4. Institutionelle Rahmenbedingungen von Familienpolitik

Die deutsche Familienpolitik gehört zu den relativ jungen Politikfeldern in der Bundesrepublik, da es sich im Wesentlichen erst nach der Gründung der BRD entwickelt hat. Das 1953 neugegründete Bundesministerium für Familienfragen fungierte zunächst als ‚Prämie‘ für die kirchlichen Kräfte in der Bundesrepublik, da die Bischofskonferenz die Unionsparteien in dem zurückliegenden Wahlkampf unterstützt hatte (Gerlach 2004: 152). Leitziel war zunächst vor allem der weltanschaulich verankerte Institutionenschutz von Familie. Inhaltlich ging es insbesondere darum, dass die in Arbeitsteilung und Rollenwahrnehmung traditionell bestimmte Familie – der Vater geht arbeiten und die Mutter versorgt zu Hause die Kinder, ihre familialen Leistungen erbringen konnte. Erst in den 1960er Jahren begann sich das traditionelle Familienbild leicht zu öffnen. Insbesondere durch die 68er-Bewegung wurden zunehmend Formen und Inhalte familienbezogenen Zusammenlebens hinterfragt. Hatte das Bundesfamilienministerium Anfang der 1960er Jahre noch eher ein konservatives Familienbild vertreten, so öffnete es sich zum Ende des Jahrzehnts (Gerlach 2004: 158). Mit der Regierungsübernahme durch die sozial-liberale Koalition 1969 vollzog sich dann endgültig die Abkehr von einer Institutionenpolitik hin zu einer Familienmitgliederpolitik. In Folge dessen wurde versucht den Begriff Familie zunehmend offener zu gestalten (Gerlach 2004: 160). Im Verlauf der 1970er Jahre verlor normenorientiertes Handeln weiter an Bedeutung in der Familienpolitik. Trotz

erheblicher Reformen blieb die Durchsetzungsfähigkeit von Familienpolitik aber weiterhin gering. Die Ursache hierfür lag vor allem am Kompetenzzuschnitt des Ministeriums. Denn trotz Sachgebietszuwächsen primär im Bereich der Frauenpolitik, führte der Kompetenzzuschnitt des Ressorts in der Summe zu abnehmenden Kompetenzen und zu einer äußerst heterogenen Aufgabenstruktur (Gerlach 2004: 165). Viel mehr wurden zentrale familienpolitische Entscheidungen in dem mit größeren Kompetenzen ausgestatteten Arbeits- und Sozialministerium ausgegliedert. Mit dem Regierungswechsel 1982 folgen in den 1980er Jahren weitere, qualitativ neue und eher einem interessenorientierten als einem normenorientierten Familienbild zugeordnete Maßnahmen (Gerlach 2009: 93). Erst Ende der 1980er Jahre fanden umfassende Restrukturierungsmaßnahmen des Familienministeriums statt. Infolgedessen war das Ministerium fortan bei allen Vorhaben, die die Belange von Familien-, Jugend- und Frauenpolitik betrafen, hinzuzuziehen (Gerlach 2004: 171). Mit dem in den 1990er Jahren eingeführten Konzept des Humanvermögens gewann dann auch die deutsche Familienpolitik zunehmend an Bedeutung. So wurden Familien immer mehr auch als Produzenten wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit verstanden, die mit der Geburt und Erziehung von Kindern die zukünftigen Erwerbspersonen, Steuer- und Sozialversicherungszahler garantierten. Zudem zog der Gedanke der Leistungsgerechtigkeit in den familienpolitischen Diskurs mit ein und mit ihm die Fragen, in welcher Höhe und wie die Leistungen von Familien zu entgelten seien (Gerlach 2012: 14). Mit dieser Neudeutung von Familie durch die Politik ging dann auch eine Änderung in der Akteurslandschaft einher. Die klassischen Akteure – wie die Parteien, Kirchen, Familien- und Wohlfahrtsverbände, wurden im Wesentlichen durch die Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften ergänzt (Gerlach 2012: 15). Mit dem Regierungswechsel 1998 kam es nach der Jahrtausendwende zu einer Reihe von Rechtsreformen. Zentrale Ziele waren u.a. die Gewährleistung von Gleichheit aller Lebensformen sowie die Anerkennung familialer Leistungen. Maßgeblich ist hier das Lebenspartnerschaftsgesetz von 2001 zu nennen, dass einen weiteren Schritt in der Rechtsanpassung an gelebte Familienformen darstellte (Gerlach 2004: 191). Mit dem Wechsel zur Großen Koalition ab 2005 „konnte in der Praxis der Familienpolitik eine Koalition der Reformen entstehen und eine Koalition der Stagnation vermieden werden“ (Ehlert 2010: 157). Trotz der Diskrepanzen in den familienpolitischen Ausrichtungen der Koalitionspartner, wurden die bisherigen Reformbemühungen übernommen und weiter fortgesetzt. Wie auch schon unter der rot-grünen Vorgängerregierung, konnte Familienpolitik ihren

hohen politischen Stellenwert beibehalten und war nicht selten Gegenstand gesellschaftlicher Debatten (Ehlert 2010: 156). Die Familienpolitik der nachfolgenden schwarz-gelben Koalition zwischen 2009 und 2013 kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend bewertet werden. Allerdings deutet einiges darauf hin, dass der bisherige familienpolitische Reformprozess nicht weiter vorangetrieben wurde (vgl. Bonin et al. 2013). Vielmehr noch zeugen die politischen Debatten rund um die Einführung der sogenannten *Herdprämie* bzw. das Betreuungsgeld und die steuerliche Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften von einer stark normativ-ideologisch geprägten Ausrichtung der schwarz-gelben Familienpolitik.

Vor diesem Hintergrund kann davon ausgegangen werden, dass sich Familienpolitik im Wesentlichen durch vier Spezifika auszeichnet, die inhärent für das Politikfeld sind: Erstens, der Querschnittscharakter von Familienpolitik aufgrund des Mehrebenen- und Multiakteurscharakters des Politikbereichs. Zwar haben sich seit Mitte der 1990er Jahre einige Veränderungen auf struktureller und akteursbezogener Ebene ergeben, Familienpolitik zeichnet sich allerdings noch heute durch ihren ressortübergreifenden Charakter und somit durch eine Vielzahl beteiligter Akteure aus. Zweitens, der familienpolitische Regimetyp in Deutschland. So kann davon ausgegangen werden, dass bestimmte Orientierungen, Interessen und Politikmuster, die dem konservativen Regimetyp entsprechen, gefördert werden und somit maßgeblich zur Leitbildentwicklung von Familienpolitik beitragen. Drittens, die Bedeutung und der Wandel von Leitbildern bei der Gestaltung von Familienpolitik. Zwar wurde hier auf Wandlungsprozesse des familienpolitischen Leitbilds hingewiesen, insofern die traditionell betonte Ideologisierung in der deutschen Familienpolitik insgesamt abgenommen zu haben scheint (vgl. Blum 2012: 55). Allerdings zeugen die aktuellen Debatten noch immer von starken normativ-ideologischen Begründungsmustern. Dies ist insbesondere hinsichtlich der Gleichstellung lesbischer und schwuler Lebensformen festzustellen. Und viertens, die Motive für staatliches Handeln und die entsprechenden motivspezifischen Maßnahmen. Besonders der Staat hat in diesem Zusammenhang eine zunehmend aktive Rolle eingenommen. Dies gilt insbesondere für die Handlungsinhalte von Familienpolitik (vgl. Gerlach 2012: 13). In diesem Fall kann davon ausgegangen werden, dass in den motivspezifischen Maßnahmen übergreifende Leitbilder von Familie bzw. Familienleben verankert sind, die bestimmte Familienformen fördern und andere benachteiligen. Insbesondere Familienformen die nicht dem familienpolitischen Leitbild entsprechen

dürften in diesem Zusammenhang benachteiligt sein, so dass politische Maßnahmen in diesem Bereich stagnieren.

Im Folgenden werden nun die vier institutionellen Charakteristika von Familienpolitik näher betrachtet. Dabei hat diese Auflistung an spezifischen Indikatoren nicht den Anspruch abschließend zu sein, sondern ist eher kennzeichnend für die institutionelle Grundlage des Politikfelds und soll Strukturen als auch Defizite in der Gestaltung von Familienpolitik exemplarisch aufzeigen. In diesem Zusammenhang wird angenommen, dass die institutionellen Rahmenbedingungen von Familienpolitik im Allgemeinen Auswirkungen sowohl auf die Berücksichtigung als auch Durchsetzung gesellschaftlicher Interessen haben und im Speziellen sich negativ auf die Artikulation wie auch Vermittlung zentraler Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden auswirken.

4.1. Querschnittscharakter von Familienpolitik

Zu den wissenschaftlich unumstrittenen und immer wiederkehrenden Befunden über die deutsche Familienpolitik gehört die Aussage, dass das Politikfeld durch einen starken Querschnittscharakter gekennzeichnet ist (siehe dazu u.a. Wingen 1994: 4, Gerlach 2007: 12). Zudem weist kein anderes Politikfeld in Deutschland in ähnlicher Weise diesen Charakter eines Querschnittsbereichs auf. Für die deutsche Familienpolitik lässt sich dies u.a. mit der späten und vergleichsweise geringen Institutionalisierung in Form eines gesonderten Ministeriums und dessen Entwicklung sowie anhand der Regelungsinhalte begründen. So tangieren familienpolitische Regelungsinhalte ein breites Spektrum an Politikressorts wie etwa die Frauen-, Jugend-, Bildungs-, Wohnungsbau-, Arbeitsmarkt- oder Gesundheitspolitik. Das Bundesfamilienministerium zeichnet sich vor allem durch seine horizontale und vertikale Kompetenzzersplitterung aus, indem es nicht über die für seine zentralen Regelungsinhalte notwendigen Kompetenzen verfügt (Gerlach 2004: 143). Bereits bei der Untersuchung familienpolitischer Einzelmaßnahmen zeigt sich, dass diese meist „ressortübergreifend auch arbeitsmarkt-, sozial-, wohnungs- und bildungspolitische Regelungen beinhalten und ohne den Einsatz der Instrumente der Steuer-, Wirtschafts-, Finanz-, sowie Rechtspolitik überhaupt nicht wirksam würden“ (Münch 1990: 181). Zwar kommen viele familienpolitisch relevante Maßnahmen bzw. Gesetze aus dem zuständigen Familienressort, die verantwortliche Bearbeitung dieser Gesetzentwürfe wird jedoch durch andere Ministerien geleistet (Dienel 2002: 220). Diese Abhängigkeit von Familienpolitik ist vor allem darauf zurückzuführen, dass jegliches staatliche Handeln ein Individuum betrifft, welches

zugleich auch Teil von Familie ist und somit familienpolitische Implikationen haben kann. Daher handelt es sich bei der Familienpolitik um einen ausgesprochen undeutlichen und nicht klar abgrenzbaren Politikbereich, der im Unterschied zu anderen Politikressorts sich weder auf spezifische Funktionen noch auf ein exakt umschriebenes Gebiet bezieht (Münch 1990: 182). Defizite in der Artikulation wie auch Vermittlung verbandlicher Interessen können in diesem Zusammenhang maßgeblich auf die Abhängigkeit von Familienpolitik von anderen Politikressorts zurückgeführt werden. Dies ist dann der Fall, wenn familienpolitische Interessen auf divergierende Interessen anderer Politikbereiche treffen (Münch 1990: 184).

Der Querschnittscharakter von Familienpolitik zeigt sich auf drei Ebenen: Erstens, zwischen den Politikressorts auf Bundesebene. Familienpolitik ragt in zahlreiche Politikbereiche hinein und konstituiert sich ressortübergreifend. Eine klar koordinierte und umfassende Gestaltung von Familienpolitik wird dadurch erschwert. Zudem stellt sich das Familienressort innerhalb der Hierarchie der Bundesregierung als schwaches Ressort heraus (Dienel 2002: 220). Zweitens, zwischen den staatlichen Ebenen. In der föderal organisierten Bundesrepublik verteilen sich familienpolitische Zuständigkeiten auf die drei Ebenen Bund, Länder und Kommunen. Diese föderale Kompetenzstruktur bringt noch einmal erheblichen Koordinations- und Abstimmungsbedarf mit sich sowie damit einhergehende Reibungsverluste. In diesem Sinne kann Familienpolitik als *Mehrebenenpolitik* verstanden werden (Dienel 2002: 223). Und drittens, zwischen den öffentlichen und nicht-öffentlichen Trägern von Familienpolitik. Denn neben den öffentlichen Trägern – wie Bund, Länder und Kommunen, sind auch nicht-öffentliche Träger in der Familienpolitik tätig. So spielen Verbände – wie etwa die Sozialpartner oder die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, eine zentrale Rolle bei der Gestaltung, Entwicklung und Vermittlung familienpolitischer Entscheidungen (Dienel 2002: 224). Folglich ist der Querschnittscharakter von Familienpolitik auch durch seine Eigenschaft als *Multiakteurspolitik* gekennzeichnet. Familienpolitische Akteure sind also nicht nur alleine auf Ebene des Staates, sondern auch in vielfältigen gesellschaftlichen Bereichen zu finden (Gerlach 2012: 16).

Aufgrund der komplizierten Verflechtung des Politikfelds, dass sich ressortübergreifend aus Maßnahmen zahlreicher Politikressorts konstituiert und seine föderale Kompetenzstruktur gekennzeichnet ist. Aber auch aufgrund der breit gefächerten Akteursvielfalt im familienpolitischen Handlungsfeld kann davon ausgegangen werden, dass sich der Querschnittscharakter von Familienpolitik im Allgemeinen negativ auf die Artikulation

wie auch Vermittlung zentraler Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden auswirkt.

Der ressortübergreifende Charakter von Familienpolitik impliziert, dass neben der Familienpolitik noch weitere Politikfelder für die Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden relevant sind, um verbandliche Interessen zu artikulieren und zu vermitteln. So stellen Lesben- und Schwulenpolitiken ein Querschnittsthema dar, die aus Sicht der befragten Experten in zahlreiche Politikfelder hineinragen:

„Weil es ja sehr viele Themenbereiche vom gesellschaftlichen und politischen Leben berührt und man schwule oder lesbische Themen nicht aus einer Gesamtbetrachtung der Bevölkerung herauslösen kann“ (Exp1: 6-8).

So seien neben den typischen Politikfeldern Antidiskriminierungs- und Sozialpolitik, auch die Politikfelder Bildung, Migration, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Justiz sowie die Außen- und Sicherheitspolitik relevant (Exp1: 5-13, Exp3: 68-75). Allerdings nimmt die Familienpolitik eine zentrale Rolle bei der Forderung nach sozialer und rechtlicher Anerkennung bzw. Gleichstellung lesbischer und schwuler Lebensformen ein, weshalb das Politikfeld auch als wichtigster Anknüpfungspunkt für die Interessen von Lesben und Schwulen angesehen wird. In diesem Zusammenhang identifizieren die Experten zwei wichtige Fragestellungen, die für die familienpolitische Betrachtung von Lesben und Schwulen von Bedeutung sind: Erstens, wie werden Lesben und Schwule als Teil von Gesellschaft wahrgenommen (Exp1: 16-17)? Und zweitens, wie werden Lesben und Schwule als Teil von Familie und Familienstrukturen wahrgenommen (Exp1: 17-21)? Besonders die letzte Frage ist für die Artikulation und Vermittlung verbandlicher Interessen aktuell von Bedeutung, wie ein befragter Experte betont:

„Das ist natürlich im Zusammenhang mit dem letzten großen verbliebenen Rechtsgebiet, dass wir bearbeiten - bei der Frage der Öffnung der Ehe [...], von einer besonderen Bedeutung. Weil sich hier auch die Entwicklung des Familienbilds niederschlägt und wir ein modernes Bild vertreten, dass sich von dem des 19. Jahrhunderts löst und moderne Partnerschaften, die es immer gegeben hat, zur Kenntnis nimmt und würdigt. Und damit ist das [Politikfeld der Familienpolitik – Anm. d. Verf.] ein Kernbereich unserer Tätigkeit“ (Exp3: 19-25).

Die zentrale Rolle von Familienpolitik für die Interessen von Lesben und Schwulen zeigt sich auch an dessen Bedeutung als Ansprechpartner. So wird während der Experteninterviews das Bundesfamilienministerium mehrfach als wichtiger (politischer)

Kooperations- und Ansprechpartner für Verbandsaktivitäten hervorheben, wie folgende Interviewaussage exemplarisch zeigt:

„Also wir können uns nicht beschweren, wenn es darum geht, dass das Familienministerium einzelne Maßnahmen begleitet und unterstützt - aber auch in der Initiative mit angeschoben hat“ (Exp3: 30-32).

Insbesondere die Einrichtung des Referats *Gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Sexuelle Identitäten* im Bundesfamilienministerium, dass sich seit 2014 mit den Themen Homo- und Transsexualität auseinandersetzt habe zu einer dauerhaften Präsenz von lesbischen und schwulen Belangen innerhalb des Ministeriums geführt und betone zugleich die Relevanz des Themas für Familienpolitik (Exp1: 232-234).

Neben der grundsätzlichen Bedeutung des Politikfelds scheint darüber hinaus die institutionelle Mehrebenen- und Multiakteursstruktur des Politikfelds für die Interessenvertretung relevant. In einem nächsten Schritt, werden daher nun die Auswirkungen des Querschnittscharakters von Familienpolitik auf Akteursebene untersucht. Im weiteren Vorgehen kann angesichts der oben beschriebenen strukturellen und kompetenzrechtlichen Verflechtung familienpolitischen Handelns zunächst davon ausgegangen werden, dass der Querschnittscharakter von Familienpolitik die Handlungsfähigkeit des Fachressorts beschränkt. Dieser Aussage stimmen auch die Befragten mit knapper Mehrheit eher zu (Mittelwert²⁹: 3,52). Jedoch ist die Verteilung der erhobenen Werte erheblichen Streuungen ausgesetzt. So stimmen vier Befragte (19,04%) der Aussage *nicht zu* und sechs Befragte (28,56%) *stimmen eher nicht zu*. Demgegenüber geben sieben Befragte (33,32%) an der Aussage *eher zuzustimmen* und vier Befragte (19,04%) *stimmen zu*. Folglich zeigt sich ein inkonsistentes Meinungsbild, was insbesondere auf strategische Veränderungsprozesse seitens des Ministeriums zurückgeführt werden kann. So hat sich das Bundesfamilienministerium in den letzten Jahren durch strategische Koalitionen bzw. Allianzen mit führenden, gesellschaftlichen Akteuren aus der Wirtschaft, den Gewerkschaften, den Wohlfahrtsverbänden, den Kirchen und der Wissenschaft die eigene Handlungsfähigkeit auf politischer Ebene zum Teil gesichert oder sogar ausgebaut (vgl. Olk 2010: 295). Dazu initiierte das Bundesfamilienministerium die *Lokalen Bündnisse für Familie*, die staatliche und nicht-staatliche Akteure miteinander vereinen. Mit dem Ziel durch die Einbeziehung der Bündnispartner neue Ressourcen zu gewinnen, Angebote sinnvoll zu ergänzen sowie

²⁹ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

Synergieeffekte zu nutzen (vgl. Ahrens 2012b: 38). Aus wissenschaftlicher Perspektive wird die Initiierung dieser Kooperationen bzw. Allianzen meist negativ bewertet, insofern sie als selbstverschuldete Konsequenz der Umsetzungsschwäche des Bundes zu werten seien. Obwohl einzelne Akteure im Zuge des Ausbaus dieser Strukturen an Bedeutung gewonnen haben, bleibe jedoch die Durchsetzungsfähigkeit von gesellschaftlichen Interessen weiterhin gering. Vielmehr noch weise die Familienpolitik des Bundes schon seit langem einen ausgesprochenen Führungsanspruch auf (ausführlich dazu siehe Ahrens 2012a, Ahrens 2012b).

Aufgrund des Mehrebenen- und Multiakteurcharakters des Politikfelds scheint es in einem nächsten Schritt sinnvoll, die Zugangs- als auch Einflusschancen von Interessenverbänden genauer zu analysieren. So kann davon ausgegangen werden, dass sich aufgrund der oben beschriebenen vielfältigen Beteiligung und Verflechtung politischer und gesellschaftlicher Akteure eminente Auswirkungen auf den Gestaltungsprozess von Familienpolitik auf Akteursebene ergeben. Wobei insbesondere kleinere und partikulare Interessenverbände vom Querschnittscharakter des Politikfelds betroffen sein dürften, da sich nicht gegenüber mehreren Ebenen und Akteuren präsent sein können sowie in Interessenkonkurrenz mit einer Vielzahl von Akteuren stehen. Dieses Schlussfolgerungen bestätigen sich auch mit Blick auf die erhobenen Daten: So ist eine große Mehrheit der Befragten (Mittelwert³⁰: 4,52) der Meinung, dass der Querschnittscharakter den Zugang kleinerer und partikularer Interessenverbände zur Familienpolitik erschwert. Während nur zwei Befragte (9,52%) der getroffenen Aussage *eher nicht zustimmen* geben neun Befragte (42,84%) an ihr *eher zuzustimmen*, sieben Befragte (33,32%) *stimmen zu* und drei Befragte (14,28%) stimmen der Aussage sogar *voll und ganz zu*. Ein ähnliches Bild zeigt sich zudem im Hinblick auf die Einflusschancen. Auch hier ist eine klare Mehrheit der Befragten (Mittelwert³¹: 4,19) der Ansicht, dass der Querschnittscharakter die Einflussnahme kleinerer und partikularer Interessenverbände auf die betriebene Familienpolitik erschwert. Zwar stimmen fünf Befragte (23,8%) dieser Aussage *eher nicht zu*, jedoch stimmen sieben Befragte (33,32%) ihr *eher zu* und neun Befragte (42,84%) geben überdies ihre *Zustimmung* an. Beeinträchtigte Zugangs- und Einflusschancen kleinerer und partikularer Interessenverbände können ein Hinweis auf Asymmetrien zwischen den Akteuren sein. Und tatsächlich zeichnet sich ein Asymmetrieproblem ab. Demnach ist eine deutliche Mehr-

³⁰ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

³¹ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

heit der Befragten (Mittelwert³²: 5,19) der Meinung, dass der Querschnittscharakter von Familienpolitik zu Asymmetrien hinsichtlich der Zugangs- und Einflusschancen zwischen den beteiligten Interessenverbänden führt. Während drei Befragte (14,28%) der Aussage *eher zustimmen* stimmt eine klare Mehrheit von elf Befragten (52,36%) *zu* und sogar sieben Befragte (33,32%) *stimmen voll und ganz zu*. Auffällig ist in diesem Fall, dass vor allem die befragten Vertreter der Lesben- und Schwulenverbände überdurchschnittlich hohe Zustimmungswerte aufweisen. Aus diesem Grund kann aus den Ergebnissen geschlussfolgert werden, dass sie als Vertreter kleinerer bzw. partikularer Interessenverbände von dieser Problematik insbesondere betroffen sind. Eine wesentliche Ursache dürfte hier die vielfältige Beteiligung von nicht-staatlichen Akteuren sein. So finden sich heute zahlreiche einflussreiche gesellschaftliche Akteure im Politikfeld – wie etwa die Tarifpartner, Wohlfahrtsverbände oder Kirchen (vgl. Gerlach/Keil 2010b).

Für Lesben- und Schwulenverbände ergeben sich im Hinblick auf den Querschnittscharakter von Familienpolitik zahlreiche Konsequenzen für die Interessenvertretung: Auf der einen Seite führt die vielfältige Beteiligung und Verflechtung von Familienpolitik zu einem Präsenzproblem. So können die Verbände aufgrund von begrenzten finanziellen und personellen Mitteln nicht auf mehreren Ebenen aktiv sein (Exp2: 46). Zudem sehen sich die Verbände mit einer großen Anzahl von Ansprechpartnern konfrontiert, die durch den Mehrebenencharakter von Familienpolitik dementsprechend schwierig zu erreichen ist (Exp3: 77-79). Auf der anderen Seite können sich dadurch aber auch zusätzliche Artikulations- und Vermittlungsmöglichkeiten entwickeln, da die Verbände an mehreren Stellen tätig werden können (Exp1: 74-75). Nach Ansicht der Experten könne man die zentralen Interessen breit gefächerter gegenüber diversen Akteuren vortragen, als dies gegenüber nur einem Ressort bzw. Ministerium möglich wäre (Exp1: 85-86). Die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Politikressorts auf Bundes- und Landesebene sowie im kommunalen Bereich habe folglich Vor- und Nachteile für die verbandliche Interessenvertretung:

„Vorteile, weil Sensibilisierung in vielen Bereichen möglich wird. Der Nachteil ist, dass es dann auch immer die Möglichkeit gibt sich im jeweiligen Ministerium auf Kernaufgaben zu beschränken und die ressortübergreifende, interdisziplinäre Arbeit ein bisschen zu vernachlässigen“ (Exp3: 80-83).

Abschließend kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass mit dem Querschnittscharakter von Familienpolitik erhebliche Probleme im Hinblick auf die verbandliche

³² Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

Artikulation wie auch Vermittlung von Interessen verbunden sind. Dies ist primär auf die vielfältige Beteiligung wie auch Verflechtung familienpolitischen Handelns zurückzuführen. Zudem zeichnete sich in Folge ungleicher Zugangs- wie auch Einflusschancen von Interessenverbänden ein Asymmetrieproblem verbandlicher Interessen ab. Lesben- und Schwulenverbände sehen sich vor diesem Hintergrund insbesondere mit einem Präsenzproblem konfrontiert. Jedoch ergeben sich aus der ressortübergreifenden Kompetenzordnung des Familienressorts auch zusätzliche Anknüpfungspunkte für Verbandstätigkeiten. Inwieweit diese jedoch mit den begrenzten finanziellen und personellen Mitteln von Lesben- und Schwulenverbänden (politisch) erfolgreich genutzt werden können bleibt an dieser Stelle fraglich.

4.2. Familienpolitischer Regimetyp und Leitbild von Familienpolitik

Familienpolitik ergibt sich aus einer Vielzahl von Faktoren: Werte- und Rechts-traditionen, Geschlechterrollen, Familienleitbilder, das Verhältnis von Kirche und Staat, die Organisation staatlicher Aufgabenerfüllung sowie steuerliche Rahmenbedingungen. Sie alle haben sich im Rahmen der staatlichen Entwicklung und Formierung entsprechender Sozialstaatsregime herausgebildet. Die Politikgestaltung wurde durch sozialpolitische Institutionen kanalisiert, so dass bestimmte Orientierungen, Interessen und Politikmuster gefördert und andere unterdrückt wurden (Gerlach 2008b: 64). Um nun die Konsequenzen dieser Entwicklung auf die Ausgestaltung von Familienpolitik zu untersuchen, lassen sich in der Forschungsliteratur verschiedene Sozialstaatstypologien unterscheiden (vgl. Blum 2012: 61). Eine der wichtigsten und am häufigsten zitierten Typologie ist die Wohlfahrtsstaatstypologie nach Gøsta Esping-Andersen. In seinem Werk ‚The Three Worlds of Welfare Capitalism‘ untersucht er demokratische Sozialstaaten Westeuropas und Nordamerikas anhand drei Indikatoren: Erstens, anhand der Macht- und Interessenkonstellationen zur Zeit ihrer Entstehung. Zweitens, nach ihrem Grad der De-Kommodifizierung. De-Kommodifizierung bedeutet in diesem Fall, inwieweit die Individuen vom Markt bzw. vom marktmäßig erzielten Einkommen unabhängig sind. Und drittens, nach ihrem Grad der De-Familialisierung. Damit ist das Ausmaß gemeint, indem primär Frauen über nicht-familiale Einnahmequellen abgesichert sind. Anhand dieser Indikatoren gelangt Esping-Andersen zu einer Dreiertypologie von Wohlfahrtsregimen: Der *liberale*, der *sozialdemokratische* und der *konservative* bzw. *staatskorporatistische Wohlfahrtsstaat* (ausführlich siehe Esping-Andersen 1990). Mittels dieser Typologie nach Esping-Andersen entwickelt Irene

Gerlach analog drei familienpolitische Regimetypen: Das *anglo-amerikanische Familienpolitikregime*, dass vor allem in liberalen Wohlfahrtsstaaten anzutreffen ist; das *nordische Familienpolitikregime*, dass dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat zugeordnet werden kann; sowie das *kontinentaleuropäische Familienregime*, dass sich primär in konservativen Wohlfahrtsstaaten zeigt (vgl. Gerlach 2008b: 66). Diese familienpolitischen Regimetypen entwickeln ihre Dynamik aus den jeweiligen länderspezifischen Traditionen, systemspezifischen Leitbildern als auch durch unterschiedliche Akteurs- und Interessenkonstellationen.

Deutschland entspricht dem kontinentaleuropäischen bzw. konservativen Regimetyp. Dieser betont die ‚traditionelle‘ Rolle der Familie und Familienmitglieder. Hier fungiert die Familie – im Sinne einer ‚Versorger-Familie‘, als Erbringerin von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen. Die Wohlfahrtsleistungen sind von den vorher erbrachten Beiträgen der Individuen abhängig, wobei die Leistungen an Familien insgesamt als moderat eingestuft werden. Zudem wird die Nichterwerbstätigkeit von Frauen unterstützt. Dieses traditionelle Rollenverständnis zwischen Mann und Frau bzw. zwischen Erwerbs- und Hausarbeit fußt primär auf die zentrale Rolle der Kirche. Die Aufrechterhaltung traditioneller Familienformen kann hier nämlich maßgeblich auf den Einfluss der Kirche – allen voran der katholischen Lehre, für den institutionellen Entwicklungspfad des konservativen Wohlfahrtsstaats zurückgeführt werden. Während der konservative Regimetyp durchaus einen hohen Grad an De-Kommodifizierung aufweist ist sein Grad an De-Familialisierung gering. Vertreter dieses Regimetyps sind neben Deutschland vor allem Österreich, Frankreich sowie die mediterranen Staaten Europas (vgl. Esping-Andersen 1990: 27, Gerlach 2008b: 66).

Die auf den ersten Blick brauchbare Zuordnung von Familienpolitikregimen scheint jedoch bei genauem Hinsehen problematisch, da sich starke Unterschiede insbesondere zwischen den Ländern feststellen lassen (ausführlich siehe Mau/Verwiebe 2009: 58). So weist der familienpolitische Regimetyp in Deutschland im Vergleich zur Familienpolitik Frankreichs als auch der mediterranen Staaten Europas einige Besonderheiten auf. Vor allem unterscheidet sich die deutsche Konzeption von Familienpolitik in dem hohen Stellenwert den sie der Institution Ehe einräumt. Während in vergleichbaren Wohlfahrtsstaaten geburtenfördernde Maßnahmen im Mittelpunkt stehen, nimmt die Ehe in der deutschen Familienpolitik „einen deutlich höheren Rang ein als die Geburt von Kindern“ (Kuller 2004: 14). Daher ist bis heute eine Eheschließung mit wesentlich lukrativeren sozialstaatlichen und steuerlichen Regelungen verbunden als die Geburt

von Kindern. Zudem ist Deutschland durch eine implizite und fragmentarische Familienpolitik gekennzeichnet. Bezogen auf den vorliegenden Untersuchungsgegenstand besonders interessant scheint jedoch die Tatsache, dass sich die deutsche Familienpolitik insbesondere durch ihre normative Konzeption von Familie auszeichnet. In diesem Zusammenhang ist die spezifische Leitbildentwicklung von Familienpolitik maßgeblich auf das Verhältnis von Staat und Kirche zurückzuführen. Dies gilt insbesondere für die Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland und die Einrichtung des Bundesministeriums für Familienfragen. So orientierte sich die Politik primär am traditionell ‚bürgerlichen‘ Familienbild, stand jedoch vor allem unter dem Einfluss der C-Parteien, der katholischen Kirche und den kirchlichen Familienverbänden (Gerlach 2009: 90). Zwar scheinen eindeutige und alternativlose Familienbilder an Bedeutung verloren haben, in dem eine Modernisierung von Teilen der Familienleitbilder stattgefunden hat. Allerdings sollte der Einfluss des traditionellen Leitbilds bei der Gestaltung von Familienpolitik nicht unterschätzt werden (vgl. Büchner et al. 2010: 22). Aus diesem Grund liegt die Annahme nahe, dass der familienpolitische Regimetyp in Deutschland noch heute maßgeblich von einem traditionellen und konservativen Familienleitbild geprägt wird. Mit der Folge, dass sich das Leitbild stark an den heteronormativen Einrichtungen von Ehe – zwischen Mann und Frau, sowie Familie – im Sinne einer sogenannten *Normalfamilie*, orientiert. Diese Annahme wird auch durch die Ergebnisse der schriftlichen Befragung gestützt: So stimmt eine deutliche Mehrheit der Befragten (Mittelwert³³: 5) der Aussage zu, dass das familienpolitische Leitbild in Deutschland ein traditionelles und konservatives Familienbild verfolgt. Während nur ein Befragter dieser Aussage *eher nicht zustimmt* stimmen drei Befragte (14,28%) *eher zu*. Mehr als die Hälfte – nämlich zwölf Befragte (57,12%), geben hingegen ihre *Zustimmung* an und fünf Befragte (23,8%) stimmen der Aussage sogar *voll und ganz zu*. Auch die zugespitzte Aussage, dass das familienpolitische Leitbild das Ideal einer Partnerschaft zwischen Mann und Frau mit Kind/ern (*Normalfamilie*) vertritt, findet ebenfalls eine bemerkenswert hohe Zustimmungsrates (Mittelwert³⁴: 4,52). Hier geben nur drei Befragte (14,28%) an, der Aussage *eher nicht zuzustimmen*. Sieben Befragte (33,32%) wiederum *stimmen eher zu*, acht Befragte (38,08%) *stimmen zu* und drei Befragte (14,28%) *stimmen voll und ganz zu*. Auffällig ist das Meinungsbild vor allem im Hinblick auf die Vertreter von Lesben- und

³³ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

³⁴ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

Schwulenverbänden, die überdurchschnittlich hohe Zustimmungswerte aufweisen. Dieses Ergebnis kann als Indiz für Interessenunterschiede im Familienbild von Politik und Lesben- und Schwulenverbände gewertet werden, da die von den Verbänden repräsentierten Interessen konträr zum familienpolitischen Leitbild stehen.

Der traditionelle bzw. konservative Charakter des familienpolitischen Leitbilds in Deutschland kann nicht nur maßgeblich auf das Verhältnis von Staat und Kirche bei der Leitbildentwicklung, sondern auch bei der Erbringung familienpolitischer Leistungen zurückgeführt werden. So steht die Entwicklung von Wohlfahrtseinrichtungen – wie etwa in den Bereichen Familien- oder Jugendhilfe, sowohl unter dem Einfluss der katholischen als auch der evangelischen Kirche. Anders als in vergleichbaren Staaten teilen sich die beiden Kirchen die Erbringung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen in Deutschland. Somit konnten sowohl religiöse Konflikte als auch andere soziale Spaltungen über den Wohlfahrtsstaat überwunden werden. Heute haben Caritas und Diakonie eine privilegierte Stellung auf dem Gebiet der Sozialfürsorge inne und erhalten zum Teil Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln, so dass ein Großteil familienpolitischer Leistungen von den beiden konfessionellen Wohlfahrtsverbänden verantwortet wird (Manow 2004: 8). Aus diesem Ergänzungsverhältnis heraus gilt es als selbstverständlich, dass Vertreter der Wohlfahrtsverbände ihre Interessen und Forderungen an den Staat richten wie auch in familienpolitische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden. Sowie im Umkehrschluss als ‚natürliche‘ Ansprechpartner für die Familienpolitik fungieren, wenn es um die Planung und Umsetzung familienpolitischer Leistungen geht (vgl. Hegelich/Meyer 2008: 143).

Wie die Ausführung hier gezeigt haben ist das familienpolitische Leitbild in Deutschland vor allem durch einen traditionellen bzw. konservativen Charakter geprägt. Demzufolge orientiert es sich primär an der heteronormativen Einrichtung von Ehe und Familie. Das heteronormative Familienbild bzw. Familienverständnis birgt jedoch die Gefahr, dass Aspekte des Wandels von Familie bzw. Familienformen nicht wahrgenommen oder gar ausgeblendet werden. Mit der Konsequenz, dass bestimmte Familien- bzw. Lebensformen die nicht dem Leitbild entsprechen bei der Politikgestaltung außen vor bleiben – wie etwa gleichgeschlechtliche Personen und Paare. Aus diesem Grund wird das familienpolitische Leitbild im folgenden Unterkapitel näher betrachtet und etwaige Auswirkungen im Zusammenhang mit der Artikulation und Vermittlung von Interessen thematisiert.

4.3. Familienpolitische Leitbilder im Wandel

Bevor nun das spezifische Leitbild von Familienpolitik ausführlich analysiert wird ist es zunächst nötig die zentralen Begriffe *Leitbild* und *Familienleitbild* genauer zu definieren. Unter Leitbilder werden die sozial geteilten und handlungsleitenden normativen Vorstellungen verstanden, die sich auf eine erstrebenswerte und gleichermaßen erreichbare zukünftige Situation erstrecken. Leitbilder prägen in modernen Individualisierungsgesellschaften Wahrnehmung, Denken und Handeln der Individuen – im Sinne eines Orientierungsangebots, bei der Gestaltung der privaten Lebensführung und zeigen wie das Handeln ‚idealerweise‘ ausgestaltet sein soll. Abweichende Handlungsausrichtungen erscheinen hingegen in einem misslichen Licht, sind aber nicht mit Sanktionen verbunden. Zudem sind Leitbilder vielschichtig wie auch mehrdimensional und können durch konkurrierende bzw. widersprüchliche Orientierungen charakterisiert sein (vgl. Büchner et al. 2010: 20). Vor diesem Hintergrund werden Familienleitbilder als die mehr oder weniger bewusst allgemeinen Vorstellungen bezeichnet, wie die Entstehung und Entwicklung von Familie bzw. das Familienleben ‚idealerweise‘ aussehen soll. Familienleitbilder existieren im Zusammenhang mit sozialen Institutionen, „da sie einen ähnlichen werthaltigen und normativen Charakter tragen und sind in einer Zirkelstruktur mit den Zielen und der Ausgestaltung der Familienpolitik verbunden“ (Büchner et al. 2010: 21). Familienleitbilder werden einerseits über strukturelle Rahmenbedingungen (z.B. Gesetze) oder auch die Medien transportiert bzw. widergespiegelt und andererseits durch Deutungsgeber wie die politischen Parteien oder Religion und Kirche geprägt, die die Entstehung, Etablierung, den Wandel und die Verbreitung von Familienleitbildern beeinflussen. Insgesamt lassen sich vier zentrale Deutungsgeber identifizieren: Zum einen das Familienleitbild, wie es durch das Grundgesetz, das Bürgerliche Gesetzbuch und die Judikative – insbesondere durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, definiert wird (Gerlach 1996: 172). Andererseits wird Familienpolitik auch immer durch das Familienleitbild der politischen Akteure bzw. der Parteien geprägt, da sie bestehende Leitbilder verändern und neue generieren können. So ist mit jedem Regierungswechsel auch eine mehr oder weniger deutliche Veränderung der familienpolitischen Ziele und Ausgestaltung von Familienpolitik zu erwarten (Münch 1990: 193). Wobei die Übereinstimmungen zwischen den beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD in den letzten Jahren zugenommen haben und verbliebene Differenzen nicht mehr als Grundsatzkonflikte verstanden werden können (Dienel 2002: 225). So handelt es sich etwa bei der

Gleichstellung der Lebenspartnerschaft mit der heterosexuellen Ehe um eines der letzten familienpolitischen Themen, bei dem der ideologische Unterschied zwischen den beiden Parteien sichtbar wird. Daneben können aber auch gesellschaftliche Akteure – wie etwa Gewerkschaften, Kirchen oder Wohlfahrtsverbände, Familienleitbilder definieren und Empfehlungen aussprechen. Beispielsweise können Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften Maßnahmen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie initiieren und fördern oder Anregungen zu einer familienfreundlichen Gestaltung des Arbeitsplatzes entwickeln (Dienel 2007: 303). Darüber hinaus spiegeln sich zudem bestimmte Vorstellungen und Erwartungen an die Familie bzw. das Familienleben auch in den Medien wider und prägen somit das Familienleitbild. Hier geht es weniger um die Beeinflussung oder gar Wertung gelebter Familienwirklichkeiten. Vielmehr werden mehr oder weniger konkrete Vorstellungen über Familie und das Familienleben transportiert. So werden etwa Mütter in den Medien vielfach als perfekt organisierte und attraktive Power-Frauen inszeniert. Während homosexuelle Personen und Paare gerne als hippe Großstädter zwischen Szene-Bar und Sex-Club dargestellt werden.

Vor diesem Hintergrund kann jedoch davon ausgegangen werden, dass sich Unterschiede hinsichtlich der Bedeutung der jeweiligen Deutungsgeber bei der Leitbildgestaltung abzeichnen. Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung zeigen, dass vor allem die Judikative und Legislative von den Befragten als zentrale Deutungsgeber wahrgenommen werden. So stimmt eine deutliche Mehrheit der Befragten (Mittelwert³⁵: 4,52) der Aussage zu, dass das familienpolitische Leitbild maßgeblich durch das Grundgesetz, das Bürgerliche Gesetzbuch wie auch durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts geprägt wird. Nur drei Befragte (14,28%) stimmen dieser Aussage *eher nicht zu* und fünf Befragte (23,8%) *stimmen eher zu*. Die Mehrheit von zwölf Befragten (57,12%) gibt ihre *Zustimmung* an und ein Befragter *stimmt voll und ganz zu*. Auch die Aussage, dass das familienpolitische Leitbild maßgeblich durch die politischen Akteure bzw. Parteien geprägt wird weist hohe Zustimmungswerte auf (Mittelwert³⁶: 4,52). Hier stimmen zwei Befragte (9,52%) dieser Aussage *eher nicht zu*, sieben Befragte (33,32%) *stimmen eher zu*, die Mehrheit von elf Befragten (52,36%) *stimmt zu* und ebenfalls ein Befragter *stimmt voll und ganz zu*. Daneben wurde auch nach der Bedeutung von gesellschaftlichen Akteuren und den Medien bei der Leitbildgestaltung gefragt. In diesen beiden Fällen fällt jedoch die Zustimmung

³⁵ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

³⁶ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

wesentlich geringer aus. So stimmt eine knappe Mehrheit der Befragten (Mittelwert³⁷: 3,86) der Aussage eher zu, dass das familienpolitische Leitbild maßgeblich durch die gesellschaftlichen Akteure geprägt wird. Im Detail stimmt ein Befragter dieser Aussage *nicht zu*, vier Befragte (19,04%) *stimmen eher nicht zu*, eine deutliche Mehrheit von 13 Befragten (61,88%) *stimmt eher zu* und sogar drei Befragte (14,28%) geben ihre *Zustimmung* an. Ein ähnliches Bild (Mittelwert³⁸: 4,14) zeigt sich auch bei der Aussage, dass das familienpolitische Leitbild maßgeblich durch die Medien geprägt wird. Allerdings streuen hier die erhobenen Werte leicht um den Mittelwert. So stimmen sechs Befragte (28,56%) dieser Aussage *nicht zu*, acht Befragte (38,08%) *stimmen eher nicht zu*, fünf Befragte (23,8%) *stimmen eher zu* und zwei Befragte (9,52%) *stimmen zu*. Insgesamt zeigen die erhobenen Daten, dass allen vier Akteursgruppen eine mehr oder weniger große Bedeutung bei der Gestaltung des Familienleitbilds zugesprochen wird. Jedoch werden vor allem die Judikative und Legislative als zentrale Deutungsgeber von den Befragten identifiziert.

Die Vorstellung einer *Normalfamilie* gebildet aus einer Ehe zwischen Mann und Frau mit leiblichen Kind/ern findet ihren Ursprung in der sogenannten ‚bürgerlichen‘ Familie der 1950er Jahre. Während der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland wie auch der Einrichtung des Bundesministeriums für Familienfragen erwies sich diese Familienform als *Ideal* bei der Gestaltung von Familienpolitik. Leitziel familienpolitischer Maßnahmen war vor allem der weltanschaulich verankerte Institutionenschutz von Familie. Dadurch sollte vor allem sichergestellt werden, dass die durch Arbeitsteilung und Rollenwahrnehmung traditionell bestimmte Familie ihre familialen Leistungen erbringen kann (Gerlach 2008c: 54). Mit dem Abschied vom Institutionenschutz verliert normenorientiertes Handeln im Verlauf der 1970er Jahre stark an Bedeutung in der Familienpolitik. Seitdem kann davon ausgegangen werden, dass „der Familienbegriff unter zunehmender Akzeptanz empirischer bzw. gelebter Familienwirklichkeit offener gestaltet worden ist und dass sich das Leitbild von Familienpolitik im Verlauf des Bestehens der Bundesrepublik Deutschland immer stärker der sozialen Realität angepasst hat“ (Gerlach 2004: 202). Dieser Bedeutungsverlust vormals gültiger Leitbilder von Familie bzw. Familienleben ist als Folge ungleichzeitiger Entwicklungen anzusehen, indem ein Wandel von Teilen der Familienleitbilder bei Beibehaltung der

³⁷ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

³⁸ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

traditionellen Grundorientierung stattgefunden hat (Büchner et al. 2010: 22). So lassen sich in der Ausgestaltung einzelner familienpolitischer Reformen und Ziele weiterhin typische normative Leitbilder von Familie und Familienleben erkennen. Diese sind von einer ausgezeichneten Ambivalenz zwischen verschiedenen Leitvorstellungen gekennzeichnet, wie die politische und juristische Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften zeigt: Rein rechtlich gesehen bildet das 2001 beschlossene Lebenspartnerschaftsgesetz „einen wesentlichen Schritt der Rechtsanpassung an gelebte Formen von Familie“ (Gerlach 2008c: 55) und einen bemerkenswerten Wandel in der rechtlichen Stellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Zwar unterscheidet sich die eingetragene Lebenspartnerschaft nicht nur terminologisch, sondern auch inhaltlich von der Ehe. Allerdings hat sich mit der Einführung der Lebenspartnerschaft der Familienbegriff wie er in Art. 6 GG definiert ist grundlegend geändert, indem die Lebenspartnerschaft in die Gruppe der Familie gerückt worden ist (Hilbig-Lugani 2014: 10). Die Schaffung der Lebenspartnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare kann in diesem Zusammenhang weniger auf politische als auf gesellschaftliche Veränderungsprozesse zurückgeführt werden:

„[Weil] sich die Definition von Familie stark verändert hat. Heute geht es vielmehr um die Verantwortung füreinander und gegenüber den Kindern. Das ist also dementsprechend geöffnet worden, was vor allem auf die verschiedenen gesellschaftlichen Diskussionen und eben nicht auf einen politischen Wandel zurückzuführen ist“ (Exp2: 62-66).

Jedoch besteht ein deutliches Abstandsgebot zwischen Lebenspartnerschaft und Ehe. Kritisiert wird in diesem Zusammenhang vor allem die Privilegierung der Ehe in der Sozialgesetzgebung als auch im Adoptionsrecht. Trotz weiter rechtlicher Liberalisierungsschritte konnte eine Gleichstellung von Lebenspartnerschaft und Ehe politisch nicht vorangebracht bzw. durchgesetzt werden. Dies kann primär mit den parteipolitischen Diskursen in der Familienpolitik begründet werden. So zeigen insbesondere die konservativen Parteien CDU und CSU ein weniger flexibles Leitbild von Familie bzw. Familienleben und Ehe bei der Gestaltung von Familienpolitik, so dass Familienformen die diesem nicht entsprechen benachteiligt scheinen. Ein Experte bringt es auf den Punkt:

„Das ist ja immer von der politischen Farbkonstellation abhängig. Aktuell ist das ja ein bisschen neutralisiert, es gibt ja nur eine schwarze und rote Partei in der Regierung und die Differenzen sind durch die RessortinhaberInnen ausgeglichen. [...] Momentan sind wir ja ein bisschen weg von der Frage, welchen Zweck dient denn eine Ehe – ob Familie als Versorgungsgemeinschaft oder der romantische Bezug zur Liebesheirat. Das ist ja das was im Grunde genommen

die Schwul-Lesbische-Bewegung für die Ehe ausmacht: emotionale Fragen in den Mittelpunkt zu stellen und weniger die gesellschaftlich-fiskalischen. Dabei zeigt sich in der Diskussion immer, dass man das konservative Familienbild als seit Jahrtausenden gegeben betrachtet, obwohl es immer Veränderungen unterlegen war“ (Exp3: 88-103).

Vor diesem Hintergrund kann davon ausgegangen werden, dass sich zwar der Familienbegriff zunehmend gewandelt bzw. geöffnet hat. Insofern die Lebenspartnerschaft in die Gruppe der Familie gerückt worden ist. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften jedoch weiterhin nicht dem Leitbild von Familie bzw. Ehe bei der Gestaltung von Familienpolitik entsprechen. Diese Annahme wird auch durch die Ergebnisse der schriftlichen Befragung gestützt. Die empirische Untersuchung unterschied dazu zwischen alternativen Familienformen im Allgemeinen – zu denen u.a. auch Patchwork-Familien und Alleinerziehende zählen, und gleichgeschlechtlichen Partnerschaften im Speziellen. Dieses Vorgehen wurde gewählt, um die Leitbildfähigkeit von Lesben und Schwulen genauer herauszuarbeiten. Beide Familien- bzw. Lebensformen entsprechen (streng genommen) nicht dem traditionellen Familienleitbild, jedoch zeigt sich ein gewisses Abstandsgebot zwischen alternativen Familienformen und gleichgeschlechtlichen Partnerschaften: So stimmt nur eine knappe Mehrheit der Befragten (Mittelwert³⁹: 3,62) der Aussage eher zu, dass das familienpolitische Leitbild alternative Familienformen nicht als Familien ansieht. Zwei Befragte (9,52%) stimmen dieser Aussage *nicht zu*, sechs Befragte (28,56%) *stimmen eher nicht zu*, eine Mehrheit von elf Befragten (52,36%) *stimmt eher zu* und ebenfalls zwei Befragte (9,52%) geben ihre *Zustimmung* an. Ein wesentlich deutlicheres Bild ergibt sich hingegen, wenn man nach der Leitbildfähigkeit gleichgeschlechtlicher Partnerschaften im Speziellen fragt: Hier stimmt eine klare Mehrheit der Befragten (Mittelwert⁴⁰: 4,52) der Aussage zu, dass gleichgeschlechtliche Partnerschaften nicht dem Leitbild von Familienpolitik entsprechen. Während nur ein Befragter dieser Aussage *eher nicht zustimmt*, stimmen zehn Befragte (47,6%) *eher zu*, acht Befragte (38,08%) *stimmen zu* und sogar zwei Befragte (9,52%) *stimmen voll und ganz zu*. Noch größer ist die Zustimmung der Befragten (Mittelwert⁴¹: 4,62), wenn Kinder in das Familienbild mitaufgenommen werden: Das gleichgeschlechtliche Partnerschaften mit Kind/ern nicht dem Leitbild von Familienpolitik entsprechen stimmt nur ein Befragter *eher nicht zu*, acht Befragte (38,08%) hingegen *stimmen eher zu*, die Mehrheit von zehn Befragten (47,6%) *stimmt zu* und zwei Befragte

³⁹ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

⁴⁰ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

⁴¹ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

(9,52%) *stimmen voll und ganz zu*. Für die Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden bedeuten dies Ergebnisse, dass das traditionelle Familienleitbild weiterhin eine zentrale Rolle bei der Gestaltung von Familienpolitik spielt. So kann davon ausgegangen werden, dass die Beibehaltung der traditionellen Grundorientierung im familienpolitischen Leitbild maßgeblich auf das Gewicht konservativer Parteien in der Politik zurückzuführen ist. Das ist auch der Grund warum Aspekte des Wandels von Familie bzw. Familienformen nicht wahrgenommen oder gar ausgeblendet werden. Folglich bleiben bestimmte Familien- bzw. Lebensformen die nicht dem Leitbild entsprechen bei der Politikgestaltung außen vor. Diese Schlussfolgerung wird auch durch die Ergebnisse der schriftlichen Befragung gestützt: So stimmt eine klare Mehrheit der Befragten (Mittelwert⁴²: 2,43) nicht der Aussage zu, dass das familienpolitische Leitbild die Anerkennung vielfältiger, gelebter Familienformen fördert. Hierbei stimmt ein Befragter dieser Aussage *überhaupt nicht zu*, eine deutliche Mehrheit von zwölf Befragten (57,12%) *stimmt nicht zu*, sechs Befragte (28,56%) *stimmen eher nicht zu* und nur zwei Befragte (9,52%) stimmen der Aussage *eher zu*. Vor allem die befragten Vertreter der Lesben- und Schwulenverbände weisen hier besonders niedrige Zustimmungswerte auf. Ein Indiz dafür, dass gleichgeschlechtliche Partnerschaften besonders stark vom konservativen Charakter des familienpolitischen Leitbilds betroffen sind. Folglich lässt sich dem familienpolitischen Leitbild in Deutschland ein Defizit hinsichtlich der Förderung und Anerkennung gleichgeschlechtlicher Familienformen konstatiert, so dass die Interessen ganzer Lebensbereiche gegenüber solchen aus anderen Lebensbereichen benachteiligt sind.

Die Ausgrenzung ganzer Lebensbereiche kann in diesem Fall auf die erschwerten Zugangs- und Einflusschancen von Interessen im Zusammenhang mit dem traditionellen Leitbild von Familienpolitik zurückgeführt werden. So lässt sich auf Grundlage der vorliegenden Befunde annehmen, dass das familienpolitische Leitbild sowohl den Zugang als auch den Einfluss von Lesben- und Schwulenverbänden auf die betriebene Familienpolitik erschwert. Und tatsächlich bestätigt sich im Hinblick auf die vorliegenden Daten diese Annahme: So stimmt die Mehrheit der Befragten (Mittelwert⁴³: 4,19) der Aussage *eher zu*, dass das familienpolitische Leitbild den Zugang von Lesben- und Schwulenverbänden zur Familienpolitik erschwert. Vier Befragte (19,04%) stimmen dieser Aussage *eher nicht zu*, eine klare Mehrheit von neun Befragten

⁴² Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

⁴³ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

(42,84%) *stimmt eher zu* und acht Befragte (38,08%) *stimmen zu*. Noch deutlicher ist die Zustimmung der Befragten hinsichtlich der Auswirkungen auf die Einflusschancen von Lesben- und Schwulenverbänden. Hier stimmt die Mehrheit der Befragten (Mittelwert⁴⁴: 4,52) der Aussage zu, dass das familienpolitische Leitbild die Einflussnahme von Lesben- und Schwulenverbänden auf die betriebene Familienpolitik erschwert. So stimmt nur ein Befragter der Aussage *eher nicht zu*, acht Befragte (38,08%) *stimmen eher zu* und eine deutliche Mehrheit von zwölf Befragten (57,12%) *stimmt zu*. Auch hier sind die Befragungsergebnisse der befragten Verbandsvertreter überdurchschnittlich hoch - sowohl hinsichtlich der Zugangs- als auch der Einflusschancen. D.h. den Verbandsvertretern ist dieses Problem bewusst. Dass das familienpolitische Leitbild ein Problem für die Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden darstellt, bejahen darüber hinaus auch alle Experten. So erschwert das traditionelle Familienleitbild nach Ansicht der Experten sowohl die Artikulation als auch die Vermittlung von Interessen. In diesem Zusammenhang konstatiert ein Experte:

„Ein konservatives Familienbild hindert uns da schon als Verband unsere Ziele entsprechend zu verwirklichen, weil wir und unsere Mitglieder ein moderneres Familienbild und modernere Familienkonstellationen im Blick haben“ (Exp2: 51-54).

Insbesondere die Forderungen der Lesben- und Schwulenverbände nach einer Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe sowie ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare können als jene Interessen identifiziert werden, die konträr zum familienpolitischen Leitbild stehen (Exp3: 106-137). Aus diesem Grund fällt es den Verbänden auch äußerst schwer entsprechende Forderungen zu artikulieren und zu vermitteln. Zudem hat der traditionelle bzw. konservative Charakter des familienpolitischen Leitbilds auch Auswirkungen auf die Interessenarbeit der Verbände, so dass sie verbandliche Interessen immer auch im Hinblick auf das traditionelle Familienleitbild artikulieren und vermitteln müssen:

„Und dass wir uns dabei abarbeiten am traditionellen Modell von Partnerschaft und Familie ist ein Zugeständnis daran, dass wir das traditionelle oder konservative Familienbild nicht überfordern dürfen. [...] D.h. man muss da immer auch in der konservativen Familien-Matrix arbeiten und argumentieren, um Veränderungen vorantreiben zu können“ (Exp1: 104-111).

Dieses Vorgehen bedingt sich jedoch weniger aufgrund der gesellschaftlichen Haltung, sondern vielmehr aufgrund der Haltung der politischen Akteure. So liegen Defizite in der Artikulation und Vermittlung von Interessen im Zusammenhang mit dem

⁴⁴ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

konservativen Leitbild vor allem im Umgang der politischen Eliten bzw. Entscheidungsträger mit den Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden begründet. Dies ist besonders dann der Fall, wenn das subjektive Familienleitbild (konservativer) politischer Akteure entgegengesetzt zu den verbandlichen Interessen ist.

Ein Experte berichtet aus der Praxis:

„Was ich da immer wieder konkret erlebe ist, dass die Lebensmodelle von Schwulen und Lesben nicht immer ernst genommen werden. Das liegt dann in dem subjektiven Familienbild des Gegenübers. Da passt die eigene Matrix nicht und da wird dann oft Ablehnung deutlich“ (Exp1: 115-118).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass das familienpolitische Leitbild insbesondere gleichgeschlechtliche Partnerschaften als Gegenstand von Familienpolitik ausgrenzt. Ein wesentlicher Grund hierfür ist bei den konservativen Parteien und Entscheidungsträger zu suchen, die als zentrale Deutungsgeber des Familienleitbilds identifiziert werden konnten. So weisen insbesondere CDU und CSU eine traditionelle bzw. konservative Leitvorstellung von Familie und Ehe auf. Dies hat auch Folgen für die Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden, weil das familienpolitische Leitbild sowohl die Zugangs- als auch Einflussmöglichkeiten auf die betriebene Familienpolitik erschwert. Somit lassen sich Defizite in der Artikulation und Vermittlung verbandlicher Interessen im Zusammenhang mit dem traditionellen Leitbild von Familienpolitik aufweisen. Insofern die Interessen von Lesben und Schwulen im Hinblick auf die Anerkennung und Förderung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften gegenüber solchen aus anderen Lebensbereichen benachteiligt werden oder außen vor bleiben.

4.4. Motive für staatliches Handeln und Maßnahmen

Die wissenschaftliche wie auch politische Auseinandersetzung mit einem bestimmten Politikfeld führt unweigerlich auch zu der Frage, welche Motive das staatliche Handeln prägen. Im konkreten Fall der Familienpolitik geht es hier insbesondere um die Frage, aus welchen Gründen der Staat in die Gestaltung der Lebensbedingungen und Alltagswelt der Bevölkerung eingreift (vgl. Gerlach 2004: 113). Grundlage jeder Familienpolitik ist die sogenannte Sozialstaatsklausel in Art. 20 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 28 Abs. 1 GG als normatives Element. Dieser Artikel erläutert einen Zustand, den es durch die staatlichen Maßnahmen zu erreichen gilt. Familienpolitik ist somit ein Teilbereich dieses staatlichen Handelns (vgl. Sauer 2010: 180).

Hierzu kann der Staat auf unterschiedliche Art und Weise Einfluss auf die Familie bzw. das Familienleben nehmen. Dies bezieht sich sowohl auf die Motivation des jeweiligen Staates, Familie in der Erfüllung ihrer zentralen und für die Gesellschaft wichtigen Funktionen zu unterstützen oder diese überhaupt erst zu ermöglichen, sowie auf die Zielsetzung familienpolitischen Handelns (Gerlach 2008a: 41). In der Literatur zum Thema werden vier familienpolitische Motivgruppen unterschieden, die auf der konzeptionellen Vorarbeit von Franz-Xaver Kaufmann basieren (ausführlich siehe Kaufmann 1982) und denen entsprechende Handlungsfelder gegenüberstehen: So betreiben Staaten Familienpolitik mit einem *bevölkerungspolitischen*, einem *sozialpolitischen*, einem *geschlechterpolitischen* bzw. *emanzipatorischen* wie auch einem *familieninstitutionellen Motiv*. Alle vier Motive für staatliches Handeln haben „eine Veränderung der lebensweltlichen Strukturformen und Leistungsbeziehungen der Familie zum Ziel“ (Kaufmann 1982: 17). Allerdings kann angenommen werden, dass diese Motive in den jeweiligen Staaten eine unterschiedliche Gewichtung erfahren. Jedoch sollten in einer konzeptionell ausgewogenen Familienpolitik alle Motive ihren Stellenwert haben (Gerlach 2008a: 41).

Unter dem bevölkerungspolitischen Motiv von Familienpolitik wird das Einwirken des Staates auf den demographischen Aufbau einer Gesellschaft verstanden. Dazu kann je nach gesellschaftlicher Situation die Reduzierung der Bevölkerung oder die Erzielung der sogenannten Nettoreproduktionsrate Ziel familienpolitischer Maßnahmen sein (Gerlach 2004: 114). In diesem Zusammenhang ist nicht nur die Geburtenziffer von Bedeutung, sondern primär die Struktur des Bevölkerungsaufbaus - d.h. das Verhältnis von junger, erwerbstätiger und nicht mehr erwerbstätiger Generation. Dieses Verhältnis ist wesentlich für die Leistungsfähigkeit sozialer Sicherungssysteme als auch der Waren-, Güter- und Finanzmärkte (Gerlach/Keil 2010a: 55). Seit dem starken Geburtenrückgang in Deutschland haben vor allem bevölkerungspolitische Zielsetzungen in der Politik zunehmend an Bedeutung gewonnen.

Das sozialpolitische Motiv von Familienpolitik meint jene Maßnahmen des Staates, die soziale Disparitäten ausgleichen sollen und „die ihre Ursache im Familienstand bzw. in der Zahl der Kinder haben, die zu einer Familie gehören, oder in der Schichtzugehörigkeit der Familie begründet sind“ (Gerlach 2004: 116). Dazu verfolgt Familienpolitik unterschiedliche Zielsetzungen und Instrumente, um auf Familie bzw. das Familienleben einzuwirken. So kann der Staat beispielsweise horizontale Gerechtigkeit mittels indirekter Transfers ausgleichen, die sich etwa auf die Besteuerung

bestimmter Bevölkerungsgruppen beziehen (z.B. Kinderfreibetrag oder Alleinerziehendenentlastungsbetrag). Oder direkte Transfers (z.B. Kindergeld) wie auch Infrastrukturmaßnahmen oder Dienstleistungen für Familien bereitstellen, um sozialwirtschaftliche Differenzen auszugleichen (Gerlach 2004: 117).

Das geschlechterpolitische bzw. emanzipatorische Motiv von Familienpolitik stellt neben dem bevölkerungspolitischen „die größte Herausforderung für die gegenwärtige und zukünftige Familienpolitik dar“ (Gerlach/Keil 2010a: 58). Hiermit sind jene staatlichen Maßnahmen und Zielsetzungen gemeint, die sich auf Familie bzw. das Familienleben im Hinblick auf existierende Herrschafts- und Machtstrukturen beziehen. Im Wesentlichen geht es um das Machtgefälle zwischen Mann und Frau als auch zwischen Eltern und Kind/ern. Aus heutiger Sicht sind vor allem Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie wie auch zur Neugestaltung sozialer Rollen von Bedeutung (Gerlach/Keil 2010a: 58).

Das familieninstitutionelle Motiv von Familienpolitik richtet sich schließlich auf die „Binnenstrukturierung von Familie und die Kennzeichnung ihrer Spezifik gegenüber anderen Formen der Lebensorganisation“ (Gerlach 2004: 117). Dazu kann der Staat vor allem mit dem Mittel des Rechts auf Familie bzw. das Familienleben einwirken, indem er bestimmte Familienformen vorgibt und durchsetzt. Bis weit in die 1970er Jahre hatten staatliche Maßnahmen in diesem Fall primär die bürgerliche *Normalfamilie* zum Ziel. Inzwischen hat sich jedoch der Familienbegriff zunehmend geöffnet, so dass staatliche Maßnahmen und Zielsetzungen eine Vielfalt neuer und wiederentdeckter Lebensformen, in denen Kinder geboren und erzogen werden beachten und unterstützen kann (Gerlach 2004: 117). Dazu gehören seit spätestens 2001 mit der Einführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes auch mehr oder weniger gleichgeschlechtliche Partnerschaften.

Welchen Stellenwert die einzelnen Motive haben hängt stark mit den politischen Entscheidungen zusammen, da familienpolitische Grundentscheidungen maßgeblich über die Entwicklungsspielräume von Familie und Familienleben bestimmen (vgl. Wingen 1994: 48). In diesem Zusammenhang kann angenommen werden, dass die verschiedenen Motivgruppen auch eine unterschiedlich starke Gewichtung in der Gestaltung von Familienpolitik erfahren. So deuten die Ergebnisse der schriftlichen Befragung darauf hin, dass zwar prinzipiell alle Motivgruppen für Bedeutungsvoll gehalten werden, sie jedoch unterschiedlich stark für staatliches Handeln gewichtet

werden: Am wichtigsten werden hier familieninstitutionelle Motive (Mittelwert⁴⁵: 4,48) angesehen. Während jeweils zwei Befragte diese Motivgruppe als *unwichtig*, *eher unwichtig* oder *eher wichtig* (je 9,52%) einschätzen, erachtet die Mehrheit von 14 Befragten (66,64%) es als *wichtig* und ein Befragter sogar als *sehr wichtig*. Die Bedeutung sozialpolitischer Motive für staatliches Handeln werden von den Befragten ebenfalls als *eher wichtig* (Mittelwert⁴⁶: 4,38) bewertet. Wobei die erhobenen Werte stark um den Mittelwert streuen. So schätzen zwei Befragte (9,52%) diese Motivgruppe als *unwichtig*, drei Befragte (14,28%) als *eher unwichtig*, sechs Befragte (28,56%) als *eher wichtig* und jeweils fünf Befragte (je 23,8%) als *wichtig* oder *sehr wichtig* ein. Auch die Bedeutung geschlechterpolitischer bzw. emanzipatorischer Motive hält die Mehrheit der Befragten (Mittelwert⁴⁷: 4,33) für *eher wichtig*. In diesem Fall ist anzumerken, dass die erhobenen Werte hier nur leicht um den Mittelwert streuen. So beurteilt ein Befragter diese Motivgruppe als *unwichtig*, fünf Befragte (23,8%) als *eher unwichtig*, vier Befragte (19,04%) als *eher wichtig*, acht Befragte (38,08%) als *wichtig* und sogar drei Befragte (14,28%) als *sehr wichtig*. Die geringste Bedeutung hingegen haben nach Ansicht der Befragten (Mittelwert⁴⁸: 4,14) bevölkerungspolitische Motive für staatliches Handeln. Diese Motivgruppe wird von sechs Befragten (28,56%) als *eher unwichtig*, von acht Befragten (38,08%) als *eher wichtig*, von fünf Befragten (23,8%) als *wichtig* und von zwei Befragten (9,52%) als *sehr wichtig* eingeschätzt. Folglich kann festgehalten werden, dass alle vier Motivgruppen ihren Stellenwert in der deutschen Familienpolitik haben. Wobei insbesondere familieninstitutionelle Motive für staatliches Handeln eine herausragende Rolle bei der Gestaltung von Familienpolitik spielen. Außerdem ist auffällig, dass bevölkerungspolitische Motive vor dem Hintergrund der demographischen Situation in Deutschland nach Ansicht der Befragten die geringste Bedeutung bei der Gestaltung von Familienpolitik haben.

Alle vier Motivgruppen für staatliches Handeln wirken als Eingriff in die Gestaltung der Lebensbedingungen und Alltagswelt der Bevölkerung. Gleichzeitig stellt sich die Einflussnahme hochkomplex dar und ist mit einer Vielzahl von Interventionsformen wie auch Steuerungsinstrumenten verbunden, um gemäß der familienpolitischen Motivlage Zielsetzungen zu formulieren und diese zu verwirklichen (Gerlach 2004: 120).

⁴⁵ Legende: 1 = sehr unwichtig ... 6 = sehr wichtig

⁴⁶ Legende: 1 = sehr unwichtig ... 6 = sehr wichtig

⁴⁷ Legende: 1 = sehr unwichtig ... 6 = sehr wichtig

⁴⁸ Legende: 1 = sehr unwichtig ... 6 = sehr wichtig

Allerdings gestaltet sich die Klassifizierung dieser operativen Mittel als schwierig, „da die Grenzen zwischen ihnen fließend sind und zudem meist ein Instrumenten-Mix zum Einsatz kommt“ (Blum 2012: 58). Grundlegend können drei Interventionsformen von Familienpolitik unterschieden werden: Ökonomische Unterstützung, rechtliche Steuerung und sozialökologische Intervention (vgl. Gerlach 2006: 2). Weiterhin lassen sich in der Ausgestaltung einzelner familienpolitischer Maßnahmen auch immer wieder gesellschaftliche Wertorientierungen und typische normative Leitbilder von Familie bzw. Familienleben erkennen (Dienel 2002: 40). Vor allem im Hinblick auf staatliche Maßnahmen, die dem familieninstitutionellen Motiv zugeordnet werden können wird der Einfluss konservativer *Policies* als auch des traditionellen Leitbilds bei der Gestaltung von Familienpolitik deutlich (Blum 2012: 57). Vor diesem Hintergrund kann Familienpolitik als Wertsetzungspolitik verstanden werden, in deren Wirkungen die Gewichtung einzelner normativer Leitbilder wie auch das Verhältnis des Individuums, der Familie und der Gesellschaft zueinander deutlich werden (vgl. Wingen 1994: 41). Aus diesem Grund wird nachfolgend die Ausgestaltung zentraler familienpolitischer Maßnahmen im Bereich von Lesben- und Schwulenpolitiken näher betrachtet. Mit dem Ziel in den motivspezifischen Maßnahmen übergreifende Leitbilder von Familie bzw. Familienleben zu erkennen. Im vorliegenden Fall betrifft dies vor allem familieninstitutionelle als auch sozialpolitische Motivgruppen staatlichen Handelns.

Die zentralen familienpolitischen Maßnahmen im Bereich von Lesben- und Schwulenpolitiken beziehen sich primär auf rechtliche Interventionsformen hinsichtlich der sozialen und rechtlichen Anerkennung homosexueller Personen und Paare. Insbesondere das Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft (LPartG) von 2001 als auch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) sind in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung (u.a. Exp1: 35-41). Hinsichtlich der Ausgestaltung wie auch späteren Entwicklung des Lebenspartnerschaftsgesetzes lässt sich ein deutliches Abstandsgebot zwischen Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft identifizieren. Die bedeutendste Lücke besteht hier im Adoptionsrecht, insofern lesbischen und schwulen Lebenspartnern die gemeinsame Adoption von Kindern weiterhin verwehrt bleibt. Diese Schlechterstellung der Lebenspartnerschaft ist laut Experten primär auf das konservative bzw. traditionelle Familienbild von CDU/CSU zurückzuführen. So lehnen die Unionsparteien weitere Reformschritte hin zu einer Gleichstellung von Ehe und Lebenspartnerschaft deutlich ablehnen (Exp1: 382-384; Exp3: 125-137). Besonders in den Wahl- und Parteiprogrammen finden sich explizite Hinweise auf das Familienbild der

Parteien: „Die Ehe ist unser Leitbild der Gemeinschaft von Mann und Frau. Sie ist die beste und verlässlichste Grundlage für das Gelingen von Familie“ (CDU-Grundsatzprogramm 2007: 25) oder „Eine Gleichstellung mit der Ehe zwischen Mann und Frau als Kern der Familie lehnen wir jedoch ebenso ab wie ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare“ (CDU-Grundsatzprogramm 2007: 27). Jedoch kann die Schlechterstellung von Lebenspartnerschaften im Adoptionsrecht nicht nur im Hinblick auf familieninstitutionelle Motive – im Sinne der Bewahrung der Institution Ehe, sondern auch hinsichtlich sozialpolitischer Motive begründet werden. So hätte die Ausweitung des Adoptionsrechts auf eingetragene Lebenspartnerschaften erhebliche Konsequenzen auf die Verteilung direkter und indirekter Transferleistungen von Familienpolitik, weshalb ein (politisch) gewolltes Abstandsgebot nach wie vor angestrebt wird (Exp3: 106-125). So werden staatliche Maßnahmen mit dem Verweis auf die besondere Bedeutung der Ehe hier ebenfalls von CDU und CSU abgelehnt.

Neben den angesprochenen familienpolitischen Maßnahmen konstatieren alle Experten, dass die Gestaltung von Familienpolitik in Bezug auf Lesben- und Schwulenpolitiken im Allgemeinen mehr oder weniger stagniert. Und dass die Gleichstellung von Lebenspartnerschaften und Ehe im Speziellen seit den letzten 15 Jahren nicht entschieden vorangebracht werden konnte (u.a. Exp1: 25-27). Ein Experte fasst seine Wahrnehmung zusammen:

„[...] trotzdem habe ich eher das Gefühl, dass die Politik in den letzten Jahren auf diesem Feld stagniert und das meiste von den Gerichten entschieden wird und dann der Politik aufgedrängt wird. Vor allem CDU und CSU haben damit ihr Problem, wenn ich an das berühmte Bauchgefühl von Frau Merkel denke. Aber abgesehen von der Union gibt es im Bundestag keine Partei, die damit ihr Problem hätte“ (Exp2: 127-132).

Ein wesentlicher Grund dafür ist bei den politischen Akteuren selbst zu suchen: So koalitierten in den Bundesregierungen der letzten Jahre jeweils Parteien miteinander, die unterschiedliche Ziele in der Gleichstellungs- und Familienpolitik für homosexuelle Paare verfolgten. Dies trifft auch auf die Einführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes unter der rot-grünen Regierungskoalition zu. Entsprechend taten sich beide Parteien nach der Wahl mit der Einigung auf einen gemeinsamen Gesetzesentwurf schwer, da die SPD im Gegensatz zu Bündnis 90/Die Grünen keine vollständige Gleichstellung mit der Ehe anstrebte. Vielmehr hatten die Sozialdemokraten lediglich eine Gleichstellung in spezifischen Rechtsbereichen zum Ziel. Durch verschiedene Entpolitisierungsstrategien wich Bündnis 90/Die Grünen von weitergehenden Reformplänen ab und kam

dem stärkeren, sozialdemokratischen Koalitionspartner entgegen. Noch ausgeprägter in ihren Positionen zur Gleichstellung homosexueller Paare sind die Regierungskoalitionen seit 2005. Während sich CDU/CSU einer Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften weitestgehend widersetzen, gingen sie jeweils eine Koalition mit einer Partei mit entgegengesetzter Position ein. Aufgrund dieser Extrempositionen waren die Koalitionäre nicht zu Kompromissen bereit (vgl. Preidel 2015: 159). Somit kann davon ausgegangen werden, dass es sich besonderes bei der Gleichstellung der Lebenspartnerschaft mit der heterosexuellen Ehe, um eines der letzten Themen handelt bei dem sich die Union – mehr oder weniger parteistrategisch beabsichtigt, noch immer stark ideologisch von den anderen Parteien im Bundestag unterscheidet.

Familienpolitische Maßnahmen auf Bundesebene finden daher nur hinsichtlich einzelner Fördermaßnahmen oder Modellprojekte statt (Exp1: 27-32). So fördert das Bundesfamilienministerium Projekte und Veranstaltungen, wie beispielsweise in den Bereichen Jugendarbeit und Familienberatung oder unterstützt Seminare und Kongresse zum Thema Homo- wie auch Transphobieprävention. Daneben existieren auch analoge familienpolitische Fördermaßnahmen und Projekt auf Landesebene (Exp3: 43-48). Insgesamt werden die familienpolitischen Maßnahmen von allen befragten Experten als zu gering bewertet „im Vergleich zu dem was möglich wäre“ (Exp1: 39). Besonders in Bezug auf die Gleichstellung von eingetragener Lebenspartnerschaft mit der Ehe sehen die Interviewpartner erheblichen Handlungsbedarf seitens der Familienpolitik:

„Das sieht man auch hinsichtlich der Öffnung der Ehe, wo juristische Dinge heute schon nahezu gleich sind nicht aber gleich benannt werden. Der Diskriminierungstatbestand besteht darin, dass juristische Dinge dann aber unterschiedlich benannt sind, um da nochmal eine Marke des Unterschieds zu setzen“ (Exp3: 137-140).

Allerdings hätten die bislang getroffenen familienpolitischen Maßnahmen vermehrt zu gesellschaftlichen und politischen Diskussionen geführt. So hat die Auseinandersetzung maßgeblich zur gesellschaftlichen Akzeptanz von gleichgeschlechtlichen Personen und Paaren beigetragen, wie das folgende Zitat eines Experten zeigt:

„Ich [glaube] schon, dass dieses zähe Ringen um die Gleichstellung dazu führt, dass die Gesellschaft am Ende weiter ist als die Politik, weil sich die Gesellschaft damit viel intensiver auseinandersetzt. Hätten wir damals unter rot-grün sofortige Gleichstellung erreicht, wäre es wahrscheinlich schwerer gewesen in der Gesellschaft diese Gleichheit als ein gelebtes Element zu implementieren, wie jetzt wo wir immer wieder neu um jede Debatten und jeden Schritt ringen müssen“ (Exp1: 47-52).

Jedoch werden diese gesellschaftlichen wie auch politischen Diskussionen von den befragten Experten nicht immer als positiv gewertet. So macht etwa ein Experte deutlich, dass „man vor allem im süddeutschen Raum sehr viele Bestrebungen entdecken kann die auch wieder zurückgehen“ (Exp2: 32-34). Ganz konkret verweisen die Experten hier auf Initiativen von Bürgerbewegungen – wie etwa das Bündnis ‚Besorgte Eltern‘, oder Protestaktionen gegen den Bildungsplan 2015 der grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg. Vor diesem Hintergrund plädieren die befragten Experten für „eine Art nationalen Aktionsplan“ (Exp3: 35), der neben der zentralen Forderung nach rechtlicher Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften vor allem für die gesellschaftliche als auch rechtliche Akzeptanz alternativer Familien- sowie Lebensformen wirbt und eintritt:

„Es geht ja darum gesellschaftliche Visionen zu verändern und nicht nur um die Gleichstellung der Gleichstellung willen. Sondern um die Fragen, wie sieht es heute mit der Zugehörigkeit zur Gesellschaft aus und wie wird Verantwortung in der Gesellschaft definiert und vor allem auch gelebt. Das ist ja nicht nur ein Thema, dass Schwule und Lesben betrifft. Wir sind da in vielen Themen Vorreiter gewesen, weil wir da unsere alternativen Lebensformen suchen und verteidigen mussten“ (Exp1: 61-66).

Aufgrund des traditionellen und konservativen Charakter von Familie und Ehe bei der Gestaltung von Familienpolitik sehen sich Lesben- und Schwulenverbände bei der Artikulation und Vermittlung von Interessen mit erheblichen Problemen konfrontiert. Daher artikulieren und vermitteln die Verbände ihre zentralen Interessen heute schwerpunktmäßig aus einer gleichheits- und gerechtigkeitspolitischen Sicht. Damit ist die Forderung nach gleichen Rechten für gleichgeschlechtliche Personen und Paare gemeint - insbesondere im Hinblick auf die Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule. Aufgrund ihrer Artikulations- und Vermittlungsschwäche im Zusammenhang mit dem traditionellen Leitbild von Familienpolitik müssen sie dazu „immer wieder im kleinklein argumentieren und arbeiten“ (Exp1: 59), damit familienpolitische Maßnahmen überhaupt erst erfolgen. Das hat laut der befragten Experten zur Folge, dass die Verbände „oft als lästig seitens der Politik wahrgenommen“ (Exp1: 58-59) werden. Andererseits führen diese kontinuierlichen Artikulations- und Vermittlungsversuche dazu, dass die Verbandsvertreter dauerhaft mit den politischen Entscheidungsträgern im Gespräch bleiben (Exp1: 60-61).

Neben der Artikulation und Vermittlung von Interessen gegenüber der Politik, verfolgen Lesben- und Schwulenverbände ihre zentralen Interessen und Forderungen im Hinblick auf familienpolitische Maßnahmen auch durch juristische Hebel. Etwa mittels

Beratungen bei Anträgen, Schriftsätzen oder Einsprüchen betroffener Bürgerinnen und Bürger wie auch durch Klagen an deutschen Gerichten, um die Fortentwicklung des Rechtsrahmens sicherzustellen:

„Die Judikative hat da einen Rahmen gesetzt, der Fortschrittlicher erscheint als es die politischen Mehrheiten im Bundestag hergeben. Und gleichzeitig haben wir auch eine gesellschaftliche Mehrheit, die fortschrittlicher ist als die Politik. Wir müssen also dafür Sorge tragen, dass der Rechtsrahmen – wie er sich in modernen Gesellschaften darstellt, dem gerecht wird. Und gleichzeitig die Politik sich öffnet und bereit ist diesen neuen gesellschaftlichen Wirklichkeiten auch legislativ gerecht zu werden“ (Exp3: 56-62).

Abschließend kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass sich die normativen Leitbilder von Familie bzw. Familienleben auch in den familienpolitischen Maßnahmen niederschlagen. Aus diesem Grund stagniert die Gestaltung von Familienpolitik im Hinblick auf familienpolitische Maßnahmen im Bereich von Lesben- und Schwulenpolitiken des Bundes. Dabei ist dieser Befund maßgeblich auf das Gewicht der Unionsparteien bei der Ausgestaltung von Familienpolitik zurückzuführen, die ein traditionelles bzw. konservatives Leitbild bei der Gestaltung von Familienpolitik verfolgen. Dies hat zur Folge, dass Lesben- und Schwulenverbände aus einer gleichheits- sowie gerechtigkeitspolitischen Sichtweise heraus versuchen ihre zentralen Interessen und Forderungen gegenüber der Politik zu artikulieren und zu vermitteln. Zudem nutzen sie juristische Mittel, um die Fortentwicklung des Rechtsrahmens sicherzustellen.

4.5. Zwischenfazit

Zusammenfassend kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass alle vier Indikatoren des ersten Erklärungsfaktors als wesentliche Ursache für die Artikulations- und Vermittlungsschwäche von Lesben- und Schwulenverbänden identifiziert werden konnten. So zeigte sich, dass die institutionellen Rahmenbedingungen von Familienpolitik die Handlungsspielräume der Verbände im Hinblick auf die Artikulation und Vermittlung von Interessen beeinflussen. In diesem Zusammenhang zeichneten sich zum Teil erhebliche Kausalitäten zwischen den untersuchten Indikatoren ab. Der Querschnittscharakter von Familienpolitik wirkt sich insofern auf die Artikulation wie auch Vermittlung veriteter Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden auswirkt, als dieser sowohl die Zugangs- als auch Einflusschancen auf die betriebene Familienpolitik erschwert. Dies kann mit dem Mehrebenen- und

Multiakteurscharakter des Politikfelds begründet, da sich Lesben- und Schwulenverbände mit einer Vielzahl von Ansprechpartnern sowie konkurrierender Interessenverbände konfrontiert sehen. Dies führt zu erheblichen Asymmetrieproblemen zwischen den beteiligten Akteuren, weil die Zugangs- und Einflussmöglichkeiten der Akteure ungleich verteilt sind. Zudem zeigte die Untersuchung des familienpolitischen Regimetyps in Deutschland, dass dieser noch heute maßgeblich von einem traditionellen bzw. konservativen Familienleitbild geprägt wird und sich primär an den heteronormativen Einrichtungen von Ehe – zwischen Mann und Frau, sowie Familie – im Sinne einer sogenannten *Normalfamilie*, orientiert. Dies hat nicht nur Einfluss auf die Leitbildentwicklung, sondern auch auf die Gestaltung von Familienpolitik. So konnte nämlich aufgezeigt werden, dass trotz Aspekte des Wandels von Familie bestimmte Familienformen nicht wahrgenommen oder gar ausgeblendet werden. D.h. die Leitbildentwicklung stagniert in einigen Bereichen. Die hohe Bedeutung des traditionellen bzw. konservativen Familienleitbilds zeigte sich insbesondere in der Leitbildfähigkeit gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. In diesem Fall konnte herausgearbeitet werden, dass gleichgeschlechtliche Partnerschaften (auch mit Kind/ern) nicht als Familie wahrgenommen oder gar ausgeblendet werden. In der Folge bleiben sie als Gegenstand von Familienpolitik ausgrenzt, da vor allem konservative Parteien und Entscheidungsträger – die als zentrale Deutungsgeber des Familienleitbilds identifiziert werden konnten, ein weniger flexibles bzw. konservativ geprägtes Leitbild von Familie bei der Gestaltung von Familienpolitik zeigen. Die zentrale Bedeutung des traditionellen bzw. konservativen Leitbilds bei der Gestaltung von Familienpolitik zeigte sich darüber hinaus auch in den Motiven für staatliches Handeln. Hier konnte festgestellt werden, dass in den motivspezifischen Maßnahmen übergreifende konservative Leitbilder von Familie bzw. Familienleben verankert sind, die bestimmte Familienformen fördern und andere benachteiligen. Dies hat zur Folge, dass die Gestaltung von Familienpolitik im Hinblick auf Lesben- und Schwulenpolitiken stagniert. Dabei konnte dieser Befund maßgeblich auf das Gewicht der Unionsparteien bei der Ausgestaltung von Familienpolitik zurückgeführt werden, indem der traditionelle bzw. konservative Charakter von Familie bei der Gestaltung von Familienpolitik betont wird. Für die Artikulation und Vermittlung verbandlicher Interessen bedeutet der hohe Stellenwert traditioneller bzw. konservativer Familienleitbilder, dass die von den Lesben- und Schwulenverbänden vertretenen Interessen konträr und wenig konsensfähig erscheinen. Ihre Durchsetzungschancen werden

dadurch erheblich gemindert. Daher versuchen Lesben- und Schwulenverbände aus einer gleichheits- sowie gerechtigkeitspolitischen Sichtweise heraus ihre zentralen Interessen und Forderungen gegenüber der Politik zu artikulieren und zu vermitteln. Zudem nutzen sie juristische Mittel, um die Fortentwicklung des Rechtsrahmens sicherzustellen.

5. Akteurs- und Interessenkonstellation im Politikfeld

Nach Fritz W. Scharpf sind politische Entscheidungen typischerweise Ergebnis von Interaktionen innerhalb bestimmter Akteurs- und Interessenkonstellationen, die somitentscheidend für das Gesamtergebnis sind (Scharpf 2000: 87). Wenn Politikerergebnisse als Resultat der Interaktion einer Vielzahl von Akteuren verstanden werden, dann sind neben den staatlichen Akteuren auch die nicht-staatlichen Akteure wesentlicher Bestandteil der familienpolitischen Politikproduktion. Wie die bisherige Beschäftigung mit dem Thema gezeigt hat, wandelte sich im Zuge der Ausweitung von Familienpolitik auch die Akteurslandschaft im Politikfeld nachhaltig. So können vor allem Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften als neue bzw. nun gewichtige Akteure identifiziert werden (vgl. Blum 2012: 125). Diese Struktur von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren addiert sich zu einer politikfeldspezifischen Akteurs- und Interessenkonstellation, die entscheidenden Einfluss auf den familienpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess hat. Denn die Akteurs- und Interessenkonstellation wirkt sich sowohl auf die Beteiligung, Zusammensetzung als auch Interaktion der Akteure und in Folge dessen auf die Artikulation und Vermittlung verbandlicher Interessen aus. In diesem Zusammenhang beschreibt der Begriff *Akteurskonstellation* die Stellung bzw. Positionierung der Akteure im familienpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess sowie die Diversität ihrer Zusammensetzung. Im Gegensatz dazu meint der Begriff *Interessenkonstellation* die Interessenlage – sprich der Grad an Ausdifferenzierung und Polarisierung von Interessen, sowie das Beziehungsverhältnis der Akteure (vgl. Schneider/Janning 2006: 68).

Aufgrund der Vielzahl von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren ergeben sich eminente Konsequenzen für den Gestaltungsprozess von Familienpolitik: So kann davon ausgegangen werden, dass nicht alle Interessen in gleicher oder ähnlicher Weise eine adäquate Beteiligung und Berücksichtigung finden. Vor allem schwache, für das Politikfeld gleichwohl relevante Interessen, weisen eine defizitäre Stellung auf. Weil

Familienpolitik aber auch immer normativ geprägt ist und traditionelle Leitvorstellungen von Familie bzw. Familienleben eine wichtige Rolle spielen, bestehen zudem erhebliche Unterschiede in den Interessenlagen der beteiligten Akteure. Im vorliegenden Fall lässt eine heterogene Interessenlage erwarten, dass das Beziehungsverhältnis zwischen den Akteuren vor allem durch Konflikte geprägt ist. Vor diesem Hintergrund wird im folgenden Kapitel die politikfeldspezifische Akteurs- und Interessenkonstellation sowie deren Rückwirkungen im Hinblick auf die Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden untersucht. Dazu werden neben den untersuchungsrelevanten Lesben- und Schwulenverbänden nur jene nicht-staatlichen Akteure betrachtet, die zum Subsystem der Familienpolitik auf Bundesebene gehören. D.h. die sich kontinuierlich mit dieser beschäftigen und an den politischen Prozessen mehr oder weniger stark beteiligt sind. Die Fragen dahinter sind: Durch wen wird Familienpolitik gemacht? Welche Akteure üben Einfluss auf den familienpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess aus? In welchem Beziehungsverhältnis stehen die gesellschaftlichen Akteure zueinander? Und vor allem: Welche Stellung haben in diesem Zusammenhang Lesben- und Schwulenverbände? Dies zu verstehen bedeutet zugleich zu lernen worin die Artikulations- und Vermittlungsschwäche von Lesben- und Schwulenverbänden in Bezug auf die politikfeldspezifische Akteurs- und Interessenkonstellation begründet liegt.

Familienpolitik ist als typische *Multiakteurspolitik* schon immer durch eine Vielzahl von Akteuren gekennzeichnet gewesen. Besonders zweierlei Umstände scheinen in diesem Zusammenhang von herausragender Bedeutung zu sein: Erstens, die im Vergleich zu anderen Politikfeldern besondere Bedeutung des Bundesverfassungsgerichts. Insofern zentrale Schritte der Artikulation und Durchsetzung relevanter Interessen durch das Bundesverfassungsgericht getätigt wurden (Gerlach 2009: 90). So hat die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts insbesondere im Bereich von Lesben- und Schwulenpolitiken maßgeblich dazu beigetragen wesentliche politische Regelungsnotwendigkeiten zu initiieren. Zudem wurde durch das Gericht immer wieder die Definition von Familie und die Rolle der Familienmitglieder der gesellschaftlichen Wirklichkeit angepasst (vgl. Gerlach 2004: 130). Irene Gerlach spricht in diesem Zusammenhang sogar von einer ‚Ersatzgesetzgebung‘ durch das Bundesverfassungsgericht als Ursache des Gestaltungsdefizits der Legislative in familienpolitischen Fragestellungen (Gerlach 2009: 100). Und zweitens, die zunehmende Einbeziehung und

Bedeutungssteigerung gesellschaftlicher Akteure in Familienpolitik. So lassen sich heute zahlreiche Akteure identifizieren, die nicht nur als Interessenvertretungen fungieren, sondern auch zugleich mehr oder weniger praktische familienpolitische Aufgaben und Tätigkeiten übernehmen (Dienel 2002: 219). Hierzu zählen die Verbände der (freien) Wohlfahrtspflege, Familienverbände, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften. Aber auch Parteien und Kirchen können als zentrale familienpolitische Akteure identifiziert werden, die maßgeblich auf die Gestaltung von Familienpolitik einwirken (vgl. Gerlach 2008a: 48).

Politische Parteien haben in der Bundesrepublik Deutschland den grundgesetzlich verankerten Auftrag bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken (Art. 21 Abs. 1 GG). Sie gehören somit auch „zu den wichtigsten Katalysatoren für die Bestimmung eines familienpolitischen Leitbilds“ (Dienel 2002: 225). In den letzten Jahren haben die Parteien ihre familienpolitischen Leitvorstellungen und Forderungen zum Großteil erheblich gewandelt. War das Politikfeld noch weit bis in die 1990er Jahre hinein durch eine starke parteipolitische Lagerbildung der beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD gekennzeichnet, so sind verbliebene Differenzen für den Wähler heute häufig nur noch als Grundsatzkonflikte wahrnehmbar. Alle Parteien setzen sich für allgemeine Ziel wie eine ‚familienfreundliche‘ oder ‚kinderfreundliche‘ Gesellschaft, für die Gleichstellung von Mann und Frau sowie für die bessere Vereinbarung von Familie und Erwerbstätigkeit ein (Dienel 2002: 225). Gründe für die Annäherung zwischen den Parteien liegen zum einen in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts begründet, dass zunehmend die Definition von Familie und die Rolle der Familienmitglieder herausgearbeitet hat. Zum anderen aber auch in der gesellschaftlichen Situation in Deutschland. Dazu gehört insbesondere das Reagieren auf gesamtgesellschaftliche Wandlungstendenzen, die für die Zukunft der Familie eine Relevanz besitzen. Unterschiede in den familienpolitischen Leitvorstellungen und Forderungen ergeben sich heute nur noch hinsichtlich des Ehe- und Familienbegriffs (Gerlach 2007: 15). Zwar definieren alle Parteien in ihren Grundsatzprogrammen den Familienbegriff in Abhängigkeit davon, ob Kinder versorgt werden oder nicht. Die Einbeziehung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften findet sich jedoch explizit nur bei Bündnis 90/Die Grünen (vgl. Bündnis 90/Die Grünen-Grundsatzprogramm 2002: 71) und der LINKEN (vgl. DIE LINKE-Grundsatzprogramm 2011: 52). Dem hingegen schließt die CDU gleichgeschlechtliche Partnerschaften ausdrücklich aus (vgl. CDU-Grundsatzprogramm 2007: 27).

Die beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland und ihre Organisationen zählen ebenfalls zum Kreis der zentralen familienpolitischen Akteure. Aufgrund ihrer Mitgliederstärke, Finanzkraft, sozialpolitischen Relevanz sowie ihres vorteilhaften rechtlichen Status, sind die Kirchen intensiv an der politischen Willensbildung beteiligt. Ihre günstigen Zugangs- und Einflusschancen beruhen nicht zuletzt auf der Tatsache, dass nach wie vor ein Großteil der politischen Entscheidungsträger Mitglied in einer der beiden Kirchen ist (Willems 2007: 316). Zwar hat sich die vorteilhafte Position der Kirchen seit Mitte den 1990er Jahren zunehmend verschlechtert. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass die politischen Entscheidungsträger noch immer gegenüber den Forderungen der Kirchen prinzipiell aufgeschlossen sind (Willems 2001: 85). In diesem Zusammenhang spielen vor allem wertorientierte und moralische Forderungen wie etwa ihre Positionen zu Ehe, Familie oder sexuelle Orientierung eine zentrale Rolle (Willems 2007: 322). In diesem Fall können erhebliche Unterschiede im Umgang mit gleichgeschlechtlichen Personen und Partnerschaften zwischen den beiden Kirchen identifiziert werden. Während die katholische Kirche die gleichgeschlechtliche Ehe sowohl im kirchlichen Verständnis des Ehesakraments aber auch als rein staatliche Zivilehe abgelehnt, fordern immer mehr evangelische Landeskirchen die völlige rechtliche Gleichstellung homosexueller Lebenspartner mit Eheleuten. So sprach sich etwa die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Margot Käßmann, 2015 in einem Beitrag der *Bild am Sonntag* deutlich für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare aus.

Die sechs großen Wohlfahrtsverbände in Deutschland zählen zu den zentralen Partnern des Staates in der Familienpolitik und sind in der *Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege* (BAGFW) zusammengeschlossen. Im Unterschied zu anderen Interessenverbänden weisen sie jedoch wichtige Besonderheiten auf: So umfasst ihre Verbandstätigkeit nicht nur die ‚klassische‘ Artikulation und Vermittlung von Interessen, sondern auch die Durchführung und Organisation von Dienstleistungen (Schmid/Mansour 2007: 244). Konkrete Tätigkeitsfelder sind u.a. Hilfs- und Beratungsangebote für Familien, Einrichtungen des Gesundheitswesens, der Kinder- und Jugendhilfe, Altenhilfe sowie der Suchtkrankenhilfe. Daneben fungieren Wohlfahrtsverbände als ‚Anwälte von Hilfsbedürftigen‘ und sind in diesem Zusammenhang in der Politik aktiv, indem sie „in hohem Maße in die Politikformulierung und in den bürokratischen Vollzug inkorporiert sind“ (Schmid/Mansour 2007: 246). Zwischen den Wohlfahrtsverbänden bestehen jedoch zum Teil große Unterschiede je nach ihrer weltan-

schaulichen, humanitären als auch religiösen Leitbilder und Zielsetzungen. So können „verbandsspezifische Wertvorstellungen und Traditionen mit beachtlichen normativen Rigiditäten“ (Schmid/Mansour 2007: 246) festgestellt werden. Besonders zwischen den beiden konfessionellen Verbänden Caritasverband sowie Diakonisches Werk und der sozialdemokratisch geprägten Arbeiterwohlfahrt wird die Diskrepanz in den normativen Leitbildern und Zielsetzungen deutlich (Schmid/Mansour 2007: 257).

Anders als bei Wohlfahrtsverbänden stellen Familien die primäre Nutzergruppe für die Tätigkeit von Familienverbänden dar. In dem Dachverband der *Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen* (AGF) sind heute fünf Familienorganisationen zusammengeschlossen. Neben Beratungsangeboten umfasst ihre Verbandstätigkeit vor allem die Artikulation und Vermittlung von Familieninteressen gegenüber Politik und Öffentlichkeit (Gerlach 2004: 137). Zwar gelten Familienverbände als wenig einflussreiche und eher randständige Lobby von Familien, weil sie weder über beachtliche Mitgliederzahlen noch über die sehr wichtige Verflechtung mit politischen Strukturen verfügen. Allerdings dienen sie dennoch als institutionalisierter Ansprechpartner der Politik und werden zu wichtigen familienpolitischen Reformen seitens des Familienministeriums um Stellungnahmen gebeten und angehört (Dienel 2002: 228). Lediglich der Familienbund der Katholiken verfügt „als einziger der deutschen Familienverbände [...] über eine gewisse Vernetzung in politische Entscheidungsgremien hinein und kann deshalb effektiv Interessenpolitik betreiben“ (Dienel 2002: 230). Auch die Familienverbände können hinsichtlich ihrer normativen Leitbilder und Zielvorstellungen unterschieden werden. So scheint die Diskrepanz in den normativen Leitbildern und Zielsetzungen zwischen den beiden konfessionellen Verbänden Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familie und dem Familienbund der Katholiken deutlich größer als bei den weltanschaulich neutralen Familienverbänden.

Die Verbände der Arbeitgeber und Gewerkschaften können als neue und gewichtige Akteure in der Familienpolitik identifiziert werden (Blum 2012: 125). Dies kann maßgeblich auf die an Bedeutung verlierende Ideologisierung des Politikfelds und die darauffolgende verstärkte ökonomische Argumentation in familienpolitischen Zusammenhängen zurückgeführt werden (Ahrens 2012a: 98). Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften bündeln die Interessen ihrer Mitglieder und vertreten sie in der Tarif-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Insbesondere bei Tarifverhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer üben sie unmittelbar Einfluss auf die betriebene Familienpolitik aus, indem Tarifverträge etwa Regelungen zur Vereinbarkeit von

Familie und Beruf enthalten können. In diesem Fall verfolgen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften oft andere Ziele als die Wohlfahrts- und Familienverbände (Gerlach 2004: 140). Zudem verfügen sie über deutlich größere Ressourcen und sind in hohem Maße konfliktfähig, so dass sie in familienpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen häufig größere Einflusschancen haben. Des Weiteren fungieren Vertreter von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften oftmals als extern geladene Sachverständige bei Anhörungen der Ausschüsse des Deutschen Bundestags. Wobei von den Fraktionen in der Regel nur solche Experten geladen werden, die deren parteipolitische Zielsetzung unterstützen. So werden Verbandsvertreter der Arbeitgeber tendenziell häufiger von der CDU/CSU-Fraktion geladen, während Gewerkschaftsvertreter dagegen häufiger von SPD, Bündnis90/Die Grünen und der LINKEN als Sachverständige einberufen werden (vgl. Possinger 2015). Durch ihren Bedeutungszuwachs in familienpolitischen Fragen wie auch ihrer vorteilhaften politischen Verankerung haben Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften verstärkt an Bedeutung und Einfluss im familienpolitischen Prozess gewonnen. Durch die Konsequenzen des demografischen Wandels auf betriebs- und volkswirtschaftliche Zusammenhänge kann zudem davon ausgegangen werden, dass ihr Einfluss auf die betriebene Familienpolitik noch weiter steigen wird.

5.1. Akteursgefüge

Wenn man die Akteurskonstellation eines Politikfelds genauer in den Blick nehmen möchte, liegt es nahe zunächst die Stellung bzw. Positionierung der Akteure im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess näher zu untersuchen. Ausgangspunkt dieser Überlegung bildet die Frage: Welche Position der einzelne Akteur innerhalb des Akteursgefüges einnimmt und in welcher Relation dieser zu den übrigen Akteuren des Politikfelds steht. Die Positionierung eines Akteurs hängt maßgeblich von dessen Einfluss auf den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess ab (vgl. Winter 1997: 352). Allerdings ist die Einflussnahme eines Akteurs vor allem davon abhängig, ob und inwieweit er Zugang zum Politikfeld hat. Zugang zu haben beinhaltet die Chance, Interessen gegenüber den staatlichen Akteuren zu artikulieren und zu vermitteln. Deshalb suchen interessierte Akteure diesen Zugang zur Entscheidungsbeflussung. Ungleiche Zugangschancen sind somit ein wichtiger Indikator für Asymmetrien im Akteursgefüge. Angesichts der Vielzahl familienpolitischer Akteure kann davon ausgegangen werden, dass jene Akteure im Vorteil sind, die über genügend

Ressourcen verfügen und die Interessen einer breiten Mehrheit vertreten. Denn nur diese Akteure sind in der Lage Kontakt auf allen Ebenen des politischen Systems zu pflegen und werden von den staatlichen Akteuren für bedeutungsvoll genug gehalten, um auch den gewünschten Zugang zum Politikfeld zu erhalten (vgl. Winter 2007: 227). Akteure die weder über ausreichende Ressourcen verfügen noch Mehrheitsinteressen vertreten weisen demgegenüber nur begrenzte bzw. mangelhafte Zugangschancen auf. Nachfolgend werden daher die Zugangschancen von Lesben- und Schwulenverbänden zur Familienpolitik näher betrachtet.

Die Zugangschancen von Lesben- und Schwulenverbänden zur Familienpolitik können nach Ansicht der befragten Experten als gering bis begrenzt eingeschätzt werden (Exp1: 128, Exp2: 89-90). In diesem Fall spielen vor allem die politischen Parteien eine zentrale Rolle für die Verbände, um den gewünschten Zugang zum Politikfeld zu erhalten. So konstatiert ein befragter Experte für seinen Verband:

„Es gibt natürlich Offenheit in allen Parteien und wir sprechen auch mit allen Parteien. Es ist ja das Wesen aller Volksparteien, dass sie sich ihre Nischenzuständigkeiten erhalten, so dass man für jedermann einen Ansprechpartner hat. Ob sich das dann am Ende unmittelbar auf politische Entscheidungen niederschlägt, ist dann eine andere Frage“ (Exp3: 143.147).

Auf der anderen Seite scheinen die Zugangschancen zur Familienpolitik über Entscheidungsgremien wie die Fachausschüsse des Bundestags stark beschränkt, insofern die Zugangsmöglichkeiten vom jeweiligen Verband abhängen. So nutzt ausschließlich der LSVD diesen Zugangskanal, während die anderen Verbände keinen Zugang über Entscheidungsgremien haben (u.a. Exp1: 353-357). Überhaupt sind klare Asymmetrien hinsichtlich der Zugangschancen zum Politikfeld zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden festzustellen. Diese sind maßgeblich auf die Ressourcenausstattung der Verbände zurückzuführen, wie sich aus der folgenden Interviewaussage eines Experten erschließen lässt:

„Ich glaube da muss man schon einen klaren Unterschied machen zwischen den Verbänden, weil der Zugang nicht für alle Verbände gleich ist. Es gibt da schon Verbände, die da viel mehr Möglichkeiten und bessere Ressourcen haben, wie etwa der Völklinger Kreis oder der LSVD. Dann herrschen da ganz andere Möglichkeiten und Ressourcen, deren Interessen besser vorzutragen“ (Exp2: 77-81).

Die Ursachen für die mangelhaften Zugangschancen von Lesben- und Schwulenverbänden zum Politikfeld sind vielfältig: Zum einen aufgrund knapper oder fehlender Ressourcen wie finanzielle oder personelle Mittel, um erfolgreich und dauerhaft

Kontakt zu den staatlichen Akteuren auf allen Ebenen des politischen Systems aufzubauen und zu pflegen (Exp2: 81-83). Aber auch die Tatsache, dass die vertretenen Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden kaum organisations- wie auch konfliktfähig sind mindern ihre Zugangschancen (Exp1: 130-134). Zum anderen werden Verbandsvertreter seitens der politischen Akteure mitunter „noch immer mit Vorurteilen oder vorgefertigten Meinungen konfrontiert“ (Exp1: 140-141), so dass ihnen von vornherein der Zugang verwehrt bleibt. Aber auch politisch-strategische Überlegungen seitens der Parteien spielen eine wichtige Rolle, ob Zugang gewährt wird oder nicht. So scheinen insbesondere konservative Parteien aus politisch-strategischer Sicht den Zugang zu verwehren (Exp3: 147-149). Desweiterem hängen die Zugangsmöglichkeiten von Lesben- und Schwulenverbänden vom Abstraktionsniveau ihrer politischen Forderungen ab. Demnach können Zugangskanäle geöffnet werden, wenn die Verbände mit konkreten Forderungen und Themen an die Politik herantreten. Dazu meint ein Experte:

„Je abstrakter die Forderungen und je abstrakter die Diskussionen werden, desto schwieriger ist es das in praktisches Handeln übergeführt zu bekommen. Aber wenn man sehr konkret an Themen arbeiten kann [...], dann ist das übersetzbar. Und dadurch macht das die Tür natürlich auch auf“ (Exp1: 90-95).

Um die Zugangschancen für Lesben- und Schwulenverbände zu verbessern, schlagen die befragten Experten ebenfalls eine Reihe von Änderungsvorschlägen vor: So sehen die Experten erheblichen Handlungsbedarf im Hinblick auf die Interessenarbeit der Verbände. Ein Interviewpartner bringt es dabei auf den Punkt:

„Also einmal bräuchten wir eine viel stärkere Lobbyarbeit, besonders auf Bundesebene. Da gibt es kaum Arbeit die Kontinuität mitbringt. Das meine ich jetzt gar nicht als Kritik an dem was passiert, sondern das was wir als Möglichkeiten haben – gerade auch der LSVD als einzige Bundesstruktur in diesem Sinne, wird auch oft ausgeschöpft bis zur Erschöpfung der einzelnen, die sich da auch zum Großteil ehrenamtlich engagieren“ (Exp1: 144-149).

Zudem bestehen große Unterschiede in den Interessenlagen zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden, die überwunden werden müssen. Demnach gebe es laut Experten zwar Partikularinteressen, diese bündeln sich aber nicht zu einem übergeordneten oder verbindenden Interesse. Dies wirke sich nicht nur negativ auf die Mobilisierung von Lesben und Schwulen, sondern auch negativ auf das Beziehungsverhältnis zwischen den Verbänden aus (Exp1: 149-155). Daher werden Zugangsmöglichkeiten über breite Koalitions- oder Kooperationsbündnisse kaum erschlossen. Außerdem fordern die Experten mehr gesellschaftliche Akzeptanz für Lesben und Schwule, um mit einer breiten gesellschaftlichen Basis im Hintergrund die Zugangschancen zu verbessern

(Exp2: 90-95). Letztlich müssen aber auch die politisch-strategischen Überlegungen seitens der politischen Akteure verringert werden:

„Aber da gibt es natürlich Hemmnisse, wobei man aber nicht immer ganz klar weiß, ob das tatsächlich aus innerer Überzeugung oder strategischer Rücksichtnahme gegenüber der innerparteilichen Ausgewogenheit konservativer Kreise erfolgt. Was ich damit sagen will ist: Wir haben vielfach den Eindruck, dass in konservativen Kreisen [...] eine gewisse Irritation über den Weg der eigenen Partei aufgetreten ist und nun versucht wird Symbolthemen herauszustellen, an dem sich konservatives Profil deutlich machen lässt. Das sehen wir ja in der aktuellen Debatte [Öffnung der Ehe – Anm. d. Verf.]. Das sind sozusagen emotionale Barrieren oder politisch-strategische Barrieren, die zu überwinden und abzubauen sind“ (Exp3: 173-184).

Mangelnde Zugangschancen deuten zwar augenscheinlich auf den Ausschluss eines Akteurs aus familienpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen hin, Zugang alleine garantiert aber noch keinen politischen Erfolg, sondern allenfalls politische Artikulations- und Vermittlungschancen. So kann etwa die Einbeziehung von Interessenverbänden in familienpolitische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse – z.B. durch den Austausch von Informationen oder durch politische Beteiligungsformen bei der Gesetzgebung, rein symbolischen Charakter haben und politisch folgenlos bleiben (vgl. Winter 2007: 228). Deshalb gilt es nach Anhaltspunkten zu suchen, ob im familienpolitischen Akteursgefüge bestimmte Muster des Einflusses nicht-staatlicher Akteure auf die Gestaltung von Familienpolitik deutlich werden. Dabei hängt die Positionierung eines Akteurs innerhalb des Akteursgefüges maßgeblich davon ab, wie sein Einfluss auf den familienpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess eingeschätzt wird. Um den Einfluss zu messen wurde daher die (allgemeine) Wahrnehmung der beteiligten Akteure ermittelt. In diesem Fall kann davon ausgegangen werden, dass wenn die anderen Akteure einen Akteur als einflussreich wahrnehmen dieser zugeschriebene Einflusswert darauf hinweist, dass dieser tatsächlich über Einfluss verfügt. Und selbst wenn dieser Einfluss nicht real existiert so führt die Wahrnehmung der anderen Akteure dazu, dass sie sich dem Akteur gegenüber entsprechend verhalten (vgl. Jansen 2006: 163). Für die Untersuchung der Einflusschancen gesellschaftlicher Akteure auf die Gestaltung von Familienpolitik wurden die zugrundeliegenden Interessen der Akteure als exogen gegeben (auf Grundlage ihrer Organisationszugehörigkeit) angesehen. Für dieses Vorgehen sprechen neben forschungsökonomischen vor allem methodische Gründe. Folglich können Akteursgruppen wie Parteien, Gewerkschaften usw. gebildet werden, ohne die Interessenorientierung jedes individuellen Akteurs auf Mikroebene nachzeichnen zu müssen. Die

hiermit gewonnenen Erkenntnisse beruhen somit auf weitreichende Annahmen und Einschränkungen, die ihre Aussagekraft begrenzen und entsprechend interpretiert werden (vgl. Krick 2013: 108).

Politische Willensbildung kann als Prozess verstanden werden, bei dem durch Artikulation, Auswahl und Bündelung auseinanderstrebender Interessen von Seiten der Politik diese zu entscheidungsfähigen Vorlagen und gegebenenfalls zu politischen Handlungen führen (vgl. Schmidt 2004: 560). Es ist die originäre Aufgabe von Parteien und Interessenverbänden sich in den politischen Willensbildungsprozess miteinzubringen, indem sie unterschiedliche Anliegen und Vorstellungen artikulieren, „um gesellschaftliche Interessen zu integrieren und politische Entscheidungen zu legitimieren“ (Reutter 2012: 36). Jedoch weichen die realen Strukturen der Interessenartikulation von dem Ideal einer partizipativen Demokratie, in der alle Akteure die gleiche Chance haben politisch Gehör zu finden und ihre Interessen im politischen Willensbildungsprozess berücksichtigt zu finden, in aller Regel ab (vgl. Winter 2007: 217). Vielmehr kann davon ausgegangen werden, dass bestimmte Akteure gewisse Muster des Einflusses aufweisen. Indem sie mittels direkter oder indirekter Prozesse der politischen Einflussnahme eine führende Rolle im familienpolitischen Willensbildungsprozess einnehmen und somit die politische Deutungskultur einer Gesellschaft entscheidend prägen. Aus diesem Grund werden zunächst die Einflusschancen der zentralen Akteure auf den familienpolitischen Willensbildungsprozess näher untersucht. In diesem Zusammenhang wird der Frage nachgegangen: Welche Akteure ihren Interessen politisch Gehör bzw. Berücksichtigung verschaffen, indem sie den familienpolitischen Willensbildungsprozess (in ihrem Sinne) beeinflussen? Aufgrund der Schwierigkeit den (konkreten) Einfluss von Akteuren auf den familienpolitischen Willensbildungsprozess messen zu können, konzentriert sich die Analyse auf die (allgemeine) Wahrnehmung der Befragten: So können auf Grundlage der Wahrnehmung der Befragten drei Akteure identifiziert, die maßgeblich Einfluss auf den familienpolitischen Willensbildungsprozess ausüben. Hierzu zählen die Parteien (Mittelwert⁴⁹: 4,81), die Verbände der (freien) Wohlfahrtspflege (Mittelwert⁵⁰: 4,67) und Familienverbände (Mittelwert⁵¹: 4,67). Sie alle weisen vergleichsweise hohe Werte auf. Hinsichtlich der Parteien sind zwei Befragte (9,52%) der Meinung, dass Parteien *eher*

⁴⁹ Legende: 1 = überhaupt kein Einfluss ... 6 = sehr einflussreich

⁵⁰ Legende: 1 = überhaupt kein Einfluss ... 6 = sehr einflussreich

⁵¹ Legende: 1 = überhaupt kein Einfluss ... 6 = sehr einflussreich

keinen Einfluss auf den familienpolitischen Willensbildungsprozess ausüben. Demgegenüber schätzen vier Befragte (19,04%) Parteien als *eher einflussreich*, eine Mehrheit von elf Befragten (52,36%) als *einflussreich* und sogar vier Befragte (19,04%) als *sehr einflussreich* ein. Auch im Hinblick auf die Wohlfahrtsverbände geben zwei Befragte (9,52%) an, dass diese *eher keinen Einfluss* haben. Sechs Befragte (28,56%) halte Wohlfahrtsverbände hingegen für *eher einflussreich*, zehn Befragte (47,6%) für *einflussreich* und drei Befragte (14,28%) für *sehr einflussreich*. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bezüglich der Einflusschancen von Familienverbänden. So sind drei Befragte (14,28%) der Ansicht, dass Familienverbände *eher keinen Einfluss* auf den familienpolitischen Willensbildungsprozess ausüben. Fünf Befragte (23,8%) sehen Familienverbände dagegen als *eher einflussreich*, neun Befragte (42,84%) als *einflussreich* und vier Befragte (19,04%) als *sehr einflussreich* an. Dieser Befund ist insofern bemerkenswert, als dass Familienverbände in der Forschung bislang als wenig einflussreiche und eher randständige Lobby von Familien gelten (vgl. Gerlach 2009: 100). Anscheinend trifft dies nicht auf den familienpolitischen Willensbildungsprozess im Speziellen zu. Demgegenüber werden die Einflusschancen von Verbänden der Arbeitgeber als auch Gewerkschaften – die über deutlich größere Ressourcen verfügen und in hohem Maße konfliktfähig sind, deutlich geringer eingeschätzt (Mittelwert⁵²: 3,81). Hier gibt ein Befragter an, dass diese *keinen Einfluss* auf den familienpolitischen Willensbildungsprozess ausüben. Sechs Befragte (28,56%) nehmen *eher keinen Einfluss* von Arbeitgeberverbänden wie auch Gewerkschaften wahr. Zehn Befragte (47,6%) halten diese für *eher einflussreich* und vier Befragte (19,04%) für *einflussreich*. Aber auch die Einflusschancen der Kirchen auf den familienpolitischen Willensbildungsprozess werden deutlich geringer eingeschätzt, als zu erwarten war (Mittelwert⁵³: 3,76). Zudem ist die Verteilung der erhobenen Werte erheblichen Streuungen ausgesetzt. So sind fünf Befragte (23,8%) der Ansicht, dass die Kirchen *keinen Einfluss* auf den familienpolitischen Willensbildungsprozess ausüben. Zwei Befragte (9,52%) nehmen *eher keinen Einfluss* der Kirchen wahr. Neun Befragte (42,84%) hingegen halten die Kirchen für *eher einflussreich*, drei Befragte (14,28%) für *einflussreich* und sogar zwei Befragte (9,52%) für *sehr einflussreich*. Letztlich werden die Einflusschancen von Lesben- und Schwulenverbänden am schwächsten eingeschätzt bzw. wahrgenommen.

⁵² Legende: 1 = überhaupt kein Einfluss ... 6 = sehr einflussreich

⁵³ Legende: 1 = überhaupt kein Einfluss ... 6 = sehr einflussreich

Und dass sehr deutlich (Mittelwert⁵⁴: 2,9). Hier geben jeweils acht Befragte (je 38,08%) an, dass die Verbände *keinen* oder *eher keinen Einfluss* auf den familienpolitischen Willensbildungsprozess ausüben können. Vier Befragte (19,04%) halten Lesben- und Schwulenverbände für *eher einflussreich* und nur ein Befragter für *einflussreich*.

Während nach Ansicht der Befragten vor allem der Einfluss von Parteien, Wohlfahrtsverbände und Familienverbände auf den familienpolitischen Willensbildungsprozess am stärksten eingeschätzt wird, identifizieren die Experten neben den Parteien (Exp2: 181, Exp3: 322-323) auch Kirchen (Exp2: 181) und Bürgerinitiativen bzw. Protestbewegungen (Exp2: 183-184) als einflussreiche Akteure. Auffällig ist insbesondere die unterschiedlichen Wahrnehmungen im Hinblick auf die Einflusschancen der Kirche. Aber auch der Befund hinsichtlich des Einflusses von gesellschaftlichen Bewegungen wie etwa Bürgerinitiativen kommt überraschend. Besonders in diesem Fall sei es auffällig,

„dass diejenigen Akteure die besonders lautstark auftreten und auf diese Weise die Meinungsumfragen in Bewegung setzten, gute Aussichten haben Gehör zu finden“ (Exp3: 324-326).

Folglich kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass deutliche Asymmetrien im Akteursgefüge hinsichtlich der Einflusschancen der Akteure auf den familienpolitischen Willensbildungsprozess feststellbar sind. So haben vor allem Parteien wesentlich bessere Chancen ihren Interessen politisch Gehör zu verschaffen und im familienpolitischen Willensbildungsprozess Berücksichtigung zu finden. Dieses Ergebnis verwundert jedoch nicht, da Parteien aufgrund ihrer vorteilhaften Verankerung im politischen System nicht nur nach außen als Hauptakteure politischer Willensbildung über enormen Einfluss verfügen, sondern auch in ihrem Innern Macht und Einfluss generieren.

Um ihren Interessen im politischen Prozess Geltung zu verschaffen, können organisierte Interessenvertretungen mit ihren Aktivitäten nicht nur den politischen Willensbildungsprozess beeinflussen. Vielmehr richten sich Verbandsaktivitäten an die ausschlaggebenden Stellen des politischen Entscheidungsprozesses (Winter 1997: 353). Auch hier kann von einer gleichberechtigten Teilhabe der Akteure am politischen Entscheidungsprozess nicht ausgegangen werden: In der politischen Realität hat sich vielmehr gezeigt, dass die Ausgrenzung von organisierten Interessenvertretungen systematische

⁵⁴ Legende: 1 = überhaupt kein Einfluss ... 6 = sehr einflussreich

Züge aufweist und durch horizontale und vertikale Formen von Ungleichheit gekennzeichnet ist. So können sich Interessen ganzer Lebensbereiche nicht gegenüber solchen aus anderen Lebensbereichen durchsetzen (*horizontale Ungleichheit*), während sich ressourcenstarke und allgemeine Interessen besser durchsetzen als soziale Randgruppen bzw. Minderheiten (*vertikale Ungleichheit*) (Gerlach 2009: 101). Um ihre Zielvorstellungen dennoch durchzusetzen, versuchen Verbände Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess zu nehmen. Daher werden nachfolgend die Einflusschancen der zentralen Akteure auf den familienpolitischen Entscheidungsprozess näher untersucht und zwar ebenfalls auf Grundlage der (allgemeinen) Wahrnehmung der Befragten. In diesem Zusammenhang wird der Frage nachgegangen: Welche Akteure ihre Interessen politisch durchsetzen können, indem sie den familienpolitischen Entscheidungsprozess (in ihrem Sinne) beeinflussen? Auch hier basieren die nachfolgenden Ergebnisse ausschließlich auf der (allgemeinen) Wahrnehmung der Befragten: So identifizieren die Befragten insbesondere zwei Akteure als einflussreich. In diesem Fall weisen vor allem Parteien (Mittelwert⁵⁵: 5,43) und Kirchen (Mittelwert⁵⁶: 4,67) vergleichsweise hohe Werte auf. Drei Befragte (14,28%) nehmen Parteien als *eher einflussreich*, sechs Befragte (28,56%) als *einflussreich* und eine deutliche Mehrheit von zwölf Befragten (57,12%) als *sehr einflussreich* wahr. Die durchweg hohe bis sehr hohe Beurteilung der Einflusschancen von Parteien kann auf den Umstand zurückgeführt werden, dass diese durch ihre Verankerung im Regierungssystem maßgeblich dazu in der Lage sind Interessen nicht nur gegenüber den politischen Entscheidungsträgern zu äußern, sondern auch direkt in die politischen Entscheidungsprozesse einzubringen und durchzusetzen. Daneben werden auch die Einflusschancen der Kirchen hoch eingeschätzt. Hier sind nur vier Befragte (19,04%) der Meinung, dass die Kirchen *eher keinen Einfluss* auf den familienpolitischen Entscheidungsprozess ausüben. Drei Befragte (14,28%) hingegen halten Kirchen für *eher einflussreich*, zehn Befragte (47,6%) für *einflussreich* und sogar vier Befragte (19,04%) für *sehr einflussreich*. Besonders auffällig ist hier die deutliche Einflusssteigerung der Kirchen verglichen mit der oben erhobenen Einflusswahrnehmung. Gleiches gilt auch für die Verbände der Arbeitgeber und Gewerkschaften (Mittelwert⁵⁷: 4,29), die wesentlich höhere Einflusschancen auf den familienpolitischen Entscheidungsprozess aufweisen. So geben nur vier Befragte (19,04%) an, dass Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften *eher keinen*

⁵⁵ Legende: 1 = überhaupt kein Einfluss ... 6 = sehr einflussreich

⁵⁶ Legende: 1 = überhaupt kein Einfluss ... 6 = sehr einflussreich

⁵⁷ Legende: 1 = überhaupt kein Einfluss ... 6 = sehr einflussreich

Einfluss ausüben. Sieben Befragte (33,32%) nehmen sie jedoch als *eher einflussreich* und sogar zehn Befragte (47,6%) als *einflussreich* wahr. Somit zeigt sich auch hier, dass die in der Forschungsliteratur als besonders einflussreich geltende Akteure auch im vorliegenden Fall eine herausragende Stellung bzw. Position im Akteursgefüge einnehmen. Die Einflusschancen von Wohlfahrtsverbänden (Mittelwert⁵⁸: 4,19) wie auch von Familienverbänden (Mittelwert⁵⁹: 4,19) werden von den Befragten hingegen nicht sonderlich höher eingeschätzt als zuvor. Drei Befragte (14,28%) vertreten die Ansicht, dass Wohlfahrtsverbände *eher keinen Einfluss* auf den familienpolitischen Entscheidungsprozess ausüben. Eine klare Mehrheit von elf Befragten (52,36%) beurteilt diese hingegen als *eher einflussreich* und sieben Befragte (33,32%) als *einflussreich*. Hinsichtlich der Einflusschancen von Familienverbänden geben drei Befragte (14,28%) an, dass diese *eher keinen Einfluss* auf den familienpolitischen Entscheidungsprozess haben. Eine deutliche Mehrheit von zwölf Befragten (57,12%) nimmt die Verbände indes für *eher einflussreich*, fünf Befragte (23,8%) für *einflussreich* und ein Befragter für *sehr einflussreich* wahr. Schließlich werden erneut die Einflusschancen von Lesben- und Schwulenverbänden am schwächsten eingeschätzt bzw. wahrgenommen. Und dass ebenfalls sehr deutlich (Mittelwert⁶⁰: 2,62). So sind neun Befragte (42,84%) der Meinung, dass die Verbände *keinen Einfluss* auf den familienpolitischen Entscheidungsprozess haben. Eine klare Mehrheit von elf Befragten (52,36%) gibt hingegen an, dass sie *eher keinen Einfluss* ausüben und nur ein Befragter hält Lesben- und Schwulenverbände für *eher einflussreich*.

Die hier erhobenen Befunde decken sich zudem mit den Wahrnehmungen der Experten. So werden Parteien (Exp2: 137-138), Kirchen (Exp1: 272-273, Exp2: 136-137, Exp3: 351-352) wie auch Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften (Exp1: 273-274, Exp3: 332-340) von den Experten ebenfalls als einflussreiche Akteure identifiziert. In diesem Zusammenhang werden insbesondere die hohen Einflusschancen der Kirchen betont. So könne man den Einfluss von Kirchen auf den familienpolitischen Entscheidungsprozess vor allem „aus der Tradition heraus, aus der Staatsnähe, die sie schon immer hatten“ (Exp1: 272-273) begründen. Vergleicht man die Einflusschancen der beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland, kann allen voran die katholische Kirche als sehr einflussreich in der Familienpolitik angesehen werden, da sie insbesondere in konservativen Parteien noch immer einen hohen Einfluss genieße (Exp3: 351-352). Die hohen

⁵⁸ Legende: 1 = überhaupt kein Einfluss ... 6 = sehr einflussreich

⁵⁹ Legende: 1 = überhaupt kein Einfluss ... 6 = sehr einflussreich

⁶⁰ Legende: 1 = überhaupt kein Einfluss ... 6 = sehr einflussreich

Einflusschancen von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften können dagegen insbesondere durch ihr „großes Druckpotenzial“ (Exp1: 274) sowie durch ihre gute Vernetzung mit politischen Entscheidungsträgern (Exp3: 332-335) begründet werden. Daneben werden aber auch Wirtschafts- und Industrieverbände (Exp1: 289-295), Wohlfahrtsverbände (Exp1: 274) sowie Bürgerinitiativen und Protestbewegungen (Exp3: 446-449) von einzelnen Experten als einflussreiche Akteure benannt.

Die hier dargelegten Ergebnisse zeigen eindeutig, dass erhebliche Asymmetrien im Akteursgefüge sowohl hinsichtlich des familienpolitischen Willensbildungs- als auch Entscheidungsprozesses feststellbar sind. In diesem Zusammenhang haben namentlich jene Akteure höhere Einflusschancen, die eine vorteilhafte Verankerung im politischen Prozess innehaben (Parteien, Kirchen), über bedeutende Ressourcen verfügen (Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften) und/oder die die Interessen einer mehr oder weniger breiten Mehrheit vertreten (Wohlfahrts-, Familienverbände). Demgegenüber verfügen Lesben- und Schwulenverbände aufgrund ihrer geringen Organisations- und Konfliktfähigkeit als auch der Spezifik ihrer vertretenen Interessen über eine einflussarme bzw. schwache Stellung im Akteursgefüge. Diese Schlussfolgerung wird auch seitens der Befragten bestätigt: Einerseits lehnt eine klare Mehrheit die Aussage ab (Mittelwert⁶¹: 3,0), dass Interessenverbände grundsätzlich eine schwache Stellung in der Familienpolitik haben. Hier stimmen acht Befragte (38,08%) der Aussage *nicht zu*, sieben Befragte (33,32%) *stimmen eher nicht zu*, vier Befragte (19,04%) *stimmen eher zu* und nur zwei Befragte (9,52%) *stimmen zu*. Andererseits spricht sich eine deutliche Mehrheit der Befragten für die Aussage aus (Mittelwert⁶²: 4,9), dass vor allem kleinere und partikulare Interessenverbände eine schwache Stellung innehaben. So stimmen acht Befragte (38,08%) der Aussage *eher zu*, sieben Befragte (33,32%) geben ihre *Zustimmung* an und sogar sechs Befragte (28,56%) stimmen dieser Aussage *voll und ganz zu*. Lesben- und Schwulenverbände sind als kleine und partikulare Interessenorganisationen daher weder in der Lage eminent Einfluss auf den familienpolitischen Willensbildungs- noch auf den Entscheidungsprozess ausüben und scheinen vielmehr insgesamt systematisch benachteiligt. Dieser Befund wird auch von den befragten Experten geteilt und als „sehr realistisch“ (Exp1: 241) beurteilt. Exemplarisch sei hier folgende Interviewaussage eines Experten angeführt:

⁶¹ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

⁶² Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

„Natürlich ist das so, dass wenn man den Einfluss der Lesben- und Schwulenverbände mit den Einflussmöglichkeiten von Kirchen oder Parteien vergleicht da schon eine Asymmetrie herrscht“ (Exp2: 162-164).

Jedoch machen die Experten auch deutlich, dass man den Einfluss von Lesben- und Schwulenverbänden auf die betriebene Familienpolitik nicht unterschätzen sollte. Zwar könne man die Einflusschancen der Verbände nicht mit den Einflussmöglichkeiten der zentralen familienpolitischen Akteure vergleichen, jedoch hätten einzelne Lesben- und Schwulenverbände partiell Einfluss geltend gemacht. So hat vor allem der LSVD entscheidend an Fragen der rechtlichen Stellung gleichgeschlechtlicher Personen und Paare mitgewirkt, so dass hier doch ein gewisser Einfluss auf die Gestaltung von Familienpolitik ausgeübt wurde (Exp3: 291-292). Zudem haben in den letzten Jahren die Verbände über juristische Mittel – wie etwa durch Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht (indirekt) zunehmend an Einfluss gegenüber der Politik gewonnen:

„Da muss man natürlich sagen, dass wir nicht so stark sind wie andere Verbände in der Familienpolitik. Wir sind auch nicht so Mitgliederstark, das heißt wir können auch nicht überall den Finger heben. Aber ich glaube schon, dass wir in Fragen der Umsetzung von Beschlüssen über juristische Hebel Einfluss nehmen können, wenn es darum geht vorhandene Diskriminierungen oder aufziehende Diskriminierungen zu verhindern. Ich glaube das ist durchaus möglich“ (Exp3: 257-262).

Insgesamt seien jedoch diese Einflussmöglichkeiten stark begrenzt bzw. „ausschnitt-haft“ (Exp1: 229-230). Dies liegt nach Meinung der Experten vor allem daran, dass Lesben- und Schwulenverbände nicht in der Lage sind eine dauerhafte und starke politische Präsenz zu schaffen (Exp1: 253-255). In diesem Zusammenhang können Defizite in der Präsenzfähigkeit der Verbände primär darauf zurückgeführt werden, dass es sich bei Lesben- und Schwulenpolitiken um ein Minderheitenthema innerhalb der Familienpolitik handele (Exp1: 283-285, Exp2: 167-170). Aber auch mit Blick auf die politischen Entscheidungsträger werde keine Notwendigkeit für politisches Handeln erkannt (Exp2: 170-171). Zudem hänge es explizit von den einzelnen Abgeordneten und deren Interessen ab „wer gehört wird und wer nicht“ (Exp1: 296). Außerdem kritisieren die befragten Experten, dass vor allem familienpolitische Diskurse immer auch von bestimmten Werte- und Gesellschaftsbildern geprägt sind. Insbesondere das traditionelle bzw. konservative Bild von Ehe und Familie spielt in diesem Fall eine zentrale Rolle. Dieses „sehr vom christlichen Bild und von kirchlich motivierter Lobbyarbeit geprägtes Gesellschaftsbild“ (Exp1: 248-249) wirke sich insofern negativ auf die Einflusschancen von Lesben- und Schwulenverbänden aus, als dass Lesben und

Schwule als Gegenstand von Familienpolitik ausgegrenzt werden. Letztlich sehen die befragten Experten auch in der Kooperations- und Koalitionsfähigkeit der Akteure im Politikfeld einen wesentlichen Grund für die schwache Stellung bzw. Positionierung von Lesben- und Schwulenverbänden:

„Es gibt kaum andere Akteure, die uns ernsthaft oder dauerhaft mitdenken. Das ist ja immer das Dilemma. Normalerweise ist man ja auch stark, wenn man huckepack mitgedacht wird. Das gibt es bei Schwulen und Lesben fast gar nicht“ (Exp1: 258-260).

Zwar gebe es immer wieder Befürworter oder Akteure, die sich mit Fragen von gleichgeschlechtlichen Personen und Paaren auseinandersetzen. Allerdings kann die Kooperations- und Koalitionsfähigkeit insgesamt als gering eingeschätzt werden, wie später noch ausführlich zu zeigen sein wird. Dennoch sei für die Interessenarbeit der Verbände nicht nur wichtig die zentralen Ansprechpartner auf politisch-parlamentarischer Ebene durch gezielte Verbandstätigkeiten zu erreichen, sondern auch weiterhin aktiv nach strategischen Partnern auf nicht-staatlicher Ebene zu suchen (Exp3: 374-376).

Doch was müsste sich nun ändern, damit Asymmetrien überwunden und insbesondere die systematische Benachteiligung von Lesben- und Schwulenverbänden ausgeglichen werden kann? Diese Frage wurde sowohl den Befragten als auch den Experten gestellt. Da die Einbindung nicht-staatlicher Akteure in familienpolitische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse auch weitreichende Rückwirkungen auf deren Einflusschancen hat, wurden den Befragten drei Beteiligungsalternativen vorgelegt zu denen sie Stellung beziehen sollen: Erstens, die informelle und formelle Einbindung von Interessenverbänden in den vorparlamentarischen Gesetzgebungsprozess sollte ausgedehnt werden. Diese Aussage befürwortet eine klare Mehrheit der Befragten (Mittelwert⁶³: 4,33). So stimmt ein Befragter dieser Aussage *nicht zu*, sieben Befragte (33,32%) *stimmen eher nicht zu*, drei Befragte (14,28%) *stimmen eher zu*, vier Befragte (19,04%) *stimmen zu* und sogar sechs Befragte (28,56%) *stimmen voll und ganz zu*. Wie im Zuge der Darstellung von Einflusschancen auf den familienpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess deutlich geworden ist, weisen die hier untersuchten Akteure ungleiche Startpositionen auf. Vor allem kleine und partikulare Interessenverbände sind in diesem Zusammenhang systematisch benachteiligt. Daher könnten kleinere und partikulare Interessenverbände stärker in den vorparlamentarischen Gesetzgebungsprozess miteingebunden werden, um Asymmetrien auszugleichen. Dieser zweite

⁶³ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

Vorschlag wird nur von einer knappen Mehrheit der Befragten befürwortet (Mittelwert⁶⁴: 3,95). Hier stimmen sechs Befragte (28,56%) *nicht zu*, drei Befragte (14,28%) *stimmen eher nicht zu*, drei Befragte (14,28%) *stimmen eher zu*, vier Befragte (19,04%) *stimmen zu* und sogar fünf Befragte (23,8%) stimmen *voll und ganz zu*. Und drittens wäre denkbar, dass starke Interessenverbände beschränkt und schwache Interessenverbände durch die Politik gefördert werden. Diese Aussage lehnt die Mehrheit der Befragten ab (Mittelwert⁶⁵: 3,24). So stimmen zwei Befragte (9,52%) der Aussage *überhaupt nicht zu*, sechs Befragte (28,56%) *stimmen nicht zu*, drei Befragte (14,28%) *stimmen eher nicht zu*, sechs Befragte (28,56%) der Aussage *stimmen eher zu*, drei Befragte (14,28%) *stimmen zu* und nur ein Befragter *stimmt voll und ganz zu*. Insgesamt zeigt sich, dass die Befragten Defizite in der Einbindung von Interessenverbänden – allen voran von kleinen und partikularen Organisationen, in den familienpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess erkennen. Wie dies ausgeglichen werden sollte, kann mittels der hier vorgelegten Beteiligungsalternativen nicht final geklärt werden. Dazu ist die Verteilung der erhobenen Werte zu hohen Streuungen ausgesetzt. Daher werden nun in einem zweiten Schritt explizite Änderungsvorschläge der Experten näher betrachtet: Als wesentliche Voraussetzung identifizieren die befragten Experten zunächst die Bildung von Kooperationen und/oder Koalitionen mit anderen Interessenverbänden im Politikfeld, um Einflusschancen zu erhöhen. Ein Interviewpartner findet hierzu deutliche Worte:

„Einzelinteressen spalten die Gesellschaft, gemeinsame Interesse vereinen die Gesellschaft. Da müssen wir hin um unseren Interessen mehr Nachdruck zu verleihen, indem man die Alliierten in der heterosexuellen Mehrheitsgesellschaft mobilisiert. Man muss gemeinsame Themen und Fragestellungen finden, um Menschen die nicht unmittelbar betroffen sind, sondern nur mittelbar – beispielsweise hinsichtlich der Statussicherung der Lebensqualität oder des Menschenrechtsstandards, zu mobilisieren“ (Exp3: 472-478).

Darüber hinaus müsste sich aber auch die Lobbystruktur wesentlich verbessern. So weist die Interessenarbeit von Lesben- und Schwulenverbänden erhebliche Defizite auf. Demnach fehlt es den Verbänden nicht nur an ausreichend Ressourcen (Exp1: 403-410), sondern auch die Mobilisierung der ‚schwul-lesbischen Community‘ stellt ein erhebliches Problem dar (Exp3: 460-464). So sehen die befragten Experten wesentlichen Handlungsbedarf darin, Lesben und Schwule für die Verbandstätigkeiten zu aktivieren. Außerdem müssen Lesben- und Schwulenverbände in der Gesellschaft „für

⁶⁴ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

⁶⁵ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

mehr Vielfalt und Respekt eintreten und werben“ (Exp3: 465-466). Denn erst durch eine breite gesellschaftliche Akzeptanz von gleichgeschlechtlichen Personen und Paaren wird deren Interessenvertretung auf politischer Ebene eher wahrgenommen. Letztlich sehen die Experten auch den Abbau politisch-strategischer Diskussionen als eine wesentliche Voraussetzung an, um die systematische Benachteiligung von Lesben- und Schwulenverbänden auszugleichen und die Erfolgsaussichten ihrer politischen Forderungen und Interessen grundlegend zu verbessern. Ein Interviewpartner stellt hierzu fest:

„Wenn es im Bundestag mal zu einer Abstimmung ohne Fraktionszwang kommen würde, dann wären wir schon deutlich weiter. [...] Denn es gibt eine politische Mehrheit für die Gleichstellung, sie wird nur aus parteipolitischen Gründen unterdrückt, um die konservative Wählerschaft zu befriedigen“ (Exp2: 256-260).

Abschließend kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass die Gründe für die systematische Benachteiligung von Lesben- und Schwulenverbänden primär in der politikfeldspezifischen Akteurskonstellation und hier insbesondere im Akteursgefüge zu finden sind. Gleichzeitig macht die Analyse deutlich, dass die Ursachen dieser Benachteiligung vielfältig sind und sich zum Teil deutliche Asymmetrien zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden abzeichnen.

5.2. Akteursszene

In einem weiteren Schritt gilt es nun nach Ursachen für die systematische Benachteiligung von Lesben- und Schwulenverbänden zu suchen, die sich aus dem Akteursgefüge ergeben. Nachfolgend wird daher die Akteursszene mit Blick auf die funktionale Zugehörigkeit der Akteure näher betrachtet, um so die Diversität ihrer Zusammensetzung zu beurteilen. Im Hinblick auf die familienpolitische Akteursszene scheint vor allem zweierlei von Bedeutung: Zum einen die zunehmende Einbeziehung nicht-staatlicher Akteure und damit ein massives Anwachsen der Zahl von Interessenverbänden in den letzten 20 Jahren. Hierbei handelt es sich nicht nur um umfassende Familieninteressen vertretende Verbände, sondern insbesondere um Teil- bis Detailinteressen vertretende Verbände (Gerlach 2009: 102). Zum anderen die Bedeutungssteigerung einflussreicher, nicht-familiärer Akteursgruppen wie Arbeitgeberverbände oder Gewerkschaften, durch deren Beteiligung „die klassischen Begründungsmuster für Familienpolitik [...] abgelöst werden“ (Gerlach 2012: 15). In Folge dessen haben sich

auf Bundesebene erhebliche Verschiebungen in der familienpolitischen Akteursszene vollzogen. Vor diesem Hintergrund lässt die relativ heterogene Zusammensetzung aus verschiedenen Akteursgruppen erwarten, dass tendenziell viele unterschiedliche Akteure und Interessen das Politikfeld prägen, die nur schwer miteinander in Einklang zu bringen sind. Schwache Interessenvertretungen seien in diesem Fall besonders benachteiligt, insofern sie vom Politikfeld ausgeschlossen bleiben. Und tatsächlich stimmt eine Mehrheit der Befragten (Mittelwert⁶⁶: 4,1) der Aussage zu, dass die Zusammensetzung der Akteure den Zugang von Lesben- und Schwulenverbänden zur Familienpolitik erschwert. So stimmen sieben Befragte (33,32%) der Aussage *eher nicht*, fünf Befragte (23,8%) *stimmen eher zu* und neun Befragte (42,84%) *stimmen zu*. Auffällig sind besonders die überdurchschnittlich hohen Zustimmungswerte der Verbandsvertreter von Lesben- und Schwulenverbänden. Da die Bandbreite der Einfluss nehmenden Akteure bei der Gestaltung von Familienpolitik entsprechend groß ist, wirkt sich die Heterogenität ihrer Zusammensetzung auch auf die Einflusschancen schwacher Interessen aus. Hier stimmt sogar eine klare Mehrheit der Befragten (Mittelwert⁶⁷: 4,7) der Aussage zu, dass die Zusammensetzung der Akteure die Einflussnahme von Lesben- und Schwulenverbänden erschwert. Während sieben Befragte (33,32%) *eher zustimmen*, stimmt eine deutliche Mehrheit von 13 Befragten (61,88%) *zu* und ein Befragter *stimmt voll und ganz zu*. Auch an dieser Stelle weisen die Verbandsvertreter von Lesben- und Schwulenverbänden überdurchschnittlich hohe Zustimmungswerte auf. Daraus lässt sich schließen, dass den Verbandsvertretern diese Problematik bewusst ist und genau davon betroffen sind. Dass sich die familienpolitische Akteursszene insgesamt negativ auf die Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden auswirkt, betonen zudem die befragten Experten. Auch sie sehen die Vielzahl unterschiedlicher Akteure und Interessen im Politikfeld als wesentliche Ursache an. Ein Interviewpartner erläutert die Folgen:

„Jeder Verband oder Akteur hat natürlich seine Zielgruppe im Auge, was für die Familienpolitik dementsprechend eine schwierige Situation schafft alle gleichberechtigt zu berücksichtigen. Das ist nicht immer möglich. Und da kann dann die Gefahr bestehen, dass die Interessen von Minderheiten unzureichend berücksichtigt werden“ (Exp2: 198-201).

⁶⁶ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

⁶⁷ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

Dies ist vor allem dann der Fall, wenn es darum geht Lösungsentscheidungen zu suchen (Exp1: 314-320). Außerdem stehen die Verbände vor der Herausforderung konträre oder gegnerische Interessen bei der eigenen Interessenarbeit zu berücksichtigen:

„Ein schönes Beispiel ist hier die Gleichstellung der Ehe, wo die Unterschiede sehr deutlich werden. Natürlich wissen wir wer da Lobbyarbeit dagegen macht: Das ist vor allem die katholische Kirche. Und dann müssen wir natürlich nicht nur Argumente dafür haben, warum wir eine Gleichstellung wollen, sondern warum es nicht der richtige Ansatz ist sie nicht zu wollen. Das muss man da natürlich immer mitberücksichtigen. Und das macht es dann auch oftmals richtig schwer, weil man nicht immer weiß, wer sozusagen der andere ‚Flüsterer‘ im politischen Geschäft ist“ (Exp1: 302-308).

Daher versuchen Lesben- und Schwulenverbände „gemeinsame Ebenen [auch] mit schwierigen Gesprächspartnern zu finden“ (Exp3: 356-357), um auf Grundlage von Kooperations- oder Koalitionspartnerschaften Zugang wie auch Einfluss auf die betriebene Familienpolitik zu erhalten (Exp3: 357-370, Exp3: 376-387). Jedoch zeigt sich, dass aufgrund der Vielzahl unterschiedlicher Akteure und Interessen, die mit einer heterogenen Akteursszene einhergehen, Kooperations- als auch Koalitionsbeziehungen deutlich schwieriger zu erzielen sind. Folglich bleibt festzuhalten, dass sich die Diversität der familienpolitischen Akteursszene negativ auf die Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden auswirkt. So führt die Vielzahl von Akteuren und Interessen zu ungünstigen Zugangs- als auch Einflusschancen von Lesben- und Schwulenverbänden und kann somit als wesentliche Ursache für ihre systematische Benachteiligung angesehen werden.

5.3. Interessenlage

Von der Diversität der Akteurskonstellation ist die Interessenkonstellation abzugrenzen. Damit ist zunächst die Interessenlage gemeint – sprich der Grad an Ausdifferenzierung und Polarisierung von Interessen im Politikfeld. Und zwar ebenfalls auf aggregierter Ebene. D.h. es wird nicht für jeden einzelnen Akteur ein Interessenprofil erfasst, sondern aus der jeweiligen Akteursgruppe abgeleitet. Somit ergibt sich aus der Natur der Akteurskonstellation ein charakteristisches Bild der Interessenlage im Politikfeld (vgl. Krick 2013: 110). Es geht als vielmehr allein darum, die situativ gegebene Interessenkonstellation, verstanden als Ausdruck der situativ vorgegebenen Interessenlage, abzuschätzen. Verbände müssen diese Interessenkonstellation kennen, um (politisch) erfolgreich Interessen artikulieren und vermitteln zu können. Denn es kann davon ausgegangen werden, dass selbst ressourcenstarke und einflussreiche

Akteure politische Niederlagen erleiden, wenn die Interessenkonstellation ungünstig ist (vgl. Winter 2001: 226).

Aus der Akteurskonstellation ergeben sich je nach spezifischen Interessen und/oder politischer Ausrichtung der Akteure plurale Interessenlagen. So können die unterschiedlichen Interessen homogen und somit leicht zu vereinen sein. Oder sie können heterogen und nur schwer miteinander in Einklang zu bringen sein (vgl. Schneider/Janning 2006: 68). Vor diesem Hintergrund lässt die Akteurskonstellation einer heterogenen Gruppe eine eher diverse und konfligierte Interessenkonstellation vermuten. In diesem Zusammenhang kann davon ausgegangen werden, dass aufgrund der Heterogenität der familienpolitischen Akteursszene die Interessenlage als divers und folglich heterogen angesehen werden kann. Diese Schlussfolgerung kann auch mittels der erhobenen Daten aus der schriftlichen Befragung bestätigt werden: So stimmt eine deutliche Mehrheit der Befragten (Mittelwert⁶⁸: 5,29) der Aussage zu, dass die Interessenlage zwischen den beteiligten Akteuren stark heterogen geprägt ist. Hier stimmen zwei Befragte (9,52%) dieser Aussage *eher zu*, eine klare Mehrheit von elf Befragten (52,36%) *stimmt zu* und sogar acht Befragte (38,08%) *stimmen voll und ganz zu*. Aufgrund der Vielzahl heterogener Interessen ergibt sich eine komplexe Systemumwelt, die auf die Artikulation und Vermittlung verbandlicher Interessen einwirkt. Für die Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden bedeutet dies, dass „umso mehr Interessen vorhanden sind, desto schwerer wird es [die eigenen Interessen] auch erfolgreich zu artikulieren und durchzusetzen“ (Exp2: 217-218). So wirkt sich die Vielzahl ressourcenstarker und konfliktfähiger Interessen insofern negativ auf die Interessenvertretung aus, als dass die vorliegenden Interessen nur schwer miteinander in Einklang zu bringen sind und weniger starke Interessen ausschließen. Deshalb betonen die befragten Experten vor allem die Notwendigkeit von Kooperations- und Koalitionspartnerschaften mit anderen Akteuren, um über ein ‚gemeinsames Interesse‘, die eigenen Interessen erfolgreich in den familienpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess einbringen zu können (Exp3: 392-397).

Bisher wurde nur der Grad an Ausdifferenzierung von Interessen im Politikfeld näher betrachtet. Dabei stellt sich jedoch die Frage: Welche Interessen sich (politisch) erfolgreich artikulieren und vermitteln lassen? In diesem Zusammenhang scheint zunächst die Art der Interessenbegründung bedeutsam. So lassen sich nach Ansicht der

⁶⁸ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

Befragten funktional begründete Interessen einfacher artikulieren und vermitteln als wertbezogene oder moralisch begründete Interessen: Demnach stimmt eine deutliche Mehrheit der Befragten (Mittelwert⁶⁹: 2,19) der Aussage nicht zu, dass wertbezogene oder moralisch begründete Interessen einfacher zu artikulieren und vermitteln sind. Hier stimmen zwei Befragte (9,52%) dieser Aussage *überhaupt nicht zu*, eine klare Mehrheit von 13 Befragten (61,88%) *stimmt nicht zu* und nur sechs Befragte (28,56%) *stimmen eher nicht zu*. Wohingegen die Mehrheit der Befragten (Mittelwert⁷⁰: 3,95) der Aussage eher zustimmt, dass funktional begründete Interessen einfacher zu artikulieren und vermitteln sind. In diesem Fall stimmen drei Befragte (14,28%) dieser Aussage *eher nicht zu*, die große Mehrheit von 16 Befragten (76,16%) *stimmt eher zu* und zwei Befragte (9,52%) geben ihre *Zustimmung* an. Dies hat seine Ursache u.a. in der Gestaltung der Rahmenbedingungen von Interessenvermittlungsstrukturen in denen nicht Wertbezug, sondern primär Nutzenkalküle die Basis von Handlungsorientierung bilden. Daher ist es in wertpluralen Gesellschaften einfacher funktional begründete Interessen zu artikulieren und zu vermitteln (vgl. Gerlach 2009: 102). In der Praxis betrifft dies vor allem Interessen die Kinder (Exp1: 333-340), Senioren (Exp1: 340-343) als auch die breite Mehrheit (Exp2: 205-209) betreffen. Dennoch bleibt ihre Durchsetzungsfähigkeit insgesamt eher gering. Vielmehr zeigt sich, dass in den letzten Jahren ökonomisch begründete Interessen in der Familienpolitik an Bedeutung und Einfluss gewonnen haben. Dies gilt insbesondere für die spezielle Interessengruppe der Sozialpartner, d.h. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften (vgl. Ahrens 2012: 75).

Im Hinblick auf die vertretenen Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden kann hingegen festgestellt werden, dass diese wesentlich schwerer zu artikulieren wie auch zu vermitteln sind und als Folge dessen zumeist unberücksichtigt bleiben (Exp2: 210). Dies hängt insbesondere mit dem Allgemeinheitsgrad der vertretenen Interessen zusammen. So sind die Artikulations- und Vermittlungschancen primär vom spezifischen Interesse bzw. politischen Forderung abhängig. Allerdings lassen sich allgemeine Interessen und Forderungen wesentlich schwieriger in praktisches Handeln überführen als spezielle bzw. konkrete Anliegen. Daher artikulieren und vermitteln Lesben- und Schwulenverbände allgemeine Interessen heute schwerpunktmäßig aus einer gleichheits- und gerechtigkeitspolitischen Sicht, wie ein befragter Experte am Thema rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften deutlich macht:

⁶⁹ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

⁷⁰ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

„Bei unserem Thema – die Öffnung der Ehe, ist das Problem, dass vielen Leuten noch nicht klar ist, dass es noch keine Gleichstellung gibt. [...] Die meisten glauben es sei ja längst alles gleich. Daher ist es ja so besonders schwierig: Wenn man die Menschen aufklärt, empört das die meisten. Aber man muss hier erst einmal aufklären, um deutlich zu machen das da noch ein Problem ist“ (Exp3: 400-407).

Daher sind allgemeinpoltische Interessen auch nur sehr schwer durchzusetzen. Zielen politische Interessen jedoch auf konkrete und sachbezogene Forderungen, steigen ihre Artikulations- und Vermittlungschancen. Aus diesem Grund spielt das Abstraktionsniveau von Interessen eine entscheidende Rolle bei der Interessenarbeit, wie das folgende Exempel zeigt:

„Es gibt da z.B. seit kurzem auch einen Bundesverband Schwul-Lesbischer Senioren, der auch durch das Bundesfamilienministerium gefördert wird und da war es auch sehr leicht in das Familienministerium zu kommen, da sie konkrete Fragen von Senioren vorgetragen haben. Diese Fragen waren nicht abstrakt, sondern konkret greifbar“ (Exp1: 86-90).

Neben dem Grad an Ausdifferenzierung wird die Interessenlage eines Politikfelds auch durch ihren Grad an Polarisierung von Interessen gekennzeichnet. Von Polarisierung spricht man, wenn sich eine Gruppe von Menschen bzw. Akteuren in zwei Lager o.Ä. aufspaltet, deren Mitglieder etwa zu einem umstrittenen Einstellungsobjekt einen entgegengesetzten Standpunkt vertreten. In diesem Fall kommen Gegensätze deutlich zum Vorschein und Zwischenpositionen bleiben in der absoluten Minderheit. Somit trägt Polarisierung einerseits zur Verdeutlichung der Unterschiede bei - also zu ihrer leichteren Verständlichkeit. Und verstärkt andererseits die Spannungen zwischen den Akteuren (vgl. Huinink 2002: 47). Insbesondere in ihrer Entstehungszeit war die deutsche Familienpolitik durch starke normative bzw. weltanschauliche Polarisierung gekennzeichnet (Gerlach 2005: 77). Wie bereits oben herausgearbeitet werden konnte, spielen noch heute normative bzw. traditionelle Leitvorstellungen hinsichtlich Lebens- und Familienformen eine wichtige Rolle. In diesem Zusammenhang kann angenommen werden, dass die entsprechenden Leitbilder der familienpolitischen Akteure insofern zu Polarisierungseffekten führen, als das erhebliche Meinungsunterschiede in den Interessenlagen der Akteure bestehen. Dies zeigen auch eindeutig die Ergebnisse der schriftlichen Befragung: So stimmt eine große Mehrheit der Befragten (Mittelwert⁷¹: 5,33) der Aussage zu, dass zwischen den Akteuren eine erhebliche Polarisierung hinsichtlich der Meinungen und Urteile über unterschiedliche Lebens- und Familien-

⁷¹ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

formen besteht. Hier stimmen drei Befragte (14,28%) dieser Aussage *eher zu*, acht Befragte (38,08%) *stimmen zu* und eine klare Mehrheit von zehn Befragten (47,6%) *stimmt voll und ganz zu*. Auffällig sind insbesondere die überdurchschnittlich hohen Zustimmungswerte der befragten Verbandsvertreter von Lesben- und Schwulenverbände. Dies kann als Hinweis darauf angesehen werden, dass ihre Interessen und Forderungen in besonderem Maße von Polarisierungseffekten betroffen sind. Auch die befragten Experten sehen konkrete Polarisierungseffekte im Politikfeld:

„Und sie sind immer – so habe ich das Gefühl, sehr persönlich motiviert. Weil Familie doch auch immer etwas sehr Individuelles ist, was es umso schwerer macht einen Konsens zu finden. Der Reflex, dass man das eigene und gelebte Familienbild nicht hinterfragen möchte ist natürlich groß. Und er schlägt sich auch bei dem abgeklärtesten Politiker immer wieder durch“ (Exp1: 325-330).

Familienpolitik kann bestimmte Lebens- bzw. Familienformen direkt oder indirekt begünstigen. In diesem Zusammenhang polarisiert Familienpolitik die Bevölkerung, indem sie die Interessen bestimmter Lebens- bzw. Familienformen fördert. Andere hingegen bleiben benachteiligt oder werden gar behindert. Hinsichtlich der vertretenen Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden zeigt sich, dass diese erheblich polarisieren und als Folge dessen meist unberücksichtigt bleiben (Exp3: 411-418). Vor diesem Hintergrund wirken sich Polarisierungseffekte negativ auf die Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden aus, so dass die polarisierten Meinungen über Familie und Ehe die Artikulation wie auch Vermittlung von Interessen erschweren. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn sich Verbandsvertreter von Lesben- und Schwulenverbänden mit divergenten Meinungen konfrontiert sehen. Ein Interviewpartner berichtet von seinen Erfahrungen:

„Ich erlebe das ja auch immer wieder, wenn es einfach jemand nicht für wichtig erachtet oder als skurril wahrnimmt, dass bei bestimmten Themen auch Lesben und Schwule eine Rolle spielen und ihre eigene Meinung dazu haben. Dann kommt man da nicht weiter. Und ich hatte auch schon auf Landesebene einige Arbeitsgruppen, wo es sehr deutlich wurde. Da sitzt z.B. ein Vertreter vom Sportministerium, der einfach keine Lust auf das Thema hat, und da wirst du nichts bewegen. Da helfen auch die besten Argumente nichts“ (Exp1: 362-368).

Zum Schluss kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass die politikfeldspezifische Interessenlage als divers und folglich heterogen angesehen werden kann. Die unterschiedlichen Interessen sind nur schwer miteinander in Einklang zu bringen, so dass weniger starke Interessen ausgeschlossen bleiben. Besonders die vertretenen Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden bleiben in Folge von Ausdifferenzierungs- und Polarisierungseffekten im Politikfeld zumeist unberücksichtigt.

5.4. Beziehungsverhältnis

Zur Interessenkonstellation zählt neben der politikfeldspezifischen Interessenlage auch das Beziehungsverhältnis der Akteure und zwar ebenfalls auf aggregierter Ebene. Mit dem Begriff Beziehungsverhältnis soll die über das gesamte Politikfeld kennzeichnende Beziehungsstruktur bezeichnet werden, die durch die Akteurskonstellation wie auch Interessenlage im Politikfeld charakterisiert wird. So können etwa höchst divergente Interessen zwischen den Akteuren zu Konkurrenz in einem politischen Entscheidungsprozess führen, während durch Kooperationen der Einfluss maximiert werden kann. Andererseits können aber auch Einflussmuster zwischen den Akteuren zu Spannungen im Kooperationsverhältnis führen und sich negativ auf die Artikulation wie auch Vermittlung von Interessen auswirken. Oft wechselt aber dieses Beziehungsverhältnis von Entscheidungsfrage zu Entscheidungsfrage, weil die gleichen Gruppen veränderte Interessen haben oder neue Gruppen hinzutreten. Aus diesem Grund sind Aussagen über ein strukturelles, verschiedene Zeiträume und Themenfelder übergreifendes Beziehungsverhältnis zwischen den Akteuren aus forschungsökonomischer Sicht kaum möglich (vgl. Winter 2008: 59). Daher wird nachfolgend ausschließlich das schwerpunktmäßig vorherrschende Beziehungsverhältnis der Akteure auf aggregierter Ebene betrachtet. Da sich die Interessen der Akteure in einem Umfeld bewähren müssen, dass von einer heterogenen Akteursszene und erheblichen Interessenunterschieden gekennzeichnet ist, kann davon ausgegangen werden, dass die widerstreitenden Interessen keinen Anreiz für Kooperationen bieten und daher das Beziehungsverhältnis vor allem durch Konkurrenz und Konflikte geprägt ist. Denn eine Kooperation von Akteuren ist nur dann wahrscheinlich, wenn diese einen ähnlichen funktionellen und/oder inhaltlichen Hintergrund aufweisen.

Auf Grundlage der vorliegenden Daten kann das Beziehungsverhältnis der familienpolitischen Akteure insgesamt als konkurrenz- und konfliktgeladen angesehen werden: So stimmt die klare Mehrheit der Befragten (Mittelwert⁷²: 4,52) der Aussage zu, dass das Verhältnis zwischen den nicht-staatlichen Akteuren durch Konkurrenz gekennzeichnet ist. In diesem Fall stimmen drei Befragte (14,28%) der Aussage *eher nicht zu*, sechs Befragte (28,56%) *stimmen eher zu*, zehn Befragte (47,6%) *stimmen zu* und zwei Befragte (9,52%) stimmen sogar *voll und ganz zu*. Die Folgen von Konkurrenz zwischen den Akteuren äußern sich oft in einer verschärften Konfliktintensität ihrer Beziehungen. Das zeigen auch die vorliegenden Ergebnisse: Wenn auch etwas

⁷² Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

schwächer stimmt eine große Mehrheit der Befragten (Mittelwert⁷³: 4,1) der Aussage zu, dass das Verhältnis zwischen den nicht-staatlichen Akteuren durch Konflikte gekennzeichnet ist. Hier geben jeweils zwei Befragte (je 9,52%) an der Aussage *nicht* oder *eher nicht zuzustimmen*, eine deutliche Mehrheit von elf Befragten (52,36%) *stimmt eher zu*, vier Befragte (19,04%) *stimmen zu* und zwei Befragte (9,52%) *stimmen voll und ganz zu*. Im Vergleich dazu scheinen Kooperationen zwischen den Akteuren nur eine untergeordnete Rolle zu spielen: So stimmt die Mehrheit der Befragten (Mittelwert⁷⁴: 3,43) der Aussage eher nicht zu, dass das Verhältnis zwischen den nicht-staatlichen Akteuren durch Kooperation gekennzeichnet ist. Die Verteilung zeigt, dass ein Befragter dieser Aussage *nicht zustimmt*, eine klare Mehrheit von elf Befragten (52,36%) *eher nicht zustimmt*, acht Befragte (38,08%) *eher zustimmen* und nur ein Befragter *zustimmt*. Auffällig sind die vergleichsweise niedrigen Zustimmungswerte der befragten Verbandsvertreter von Lesben- und Schwulenverbänden. Dies war jedoch aufgrund der oben schon angeführten Expertenaussagen hinsichtlich der Koalitions- und Kooperationsfähigkeit im Politikfeld zu erwarten.

Dass es insbesondere zwischen den beteiligten Interessenverbänden in einem Politikfeld verstärkt zu Wettbewerb kommt dürfte unbestritten sein. Denn sowohl der Wettbewerb, in dem mehrere Organisationen um die gleiche soziale Gruppe als Mitglieder werben, als auch in dem mehrere Organisationen in einem politischen Entscheidungsprozess gegensätzliche Interessen repräsentieren und diese versuchen durchzusetzen, induziert Konkurrenz. Die Interessenvertretungen die weder konkurrierende Organisationen bei der Mobilisierung von Mitgliedern haben noch bei der Vermittlung ihrer Interessen in einem politischen Entscheidungsprozess mit gegensätzlichen Interessen konkurrieren besitzen größere Durchsetzungschancen ihrer Interessen, da sie ohne Konkurrenz sind (Hackenbroch 1998: 85). Diese Konkurrenzsituation erhöht die Spannungen zwischen den konkurrierenden Organisationen und kann Konflikte hervorrufen. Gleichzeitig impliziert die Existenz von Konkurrenz jedoch nicht notwendigerweise einen Interessenkonflikt und kann unter Umständen sogar verteilungsneutral sein (Weßels 2007: 100). Die Entstehung eines Konflikts setzt daher voraus, dass mindestens zwei unvereinbare Positionen bzw. Interessenlagen miteinander konfrontieren. D.h. es müssen zumindest zwei Konfliktparteien beteiligt sein (Bonacker 2009: 185). Aus

⁷³ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

⁷⁴ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

diesem Grund wird nun das Beziehungsverhältnis zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden und den anderen beteiligten Akteuren im Politikfeld genauer untersucht. Dazu wird zunächst das Koalitions- als auch Kooperationsverhältnis näher betrachtet, da vergleichbare Studien gezeigt haben, dass die Durchsetzungschancen zentraler Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden maßgeblich auf der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen beruhen (ausführlich siehe Haider-Markel 2000).

Das Beziehungsverhältnis zu den nicht-staatlichen Akteuren wird von den befragten Experten sehr unterschiedlich beschrieben. Zwar gehen die Experten zunächst auf die Vorteile von Koalitions- und Kooperationsbeziehungen ein – etwa auf die damit verbundenen größeren Durchsetzungschancen (z.B. Exp1: 265-268, Exp3: 469-478), jedoch betonen sie auch sehr deutlich die Hindernisse von Koalitionen bzw. Kooperationen im Politikfeld. So verweist der Verbandsvertreter der BKSL darauf, dass zwischen seinem Verband und anderen Organisationen im Politikfeld kaum Zusammenarbeit stattfindet (Exp1: 376). Gewiss gebe es Akteure, die sich mit den Interessen von Lesben und Schwulen auseinandersetzen und diese auch aktiv befördern. Allerdings seien solche Bemühungen meist temporär und kaum wirkungsvoll. Zudem scheitern (politisch) erfolgreiche und dauerhafte Koalitions- und Kooperationspartnerschaften an den innerverbandlichen Voraussetzungen wie auch an den zur Verfügung stehenden Ressourcen der BKSL (Exp1: 258-265). So hat die BKSL weder eine eigenständige bürokratisch-administrative Struktur auf Bundesebene noch die finanziellen und personellen Ressourcen, um Koalitions- und Kooperationsbeziehungen im Politikfeld aufzubauen. Aber auch für Lambda spielt die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen nur eine untergeordnete Rolle. Während der Verband mit anderen Organisationen abseits der politischen Interessenvertretung kooperiert, finden Koalitions- oder Kooperationsbeziehungen im Hinblick auf die Artikulation und Vermittlung von Interessen nur zwischen Lambda und dessen Anschlussverband, dem Deutschen Bundesjugendring, statt (Exp2: 382-384). Wesentliche Gründe dafür liegen zum einen in den spezifischen Interessen von homosexuellen Jugendlichen, die kaum koalitions- oder kooperationsfähig im Politikfeld sind. Zum anderen scheitern Koalitionen oder Kooperationen an den zur Verfügung stehenden finanziellen und personellen Ressourcen von Lambda (Exp2: 223-224). Demgegenüber ist das Spektrum der Zusammenarbeit zwischen dem LSVD und anderen Organisationen im Politikfeld wesentlich größer. So kooperiert der Verband mit zivilgesellschaftlichen Gruppen – wie

dem Deutschen Frauenrat oder Wohlfahrtsverbänden, aber auch mit Menschenrechtsorganisationen oder Bürgerrechtsvereinigungen (Exp3: 685-687). Zudem gebe es auch gemeinsame ‚Ansatzpunkte‘ mit konservativgeprägten Organisationen – wie etwa aus dem Umfeld der katholischen Kirche, in Menschenrechtsfragen zusammenzuarbeiten (Exp3: 153-163). Insgesamt beschreibt der Interviewpartner das Beziehungsverhältnis wie folgt:

„Ich würde sagen das ist ein kritisches Interesse. Manchmal ist es auch freundliches Desinteresse. Aber kritisches Interesse trifft glaube ich eher zu, weil man natürlich immer sehen muss, wer uns bei der Multiplikation unserer Interessen und Ziele behilflich sein kann und wer ist dabei eher hinderlich“ (Exp3: 421-424).

Die Analyse des Beziehungsverhältnisses im Politikfeld zeigt eindeutig, dass von einem (politisch) erfolgreichen und dauerhaften Koalitions- oder Kooperationsverhältnis zwischen Lesben- und Schwulenverbänden und anderen Akteuren bzw. Organisationen im Politikfeld nur vereinzelt gesprochen werden kann. So pflegt ausschließlich der LSVD Koalitions- oder Kooperationsbeziehungen im Politikfeld. BKSL und Lambada hingegen sind kaum in der Lage mit anderen nicht-staatlichen Akteuren dauerhaft zusammenzuarbeiten. Die Gründe hierfür sind bei den jeweiligen Verbänden und deren Ressourcenausstattung wie auch Organisationsstruktur zu suchen. Somit konnten auch hier erneut Asymmetrien zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden herausgearbeitet werden, insofern die Koalitions- und Kooperationsfähigkeit der Verbände unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Zudem haben die Ergebnisse oben gezeigt, dass das Koalitions- und Kooperationsniveau insgesamt als gering ausgeprägt angesehen werden kann. Vielmehr zeichnet sich das Beziehungsverhältnis der Akteure vor allem durch Konkurrenz und Konflikte aus. Daher wird in einem nächsten Schritt die politikfeldspezifische Konfliktkonstellation eingehender untersucht.

5.5. Konfliktkonstellation

Es ist oft betont worden, dass sich das Beziehungsverhältnis im Politikfeld vor allem durch Konflikte auszeichnet. Derartige Konflikte wurden bislang auf die heterogene bzw. diverse Akteurs- und Interessenkonstellation zurückgeführt. Familienpolitik ist in ihrer inhaltlichen Ausgestaltung eng mit Entscheidungen über gesellschaftliche bzw. familiäre Leitvorstellungen verknüpft. Dies gilt insbesondere bei Fragen über gesellschaftliche Grundwerte - ein Umstand der vor allem bei Themen wie der Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften mit der Ehe oder dem Adoptionsrecht

für homosexuelle Paare zu beobachten ist. So sind familienpolitische Entscheidungen weniger durch eine an rationaler Problemlösung orientierten Argumentation, sondern vielmehr durch gegensätzliche normative Wertvorstellungen geprägt. Entscheidend ist in diesem Fall, dass durch die divergenten Wertvorstellungen der Akteure ein grundsätzlicher Wertkonflikt zutage tritt. Wobei die konträren Positionen der Akteure aufeinanderprallen. Für die involvierten Konfliktparteien gibt es nur ein ‚richtig‘ oder ‚falsch‘ aber keinen Mittelweg zwischen den Positionen (vgl. Heichel/Knill 2013: 58). D.h. Voraussetzung für die Entstehung eines Wertkonflikts ist, dass mindestens zwei unvereinbare Positionen bzw. Interessenlagen miteinander konfrontieren und „darum kämpfen, dass ihre jeweiligen Wertvorstellungen im Gesetz Ausdruck finden“ (Heichel et al. 2015: 35). Wertkonflikte sind somit in erste Linie Auseinandersetzungen um die Interpretation und den Geltungsbereich gesellschaftlicher Normen. Mit dem Ziel der Veränderung oder Bewahrung der bestehenden Normen (vgl. Kepplinger 2009: 29). Bezogen auf den vorliegenden Untersuchungsgegenstand kann angenommen werden, dass es sich bei den vertretenen Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden – allen voran bei der rechtlichen Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften mit der Ehe wie auch dem Adoptionsrecht für homosexuelle Paare, um Wertkonflikte hervorrufende Themen im Politikfeld handelt. Dies betrifft vor allem die Konfliktlinie zwischen einer *traditionellen* Familienauffassung, mit der Priorität für traditionelle Familienformen, versus einer *modernen* bzw. *gesellschaftsliberalen* Auffassung von Familie, die auch gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften umfasst.

Zur Analyse der Konfliktkonstellation im Politikfeld wurden zunächst auf Grundlage der schriftlichen Befragung sogenannte ‚Interessenprofile‘ der Befragten erstellt. Dazu wurden den Befragten drei zentrale Aussagen zur gegenwärtigen Debatte um die Gleichstellung von homo- und heterosexuellen Paaren vorgelegt, denen sie mehr oder weniger zustimmen konnten. Die Positionen eines Akteurs zu den Aussagen können dann als Interessenprofil dargestellt werden und die Gesamtheit der unterschiedlichen akteurspezifischen Interessenprofile ergibt dann die Konfliktkonstellation im Politikfeld (zur Methode siehe ausführlich Schneider 2009: 200 ff.). Die einfachste Konfliktkonstellation liegt vor, wenn die befragten Akteure dabei unterschiedliche Interessenprofile aufweisen und/oder sich je an den beiden Skalenendpunkten positionieren. In diesem Zusammenhang wird angenommen, dass sich an den unterschiedlichen Interessenprofilen der Befragten politikfeldspezifische Konfliktlinien hinsichtlich ihrer

Familienauffassungen erkennen lassen. Im vorliegenden Fall sind vor allem konfessionell bzw. weltanschaulich gebundene Organisationen – wie etwa die konfessionellen Wohlfahrts- oder Familienverbände, sowie Vertreter konservativer der Parteien – insbesondere von CDU/CSU, von besonderem Interesse. Ihnen kann primär eine *traditionelle* Familienauffassung zugesprochen werden, weshalb eine ablehnende Haltung in der Gleichstellungsfrage von Lebenspartnerschaft und Ehe zu erwarten ist. Allerdings zeigen die vorliegenden Daten, dass fast alle Befragten über vollkommen identische Ausprägungen verfügen. So stimmt nahezu jeder Befragte der Aussage voll und ganz zu, dass eingetragene Lebenspartnerschaften gegenüber der Ehe rechtlich gleichgestellt werden sollten (Mittelwert⁷⁵: 5,95). Auch die Forderung, dass homosexuelle Paare in eingetragenen Lebenspartnerschaften gemeinsam Kinder adoptieren dürfen findet ebenfalls eine sehr breite Zustimmung unter den Befragten (Mittelwert⁷⁶: 5,95). In beiden Fällen stimmt jeweils ein Befragter den Aussagen *zu* und die restlichen 20 Befragten (je 95,2%) *stimmen voll und ganz zu*. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei der dritten Aussage: Dass neue Gesetzesinitiativen durch weitere Maßnahmen der Förderung von Gleichstellung und Akzeptanz von Homosexuellen ergänzt werden sollten, findet ebenfalls eine sehr große Zustimmung unter den Befragten (Mittelwert⁷⁷: 5,9). Dieser Aussage stimmen zwei Befragte (9,52%) *zu* und 19 Befragte (90,44%) *voll und ganz zu*. Was also die Konfliktintensität ihrer Beziehung bzw. die Sichtbarkeit von Konfliktlinien angeht, scheint die Analyse mittels Interessenprofile der Akteure kaum fruchtbar zu sein. Dies kann an zwei wesentlichen Ursachen liegen, die dem Untersuchungsgegenstand bzw. -design der vorliegenden Arbeit geschuldet sind: Erstens, die möglicherweise vorhandene Tendenz der Befragten ihre Positionen zu den Aussagen in Richtung der vermuteten sozial erwünschten Antwort bzw. Zustimmung zu äußern. Dieser Effekt tritt in empirischen Untersuchungen häufig im Zusammenhang mit sensiblen und/oder kontrovers diskutierten Fragen auf, um ein wünschenswertes Bild von sich zu vermitteln. Oder zweitens, an der vorliegenden Befragung haben nur solche Personen bzw. Akteure teilgenommen, die jeweils unterstützende Positionen zu den vorgegebenen Aussagen einnehmen. D.h. die Übereinstimmungen in den Interessenprofilen können darauf zurückgeführt werden, dass die Befragten gleiche oder ähnliche Interessenprofile aufweisen und daher auf der gleichen Konfliktlinie positioniert sind.

⁷⁵ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

⁷⁶ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

⁷⁷ Legende: 1 = stimme überhaupt nicht zu ... 6 = stimme voll und ganz zu

Aufgrund dieser wenig aussagekräftigen Befunde wurde in einem zweiten Schritt die politikfeldspezifische Konfliktkonstellation mittels der Experteninterviews ermittelt. Folglich konnten die zentralen Konfliktparteien und deren Konfliktpositionen ermittelt werden: Hinsichtlich der Konfliktparteien identifizieren die befragten Experten vier Akteure, die als wesentliche Fürsprecher der vertretenen Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden angesehen werden können. Hierzu zählen Wohlfahrtsverbände (Exp1: 386-387), weite Teile der Evangelischen Kirche in Deutschland (Exp3: 378-379), Parteien des Mitte-Links-Spektrums - d.h. DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und SPD (Exp2: 227-229) sowie der Deutsche Bundesjugendring (Exp2: 230-232, Exp2: 293-295). Besonders der Bundesjugendring spielt für die Interessenvertretung von Lambda eine wichtige Rolle, da dieser der einige Kooperationspartner hinsichtlich der politischen Interessenarbeit des Verbands darstellt. Demgegenüber führen die befragten Experten aber auch vier Akteure an, die sie als Widersprecher ansehen. So seien vor allem Parteien des Mitte-Rechts-Spektrums – besonders CDU/CSU (Exp1: 389-390, Exp3: 449-451) und AFD (Exp3: 430-432) sowie weite Teile der Katholischen Kirche in Deutschland (Exp2: 237-239) als Widersprecher zu den vertretenen Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden zu beurteilen. Zudem werden traditionell-religiöse Bürgerinitiativen (Exp1: 378-384, Exp2: 39) als Widersprecher angesehen – wie etwa die *Initiative Besorgte Eltern*, ein Bündnis gegen die Thematisierung gleichgeschlechtlicher Liebe im Sexualkundeunterricht. Außerdem treten auch rechts-konservative bzw. rechtspopulistische Organisationen (Exp2: 240-241, Exp3: 432-440) – wie *PEGIDA*, als Widersprecher auf. Vor allem die beiden letzteren werden diesbezüglich besonders kritisch beurteilt. Die folgende Aussage eines Experten verdeutlicht diese Einschätzung exemplarisch:

„Die wollen ja an vielen Stellen das Rad zurückdrehen und nicht nur was jetzt unsere Politik betrifft. Dann merkt man schon, dass aus solchen Kreisen ein gewisser Einfluss ausgeht. Da gibt es viele, die auch bei der Union zugange sind. [...] Dann merkt man natürlich schon, dass sich da Familienbilder von denen dann doch ganz fundamental von uns unterscheiden“ (Exp1: 380-384).

Letztlich sei es jedoch wichtig solche Gegenbilder zur Kenntnis zu nehmen, „weil die Welt – wenn man die Szeneviertel Berlins verlässt, nun doch nicht so heil ist wie man das gerne annimmt“ (Exp3: 438-440).

Im Hinblick auf die Analyse charakteristischer Konfliktpositionen innerhalb des Politikfelds identifizieren die befragten Experten zwei zentrale Konfliktthemen: Erstens, die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe. Und zweitens, die

Kontroverse um den Bildungsplan 2015. Vor allem hinsichtlich der Gleichstellung von Lebenspartnerschaft und Ehe geht es aus Sicht der Befragten nicht nur darum, die Ehe für Lesben und Schwule zu öffnen – zumal Lebenspartner schon heute in fast allen Rechtsbereichen mit Ehegatten gleichgestellt sind. Vielmehr geht es auch darum, als politische Akteure im Politikfeld wahrgenommen und ernstgenommen zu werden (Exp1: 395-398). In diesem Zusammenhang zeigt sich, dass auf politischer Ebene vor allem die Union als primäre Konfliktpartei angesehen werden kann, aufgrund des

„Desinteresses von Bedürfnissen einer so großen Bevölkerungsgruppe und es nicht greifbar wird was genau der Grund dafür ist. Das ist so schön mit Merkels Bauchgefühl beschrieben worden. Aber es ist für uns nicht greifbar was es ist. Warum man für uns diese Tür weiter verschlossen hält, obwohl mittlerweile auch das Bundesverfassungsgericht daran rüttelt“ (Exp1: 390-395).

Daneben kann auch die Katholische Kirche in Deutschland als wesentliche Konfliktpartei bei diesem Thema angesehen werden. So sei es auf gesellschaftlicher Ebene vor allem die katholische Kirche, die

„versucht ihr heiliges Institut der Ehe zu schützen [...]. Daher versuchen sie entsprechend dagegen zu agieren damit die Ehe nicht geöffnet wird, weil das nicht in ihr Familienbild und ihre Vorstellung von Ehe passt“ (Exp2: 247-251).

Ein weiteres zentrales Konfliktthema ist die bundesweite Debatte um den Bildungsplan 2015 der grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg, der ‚sexuelle Vielfalt‘ zum Unterrichtsgegenstand machen wollte. Hier zeige sich sehr deutlich die diskriminierende Grundhaltung einiger Akteure hinsichtlich verschiedener Formen des Zusammenlebens von und mit LGBT-Menschen (Exp3: 451-456). So fungieren sowohl traditionell-religiöse Bürgerinitiativen – im vorliegenden Fall ist das die sogenannte *Initiative Besorgte Eltern* (Exp2: 244-247), als auch CDU/CSU als wesentliche Konfliktparteien. In diesem Zusammenhang kann die Position der Union vor allem darauf zurückgeführt werden, dass „die schwarze, konservative Kernwählerschaft von der CDU offenbar in diesen Kreisen vermutet wird und sie deswegen auch Gegner dieser Fragestellung sind“ (Exp3: 449-51).

Abschließend kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass es sich bei den vertretenen Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden um Themen handelt, die Wertkonflikte zwischen den Akteuren hervorrufen. Dies betrifft allen voran die Forderungen der Verbände im Hinblick auf die Gleichstellung von Lebenspartnerschaft und Ehe. So können klare Konfliktlinien zwischen den Akteuren identifiziert werden: Auf der einen Seite Akteure, die eine *traditionelle* Familienauffassung mit der Priorität für die hetero-

sexuelle Ehe vertreten. Und auf der anderen Seite Akteure, die für eine *moderne* bzw. *gesellschaftsliberale* Auffassung von Familie eintreten. In diesem Zusammenhang hat die Analyse gezeigt, dass vor allem die Unionsparteien wie auch die Katholische Kirche in Deutschland als zentrale Konfliktparteien gewertet werden können, da sie eine Gegenposition in der Gleichstellungsfrage einnehmen. Durch ihre einflussreiche Stellung innerhalb der familienpolitischen Akteurskonstellation sind sie wesentlich stärker in der Lage ihre Positionen (politisch) erfolgreich zu artikulieren wie auch zu vermitteln. Dies mindert die Reformfähigkeit zusätzlich, da insbesondere die seit 2005 regierenden Unionsparteien weitere Liberalisierungsschritte in Richtung einer Öffnung der Ehe ablehnen. Außerdem hat die Analyse gezeigt, dass mit der Evangelischen Kirche in Deutschland, den Wohlfahrtsverbänden sowie den Parteien des Mitte-Links-Spektrums auch einflussreiche Akteure als Fürsprecher der Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden identifiziert werden können. Wobei jedoch das Koalitions- wie auch Kooperationspotenzial zwischen Lesben- und Schwulenverbänden und den ihnen nahestehenden familienpolitischen Akteuren insgesamt als gering bewertet werden kann. Folglich liegt die Artikulations- als auch Vermittlungsschwäche von Lesben- und Schwulenverbänden nicht nur in der politikfeldspezifischen Akteurs- und Interessenkonstellation, sondern auch in Folge des konfliktiven Beziehungsverhältnisses in der Konfliktkonstellation begründet. So konnte klar aufgezeigt werden, dass die vertretenen Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden Wertkonflikte hervorrufen und sich gegen die normativen Wertvorstellungen (politisch) einflussreicher Akteure bewähren müssen. Aufgrund der äußerst geringen Koalitions- wie auch Kooperationsmöglichkeiten von Lesben- und Schwulenverbänden mit ihnen nahestehenden Akteuren, sind sie nicht in der Lage sich zur Gegenseite zu positionieren bzw. auf diese einzuwirken.

5.6. Zwischenfazit

Auch an dieser Stelle kann zusammenfassend festgehalten werden, dass alle fünf untersuchten Indikatoren des zweiten Erklärungsfaktors als wesentliche Ursache für die Artikulations- und Vermittlungsschwäche von Lesben- und Schwulenverbänden identifiziert werden konnten. In diesem Fall wirkt sich die Struktur von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren auf ihre Beteiligung, Zusammensetzung sowie Interaktion aus. Das Ergebnis ist dann durch die Akteurs- und Interessenkonstellation im Politikfeld und somit wesentlich über die Macht- und Einflussverteilung bestimmt. Hinsichtlich der politikfeldspezifischen Akteurskonstellation konnte zunächst aufgezeigt werden, dass

Lesben- und Schwulenverbände über eine defizitäre Stellung bzw. Positionierung im Akteursgefüge verfügen. D.h. sie zählen zu den einflusssschwächsten Akteuren im Politikfeld. Dies kann maßgeblich auf ihre geringen Organisations- und Konfliktfähigkeit als auch der Spezifik ihrer vertretenen Interessen zurückgeführt werden. Zudem zeichnete sich die familienpolitische Akteutsszene vor allem durch ihre heterogene Zusammensetzung aus verschiedenen Akteursgruppen mit einer Vielzahl unterschiedlicher Interessen aus. In der Folge ist die Bandbreite der Einfluss nehmenden Akteure entsprechend groß. Vor diesem Hintergrund zeigte sich, dass vor allem jene Akteure einflussreich sind, die über eine vorteilhafte Verankerung im politischen System (Parteien, Kirchen), über die Verfügbarkeit bedeutender Ressourcen (Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften) und/oder über einen breiten repräsentierten Interessenbereich (Wohlfahrts-, Familienverbände) verfügen. Demgegenüber bleiben Lesben- und Schwulenverbände aufgrund ihrer einflusssschwachen Stellung alles in allem unberücksichtigt oder werden gar ganz vom Politikfeld ausgeschlossen. Aufgrund der Diversität der familienpolitischen Akteursszene stellte sich die Interessenlage ebenfalls als divers bzw. heterogen dar. Hier sind die unterschiedlichen Interessen nur schwer in Einklang zu bringen, so dass weniger starke Interessen ausgeschlossen bleiben. Außerdem zeigten sich beachtliche Polarisierungseffekte hinsichtlich der Meinungen und Urteile über unterschiedliche Lebens- bzw. Familienformen zwischen den Akteuren. So polarisieren die vertretenen Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden erheblich und bleiben als Folge dessen unberücksichtigt. Dies hat auch Folgen für das Beziehungsverhältnis der Akteure. Aufgrund der heterogenen Akteurszene wie auch Interessenlage zeichnet sich das Beziehungsverhältnis vor allem durch Konkurrenz und Konflikte aus, während Kooperationsbeziehungen nur eine untergeordnete Rolle spielen. In diesem Zusammenhang sind sowohl Koalitions- als auch Kooperationspartnerschaften zwischen den beteiligten gesellschaftlichen Akteuren und Lesben- und Schwulenverbänden aufgrund unterschiedlicher funktioneller wie auch inhaltlicher Hintergründe insgesamt mehr oder weniger äußerst schwach ausgeprägt. Vor diesem Hintergrund wurde abschließend die Konfliktkonstellation im Politikfeld näher untersucht. Hier konnte das konfliktiv geprägte Beziehungsverhältnis vor allem darauf zurückgeführt werden, dass die vertretenen Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden grundsätzliche Wertkonflikte hervorrufen. Wie im vierten Kapitel ausführlich dargelegt, wird das Politikfeld stark von gesellschaftlichen Leitvorstellungen im Hinblick auf Ehe und Familie der beteiligten Akteure geprägt. In der Folge

müssen sich daher die vertretenen Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden gegen die normativen Wertvorstellungen gegnerischer wie auch (politisch) einflussreicher Akteure bewähren. Ihre Artikulations- und Vermittlungschancen schmälern sich erheblich. Wie die Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse zeigte hat, bedingen sich die hier untersuchten Indikatoren zum Teil sehr stark oder bauen aufeinander auf. Daher muss auch an dieser Stelle die erhebliche Kausalität zwischen den untersuchten Indikatoren betont werden.

6. Strategien und Instrumente von Lesben- und Schwulenverbänden

Der politische Einfluss verbandlicher Interessen beruht neben politikfeldspezifischen Faktoren maßgeblich auf den strategischen Optionen, über die Verbände bei der politischen Interessenvertretung verfügen (Willems/Winter 2007: 35). In diesem Zusammenhang kann davon ausgegangen werden, dass die zur Verfügung stehenden Strategien und Instrumente zu einem spezifischen Muster der Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden führen. Allerdings sind die strategischen Orientierungen im Wesentlichen davon abhängig, welche Ressourcen und Strukturen den Verbänden zur Verfügung stehen. Demnach addieren sich die Ressourcen wie auch die spezifischen Verbands- und Kontaktstrukturen zu Strategieoptionen von Lesben- und Schwulenverbänden. Wobei ein Mangel an Ressourcen oder defizitäre Strukturen jedoch spezifische Strategieprobleme aufwerfen. Denn zunächst ist hier die grundsätzliche Entscheidung zu treffen, ob und wie die knappen Mittel eingesetzt werden sollen (vgl. Winter/Willems 2000: 19). Aus diesem Grund werden nachfolgend die zur Verfügung stehenden Ressourcen sowie die Verbands- und Kontaktstrukturen von Lesben- und Schwulenverbänden untersucht, um anschließend ihren Strategie- und Instrumenteinsatz analysieren und diskutieren zu können. Diesem Vorgehen liegt die Annahme zu Grunde, dass sich sowohl die Ressourcenknappheit als auch strukturelle Defizite im Strategie- und Instrumenteinsatz der Verbände erkennen lassen und somit wesentlich zur Artikulations- und Vermittlungsschwäche beitragen.

6.1. Ressourcen

Zu den *klassischen* Ressourcen von Interessenverbänden zählen vor allem die Organisations- und Konfliktfähigkeit. So weisen primär jene Interessen politischen

Erfolg auf, die gut organisiert (*Organisationsfähigkeit*) sowie mit einem besonderen Leistungspotenzial und infolgedessen auch Leistungsverweigerungspotenzial ausgestattet sind (*Konfliktfähigkeit*). Darunter sind die Fähigkeiten der Verbände zu verstehen, in ihrer sozialen Gruppe hinreichend personelle (Mitgliedschaft, Mitarbeit) und finanzielle Mittel (Beiträge, Spenden) zu mobilisieren sowie potentiell für die politischen Eliten notwendige Leistungen (von Expertise über Wählerstimmen bis zu Investition oder Arbeitsleistung) verweigern zu können (Koch-Baumgarten 2010: 247). Sowohl die Organisations- als auch die Konfliktfähigkeit von Interessen variiert stark zwischen den verschiedenen Interessenvertretungen. Wobei vor allem schwache Interessen Defizite hinsichtlich der Organisations- und Konfliktfähigkeit aufweisen, die sie im Wechselspiel der Kräfte gegenüber anderen, ‚stärkeren‘ Interessen benachteiligen (Marschall 2011: 73). So verfügen schwache Interessen meist – soweit überhaupt eine eigenständige Interessenvertretung stattfindet, über stark begrenzte Ressourcen, die für eine (politisch) erfolgreiche Artikulation und Vermittlung verbandlicher Interessen erforderlich sind. Zudem verstärkt das Gefälle an Ressourcen zwischen den Organisationen zusätzlich das Artikulations- und Vermittlungsproblem schwacher Interessen. Folglich ergeben sich Asymmetrien im Verbandsgefüge mit fehlenden Artikulations- und Vermittlungschancen.

Jede Organisation braucht zunächst finanzielle und personelle Ressourcen, um existieren und bestimmte Fähigkeiten ausbilden zu können: Wie viele finanzielle Mittel stehen einem Verband für Lobbytätigkeiten zur Verfügung? Kann man sich ein eigenes Büro in Berlin leisten? Wie viele hauptamtliche Mitarbeiter beschäftigen sich mit der Interessenarbeit? All jene und noch weitere Fragen hängen primär von der finanziellen und personellen Ausstattung eines Interessenverbands ab. Denn sowohl die finanziellen als auch personellen Ressourcen sind „im hohem Maße mitentscheidend für Professionalität und Effizienz der Lobbyarbeit und den Umfang der Einflussmöglichkeiten“ (Bentele 2007: 19). Hinsichtlich der Ressourcenausstattung von Lesben- und Schwulenverbänden zeigen die Ergebnisse der schriftlichen Befragung, dass die Organisationen nur mit geringen finanziellen und personellen Mitteln ausgestattet sind. Mit der Folge, dass sich der Mangel an finanziellen und personellen Mitteln negativ auf die Artikulation als auch Vermittlung verbandlicher Interessen auswirkt (Mittelwert⁷⁸: 3).

⁷⁸ Legende: 1 = trifft nicht zu ... 3 = trifft zu

In diesem Zusammenhang betonen die befragten Experten insbesondere das Gefälle an finanziellen Mitteln zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden und anderen Organisationen im Politikfeld, wie die folgende Aussage eines Interviewpartners verdeutlicht:

„Sie müssen ja zunächst einmal sehen, dass wir mit relativ geringen Mitteln auskommen müssen und damit versuchen Wahrnehmbarkeit herzustellen. Das sind so etwa 500.000 Euro im Jahr. Da sehen Sie schon den Kräftevergleich zwischen den LSBTI-Organisationen und anderen finanzstärkeren Akteuren. Das ist wie bei David gegen Goliath“ (Exp3: 485-489).

Andererseits können laut der Experten aber auch Asymmetrien in der finanziellen Ausstattung zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden festgestellt werden. So sei der LSVD mit seinen ca. 500.000 Euro im Jahr finanziell wesentlich besser ausgestattet als andere Lesben- und Schwulenverbände. Daher kann „sich [der Verband] auch professionelle Leute an Land holen, die sich um die Interessenarbeit usw. kümmern“ (Exp2: 100-101). Genauere Angaben zu den finanziellen Ressourcen von BKSL und Lambda konnten jedoch nicht ermittelt werden. Zugleich betonen die Experten, dass die finanzielle Ausstattung wesentliche Voraussetzung dafür ist neue Mitarbeiter einstellen zu können, die professionell die Interessenarbeit eines Verbands verantworten (Exp2: 267-276). Die jetzige personelle Situation der Verbände kann insgesamt als dürftig angesehen werden (Exp2: 97-98). Aufgrund der geringen Anzahl und hohen Arbeitsbelastung hauptamtlicher Mitarbeiter, greifen alle Verbände daher verstärkt auf ehrenamtliche Mitarbeiter bei der Verbandstätigkeit – insbesondere auch bei der Interessenarbeit, zurück. Ein Interviewpartner bringt es auf den Punkt:

„Das heißt für uns, dass wir mit unserem geringen Mitarbeiterstab versuchen müssen ständig zu überprüfen, ob wir unseren prioritären Aufgaben gerecht werden können und bei neuen Aufgabenfeldern sehen müssen, inwieweit wir unsere Mitglieder zur Übernahme und Umsetzung der Aufgaben heranziehen können. Deswegen muss man sagen, dass [...] im Hinblick auf die personellen Ressourcen, die Aktivitätsbereitschaft der Mitglieder die zentrale Rolle spielt“ (Exp3: 491-496).

Neben der finanziellen und personellen Ressourcenausstattung ist die Organisationsfähigkeit von Interessen ebenfalls eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Teilhabe von Verbänden am politischen Prozess. Ausgangspunkt der Analyse der Organisationsfähigkeit von Lesben- und Schwulenverbänden sind in der Tradition

Zu beachten ist dabei, dass sich die nachfolgenden Daten aus der schriftlichen Befragung nur auf die Fragebogenversion II beziehen. Aufgrund der geringen Befragungspopulation wird daher auf eine ausführliche Darstellung und Analyse der Verteilung – bis auf wenige prägnante Ergebnisse, verzichtet.

Olsons und Offes die Möglichkeiten der Mitgliederrekrutierung und Sicherung ihrer Bindung, um eine ausreichend große Mitgliederbasis zu generieren. Hier zeigen die Befunde der schriftlichen Befragung eindeutig, dass die Verbände augenscheinlich erhebliche Defizite bei der Rekrutierung und Bindung von Mitgliedern haben (Mittelwert⁷⁹: 2,33). Jedoch macht es wenig Sinn, die politischen Erfolgsaussichten von schwachen Interessen ausschließlich an der Rekrutierung und Bindung von Mitgliedern bestimmen zu wollen. Denn noch immer handelt es sich bei Lesben und Schwulen um eine gesellschaftliche Minderheit, was ihre Rekrutierung und Bindung zusätzlich erschwert. Vielmehr scheint es sinnvoller, über hemmende und fördernde Komponenten der Organisationsfähigkeit von Interessen nachzudenken (vgl. Winter 2000). So müssen Interessen zunächst organisierbar sein, damit Verbände überhaupt erst gegründet werden können und damit sie eine hinreichend repräsentative Mitgliederbasis erreichen. Denn vom Grad der Exaktheit hängt es ab, ob ihre Mobilisierung gelingt. In diesem Fall ist weniger die Zahl der Mitglieder, die in einem Verband zusammengeschlossen sind von Bedeutung, als der Organisationsgrad. D.h. die Frage, wie viel Prozent der möglichen Mitglieder eines Verbands sich tatsächlich zusammengefunden haben (vgl. Lösche 2007: 78). Hinsichtlich des Organisationsgrads von Lesben- und Schwulenverbänden zeigt sich, dass Lesben und Schwule als äußerst heterogene als auch fragmentierte und nur zu einem geringen Grad organisierte Gruppe angesehen werden können. Gründe hierfür liegen zum einen in der Mobilisierung von bestimmten Teilen der Bevölkerung. So scheint es für die Verbände besonders schwierig zu sein, ältere Lesben und Schwule für politische Themen zu mobilisieren (Exp1: 160-169). Zum anderen aber auch in der heterogenen Interessenlage, da es kaum ein einheitliches oder verbindendes Interesse innerhalb der sozialen Gruppe gibt (Exp1: 149-155, Exp3: 764-765). Der geringe Organisationsgrad der deutschen Lesben- und Schwulenverbände stellt vor allem deshalb ein Problem dar, weil vergleichende Untersuchungen in den USA gezeigt haben, dass „states that have higher levels of gay interest group members tend also to have more progay laws and fewer antigay laws“ (Haider-Markel 2000: 300). Neben dem Organisationsgrad müssen Verbände zudem in der Lage sein dauerhafte (formale) Organisationsstrukturen herauszubilden. Einher geht damit immer auch eine Verstetigung und Formalisierung des kollektiven Handelns, was schließlich zur Ausbildung einer eigenständigen ‚Bürokratie‘ führt (Althaus 2005: 189). Vor diesem Hintergrund stehen die untersuchten Verbände jeweils vor spezifischen

⁷⁹ Legende: 1 = trifft nicht zu ... 3 = trifft zu

Problemen: So ist die BKSL ausschließlich über ihre Landesverbände aktiv, während sie in Berlin über keine eigene Dependence verfügt. Der Interviewpartner erläutert die Folgen für die verbandliche Interessenvertretung:

„Wir haben keine räumliche Präsenz [in Berlin] und dadurch auch keine personelle Präsenz. Und egal, ob das jetzt eine ehrenamtliche oder hauptamtliche Struktur wäre, gibt es momentan überhaupt keine Struktur, die sich vor Ort einbringt. Das ist das Dilemma, dass wir als BKSL nie nahe dran sind an Entscheidungsprozessen“ (Exp1: 418-422).

Deshalb könne man hinsichtlich der Interessenarbeit immer nur vom Land auf den Bund abstrahieren und „keine eigene Betrachtung von Bundesstrukturen vornehmen“ (Exp1: 438-439). Auch Lambda hat keine eigenständige Vertretung in Berlin, die sich ausschließlich mit der Bundespolitik befasst, sondern nur den Landesverband Berlin-Brandenburg vor Ort. Zudem musste der Verband in den letzten Jahren erhebliche personelle Umbrüche in der Bundesgeschäftsstelle verkraften, was die Tätigkeit im Bereich der Interessenarbeit bedeutend einschränkte (Exp2: 313-318). Im Vergleich dazu scheint der LSVD wesentlich breiter organisiert. Zwar macht auch der Verbandsvertreter des LSVDs auf personelle Engpässe im Hinblick auf die Verbandstätigkeit aufmerksam, jedoch versucht der Verband bzw. dessen Hauptstadtvertretung dies durch ehrenamtliches Engagement seiner Mitglieder zu kompensieren. So übernehmen vor allem Ruheständler auch im Bereich der Interessenarbeit zentrale Aufgaben wahr (Exp3: 579-581). Als ein wesentliches Defizit benennt der Verbandsvertreter des LSVDs hingegen die unterschiedliche Präsenz seiner Organisation auf Länderebene. Demnach sei der LSVD vor allem in den Stadtstaaten und Großstädten breit aufgestellt, während es in den Flächenländern nicht überall einen Ansprechpartner des LSVDs gebe – wie etwa in Bayern (Exp3: 500-504).

Neben der Organisationsfähigkeit ist die Konfliktfähigkeit eines Interesses ein weiteres traditionelles Kriterium der (politischen) Stärke eines Verbands. Wie bereits oben ausgeführt, wird im Sinne Offes hierunter die Fähigkeit verstanden Druck gegenüber den politischen Eliten auszuüben. Dies geschieht primär mit der Verweigerung oder der Drohung mit Entzug von wichtigen wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Leistungen bzw. Gütern. Daher sind Interessenverbände, die nicht mit der Verweigerung unmittelbar relevanten Leistungen drohen können diesbezüglich auch strukturell benachteiligter (Althaus 2005: 189). Folglich hängt die Konfliktfähigkeit eines Verbands von dessen Drohpotenzial ab. In diesem Fall zeigen die Befunde der schriftlichen Befragung, dass Lesben- und Schwulenverbände kaum konfliktfähig sind

(Mittelwert⁸⁰: 2,33). Dieses Ergebnis verwundert nicht, denn aufgrund der Spezifik der vertretenen Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden verfügen die Organisationen über keinerlei Drohpotenzial im *klassischen* Sinne – wie etwa Gewerkschaften. Daher kann dieser Mechanismus gegenüber der Familienpolitik schlichtweg nicht greifen. Diese Auffassung wird auch von den befragten Experten geteilt (Exp1: 157-159, Exp2: 285-287). Daher ist es an dieser Stelle sinnvoll, den Begriff der Konfliktfähigkeit weiter zu fassen. Denn Verbände sind auch ohne Leistungsverweigerungsmöglichkeiten durchaus in der Lage konfliktfähig zu sein. Etwa indem sie durch Protestaktionen oder Demonstrationen öffentlichen Druck auf die politischen Eliten ausüben (vgl. Hoffjann 2010: 67). Eine Strategie die auch von den Lesben- und Schwulenverbänden angewendet wird. Allerdings sind die Möglichkeiten öffentlichen Druck auf die politischen Eliten auszuüben äußerst begrenzt und führen nur in den seltensten Fällen zu politischen Erfolgen (Exp1: 159-161). Vielmehr zeigt sich, dass sich Protestaktionen oder Demonstrationen eher positiv auf die öffentliche bzw. mediale Debatte und Wahrnehmung auswirken (Exp3: 666-669).

Die Minderausstattung zentraler Ressourcen hat erhebliche Auswirkungen auf die Chancenstrukturen von Interessenverbänden. So sind angesichts der Vielzahl an Zugangswege zu den politischen Entscheidungsträgern jene Verbände im Vorteil, die ausreichend über Ressourcen verfügen, um Kontakte auf allen Ebenen zu pflegen und die umgekehrt von den Entscheidungsträgern für bedeutsam genug gehalten werden, um den gewünschten Zugang auch zu erhalten (vgl. Winter 2007: 227). Gleichzeitig nimmt mit steigender Ressourcenausstattung auch die Fähigkeit zu Einfluss gegenüber dem politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess auszuüben. Insgesamt betrachtet ist die Verbändelandschaft durch eine deutliche Asymmetrie der Ressourcenverteilung gekennzeichnet: An der Spitze stehen solche Verbände, die aufgrund ihres multiplen Ressourcenpotenzials hohe Einflusschancen haben. Am anderen Ende befinden sich solche Organisationen, die allenfalls punktuell in politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse miteinbezogen sind, da ihre Ressourcenausstattung nicht ausreicht, um mehr als nur symbolisch in politische Prozesse zu integriert werden. Diese Asymmetrie in der Ressourcen- und Chancenverteilung ist jedoch im Hinblick auf die tatsächliche Durchsetzung von Interessen nur bedingt aussagekräftig. Denn die Chancen die zur Verfügung stehenden Ressourcen in

⁸⁰ Legende: 1 = trifft nicht zu ... 3 = trifft zu

politische Erfolge umzusetzen, hängt nicht nur von ihrer Menge, sondern auch von politischen und institutionellen Gegebenheiten ab. So können sich auch schwache Interessen punktuell als einflussreich erweisen. Wie etwa zahlreiche Umweltschutzverbände im Bereich von Umweltpolitik dies unter Beweis gestellt haben (vgl. Winter 1997: 355). Aus diesem Grund werden nun die konkreten Auswirkungen der Ressourcenknappheit von Lesben- und Schwulenverbänden näher betrachtet.

Zunächst kann festgestellt werden, dass Lesben- und Schwulenverbände aufgrund der Ressourcenknappheit nur mangelnde Zugangsmöglichkeiten aufweisen. So können sie infolge von stark begrenzten finanziellen und personellen Mitteln nicht auf allen Ebenen persönliche Kontakte zu den politischen Entscheidungsträgern pflegen. Ein Experte bringt es auf den Punkt:

„Gerade, wenn es darum geht persönlichen Kontakt zu pflegen ist das dann auch nicht so einfach. Wir haben ja ohnehin die Herausforderung, dass wir mindestens immer 16 Ansprechpartner in den Ländern und darüber hinaus noch die Bundesebene haben, was die Interessenvertretung erschwert. Das fordert natürlich besonders unsere finanziellen und personellen Ressourcen, um flächen-deckend aktiv zu sein“ (Exp3: 504-509).

Ferner wirkt sich die Ressourcenknappheit von Lesben- und Schwulenverbänden aber auch auf den Zugang zu staatlichen Mitteln – wie etwa Fördermittel für Projekte, aus. So stehen die Verbände vor der Herausforderung, trotz stark begrenzter finanzieller und personeller Kapazitäten, mit ressourcenstarken Organisationen um staatliche Mittel zu konkurrieren. In diesem Fall zeigen sich deutliche Asymmetrien im Verbändegefüge, wie das Beispiel eines Experten zeigt:

„Die Bundesregierung hat jetzt einen Fördertopf aufgemacht – *Demokratie leben*, den gibt es schon länger und wurde dann auch für Homo- und Transphobie aufgemacht. Und da hatte man die Chance innerhalb von zwei oder drei Wochen Anträge zu stellen, die überregionale bzw. bundesweite LSBTI-Arbeit befördern. Ich glaube von diesen 20 bis 30 geförderten Maßnahmen sind nur 10 bis 15 Prozent bei LGBT-Organisationen gelandet. Der Rest bei Organisationen die nicht primär LGBTs repräsentieren. Wir müssen also die Möglichkeiten haben in so einer Schnelle und mit so einer Komplexität Sachen zu bearbeiten. Wir hatten uns hier die Köpfe heiß diskutiert darüber, ob wir Anträge stellen wollen, aber wir hätten in diesem Zeitfenster es niemals geschafft. Und dadurch fehlt uns natürlich auch permanent der Zugang zu solchen Sachen“ (Exp1: 447-457).

Zugleich verdeutlicht dieses Beispiel, dass die Ressourcenknappheit in eine Art *Teufelskreislauf* führt: Wer nicht über die nötigen finanziellen und personellen Mittel verfügt, um sich an antrags- oder ausschreibungspflichtigen Projekten bzw. Programmen zu beteiligen, dem kommen auch keine staatlichen Mittel zu. Dass bedeutet im Umkehr-

schluss, dass staatliche Mittel nur denen zu Gute kommen, die finanziell und personell besser aufgestellt sind. Ein Interviewpartner beschreibt diesen Kreislauf wie folgt:

„Es fehlt uns der Zugang zu Mitteln, es fehlt uns der Zugang zu denen, die über Mittel entscheiden, es fehlt uns der Zugang zu denen, die überhaupt konzeptionell entwerfen und rennen sozusagen immer nur im Kreis, dahingehend das wir immer nur hinterherhecheln und nicht in der Lage sind sowas auch wirklich zu nutzen, weil unsere Ressourcen dafür einfach zu schwach sind“ (Exp1: 457-462).

Die Ressourcenknappheit von Lesben- und Schwulenverbänden wirkt sich darüber hinaus nicht nur auf ihre Zugangsmöglichkeiten, sondern auch auf ihre Einflusschancen aus. So seien die Chancen als ressourcenschwacher Interessenverband Einfluss auf die betriebene Familienpolitik zu gewinnen grundsätzlich ungünstig, da „man nicht gehört wird und man nicht präsent sein kann“ (Exp1: 446). Ein befragter Verbandsvertreter erklärt, wie sich die Ressourcenknappheit konkret auf die Interessenvertretung auswirkt:

„Wenn man nicht langfristig an Politikern dranbleibt, dann vergessen sie einen gerne oder kehren Dinge unter den Tisch. Wenn man da nicht dranbleibt und auch unangenehm bleibt und immer wieder nachfragt, dann werden die Themen einfach nicht bearbeitet“ (Exp2: 287-290).

In diesem Zusammenhang verweisen die befragten Experten nicht nur auf finanzielle und personelle Mittel, sondern explizit auch auf die fehlende Konfliktfähigkeit ihrer vertretenen Interessen. Daher sind die Verbände auch nicht in der Lage eine nachhaltige Drohkulisse aufzubauen (Exp2: 285-287). Letztlich kann die Ressourcenknappheit aber auch dazu führen, dass Verbände erst gar nicht im Stande sind ihre Interessen eigenständig zu vertreten. In diesem Fall werden die politischen Interessen und Forderungen aus Gründen der defizitären Ressourcenausstattung durch Anschlussorganisationen oder Kooperationspartner vertreten. So verfügt Lambda derzeit weder über die finanziellen noch personellen Mittel, um eigenständig Interessenarbeit zu betreiben und nutzt deshalb den Deutschen Bundesjugendring zur Interessenvertretung (Exp2: 283-285).

Abschließend kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass Lesben- und Schwulenverbände sowohl Defizite im Hinblick auf ihre finanzielle und personelle Mittelausstattung als auch ihrer Organisations- und Konfliktfähigkeit aufweisen. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf ihre Chancenstrukturen. Dabei hat die Analyse gezeigt, dass es für den vorliegenden Untersuchungsgegenstand sinnvoll erscheint sich von den Theoriebeiträgen von Olson und Offe zu lösen und ihre Kategorien zu erweitern. Somit konnte ein klareres Bild der Organisations- wie auch Konfliktfähigkeit

von Lesben- und Schwulenverbänden gezeichnet werden. Andererseits hängt der politische Erfolg einer Organisation im Interessenwettbewerb aber auch nicht immer unmittelbar von dessen Organisations- oder Konfliktfähigkeit ab. Denn das gestiegene Bildungsniveau und der gewachsene gesellschaftliche Reichtum hat nicht nur neue, nichtmaterielle Interessen in den Fokus der Gesellschaft gerückt, sondern auch an politischer Schlagkraft gewonnen. Zudem haben die Entwicklungen in der Informations- und Kommunikationstechnologie sowohl die Mobilisierung von Unterstützern erheblich vereinfacht als auch die Kosten der Organisation deutlich gesenkt (vgl. Kleinfeld et al. 2007: 19). Aus diesen Gründen haben insbesondere die Organisations- und Konfliktfähigkeit von Interessenverbänden aus wissenschaftlicher Sicht zunehmend an Erklärungskraft verloren, um die Durchsetzungsfähigkeit von Interessen beurteilen zu können (vgl. Strünck 2010: 151). Gerade in Politikfeldern wie der Umwelt- aber auch Familienpolitik sind vermehrt (kleinere) Organisationen aktiv, die sich aufgrund effektiver Verbands- und günstiger Kontaktstrukturen zunehmend Gewicht verschafft haben und über ein erhebliches ‚Gegenmachtpotenzial‘ zu den ressourcenstarken Akteuren verfügen. Hier sind politische Erfolge weniger das Ergebnis ressourcenbedingter Überlegenheit, sondern vielmehr Folge vorteilhafter Organisationsstrukturen (vgl. Gerlach 2005: 72, Winter 2007: 231). Nachfolgend werden daher die Verbands- wie auch Kontaktstrukturen von Lesben- und Schwulenverbänden – im Hinblick auf die Interessenarbeit der Organisationen, näher untersucht.

6.2. Verbandsstrukturen

Tabelle 3 zeigt zunächst die formalen Verbandsstrukturen der untersuchten Lesben- und Schwulenverbände. Bei allen drei Organisationen handelt es sich formal um Dachverbände, denen Verbände bzw. Landesverbände angeschlossen sind und in denen eine direkte Einzelmitgliedschaft in der Regel nicht möglich ist. Hierbei ist zunächst die Anzahl der Landesverbände auffällig. Der LSVD deckt bis auf Berlin und Bremen das gesamte Bundesgebiet jeweils mit einer eigenen Landesvertretung ab. Die beiden Stadtstaaten werden jedoch den Landesvertretungen *LSVD Berlin-Brandenburg* und *LSVD Niedersachsen-Bremen* zugeordnet. Lambda ist hingegen nur in Teilen Deutschlands präsent und hat in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Thüringen keine eigene Landes- bzw. Regionalvertretungen. Die BKSL setzt sich nur aus drei Landesnetzwerken in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen zusammen. Die Netzwerke in Hessen

und Baden-Württemberg sind lediglich kooperativ tätig. Lambda wie auch der LSVD haben jeweils eine eigenständige Bundesgeschäftsstelle mit Sitz in Erfurt bzw. Berlin, wohingegen die geschäftsführenden Tätigkeiten der BKSL von der Geschäftsstelle des *Schwulen Netzwerks NRW* in Köln wahrgenommen werden. Bezüglich der Mitgliederzahlen der Verbände fällt auf, dass der LSVD die nominell kleinste Organisation darstellt. Dies verwundert zunächst, da wie bereits im Laufe dieser Arbeit schon mehrfach angesprochen seine Artikulations- wie auch Vermittlungschancen gegenüber der Politik vergleichsweise als wesentlich größer eingeschätzt werden können. Mit rund 4250 Einzelmitgliedern zählt der LSVD viel weniger Mitglieder als die BKSL oder Lambda. Allerdings lassen sich die relativ hohen Mitgliederzahlen von BKSL und Lambda durch ihren Netzwerkcharakter erklären. So setzten sich etwa die drei Landesnetzwerke der BKSL insgesamt aus rund 80 unterschiedlichen Mitgliedsgruppen, Vereinen und Initiativen zusammen. In diesem Sinne handelt es sich primär um Suborganisationen, Kooperationsorganisationen, *befreundete* Verbände usw. wodurch sich der Kreis der Mitglieder als auch der vertretenen Interessen teilweise erheblich erweitert. Zudem gibt dieses Beispiel nur einen kleinen Einblick in die organisatorische Verflechtung des Verbands, weil den jeweiligen Organisationen teilweise wiederum weitere Organisationen angehören. Gleiches gilt auch für Lambda. Auch hier haben sich eine beträchtliche Zahl unterschiedlicher Jugendgruppen und Organisationen unter dem *Dach* des Verbands vernetzt. Daneben sind sowohl Lambda als auch der LSVD an rund 100 Organisationen angeschlossen. Entsprechend sind weitere organisatorische Verbindungen auch bei den angeschlossenen Organisationen vorzufinden.

Tabelle 3: Verbandsstrukturen

	BKSL	Lambda	LSVD
Verbandsstrukturtyp	Dachverband	Dachverband	Dachverband
Anzahl der Landesverbände	3 Landesverbände	6 Landesverbände	14 Landesverbände
Eigenständige Bundesgeschäftsstelle	nicht vorhanden	Vorhanden	Vorhanden
Sitz	Köln	Erfurt	Berlin
Mitgliederzahl	ca. 15.000 (Stand: 2016)	ca. 20.000 (Stand: 2015)	ca. 4250 (Stand: 2015)
Anzahl der angeschlossenen Organisationen	3 (Stand: 2016)	ca. 100 (Stand: 2015)	ca. 100 (Stand: 2015)
Organisationsform	Verein	Verein	Verein
Entscheidungsorgane	Mitgliederversammlung, Bundesvorstand	Mitglieder- und Bundesversammlung, Kassenprüfer, Verbandsrat	Mitglieder- und Delegiertenversammlung, Bundesvorstand

Quelle: Bundestagsanzeiger 2015, eigene Erhebung

Die Erfassung intraverbandlicher Strukturen bereitet darüber hinaus große Probleme: Dies liegt zum einen in der organisatorischen Verflechtung der Verbände begründet. Zum anderen beschäftigen die untersuchten Verbände nur einige wenige hauptamtliche Mitarbeiter, so dass deren Aufgaben je nach Dringlichkeit variieren können. Zudem nehmen Mitarbeiter in der Verbandsstruktur mehrere Positionen ein und machen daher eine differenzierte Analyse der Aufgaben- und Arbeitsverteilung unmöglich. Außerdem übernimmt ein nicht unwesentlicher Teil von ehrenamtlichen Mitarbeitern zentrale Aufgaben der Verbandstätigkeit. In Folge dessen haben selbst die Verbandsvertreter große Schwierigkeiten damit die Verbandsstruktur und Aufgabenverteilung exakt zu rekonstruieren. Aus diesen Gründen wird auf eine tiefergreifende Analyse intraverbandlicher Strukturen verzichtet und direkt an den Artikulations- und Vermittlungsstrukturen der Verbände angesetzt. So verweisen Philippe Schmitter und Wolfgang Streeck darauf, dass die Analyse komplexer Verbandswirklichkeit direkt an den organisatorischen Eigenschaften des Tätigkeitsspektrums anzusetzen und nicht über die intraverbandlichen Strukturen zu untersuchen ist. Sie begründen ihre Vorgehensweise damit, dass intraverbandliche Strukturen nur die formalen Merkmale berücksichtigen und somit die Verbandswirklichkeit nur zum Teil darstellen können (ausführlich siehe Schmitter/Streeck 1999: 65 ff.). Daher werden nachfolgend jene organisatorischen Aspekte untersucht, die im direkten Zusammenhang mit der Interessenvertretung bzw. Interessenarbeit des jeweiligen Verbands stehen. Hierunter zählen neben den Entscheidungsstrukturen, die Verantwortlichkeiten, Professionalisierung als auch finanziellen und personellen Mittel für Lobbytätigkeiten. Letztlich werden aber auch die Zuständigkeiten hinsichtlich der Strategieentwicklung und -planung näher betrachtet.

Bezogen auf die intraorganisatorischen Entscheidungsstrukturen liegt die formale Zuständigkeit zunächst bei den Entscheidungsorganen der Verbände. Maßgeblich für die Legitimation der interessenpolitischen Leitlinien und Personalentscheidungen sind die Mitgliederversammlung und der Bundesvorstand. Allerdings lassen sich in den jeweiligen intraorganisatorischen Entscheidungsstrukturen deutliche Unterschiede erkennen. So ist die intraorganisatorische Struktur der BKSL durch die Dominanz des Bundesvorstands gekennzeichnet, „weil es keine Basis gibt die sich bundesweit darüber hinaus einbringt“ (Exp1: 474-475). Dies liegt maßgeblich in der Architektur des Verbands begründet. Aufgrund ihres Netzwerkcharakters gehören der Mitgliederversammlung ausschließlich zehn Mitglieder an. Diese fungieren als Vertreter der

Landesstrukturen und sind in ihren Kompetenzen auf die Beschlussfassung allgemeiner Regularien wie auch auf die Wahl des Bundesvorstands beschränkt. Der Bundesvorstand der BKS L wird gemäß der Mitgliederzahl der Landesnetzwerke besetzt und umfasst vier Mitglieder, die ebenfalls primär als Repräsentanten der Landesstrukturen auftreten. Dies hat zur Folge, dass bundespolitische Interessen innerhalb der Entscheidungsstrukturen kaum eine Rolle spielen und lediglich Landesinteressen vertreten werden (Exp1: 476-477). Im Gegensatz zur BKS L verfügen sowohl Lambda als auch der LSVD über basisdemokratische Organe, die für die bundespolitischen Leitlinien und Programme verantwortlich sind (u.a. Exp3: 512-515). Die konkrete Ausgestaltung dieser grundlegenden Vorgaben findet dann in den jeweiligen Bundesvorständen statt. Während der Bundesvorstand von Lambda aus fünf Mitgliedern besteht, umfasst der Bundesvorstand des LSVDs 13 Personen. Sowohl die Vorstandsmitglieder von Lambda als auch des LSVDs sind ehrenamtlich tätig und teilen ihre Aufgabenbereiche in Fachressorts ein. Jedoch ergibt sich aufgrund der relativ großen ehrenamtlichen Vorstandsstruktur und der geringen hauptamtlichen Mitarbeiterzahl der Verbände ein relativ großes ‚Gefälle‘, wie ein Interviewpartner an der eigenen Organisation veranschaulicht:

„Bei uns ergibt sich daraus ein Gefälle, weil wir 13 Vorstandsmitglieder aber nur acht angestellte Mitarbeiter haben. Das kann man als Wasserkopf bezeichnen, ist aber der Tatsache geschuldet, dass wir als Vorstand ein Arbeitsgremium sind. Wir sind kein Aufsichtsrat, sondern müssen sehen, dass unsere Ideen auch umsetzbar sind - trotz geringer Ressourcen“ (Exp3: 522-526).

Hinsichtlich der Entscheidungsstrukturen ist insgesamt auffällig, dass keine konkreten Verantwortlichkeiten bezüglich der Interessenvertretung bestehen. So gibt es innerhalb der Bundesvorstände weder ein Fachressort noch einen Beauftragen, welcher ausschließlich für die Verbandsinteressen im Rahmen der politischen Lobbyarbeit⁸¹ verantwortlich ist. Vielmehr zeigt sich, dass die Verantwortlichkeiten für die Lobbyarbeit der Verbände auf unterschiedliche Strukturen und Personen verteilt sind: Innerhalb der BKS L ist primär der Landesverband *Schwules Netzwerk NRW* für die Lobbytätigkeiten verantwortlich, da dieser die mitarbeiter- und ressourcenstärkste Landesstruktur darstellt (Exp1: 467-468). Ein eigenes Team existiert jedoch nicht. Eher zeichnen sich die Mitarbeiter des *Schwulen Netzwerks NRW*, neben ihren Tätigkeiten für den Landesverband, auch für den Bundesverband verantwortlich. Dies wirkt sich

⁸¹ Ganz bewusst wird an dieser Stelle des Kapitels, in dem es um Strukturen, Akteure, Adressaten und Methoden von Interessenarbeit geht, der Begriff des *Lobbyings* verwendet. Lobbyarbeit wird hier als ein Handwerk, eine Dienstleistung und eine Profession verstanden, die heute sowohl von politischen Institutionen und Entscheidungsträgern als auch von Interessenvertretern als notwendig erachtet wird (vgl. Rieksmeier 2007: 10).

unmittelbar auf den Umfang der Lobbytätigkeiten aus, da weder eigenständige personelle noch finanzielle Mittel vorhanden sind. Der Verbandsvertreter stellt dazu im Interview fest:

„Sachen die ich bundesweit mache, wie z.B. auch Kurator der Bundesstiftung, finanziert das Land NRW huckepack durch meine Arbeitszeiten, Fahrtkosten-erstattung, usw. Die Verwaltungsarbeit für die Bundesstruktur übernimmt meine Kollegin, die auch vom Land bezahlt wird. D.h. wir haben da kaum Mittel bzw. Budget, haben aber auch fast keine Ausgaben, weil das huckepack von den Ländern finanziert wird“ (Exp1: 468-473).

Folglich bleibt der Umfang von Lobbytätigkeiten entsprechend gering. Darüber hinaus sind die Landesstrukturen der BKSL für die Lobbyarbeit in ihren jeweiligen Bundesländern verantwortlich. So versuchen die Landesverbände über ihre landespolitische Arbeit Einfluss auf die Bundespolitik zu nehmen – etwa über die Landesparlamente oder über einzelne Bundestagsabgeordnete der Länder (Exp1: 488-494). Bei Lambda hingegen liegt die Verantwortlichkeit für die Lobbyarbeit des Verbands zwar offiziell beim Bundesvorstand, diesem stehen jedoch weder personelle noch finanzielle Mittel hierfür zur Verfügung. Da der Bundesvorstand zudem nur aus ehrenamtlichen Mitgliedern besteht, die zudem für mehrere Fachressorts zuständig sind, liegt die Verantwortlichkeit für Lobbytätigkeiten bei der Geschäftsführung. Aber auch für Lambda gilt, dass die Geschäftsführung nur aus einem äußerst überschaubaren hauptamtlichen Mitarbeiterkreis besteht und neben der Lobbyarbeit noch weitere Aufgaben wahrnimmt. Somit bleibt für Lobbytätigkeiten entsprechend wenig Raum im Alltagsgeschäft (Exp2: 328-333). Darüber hinaus fehlen dem Bundesverband zurzeit die finanziellen und personellen Mittel, um effektiv Lobbyarbeit zu betreiben. Aus diesem Grund ist die Lobbytätigkeit entsprechend gering und beschränkt sich primär auf die gemeinsame Lobbyarbeit mit dem Bundesjugendring (Exp2: 295-296). Auch der LSVD hat aufgrund stark begrenzter finanzieller Mittel kein eigenes Team von Mitarbeitern, die sich nur um die Lobbytätigkeiten des Verbands kümmern (Exp3: 575-576). Stattdessen verteilt der LSVD seine politische Lobbyarbeit auf mehrere Personenkreise. So sind zunächst die Vorstandsmitglieder entsprechend ihrer Fachressorts – wie etwa Familienpolitik, Rechtspolitik oder internationale Politik, für die jeweilige Lobbyarbeit ihres Politikfelds verantwortlich. Daneben sind aber auch die wenigen hauptamtlichen Mitarbeiter für die Lobbyarbeit des Verbands zuständig. Eine zentrale Rolle spielen jedoch vor allem die ehrenamtlichen Mitarbeiter – besonderes jene die im Ruhestand sind, die sich in ‚Vollzeit‘ ehrenamtlich im Bereich Lobbyarbeit engagieren (Exp3: 568-

573). In diesem Zusammenhang betont der Verbandsvertreter des LSVDs besonders die Rolle des ehemaligen Bundesanwalts beim Bundesgerichtshof, Manfred Bruns, der vor allem in Gesetzesfragen durch fachliches Hintergrundwissen wie auch Expertise aktiv ist und dessen Arbeit an folgender Interviewaussage veranschaulicht werden soll:

„Ich habe auch selbst beruflich bei den Koalitionsverhandlungen 2009 berichtend teilgenommen und da ist es schon interessant gewesen, dass mit Auftakt der Beratungen über die Innenpolitik auch ein interessantes Verfassungsgerichtsurteil veröffentlicht wurde, und dann sofort ein Fax von unserem Rechtsexperten an die zukünftige Justizministerin eingegangen ist. Da gab es einen unmittelbaren Einfluss auf die Koalitionsverhandlungen“ (Exp3: 244-250).

Zusammenfassend zeigt sich, dass innerhalb der Verbandsstrukturen die Verantwortlichkeiten für die Lobbyarbeit der Verbände auf unterschiedliche Strukturen und Personen verteilt sind. Bezogen auf die Professionalisierung der politischen Lobbyarbeit kann jedoch festgestellt werden, dass die Verbände nicht in der Lage sind sich in diesem Punkt effektiver aufzustellen. Dies liegt vor allem an ihrer geringen personellen und finanziellen Mittelausstattung für Lobbytätigkeiten. Daher setzten die Verbände auf das *Know-how* ihrer ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter, deren Arbeit in zunehmendem Maße von fachlichem Hintergrundwissen als auch Expertise abhängt, anstatt etwa Fachkräfte, PR-Agenturen oder Anwaltsfirmen für diese spezielle Form der Interessenvertretung zu engagieren.

Neben den intraorganisatorischen Entscheidungsstrukturen als auch Verantwortlichkeiten für die Lobbyarbeit von Lesben- und Schwulenverbänden, spielen organisatorische Eigenschaften auch im Hinblick auf die Zuständigkeiten für die Strategieentwicklung und -planung im Rahmen der verbandlichen Interessenvertretung eine zentrale Rolle. In diesem Fall können zwei grundlegende organisatorische Merkmale bei der strategischen Ausrichtung der Verbandstätigkeit unterschieden werden: Erstens, jene Verbände bei denen die Zuständigkeiten hinsichtlich der Strategieentwicklung und -planung bei der Geschäftsführung liegen. Und zweitens, jene Verbände bei denen der Bundesvorstand dafür zuständig ist. Zu ersterem Organisationstyp zählt Lambda, wo die Geschäftsführung nicht nur zentrale Aufgaben der Lobbytätigkeit übernimmt, sondern auch für die entsprechende Strategieentwicklung und -planung zuständig ist (Exp2: 307-313). Die BKSL als auch der LSVD hingegen entsprechen dem zweiten Organisationstyp. Allerdings ist hier zu beachten, dass die BKSL bei der Strategieentwicklung und -planung primär von den Landesinteressen ihrer Netzwerke und deren Einflusskanäle abhängig ist, die dann auf die Bundespolitik adaptiert werden (Exp1: 477-481). Folglich

besteht ein hoher Abstimmungs- und Koordinationsbedarf zwischen den einzelnen Landesstrukturen. Innerhalb des LSVDs liegen die Zuständigkeiten für die Strategieentwicklung und -planung hingegen bei den Vorstandsmitgliedern und ihren entsprechenden Fachressorts (Exp3: 544-548). Aber auch hier besteht ein hoher Abstimmungs- und Koordinationsbedarf der verschiedenen Aktivitäten – insbesondere bei Querschnittsthemen.

An dieser Stelle lässt sich kurz festhalten, dass Lesben- und Schwulenverbände ihre Interessenarbeit auf mehrere Strukturen und Personen verteilen. Besonders die Bundesvorstände nehmen in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle ein. Allerdings bestehen diese Strukturen vor allem aus ehrenamtlichen Mitarbeitern, da kaum finanzielle und personelle Mittel für die Interessenarbeit zur Verfügung stehen. Daher können sich die Verbände hinsichtlich ihrer Lobbytätigkeit auch nicht effektiver aufstellen – etwa durch festangestellte Fachkräfte, PR-Agenturen oder Anwaltsfirmen. Jedoch verfügen einzelne Verbände oder Personen über ein relativ hohes Maß an Professionalisierung. Hier ist in erster Linie der LSVD hervorzuheben, der in seiner Lobbyarbeit verhältnismäßig breit und gut organisiert scheint. Doch welche Auswirkungen ergeben sich nun aus den hier dargestellten Verbandsstrukturen hinsichtlich der Interessenvertretung? Zunächst zeigt sich, dass infolge der knappen finanziellen und personellen Ausstattung die Artikulations- als auch Vermittlungsmöglichkeiten verbandlicher Interessen insgesamt als schwach bzw. stark begrenzt angesehen werden können. Ein Interviewpartner stellt in diesem Zusammenhang fest:

„In dem Maße, dass die Lobbyarbeit im Wesentlichen von Ehrenamtlern betrieben wird. Natürlich sind auch unsere hauptamtlichen Mitarbeiter hier gefragt, aber aufgrund unserer begrenzten personellen Lage spielen sie nur eine untergeordnete Rolle. Daher ist es immer schwierig für uns sich mit finanzstarken Akteuren zu vergleichen, die da ganz andere finanzielle und personelle Möglichkeiten für die Lobbyarbeit haben“ (Exp3: 579-583).

Zudem ergeben sich je nach Verband ganz spezifische Nachteile und Probleme der Artikulation wie auch Vermittlung von Interessen aufgrund der Verbandsstruktur. So vertritt die BKSL in erster Linie die Landesinteressen ihrer Landesverbände, während eine eigene Betrachtung von Bundespolitik nicht stattfindet:

„Das bedeutet, dass es keine breite Interessenvertretung in unserer Struktur gibt. [...] Und ich glaube, dass das auch das Dilemma ist, weil das einfach fehlt. Und wir können das auch gar nicht leisten. Eigentlich bräuchten wir eine andere Struktur - z.B. in dem wir einen bundesweiten Interessenverband bilden und alle unter ein Dach ziehen, die kommunal, regional oder auf Landesebene tätig sind.

Aber als BKSL sind wir halt nur die Summe der Teile und kein unabhängig agierender Bundesverband“ (Exp1: 476-484).

Lambda hingegen kann in Folge knapper finanzieller und personeller Mittel derzeit keine eigenständige Interessenvertretung durch den Bundesverband gar nicht erst leisten. Der Verbandsvertreter stellt dazu fest:

„Im Moment fehlen uns [...] die finanziellen und zeitlichen Mittel, um selbst als Lambda Lobbyarbeit betreiben zu können. Wir haben da allein schon personell nicht die Möglichkeiten. Unsere hauptamtlichen Mitarbeiter sind zurzeit voll ausgelastet“ (Exp2: 295-298).

Ein wesentlicher Grund hierfür sind erhebliche personelle Umbrüche in der Geschäftsführung während des letzten Jahres. So hat die langjährige Geschäftsführerin von Lambda, die primär für die Interessenarbeit zuständig war, den Verband verlassen. Mit dem Weggang der Geschäftsführerin gingen dann aber auch wesentliche Kontakte zu den politischen Institutionen und Entscheidungsträgern verloren, da „Kontakte und Lobbyarbeit vor allem von Personen abhängen“ (Exp2: 308). Daher nutzt Lambda momentan primär den Deutschen Bundesjugendring als Kanal zur Interessenvertretung bis die neue Geschäftsführung sich eingearbeitet hat.

Abschließend kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass defizitäre Verbandsstrukturen wesentliche Ursachen für strukturelle Defizite der Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden sind. Jedoch zeigen sich deutliche Asymmetrien zwischen den Verbänden. So verfügt der LSVD über eine wesentlich effektivere Verbandsstruktur und ist in Folge dessen in der politischen Interessen- bzw. Lobbyarbeit, verglichen mit der BKSL wie auch Lambda, bedeuten breiter und de facto (politisch) erfolgreicher organisiert.

6.3. Kontaktstrukturen

Neben den Verbandsstrukturen hängt der politische Erfolg verbandlicher Interessenvertretung im Wesentlichen von den Zugangsmöglichkeiten zu den politischen Institutionen und Entscheidungsträgern ab. Zugang zu haben ist eine wichtige Voraussetzung zur Artikulation und Vermittlung von Interessen. Denn ohne Kontakt zu den politischen Akteuren ist es kaum möglich den vertretenen Interessen (politisch) Gehör zu verschaffen oder diese gar durchzusetzen (Winter 2007: 227). D.h. Verbände müssen Kontakte knüpfen, an bestehende Kontakte anknüpfen sowie als Interessenvertreter an der Schnittstelle zu Institutionen und Entscheidungsträgern Kontakte

pflegen und koordinieren. In diesem Zusammenhang kann angenommen werden, dass schwache Interessen dies nur auf einem bescheidenen Niveau betreiben und ihre Ansprechpartner primär in Interessenverbänden mit gleichen oder ähnlichen Interessen finden. Die Parlaments- oder Regierungsebene hingegen spielt nur eine untergeordnete Rolle, da hier eine große Anzahl von (gegnerischen) Interessen um Einfluss konkurriert. Nachfolgend werden nun die wichtigsten politischen Kontaktpartner von Lesben- und Schwulenverbänden identifiziert. Die empirische Untersuchung erfolgt zunächst allein nach quantitativen Gesichtspunkten und ist daher in ihrer Aussagekraft entsprechend eingeschränkt. Dennoch liefern diese Daten erste Anhaltspunkte dafür, welche politischen Kontaktpartner für die Interessenvertretung eine zentrale Rolle spielen. Vor diesem Hintergrund können die Kontaktstrukturen als Quelle für Wissen über das Politikfeld wie auch als strategisch-politisches Wissen in Bezug auf die Akteurs- und Interessenkonstellationen interpretiert werden.

Zunächst stellt sich die grundsätzliche Frage nach der Bedeutung politischer Kontaktpartner für die verbandliche Interessenvertretung. Der Begriff *Bedeutung* bezieht sich auf die subjektive Sichtweise der Befragten und wird entsprechend hier nicht operationalisiert. Allerdings können die Aussagen der Befragten als Indiz auf die Frage gewertet werden, welche politischen Kontaktpartner aus Sicht von Lesben- und Schwulenverbänden als bedeutungsvoll angesehen werden, wenn es darum geht im Vorfeld von politischen Entscheidungen verbandliche Interessen zu vertreten? Insgesamt stechen hier sofort die Spitzenwerte für die *Interessenverbände mit gleichen oder ähnlichen Interessen* (Mittelwert⁸²: 3), die *Bundesministerien* (Mittelwert⁸³: 2,67) und die *Medien* (Mittelwert⁸⁴: 2,67) heraus. Der Befund hinsichtlich der Verbände mit gleichen oder ähnlichen Interessen kommt jedoch nicht unerwartet, da er darauf hindeutet, dass für die politische Arbeit von schwachen Interessen die Kooperation, das Bilden von Koalitionen wie auch Abstimmungen und Arbeitsteilung bei der Interessenarbeit eine sehr große Bedeutung hat. Dies kann nicht zuletzt auf die stark begrenzten Ressourcen der Verbände zurückgeführt werden. Daneben spielt aber auch die Ministerialorganisation eine ganz zentrale Rolle für die Interessenvertretung. Auch dieses Ergebnis deckt sich mit den Erwartungen kann es doch als gesicherte Erkenntnis gelten, dass sich Verbandsvertreter mit ihren Problemen und Forderungen zuerst an die Administration wenden bevor sie andere politische Akteure kontaktieren. Besonders die

⁸² Legende: 1 = unwichtig ... 3 = wichtig

⁸³ Legende: 1 = unwichtig ... 3 = wichtig

⁸⁴ Legende: 1 = unwichtig ... 3 = wichtig

für sie zuständigen Fachreferenten sind als Adressanten für derlei Inputs geradezu prädestiniert (vgl. Sebaldt 1997: 254). D.h. Interessenverbände versuchen bereits im sogenannten ‚Referentenstadium‘ – wenn die zuständigen Ministerialbeamten an ersten Entwürfen arbeiten und diese noch vergleichsweise leicht veränderbar sind, auf den Inhalt zukünftiger Gesetze und Verordnungen einzuwirken (vgl. Rudzio 2011: 86). Abseits der politischen Ebene bekommt der Kontakt zu den Medien einen ebenso bedeutsamen Stellenwert von den Befragten zugewiesen. Dieses Ergebnis lässt darauf schließen, dass die mediale Berichterstattung noch immer für die Multiplikation von Aufmerksamkeit verbandlicher Interessen eine wichtige Rolle spielt.

Im parlamentarischen Bereich rangiert die *Bundestagsfraktion der Oppositionsparteien* (Mittelwert⁸⁵: 2,33) vor der *Regierungsfraktion* (Mittelwert⁸⁶: 2) und den *Bundestagsausschüssen* (Mittelwert⁸⁷: 1,67). Dieser Befund ist im ersten Moment insofern verwunderlich, als dass die parlamentarischen Beschlüsse faktisch in den Ausschüssen des Deutschen Bundestags fallen. Jedoch werden alle bedeutsamen Ausschussentscheidungen durch die Beratungen in den einzelnen Fraktionen vorbereitet, so dass Verbandstätigkeiten in erster Linie hier ansetzen müssen um auf die fraktionsinternen Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse einzuwirken (vgl. Sebaldt 1997: 254). Verbandsvertreter wissen um diese Notwendigkeit und schätzen daher den Kontakt zu den Bundestagsfraktionen als bedeutsamer ein. Allerdings gilt dies nicht für alle befragten Verbandsvertreter. So spielen die Bundestagsausschüsse für die Interessenarbeit des LSVDs eine wesentlich größere Rolle als für die BKSL oder Lambda. Dieses Ergebnis kann jedoch der Tatsache geschuldet sein, dass der LSVD bislang als einziger Lesben- und Schwulenverband bei öffentlichen Anhörungen des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestags miteinbezogen wurde. Dass zudem der Oppositionsfraktion eine größere Bedeutung zukommt als der Regierungsfraktion liegt vor allem daran, dass derzeit mit Bündnis 90/Die Grünen und der Linkspartei zwei Parteien die Opposition bilden, die sich für die rechtliche Gleichstellung von Lebenspartnerschaft und Ehe aussprechen. Im Gegensatz dazu sind mit CDU/CSU in der Regierung jene Parteien vertreten, die eine Gleichstellung deutlich ablehnen und auch insgesamt eine deutlich konservativere Haltung hinsichtlich der verschiedenen Familien- bzw. Lebensformen einnehmen. Neben dem Bundestag spielt auch der *Bundesrat* (Mittelwert⁸⁸: 2) als

⁸⁵ Legende: 1 = unwichtig ... 3 = wichtig

⁸⁶ Legende: 1 = unwichtig ... 3 = wichtig

⁸⁷ Legende: 1 = unwichtig ... 3 = wichtig

⁸⁸ Legende: 1 = unwichtig ... 3 = wichtig

Kontaktpartner eine wichtige Rolle. So ist es für Interessenverbände letztlich sinnvoll über ihre Landesorganisationen Kontakte mit den Vertretern der Länder zu pflegen und so auf den Entscheidungsprozess im Bundesrat einzuwirken, um auf dem Weg über den Bundesrat verbandliche Interessen doppelt zu repräsentieren (vgl. Sebaldt 1997: 256). Vor allem der LSVD spricht dem Bundesrat eine größere Bedeutung zu, da er als einziger Lesben- und Schwulenverband das gesamte Bundesgebiet jeweils mit einer eigenen Landesvertretung abdeckt. D.h. je breiter ein Verband auf Länderebene organisiert ist, desto bedeutsamer werden augenscheinlich auch die Mitglieder des Bundesrats als Kontaktpartner für die Interessenarbeit.

Auffällig ist darüber hinaus, dass neben den Ministerien bzw. der Ministerialbürokratie auch der persönliche Kontakt zu *Bundesministern* (Mittelwert⁸⁹: 2) von den Verbandsvertretern als bedeutungsvoll angesehen wird. Denkbar wäre hier beispielsweise, dass der für die Ausarbeitung eines Entwurfs zuständige Fachreferent eine besondere Weisung durch den Fachminister erhält, wenn dieser im direkten Kontakt zu Verbandsvertretern eine bestimmte Zusage gemacht hat. Zudem scheint der persönliche Kontakt zu Interessenvertretern auch Bundesministern gelegen. Erfahren sie so nicht nur über den Dienstweg von Problemen und Forderungen der Verbände (vgl. Sebaldt 1997: 254). Letztlich können *wissenschaftliche Institutionen* (Mittelwert⁹⁰: 2) ebenfalls als bedeutsamer Kontaktpartner angesehen werden. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn Interessenverbände mit Hilfe wissenschaftlicher Expertise ihre Anliegen politisch erfolgreich vertreten wollen – etwa durch Gutachten oder durch das persönliche Auftreten von Wissenschaftlern (vgl. Sebaldt 1997: 257). Allerdings bewerten die befragten Verbandsvertreter die Bedeutung wissenschaftlicher Institutionen äußerst unterschiedlich. So spielen diese für den LSVD eine wesentlich größere Rolle als für die BKSL oder Lambda. Dieses Ergebnis kann zweierlei Gründe haben: Erstens, aufgrund der besseren Zugangsmöglichkeiten des LSVDs zu politischen Institutionen als auch Entscheidungsträgern braucht dieser die fachliche Unterstützung der Wissenschaft, um seine Interessen effektiver zu vertreten. Oder zweitens, der LSVD ist kraft seiner besseren finanziellen und personellen Ausstattung am ehesten in der Lage wissenschaftliche Expertise zu erwerben.

⁸⁹ Legende: 1 = unwichtig ... 3 = wichtig

⁹⁰ Legende: 1 = unwichtig ... 3 = wichtig

Interessenverbände mit konträren Interessen (Mittelwert⁹¹: 1,33), das *Bundeskanzleramt* (Mittelwert⁹²: 1,33) sowie der persönliche Kontakt zum *Bundeskanzler* bzw. zur *Bundeskanzlerin* (Mittelwert⁹³: 1) haben schließlich für die Interessenarbeit von Lesben- und Schwulenverbänden nur eine sekundäre Bedeutung. An diesen Ergebnissen besonders interessant ist vor allem die Tatsache, dass der Dialog mit gegnerischen Interessenverbänden im Vorfeld von politischen Entscheidungen nur in sehr geringem Maße gesucht wird. Dies kann primär auf den vergleichsweise hohen Grad an Heterogenität und Diversität der familienpolitischen Akteurskonstellation zurückgeführt werden. Aber auch Polarisierungseffekte in der Interessenkonstellation können als wesentliche Ursachen hierfür herangezogen werden. Dass zudem weder das Bundeskanzleramt noch die Bundeskanzlerin persönlich als Kontaktpartner eine bedeutsame Rolle spielen versteht sich von selbst. So ist das Bundeskanzleramt doch in erster Linie als „Clearing- und Koordinationsstelle ohne den jeweils nötigen inhaltlichen Sachverstand“ (Sebaldt 1997: 256) einzuschätzen.

Neben der Frage nach der grundsätzlichen Bedeutung von politischen Kontaktpartnern ist zudem die Frage nach der Kontaktfrequenz bzw. faktischen Kommunikationshäufigkeit für die Identifizierung von Zugangskanälen von Relevanz. Denn aus strategischer Sicht sollte die Interessenvertretung nach Möglichkeit nicht nur punktuell, aus konkretem Anlass stattfinden, sondern durch den regelmäßigen Kontakt bestehen. Zudem ist es für beide Seiten durchaus Hilfreich, wenn bereits ein regelmäßiger Austausch stattfindet. Jedoch sei an dieser Stelle methodenkritisch anzumerken, dass es in der Praxis häufig nicht möglich ist die Kommunikationshäufigkeit exakt zu quantifizieren. Daher wurden die befragten Verbandsvertreter gebeten, anhand von Dreierskalen – bestehend aus den Ausprägungen *kein Kontakt*, *unregelmäßiger Kontakt* und *regelmäßiger Kontakt*, die Intensität ihrer Kontakte abzuschätzen. Aus diesem Grund können die im Folgenden präsentierten Daten bestenfalls als grober Schätzwert interpretiert werden: Insgesamt wird deutlich, dass sich die erhobenen Befunde mit der grundsätzlichen Bedeutung der Kontaktpartner für die Interessenvertretung decken. D.h. Verbandsvertreter haben am häufigsten mit jenen Akteuren Kontakt, die auch von ihnen als bedeutungsvoll angesehen werden. So pflegen Lesben- und Schwulenverbände zu

⁹¹ Legende: 1 = unwichtig ... 3 = wichtig

⁹² Legende: 1 = unwichtig ... 3 = wichtig

⁹³ Legende: 1 = unwichtig ... 3 = wichtig

Interessenverbänden mit gleichen oder ähnlichen Interessen (Mittelwert⁹⁴: 2,67), den *Medien* (Mittelwert⁹⁵: 2,33) wie auch den *Bundesministerien* (Mittelwert⁹⁶: 2,33) wesentlich häufiger Kontakte als zu anderen politischen Kontaktpartnern. Zudem ist auch hier auffällig, dass sowohl *Bundesminister* (Mittelwert⁹⁷: 2) als auch *wissenschaftliche Institutionen* (Mittelwert⁹⁸: 2) überdurchschnittlich häufig kontaktiert werden. Im parlamentarischen Bereich rangiert erneut die *Bundestagsfraktion der Opposition* (Mittelwert⁹⁹: 2,33) vor der *Regierungsfraktion* (Mittelwert¹⁰⁰: 2). Zu den *Bundestagsausschüssen* (Mittelwert¹⁰¹: 1,33) hingegen pflegen Lesben- und Schwulenverbände verhältnismäßig äußerst selten Kontakte. Häufiger Kontakt haben die Verbände zu Mitgliedern des *Bundesrats* (Mittelwert¹⁰²: 1,67). Ebenfalls äußerst selten bis gar nicht pflegen die Verbände zu *Interessenverbänden mit konträren Interessen* (Mittelwert¹⁰³: 1,33), dem *Bundeskanzleramt* (Mittelwert¹⁰⁴: 1,33) wie auch direkt zum *Bundeskanzler* bzw. *Bundeskanzlerin* (Mittelwert¹⁰⁵: 1) Kontakte.

Doch wer initiiert diese Kontakte? Nehmen etwa die Verbandsvertreter primär von sich aus Kontakt zu den politischen Institutionen und Entscheidungsträgern auf oder treten auch die politischen Akteure an Lesben- und Schwulenverbände heran, um sich etwa deren Fachwissen zu Nutze zu machen? Um diese Frage zu klären wurden die Befragten gebeten anzugeben, mit welchen politischen Kontaktpartnern ihr Verband von sich aus Kontakt aufnimmt, wenn es darum geht die eigenen Interessen zu vertreten. Insgesamt zeigt sich hier ein äußerst diffiziles Bild: So haben erneut die *Interessenverbände mit gleichen oder ähnlichen Interessen* (Mittelwert¹⁰⁶: 1) die Spitzenposition inne. Dieses Ergebnis kann maßgeblich auf die große Relevanz von Kooperations- und Koalitionsbeziehungen für schwache Interessen zurückgeführt werden. Den Verbandsvertretern ist dieser Umstand bewusst, weshalb auch die (direkte) Kontaktsuche zu Interessenverbänden eine so deutlich größere Rolle spielt. Daneben nehmen die Verbände vergleichsweise häufig sowohl zur *Bundestagsfraktion der Regierungs-*

⁹⁴ Legende: 1 = kein Kontakt ... 3 = regelmäßiger Kontakt

⁹⁵ Legende: 1 = kein Kontakt ... 3 = regelmäßiger Kontakt

⁹⁶ Legende: 1 = kein Kontakt ... 3 = regelmäßiger Kontakt

⁹⁷ Legende: 1 = kein Kontakt ... 3 = regelmäßiger Kontakt

⁹⁸ Legende: 1 = kein Kontakt ... 3 = regelmäßiger Kontakt

⁹⁹ Legende: 1 = kein Kontakt ... 3 = regelmäßiger Kontakt

¹⁰⁰ Legende: 1 = kein Kontakt ... 3 = regelmäßiger Kontakt

¹⁰¹ Legende: 1 = kein Kontakt ... 3 = regelmäßiger Kontakt

¹⁰² Legende: 1 = kein Kontakt ... 3 = regelmäßiger Kontakt

¹⁰³ Legende: 1 = kein Kontakt ... 3 = regelmäßiger Kontakt

¹⁰⁴ Legende: 1 = kein Kontakt ... 3 = regelmäßiger Kontakt

¹⁰⁵ Legende: 1 = kein Kontakt ... 3 = regelmäßiger Kontakt

¹⁰⁶ Legende: 0 = nein; 1 = ja

parteien (Mittelwert¹⁰⁷: 0,66) als auch der *Oppositionsparteien* (Mittelwert¹⁰⁸: 0,66) von sich aus Kontakt auf. Somit konzentriert sich im parlamentarischen Raum die Kontaktsuche im Wesentlichen auf die ‚parlamentarischen Schaltstellen‘ (vgl. Rudzio 2011: 84). Alles in allem werden die drei genannten Akteure also nicht nur ganz allgemein als Kontaktpartner hoch eingeschätzt und der Kontakt zu ihnen regelmäßig gepflegt, sondern faktisch auch überdurchschnittlich häufig von Lesben- und Schwulenverbänden direkt angesprochen. Alle anderen politischen Kontaktpartner fallen hingegen mehr oder weniger deutlich ab. Nur noch die *Bundestagsausschüsse* (Mittelwert¹⁰⁹: 0,33), die Mitglieder des *Bundesrats* (Mittelwert¹¹⁰: 0,33) sowie die *Medien* (Mittelwert¹¹¹: 0,33) erreichen noch Werte knapp über dem Median. Das weist zunächst einmal darauf hin, dass für die Interessenarbeit der Verbände diese drei Akteure zwar durchaus eine wichtige Rolle spielen, faktisch jedoch nur in Ausnahmefällen direkt kontaktiert werden. Allerdings zeigen sich hier deutliche Unterschiede zwischen den Verbänden. Zudem gestaltet sich besonders das Verhältnis zu den Medien offensichtlich als noch komplexer, da die Kontaktaufnahme nicht nur von den Verbandsvertretern – etwa durch Pressemitteilungen oder Pressekonferenzen, sondern auch von Seiten der Medienvertreter selbst ausgeht. Denn Journalisten können sich bei ihrer Arbeit nicht nur auf die Rolle des passiven Adressaten beschränken (vgl. Sebaldt 1997: 269). Ein weiterer wichtiger Befund aus den Befragungsergebnissen ist das Abschneiden der *Bundesministerien* (Mittelwert¹¹²: 0) wie auch der *Bundesminister* (Mittelwert¹¹³: 0). So kann davon ausgegangen werden, dass weder die Kontakte zur Ministerialorganisation noch zu den Ministern persönlich von den Verbänden selbst initiiert werden. Vielmehr scheint es so als ob diese über andere Wege erfolgen - wie etwa durch die Mitarbeit von Verbänden in ministeriellen Beiräten und Kommissionen auf Einladung der Ministerien. Zudem kann angenommen werden, dass federführende Referatsleiter selbst den Kontakt zu Verbandsvertretern suchen, um das nötige fachliche Hintergrundwissen zu erlangen oder deren Expertise einzuholen. Mit anderen Vorzeichen gilt dies auch für die Kontaktaufnahme zu *wissenschaftlichen Institutionen* (Mittelwert¹¹⁴: 0). Schließlich profitieren nicht nur die Verbände von wissenschaftlicher

¹⁰⁷ Legende: 0 = nein; 1 = ja

¹⁰⁸ Legende: 0 = nein; 1 = ja

¹⁰⁹ Legende: 0 = nein; 1 = ja

¹¹⁰ Legende: 0 = nein; 1 = ja

¹¹¹ Legende: 0 = nein; 1 = ja

¹¹² Legende: 0 = nein; 1 = ja

¹¹³ Legende: 0 = nein; 1 = ja

¹¹⁴ Legende: 0 = nein; 1 = ja

Expertise, sondern auch die Wissenschaft hat ein Interesse daran „ihre Erkenntnisse zu vermarkten oder aber finanzielle Mittel für die Forschung einzutreiben“ (Sebaldt 1997: 268). Nicht besonders verwunderlich hingegen ist das Resultat des *Bundeskanzleramts* (Mittelwert¹¹⁵: 0), *Bundeskanzler* bzw. *Bundeskanzlerin* (Mittelwert¹¹⁶: 0) wie auch der *Interessenverbände mit konträren Interessen* (Mittelwert¹¹⁷: 0), die erneut das Schlusslicht in den Befragungsergebnissen bilden.

Abschließen können auf Grundlage der hier präsentierten Befunde folgende Erkenntnisse festgehalten werden: Erstens, ergibt sich für die untersuchten Lesben- und Schwulenverbände eine besonders große Kontaktdichte zu Interessenverbänden mit gleichen oder ähnlichen Interessen. Zudem konnte ein deutlicher Vorrang der Kontakte zum Parlament bzw. den Bundestagsfraktionen – hier besonders zur Oppositionsfraktion, anstatt zur Regierungs- bzw. Ministeriumsebene festgestellt werden. Zwar spielt diese potenziell eine zentrale Rolle für die Interessenvertretung ist jedoch nur punktuell auch faktisch Kontaktpartner. Aus diesen Ergebnissen kann man schließen, dass das Parlament vor allem deshalb als politischer Adressat für die Verbände interessant ist, da sie insbesondere zur Ministeriumsebene bzw. Ministerialbürokratie nur über einen begrenzten oder keinen direkten Zugang verfügen. Und zweitens, zeigen die Befunde deutliche Asymmetrien zwischen den Verbänden. Aufgrund der durchweg hohen Standartabweichungen wird deutlich, dass die Zugangsmöglichkeiten aber auch der Zugangswille zu politischen Institutionen und Entscheidungsträgern nicht gleich verteilt sind, sondern dass sich zwischen den Verbänden große Unterschiede auftun (vgl. Sebaldt 1997: 261). In diesem Zusammenhang kann die generell höhere und gleich verteilte Kontaktdichte des LSVDs zu politischen Institutionen und Entscheidungsträgern damit erklärt werden, dass die Organisation aufgrund ihrer ungleich größeren Verbandsstruktur, Ressourcen, Expertise und Kompetenz zwangsläufig mehr Kontakte hat. Im Gegensatz dazu weist besonders die BKSL eine durchweg wesentlich niedrigere Kontaktdichte auf, so dass hier die Zugangsmöglichkeiten als besonders stark begrenzt angesehen werden können. Dieser Umstand ist vor allem auf die geringe Ressourcenausstattung wie auch äußerst straffe Verbandsstruktur zurückzuführen.

Die durchweg hohe Kontaktdichte zu Interessenverbänden mit gleichen oder ähnlichen Interessen zeigt eindeutig wie wichtig zwischenverbandliche Beziehungen für die

¹¹⁵ Legende: 0 = nein; 1 = ja

¹¹⁶ Legende: 0 = nein; 1 = ja

¹¹⁷ Legende: 0 = nein; 1 = ja

Interessenvertretung sind, da es insbesondere für schwache Interessen unmöglich erscheint alle Zugangskanäle in gleicher Intensität zu bearbeiten. Daher gehen Verbände heutzutage nicht nur langfristige Kooperationsbeziehungen ein, sondern auch unkonventionelle Kooperationen, zeitlich begrenzte Koalitionen oder betreiben punktuelle Formen der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, um gemeinsame Ziele zu erreichen. In einem nächsten Schritt wird nun die Kontaktdichte zu Interessenverbänden mit gleichen oder ähnlichen Interessen noch genauer untersuchen. Dazu werden die vier beim Bundestag registrierten Lesben- und Schwulenverbände im Hinblick auf ihre Bedeutung als Kontaktpartner, die Kontaktfrequenz und Kontaktaufnahme ausführlich analysiert. Zudem werden weitere wichtige Kontaktpartner mit gleichen oder ähnlichen Interessen identifiziert die nicht gelistet sind. Zunächst gilt es jedoch der Frage nachzugehen, ob es aus Sicht der Befragten unter den Lesben- und Schwulenverbänden einen Verband gibt der als bedeutungsvoll angesehen wird, wenn es darum geht im Vorfeld von politischen Entscheidungen die eigenen verbandlichen Interessen zu vertreten? Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung zeigen, dass einzig der *LSVD* (Mittelwert¹¹⁸: 3) als bedeutungsvoller Kontaktpartner von allen befragten Verbandsvertretern angesehen wird. Deutlich dahinter folgt der *Völklinger Kreis* (Mittelwert¹¹⁹: 2,33) vor *Lambda* (Mittelwert¹²⁰: 2). Die geringste Bedeutung wird der *BKSL* (Mittelwert¹²¹: 1,5) beigemessen, was maßgeblich auf dessen stark begrenzte Zugangsmöglichkeiten zurückgeführt werden kann. Die zentrale Bedeutung des *LSVDs* als Kontaktpartner wiederum macht abermals dessen Stellung unter den Lesben- und Schwulenverbänden deutlich. So weist der *LSVD* die generell höchste und gleich verteilteste Kontaktdichte zu den politischen Institutionen und Entscheidungsträgern auf, weshalb dieser als Kontaktpartner besonders attraktiv für andere Verbände erscheint um ihnen einen breiteren Zugang zur Politik zu bieten. Diese Vermutung wird auch durch die weiteren Ergebnisse gestützt. Denn am häufigsten pflegen Lesben- und Schwulenverbände zum *LSVD* (Mittelwert¹²²: 2,5) Kontakt. Andererseits ist der *LSVD* auch der einzige Verband der mit allen anderen Lesben- und Schwulenverbänden regelmäßig Kontakte pflegt. Neben dem *LSVD* wird auch *Lambda* (Mittelwert¹²³: 2,5) ebenso häufig von den Verbänden kontaktiert. Mit der *BKSL*

¹¹⁸ Legende: 1 = unwichtig ... 3 = wichtig

¹¹⁹ Legende: 1 = unwichtig ... 3 = wichtig

¹²⁰ Legende: 1 = unwichtig ... 3 = wichtig

¹²¹ Legende: 1 = unwichtig ... 3 = wichtig

¹²² Legende: 1 = kein Kontakt ... 3 = regelmäßiger Kontakt

¹²³ Legende: 1 = kein Kontakt ... 3 = regelmäßiger Kontakt

(Mittelwert¹²⁴: 2) und dem *Völklinger Kreis* (Mittelwert¹²⁵: 2) stehen die Verbände hingegen geringfügig seltener in Kontakt. Insgesamt zeigt sich jedoch eine erstaunlich hohe Kontaktfrequenz zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden. Auch im Hinblick auf die Kontaktaufnahme wird der *LSVD* (Mittelwert¹²⁶: 1) von allen befragten Verbandsvertretern als jener Verband genannt, mit dem ihre Organisation von sich aus direkten Kontakt aufnimmt, wenn es darum geht die eigenen Interessen zu vertreten. Ebenfalls überdurchschnittlich häufig wird der *Völklinger Kreis* (Mittelwert¹²⁷: 0,66) direkt angesprochen. Die *BKSL* (Mittelwert¹²⁸: 0,5) wird seltener direkt kontaktiert und *Lambda* (Mittelwert¹²⁹: 0) wird kaum bis gar nicht direkt angesprochen. Dass Lambda hier nicht als Kontaktpartner fungiert kann maßgeblich auf Interessenunterschiede zwischen Lambda und den anderen Verbänden zurückgeführt werden. Denn Lambda vertritt als reine Jugendorganisation für lesbische, schwule, bisexuelle wie auch transgender Jugendliche einen anderen Interessenbereich. Während sich der *LSVD*, die *BKSL* und der *VK* als Bürgerrechts- oder Selbsthilfeorganisationen verstehen.

Daneben wurden die Verbandsvertreter gebeten weitere Interessenverbände mit gleichen oder ähnlichen Interessen zu benennen, die als Kontaktpartner für die Interessenvertretung ihres Verbands eine wichtige Rolle spielen. Hier entfällt jeweils eine Nennung auf die *Deutsche AIDS-Hilfe*, *Bundestiftung Magnus Hirschfeld*, *Akademie Waldschlösschen*, *Queeres Forum*, *LAG Lesben*, *Ökumenische Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche*, *Prout At Work*, *Queere Bildung* dem *Bundesjugendring*, das Bündnis *Ehe für alle* und *parteiinterne Lesben- und Schwulenorganisationen*. Auffällig ist dabei, dass sich unter den genannten Organisationen mit der *Deutschen AIDS-Hilfe* und dem *Bundesjugendring* nur zwei Kontaktpartner befinden, die sich nicht primär für die Interessen von Lesben und/oder Schwule einsetzen. Außerdem ist bemerkenswert, dass die Verbände auch den Kontakt zu den *parteiinternen Lesben- und Schwulenorganisationen* – wie etwa die *Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD* (Schwusos) oder der *Lesben und Schwulen in der Union* (LSU), suchen. Dies kann maßgeblich auf deren effektive Zugangs- als auch Einflussmöglichkeiten auf den parteiinternen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess zurückgeführt werden.

¹²⁴ Legende: 1 = kein Kontakt ... 3 = regelmäßiger Kontakt

¹²⁵ Legende: 1 = kein Kontakt ... 3 = regelmäßiger Kontakt

¹²⁶ Legende: 0 = nein; 1 = ja

¹²⁷ Legende: 0 = nein; 1 = ja

¹²⁸ Legende: 0 = nein; 1 = ja

¹²⁹ Legende: 0 = nein; 1 = ja

Aus diesem Grund stellen sie auch für Lesben- und Schwulenverbände einen attraktiven Zugangskanal dar.

Abschließend kann festgehalten werden, dass vor allem Interessenverbände mit gleichen oder ähnlichen Interessen als Kontaktpartner für die Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden eine zentrale Rolle spielen. Die Begründung dafür ist, dass sich mittels zwischenverbandlicher Beziehungen neue Zugangskanäle öffnen und gemeinsame Ziele wirkungsvoller vertreten lassen. Insbesondere der LSVD wird von den Befragten als wesentlicher Kontaktpartner angesehen. Dieses Ergebnis lässt sich vor allem auf die generell höhere und gleich verteilte Kontaktdichte des LSVDs zu den politischen Kontaktpartnern zurückführen. Denn besonders der Kontakt zu den zentralen (politischen) Entscheidungsträgern und Institutionen weist zum Teil beträchtliche Defizite auf. Vor allen Dingen zur einflussreichen Ministerialbürokratie wie auch zur Regierungsebene haben Lesben- und Schwulenverbände keinen oder nur stark eingeschränkten Zugang bzw. Kontakt. Zudem konnten erhebliche Asymmetrien zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden hinsichtlich ihre Kontaktstrukturen festgestellt werden. Jedoch lassen die Ergebnisse im Hinblick auf Kooperationen mit Interessenverbänden mit gleichen oder ähnlichen Interessen die Schlussfolgerung zu, dass dieser Umstand den Befragten durchaus bewusst ist und mittels Kooperationen kompensiert werden kann.

6.4. Strategie- und Instrumenteeinsatz

Wie bereits oben kurz angesprochen hängt der politische Erfolg schwacher Interessen, wie der aller Interessenvertretungen, zunehmend von ihrer Strategiewahl im Rahmen der verbandlichen Artikulation und Vermittlung von Interessen ab. Jedoch ergeben sich aufgrund der Ressourcenknappheit als auch ungünstiger Organisationsstrukturen spezifische Strategieprobleme. So können nicht alle organisierte Interessen gleichermaßen auf die gesamte Palette an Strategien und Instrumenten hinsichtlich der Interessenartikulation und –vermittlung zurückgreifen. Insbesondere schwache Interessen müssen in der konkreten Situation der Artikulation und Vermittlung verbandlicher Interessen die grundsätzliche Entscheidung treffen, in welchem Maß die knappen Mittel und Möglichkeiten durch geeignete Strategien und Instrumente gezielt zum Einsatz kommen (vgl. Winter/Willems 2000: 19). Zudem kann davon ausgegangen werden, dass selbst ressourcenstarke Interessenverbände nur von einem Teil ihrer zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten Gebrauch machen. Vielmehr

beschränken sie sich im Sinne der Effektivität nicht nur auf eine Strategie, sondern greifen auf eine Kombination mehrerer Instrumente auf verschiedenen Ebenen und gegenüber unterschiedlichen Akteuren zurück (Marschall 2011: 74). Ohnehin geht die Verbändeforschung davon aus, dass nicht alle Strategien und Instrumente gleichermaßen wirksam sind. So findet sich in der Literatur immer wieder die Vermutung, dass vor allem die Strategie der indirekten Beeinflussung – insbesondere in Form von informellen bzw. persönlichen Kontaktstrukturen zu politischen Entscheidungsträgern und Institutionen, effektiver wie auch effizienter sind als direkte Formen der politischen Einflussnahme (vgl. Marschall 2011: 74).

Nachfolgend wird daher die Strategie- und Instrumentewahl von Lesben- und Schwulenverbänden untersucht. Diesem Vorgehen liegt die Annahme zu Grunde, dass sich die zur Verfügung stehenden Ressourcen wie auch die spezifischen Verbands- und Kontaktstrukturen zu Strategieoptionen der Verbände addieren. Wobei sich sowohl die Ressourcenknappheit als auch strukturelle Defizite im Strategie- und Instrumenteeinsatz der Verbände erkennen lassen und somit als weitere Ursache für die Artikulations- und Vermittlungsschwäche identifiziert werden können.

Interessenverbänden steht eine ganze Palette von Instrumenten zur Verfügung. Deren Einsatz hängt neben der Ressourcenausstattung und Organisationsstruktur der Verbände vor allem von der politischen Situation und dem institutionellen Umfeld ab. In der Forschungsliteratur werden im Wesentlichen fünf zentrale Instrumente unterschieden (ausführlich siehe u.a. Leif/Speth 2006, Strünck 2010):

1. Formelle bzw. institutionalisierte Kontakte – unter anderem durch formelle Beteiligungsformen der Bundesministerien oder des Deutschen Bundestags
2. Informelle bzw. persönliche Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern und Institutionen – hierzu gehören u.a. organisierte Beratungsgespräche, Briefwechsel, Telefongespräche sowie gesellschaftliche oder auch freundschaftliche Kontakte am Rande von Veranstaltungen etc.
3. Herstellung von Öffentlichkeit und Verbreitung von Informationen über die Medien – etwa durch medienwirksame Kampagnen oder Pressemitteilungen
4. Mobilisierung und Aktivierung der eigenen Mitglieder wie auch Unterstützer – beispielsweise über Protestaktionen oder Demonstrationen
5. Kooperationen mit Verbänden und Organisationen – vor allem mit Interessenverbänden mit gleichen oder ähnlichen Interessen

Um die Fülle der strategischen Optionen besser zu unterscheiden, kann zwischen der sogenannten *outside* und *inside strategy* (politischer) Interessenarbeit unterschieden werden. Während *outside strategies* das Ziel verfolgen öffentlichen Druck gegenüber den politischen Entscheidungsträgern und Institutionen auszuüben, beschreiben die *inside strategies* das klassische Repertoire des traditionellen Lobbyismus im engeren politikwissenschaftlichen Sinne (vgl. Willems/Winter 2007: 35). Besonders partikulare bzw. schwache Interessen neigen dazu, ihren Mangel an institutioneller Einbindung in den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess durch öffentliche Druckerzeugung zu kompensieren (vgl. Willems/Winter 2007: 36). Ein Manko dieser *outside strategies* ist jedoch, dass sich die Interessenverbände in hohem Maße auf die Berichterstattung durch die Massenmedien verlassen müssen, um ihren Interessen Nachdruck zu verleihen. Die Verbände können allerdings nicht ohne weiteres davon ausgehen, dass sich die Massenmedien ‚mobilisieren‘ lassen und über Aktionen oder Forderungen berichten. Daher sind diese Instrumente auch wesentlich schlechter kalkulierbar als traditionelles Lobbying. Ohnehin finden sich in der Verbändeforschung immer wieder Hinweise dafür, „dass die Strategie der internen Beeinflussung effektiver und effizienter ist als die Strategie der öffentlichen Druckerzeugung“ (Marschall 2011: 74). In neuerer Zeit beginnt sich jedoch diese Differenzierung strategischer Orientierungen zunehmend zu wandeln: Aufgrund der kooperativen Grundorientierung deutscher Politik Interessenverbände formell einzubeziehen, gewinnen auch die *inside strategies* für Vertreter schwacher Interessen vermehrt an Bedeutung. So führen regelmäßige Kontakte zwischen politischen Akteuren und Verbandsvertretern innerhalb formeller Beteiligungsformen „zu einer Institutionalisierung der Kommunikationsbeziehungen, die dann ihrerseits einen Strategiewechsel von externen hin zu internen Lobbyingstrategien zu Folge haben“ (Willems/Winter 2007: 36).

Mit der Wahl konkreter Strategien und Instrumente von Lesben- und Schwulenverbänden setzt sich die empirische Studie von Ronald Holz hacker auseinander. Anhand eines europäischen Fünf-Länder-Vergleichs entwickelt er ein Modell indem er drei Strategietypen unterscheidet (Holzhacker 2012: 29): Erstens, der *moralpolitische Typus*. Diese Strategie kommt zur Anwendung, wenn die Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden weder in der Öffentlichkeit noch bei den politischen Eliten Gehör finden. Dazu greifen Verbände auf öffentliche Protestaktionen zurück und konfrontieren die politischen Eliten direkt mit ihren Anliegen. Koalitionen bzw. Kooperationen mit anderen Verbänden spielen hingegen kaum eine Rolle. Zweitens, der *inkrementelle*

Politik-Typus. Hier handelt es sich um eine Strategie, die Lesben- und Schwulenverbände anwenden, wenn ihre Interessen zwar nicht in der Öffentlichkeit, jedoch von den politischen Eliten gehört werden. In diesem Fall veranstalten Verbände kleinangelegte Events, betreiben diskretes Lobbying und gehen Koalitionen bzw. Kooperationen mit Verbänden mit gleichen oder ähnlichen Interessen ein. Und drittens, der sogenannte *high-profile Politik-Typus*. Dieser kommt zum Tragen, wenn die Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden entweder nur in der breiten Öffentlichkeit oder sowohl in der Öffentlichkeit als auch von den politischen Eliten Gehör finden. Dazu veranstalten die Verbände große, öffentliche Events und gehen mit der Regierung sowie mit anderen Verbänden Kooperationen ein, um Einfluss gegenüber dem politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess auszuüben (ausführlich siehe Holzhacker 2012). Auf Grundlage dieser Typologie kann angenommen werden, dass Lesben- und Schwulenverbände in Deutschland bei der Wahl ihrer Strategien und Instrumente vor allem dem ersten Typus entsprechen. So konnte bereits oben deutlich gezeigt werden, dass ihre vertretenen Interessen weder in der breiten Öffentlichkeit noch bei den politischen Eliten Gehör finden. Daher werden sie auch eher den informellen bzw. persönlichen Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern und Institutionen, die Herstellung von Öffentlichkeit über die Medien sowie die Mobilisierung und Aktivierung der eigenen Mitglieder und Unterstützer suchen. Dagegen spielen formelle bzw. institutionalisierte Kontakte und Kooperationen mit Interessenverbänden oder Organisationen nur eine untergeordnete Rolle, um ihre Interessen zu artikulieren wie auch zu vermitteln. Um diese Annahmen zu bestätigen werden nachfolgend die einzelnen Instrumente näher untersucht.

Die vom Staat ausgehenden formalisierten und institutionalisierten Kontakte zwischen Politik und Verbände spielen für die politische Interessenvertretung eine wichtige Rolle (vgl. Sebaldt 1997: 271 ff.). Formen formalisierter und institutionalisierter Kontaktstrukturen zwischen den politischen Akteuren und Verbandsvertretern gibt es im Rahmen von Gremien und Beiräten – etwa bei den Familienberichten der Bundesregierung, sowie bei Anhörungen der Bundesministerien oder des Deutschen Bundestags. Doch welche Bedeutung haben formalisierte bzw. institutionalisierte Kontakte aus Sicht von Lesben- und Schwulenverbänden, wenn es darum geht ihre verbandlichen Interessen gegenüber der Politik zu vertreten? Die Frage nach der *faktischen* Bedeutung von konkreten Mitwirkungs- bzw. Beteiligungsmöglichkeiten soll

zunächst die Gewichtung der einzelnen Beteiligungsformen für die politische Interessenarbeit der Verbände verdeutlichen: Insgesamt werden von den befragten Verbandsvertretern die *Anhörungen der Bundesministerien zu Gesetzesvorhaben* (Mittelwert¹³⁰: 2,67) als die mit Abstand bedeutsamste formalisierte bzw. institutionalisierte Kontaktform eingestuft. Wie nicht anders zu erwarten spiegelt dieses Ergebnis den bundespolitischen Entscheidungsprozess recht gut wieder: Wollen Verbände erfolgreich auf den Gesetzgebungsprozess einwirken, bietet sich in diesem frühen Stadium eine für Einwirkungsmöglichkeiten erheblich offenere Situation als etwa bei den öffentlichen Anhörungen der Bundestagsausschüsse. Hat nämlich ein Gesetzesvorhaben erst einmal das Referentenstadium verlassen, sind Einflussmöglichkeiten verbandlicher Interessen nur noch unter großem (politischen) Aufwand möglich (vgl. Sebaldt 1997: 271). Der mitunter sogar zur „Magna Charta des Verbandseinflusses“ (Harnoß 1970: 105) hochstilisierte § 47 der *Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien* (kurz: GGO) bildet die rechtliche Grundlage der formalisierten bzw. institutionalisierten Kontakte zwischen Ministerien und Verbände. In ihm wird die Möglichkeit von ‚mündlichen Anhörungen‘ der Verbände im Referentenstadium geregelt. Während die Verbände hier ihre Interessen einbringen können, gewinnen die Ministerien in dieser konzeptionellen Entwurfsphase Informationen über Auswirkungen beabsichtigter Maßnahmen und hören Einwände der Verbände. So wird häufig in internen Verhandlungen zwischen dem Ministerium und den Verbänden ein Entwurf erst ‚verbandstest‘ gemacht, d.h. als Kompromiss formuliert (Rudzio 2011: 86). Jedoch schreibt der Paragraph kein verbindliches Anhörungsrecht betroffener Interessenverbände, sondern lediglich eine Anhörungsoption im ministeriellen Gesetzgebungsprozess fest. Die Auswahl der anzuhörenden Verbände liegt jedoch im Ermessen des federführenden Ministeriums. Die zuständigen Ministerialbeamten besitzen somit ein ‚Auswahlrecht‘ bei der Benennung von Verbänden. Daher scheint es für betroffene Verbände notwendig, „sich die Berücksichtigung bei Anhörungen durch kontinuierliche informelle Vor- und Nacharbeit in den zuständigen Ministerialreferaten erst erarbeiten zu müssen“ (Sebaldt/Straßner 2004: 144).

Neben der Anhörungsoption spielen auch die zahlreichen *Beiräte und Kommissionen der Bundesministerien* (Mittelwert¹³¹: 2) aus Verbandssicht eine bedeutsame Rolle.

¹³⁰ Legende: 1 = unwichtig ... 3 = wichtig

¹³¹ Legende: 1 = unwichtig ... 3 = wichtig

Obwohl als Expertengremien gedacht, stellen offizielle Verbandsvertreter neben Wissenschaftlern und sonstigen Sachverständigen einen erheblichen Teil ihrer Mitglieder dar (Rudzio 2011: 86). Sie können jedoch eher als langfristig orientierte Beratungsinstanzen der Ministerien angesehen werden. Kurzfristige Einflussmöglichkeiten entfalten sich durch die Mitarbeit in Beiräten und Kommissionen hingegen kaum. Daher erscheint das gezielte Einwirken auf die jeweils federführenden Referate hier wesentlich effektiver. Letztlich können sich aus Sicht der betroffenen Verbände jedoch beide Kontaktstrukturen sinnvoll ergänzen. So stehen ihnen sowohl langfristige bzw. allgemeinpolitische Formen (Beiräte und Kommissionen der Bundesministerien) als auch kurzfristige bzw. projektbezogene Formen formalisierter und institutionalisierter Kontaktstrukturen (Anhörungen der Bundesministerien zu Gesetzesvorhaben) zur Verfügung (vgl. Sebaldt 1997: 272).

Auch die *öffentlichen Anhörungen in den Ausschüssen des Deutschen Bundestags* (Mittelwert¹³²: 2) werden als bedeutend eingestuft. Allerdings ist die Verteilung des erhobenen Mittelwerts erheblichen Streuungen ausgesetzt. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass einzelne Verbände von dieser Kontaktform offensichtlich wesentlich mehr profitieren als andere. Allen voran für den LSVD, der bislang als einziger Lesben- und Schwulenverband als Sachverständiger in Bundestagsausschüssen fungierte, dürfte diese Kontaktstruktur wesentlich bedeutungsvoller sein. Zwar wird die Einladung zu Anhörungen der Bundestagsausschüsse oftmals als Indikator für eine einflussreiche Position der eingeladenen Interessenverbände verstanden. Jedoch kann die Benennung von Experten eher als Indikator für das taktische Kalkül der Parteien angesehen werden (vgl. Winter 2007: 229). Demnach werden von den Bundestagsfraktionen tendenziell jene Experten benannt, die deren Position inhaltlich unterstützen. Daher sind auch die tatsächlichen Möglichkeiten die eigenen verbandlichen Interessen durchzusetzen, wesentlich geringer als es der offene Charakter der Ausschussanhörung erwarten lässt. Vielmehr kann davon ausgegangen werden, dass die von den Regierungsfractionen benannten Verbände ihren Einfluss schon im Entstehungsprozess des entsprechenden Gesetzes geltend gemacht haben. Aus Sicht von Verbänden liegt die Bedeutung von Anhörungen daher auch weniger in deren gestalterischen Funktion sondern in deren Öffentlichkeitswirkung, da sie den eingeladenen Verbänden „ein Podium zur öffentlichen Selbstdarstellung abgeben“ (Sebaldt 1997: 272). Verbandsvertretern ist diese Wirkung bewusst, weshalb auch Verbände die bereits als

¹³² Legende: 1 = unwichtig ... 3 = wichtig

Sachverständige fungierten, die Bedeutung von Anhörungen der Bundestagsausschüsse wesentlich höher einstufen (LSVD). Demgegenüber schreiben Verbandsvertreter die bislang noch unberücksichtigt blieben (BKSL und Lambda) den Bundestagsausschüssen eine wesentlich geringere Bedeutung zu.

Letztlich spielen die *per Gesetz vorgeschriebenen Anhörungen der Bundesministerien zum Erlass von ausführenden Regierungsverordnungen* (Mittelwert¹³³: 1,33) nur eine merklich untergeordnete Rolle. Zwar darf die politische Bedeutung von Vorordnungen nicht unterschätzt werden, insofern doch viele Gesetze nur einen allgemeinen normativen Rahmen vorgeben während das Nähere von den Vorordnungen geregelt wird (vgl. Sebaldt 1997: 272). Jedoch zeigt sich, dass es „in dieser Phase der Rechtsetzung im Regelfall nur mehr um parlamentarische Korrekturen an bereits ausformulierten Vorlagen bzw. die rechtliche Umsetzung verabschiedeter Gesetze geht“ (Sebaldt/Straßner 2004: 158). Daher werden Verbände der Verordnungsgebung nur dann eine höhere Bedeutung zumessen, wenn sie auch von dieser Konkretisierung betroffen sind. Auch hier gilt, dass ein möglichst frühes Einwirken im Referentenstadium die eigenen Erfolgsaussichten der Verbände deutlich erhöhen.

Bislang wurde nur die Frage nach der *faktischen* Bedeutung von formalisierten und institutionalisierten Kontaktstrukturen gestellt. Aber welche Instrumente kommen konkret zum Tragen, wenn es darum geht die verbandlichen Interessen gegenüber dem familienpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess zu vertreten? Die bisherigen Befunde und Überlegungen hierzu legen nahe, dass Lesben- und Schwulenverbände auf mehrere Instrumente zurückgreifen. Um nun die Gewichtung zwischen den einzelnen Instrumenten zu klären, wurden die Verbandsvertreter nach den konkreten Aktivitäten ihres Verbands gefragt: Im Ergebnis zeigt sich dabei ein äußerst ausgewogenes Bild der eingesetzten Instrumente: So werden die bereits angesprochenen *formellen bzw. institutionalisierten Kontakte* (Mittelwert¹³⁴: 0,66) ebenso wie die *informellen bzw. persönlichen Kontakte zu den politischen Entscheidungsträgern und Institutionen* (Mittelwert¹³⁵: 0,66) als Instrumente für die verbandliche Interessenvertretung gleichermaßen eingesetzt. Dies scheint mit Blick auf die oben dargelegte Typologie der Strategie- und Instrumentewahl von Lesben- und Schwulenverbänden verwunderlich. Zudem nutzen die Verbände im gleichen Maße die *Medien* (Mittel-

¹³³ Legende: 1 = unwichtig ... 3 = wichtig

¹³⁴ Legende: 0 = nein; 1 = ja

¹³⁵ Legende: 0 = nein; 1 = ja

wert¹³⁶: 0,66) sowie die *Mobilisierung der eigenen Mitglieder* (Mittelwert¹³⁷: 0,66) als wesentliche Instrumente, um öffentlichen Druck zu erzeugen. Außerdem zeigt sich erneut die hervorgehobene Stellung von Kooperationen, insofern *Kooperationen mit Interessenverbänden mit gleichen oder ähnlichen Interessen* (Mittelwert¹³⁸: 1) als zentrales Instrument der politischen Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden verstanden werden kann. Auch hier decken sich die Ergebnisse nicht mit der Typologie. Eine untergeordnete Rolle hingegen spielen *Wahlforderungen im Hinblick auf Bundestagswahlen* (Mittelwert¹³⁹: 0,33), das *Einwirken auf den Bund über Landesregierungen* (Mittelwert¹⁴⁰: 0,33) sowie die *allgemeine Öffentlichkeitsarbeit* (Mittelwert¹⁴¹: 0,33).

Aufgrund dieser Widersprüche scheint es sinnvoll nicht allein die *Quantität* ihrer verbandlichen Aktivitäten zu berücksichtigen, sondern es müssen vielmehr auch qualitative Gesichtspunkte miteinbezogen werden. Diese *Qualität* verbandlicher Aktivitäten wurde vor allem mit Hilfe der Expertenaussagen ermittelt, um ein umfassenderes Bild zeichnen zu können. Anhand dieser Befunde ist es nun möglich aufzuzeigen, welche Funktion¹⁴² und Effektivität¹⁴³ den einzelnen Instrumenten im Hinblick auf die Interessenvertretung zugeschrieben wird. Zudem ist es möglich die entsprechenden Einflusskanäle bzw. Kontaktpartner genauer als bislang zu identifizieren. Selbstredend reflektieren diese Befunde in erster Linie die (subjektive) Wahrnehmung als auch Erfahrungen der Befragten und sind daher nur eingeschränkt verallgemeinerbar. Dennoch liefern sie neue Erkenntnisse und tiefergehende Informationen als dies durch eine rein quantitative Analyse möglich gewesen wäre.

Aus Sicht der Befragten liegt die wesentliche Funktion formeller bzw. institutionalisierter Kontaktstrukturen darin, Gesetzesentwürfe im (vor-) parlamentarischen Stadium zu beeinflussen. Dieser Befund spiegelt somit die zuvor gewonnenen Erkenntnisse hinsichtlich formalisierter Beteiligungsmöglichkeiten wieder. Entsprechend werden sie auch als wirkungsvolle Instrumente der direkten bzw. indirekten

¹³⁶ Legende: 0 = nein; 1 = ja

¹³⁷ Legende: 0 = nein; 1 = ja

¹³⁸ Legende: 0 = nein; 1 = ja

¹³⁹ Legende: 0 = nein; 1 = ja

¹⁴⁰ Legende: 0 = nein; 1 = ja

¹⁴¹ Legende: 0 = nein; 1 = ja

¹⁴² Der Begriff *Funktion* wird hier im Sinne der funktionalen Aufgaben wie auch Ziele der jeweiligen Instrumente verstanden.

¹⁴³ Der Begriff *Effektivität* wird hier operationalisiert als (politische) Erfolgsaussichten der jeweiligen Instrumente auf der *Output-Seite*.

Einflussnahme eingestuft (Exp2: 349-350, Exp3: 209-211). Jedoch zeigen sich deutliche Unterschiede hinsichtlich der Einbeziehung von Verbänden, wie das folgende Interviewzitat verdeutlicht:

„Allerdings muss man da auch berücksichtigt werden und das ist für einen so kleinen Verband wie unseren natürlich schwieriger als wenn man viel mehr Mitglieder hat. Und natürlich braucht man auch den regelmäßigen Kontakt [...] um da überhaupt in Frage zu kommen. Und auch da mangelt es uns“ (Exp2: 350-354).

Ein wesentlicher Grund kann in den Zugangsmöglichkeiten zu den entsprechenden Einflusskanälen gesehen werden. So zeigen sich hier deutliche Asymmetrien zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden. So identifiziert der Verbandsvertreter des LSVDs Anhörungen der Bundesministerien und des Bundestages als primären Einflusskanal (Exp3: 589-590). Für Lambda hingegen spielen die Arbeitsgruppen des Bundesfamilienministeriums eine zentrale Rolle (Exp2: 340-341), da der Verband ausschließlich im Rahmen von Arbeitsgruppen seine Interessen vertreten kann (Exp2: 345-346). Keine Einflussmöglichkeiten im Kontext formeller bzw. institutionalisierter Kontaktstrukturen zwischen Verbandsvertretern und politischen Akteuren bestehen indes für die BKSL, weil der Verband keine Zugangsmöglichkeiten zu den entsprechenden Beteiligungsformen hat (Exp1: 504). Es zeigen sich folglich deutliche Unterschiede, die sich gleichzeitig auch in den Kontakten niederschlagen. Denn der Kontakt zu den Akteuren ist wesentliche Voraussetzung dafür, um zu Arbeitsgruppen und/oder Anhörungen eingeladen bzw. berücksichtigt zu werden. So bezeichnet der Verbandsvertreter von Lambda ausschließlich das Bundesfamilienministerium als zentralen Kontaktpartner (Exp2: 339-340). Der LSVD pflegt darüber hinaus auch zu Bundestagsabgeordneten, Bundesministern und zu Ministerpräsidenten Kontakte (Exp3: 590-602). Insgesamt verdeutlichen die gewonnenen Erkenntnisse die zentrale Rolle von Bundestagsabgeordneten und Ministerien bzw. der Ministerialbürokratie als politische Kontaktpartner. Entsprechend können an dieser Stelle erste Übereinstimmungen zwischen den gewonnenen Befunden unter 6.2. und den hier dargelegten Erkenntnissen festgestellt werden. Die zuvor identifizierten politischen Kontaktpartner als auch Asymmetrien zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden in den formellen bzw. institutionellen Kontaktstrukturen werden also auch hier sichtbar. Ferner kann angenommen werden, dass sich die geknüpften Kontakte auch in den informellen bzw. persönlichen Kontakten niederschlagen - wie unten noch zu zeigen sein wird. In diesem Zusammenhang liegt die Vermutung nahe, dass die Teilhabe an Formen formeller bzw.

institutionalisierter Mitwirkungsmöglichkeiten weniger der Einflussnahme auf (konkrete) politische Entscheidungen dient. Sondern vielmehr der (langfristigen) Kontaktbeziehung und Vernetzung zwischen Verbandsvertretern und politischen Akteuren dient (vgl. Sebaldt/Straßner 2004: 144).

Das politische System ist aus formeller Sicht nicht nur dazu verpflichtet nicht-staatliche Organisationen bzw. Interessenverbände in den Gesetzgebungsprozess einzubinden, sondern auch auf das fachliche Wissen der organisierten Akteure angewiesen. Dennoch oder gerade deshalb findet Kommunikation zwischen Verbandsvertretern und politischen Akteuren, abgesehen von Formen formeller bzw. institutionalisierter Mitwirkungsmöglichkeiten, auch auf informeller bzw. persönlicher Ebene statt (vgl. Ahrens 2012b: 42). Diese spielen sich nicht nur etwa in Gestalt von Fachgesprächen zwischen den Experten der Bundestagsfraktionen und Verbandsvertretern, Zusammenreffen bei wissenschaftlichen, politischen oder Verbandstagungen ab. Sondern auch in Form des ständigen persönlichen Kontakts zwischen Verbandsvertretern und den Referenten im Ministerium oder interessierten Bundestagsabgeordneten, um insbesondere in komplizierten Sachfragen eine Expertenmeinung zu hören. Auf diese Weise setzt die ‚Beteiligung‘ am politischen Prozess schon lange vor bzw. außerhalb des (vor-) parlamentarischen Gesetzgebungsprozesses ein (Berger 2004: 90). Vor diesem Hintergrund kann angenommen werden, dass sich die von den Verbänden ausgehenden informellen Bemühungen im Wesentlichen auf Entscheidungen über die politische Agenda richten. Von Interesse sind hier die politische Spitze eines Ministeriums – sprich der zuständige Minister als Vertreter der Regierung als auch die Fachreferenten, die sich um die politische Machbarkeit und Umsetzung von Entscheidungen kümmern. Daneben spielt aber auch die Regierungsfraktion eine wichtige Rolle, da sie primär zu Beginn und gegen Ende des Policy-Prozesses an der Gesetzgebung beteiligt ist. Wichtiger als die kurzfristige Beeinflussung von Ministerien und Regierungsfraktion sind jedoch persönliche Dauerbeziehungen zu verbandsnahen Abgeordneten, die als ‚interne Lobbyisten‘ in der Strategie von Verbänden eine wichtige Funktion einnehmen. Verbände konzentrieren sich daher auf verbandsnahe Abgeordnete der spezialisierten und sachbezogenen Fraktionsarbeitsgruppen und Bundestagsausschüsse, deren Vorschläge die übrigen Abgeordneten der eigenen Fraktion in aller Regel folgen (Rudzio 2011: 84). Auf Grundlage der Befragungsergebnisse kann festgehalten werden, dass auch aus Sicht der befragten Experten informelle bzw. persönliche Kontaktstrukturen als wirkungsvolle Instrumente der politischen Einflussnahme

eingestuft werden. Insbesondere aus dem Grund, weil informelle Beziehungen letztlich darüber entscheiden wie eng die Verbindungen zwischen Politik und Verbände sind (Exp2: 357-358). Der informelle Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern und Institutionen ist jedoch kein Selbstzweck, sondern vielmehr eine zentrale Voraussetzung zur Einflussnahme auf den familienpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess. So verschaffen sich Lesben- und Schwulenverbände auf Grundlage informeller Kontakte nicht nur eine dauerhafte politische Präsenz (Exp3: 310-312), sondern erhöhen auch ihre Beteiligungschancen:

„Die informellen Kontaktstrukturen spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht als Vertreter bei einer Anhörung in Frage zu kommen. Es gibt da ja kein Verzeichnis, sondern man muss auf Grundlage des persönlichen Kontakts zu Politikern in Frage kommen“ (Exp3: 605-608).

In Bezug auf die informellen bzw. persönlichen Einflusskanäle erscheint es grundsätzlich sinnvoll, zwischen dem Zugang der Verbände zur Bundes- und Länderpolitik zu unterscheiden. So identifizieren Verbandsvertreter, die Zugang zur Bundesebene haben, auch die Bundespolitik als wesentlichen Einflusskanal. Verbände die nur über einen eingeschränkten Zugang zur Bundesebene verfügen, benennen zudem die Länderpolitik als Einflusskanal für informelle Kontakte. Ein detaillierter Blick auf die Interviewaussagen bestätigt diese Einschätzung: Grundsätzlich verfügen zwar alle untersuchten Lesben- und Schwulenverbände prinzipiell über informelle Kontakte zu bundespolitischen Akteuren (u.a. Exp1: 492-494, Exp2: 360-362, Exp3: 166-173), jedoch nutzen sowohl die BKSL als auch Lambda darüber hinaus ihre Kontakte zu landespolitischen Akteuren, um mangelhafte Zugangsmöglichkeiten auszugleichen:

„Wir versuchen über unsere landespolitische Arbeit überregional oder auch bundesweit Einfluss zu nehmen. Ein schönes Beispiel ist hier die Bundesratsinitiative zum Thema Öffnung der Ehe. Da hatten wir in unseren Bundesländern dafür geworben und auch versucht, die entsprechenden Fachpolitiker dazu zu bewegen sich einzubringen“ (Exp1: 488-492).

Aufgrund der asymmetrischen Ausgangspositionen ist das Spektrum der Kontaktpartner dementsprechend groß. Besonders der parlamentarische Raum scheint jedoch für informelle bzw. persönliche Kontaktstrukturen relevant, da „die parlamentarische Ebene ganz gut anzusprechen ist“ (Exp3: 167). So pflegt sowohl die BKSL wie auch der LSVD informelle Kontakte zu Bundestagsabgeordneten (u.a. Exp1: 514-518). In diesem Zusammenhang benennt der Verbandsvertreter des LSVDs ausdrücklich die Fachsprecher der Bundestagsfraktionen als bedeutsame Kontaktpartner (Exp3: 632-635)

und betont gleichzeitig die Offenheit und Effizienz informeller bzw. persönlicher Kontakte zu Bundestagsabgeordneten. Der Verbandsvertreter der BKSL merkt jedoch an, dass die informellen Beziehungen zu Bundestagsabgeordneten „immer nur punktuelle Kontakte und sehr mühsam sind“ (Exp1: 435). Es lassen sich folglich deutliche Unterschiede in den Wahrnehmungen der Befragten erkennen. Lambda hingegen pflegt keine informellen bzw. persönlichen Kontakte zu Bundestagsabgeordneten, da der Verband keine Zugangsmöglichkeiten zur parlamentarischen Ebene hat. Abgeordnete, die haupt- oder ehrenamtlich für einen Lesben- und Schwulenverband tätig sind, wollen die befragten Experten indes nicht benennen. Jedoch könne man die Bundestagsabgeordneten Volker Beck und Kai Gehring von Bündnis 90/Die Grünen, Jens Spahn von der CDU und Bernd Fabritius von der CSU als verbandснаhe Akteure bezeichnen. Sie alle werden als zentrale Kontaktpartner für die Interessen der Verbände angesehen und stehen mit Verbandsvertretern im engen Kontakt (Exp1: 514-518). Daher sind die entsprechenden Kontakte zu diesen Akteuren zumeist auch von sehr dauerhafter Natur. Neben den informellen Beziehungen auf parlamentarischer Ebene, spielen aber auch die informellen Kontakte auf ministerialer Ebene eine wichtige Rolle. So identifizieren die Befragten das Bundesfamilienministerium, das Bundesjustizministerium, das Auswertige Amt und die entsprechenden Bundesminister und/oder Ministerialbeamten als informelle Kontaktpartner (u.a. Exp1: 531-532, Exp2: 44-45, Exp3: 637-643). Allerdings zeigen sich auch hier deutliche Asymmetrien: Während Lambda einzig auf einen informellen bzw. persönlichen Kontakt zum Bundesfamilienministerium verweist, benennen die Verbandsvertreter von BKSL und LSVD mehrere Kontaktpartner auf ministerialer Ebene. Außerdem zeigt sich, dass besonders die Fachreferenten der jeweiligen Bundestagsfraktionen und Ministerien als informelle bzw. persönliche Kontaktpartner eine entscheidende Rolle für die Einflussmöglichkeiten von Verbänden spielen. Ein befragter Experte stellt dazu fest:

„Wir sind da natürlich mit den [...] Fachreferenten der Fraktionen und Ministerien – also mit den zuarbeitenden, im engen Austausch und können damit eher unversehens und ehe die Abgeordneten oder die anderen Interessenverbände es bemerken möglicherweise auch einen Punkt setzten“ (Exp3: 316-320).

Neben der Bundesebene nehmen Lesben- und Schwulenverbände auch auf Länderebene informelle bzw. persönliche Kontakte auf. Diese Strategie verfolgen die Verbände nicht nur um die Zugangs- bzw. Kontaktmöglichkeiten auf Bundesebene auszugleichen und

über die Länderpolitik auf den Bund Einfluss auszuüben, sondern auch um Kommunikationsnetzwerke aufzubauen und zu erweitern. Ein Experte berichtet aus der Praxis:

„Insbesondere zwischen unseren Landesverbänden und den entsprechenden Landesministerien herrscht hier ein regelmäßiger Austausch, weil unsere Landesverbände für sie Projekte begleiten und umsetzen. Insofern ergibt sich da eine Expertise und ein Netzwerk von Ansprechpartnern“ (Exp3: 627-630).

Die Interviewergebnisse zeigen also auch in Bezug auf die informellen bzw. persönlichen Kontakte von Lesben- und Schwulenverbänden deutliche Asymmetrien auf. So pflegt der LSVD informelle bzw. persönliche Kontakte zu den politischen Akteuren über mehrere Ebenen während die BKSL und Lambda primär Kontakte über die Ministeriumsebene unterhalten. Zudem nutzen BKSL und Lambda vor allem ihre informellen Kontakte auf Landesebene, um die Bundespolitik zu beeinflussen. Ein wesentlicher Grund hierfür sind die stark begrenzten Zugangsmöglichkeiten von BKSL und Lambda. Diese Befunde bestätigen sich auch im Hinblick auf die unter 6.2. gewonnenen Erkenntnisse. Dass hier vor allem der Ministerialbürokratie eine wichtige Funktion zukommt, scheint im Hinblick auf die oben konstatierte (stark) begrenzte Kontaktdichte auf den ersten Blick verwunderlich. Bestätigt aber die Annahme, dass die zuständigen Ministerialbeamten als wesentliche Kontaktpartner für Interessenverbände angesehen werden können, wenn es darum geht auf den Inhalt zukünftiger Gesetze und Verordnungen frühzeitig einzuwirken. Besonders für schwache Interessen ist die Ministerialbürokratie daher der wichtigste Kommunikationskanal zur Einflussmaximierung. Diese Schlussfolgerung wie auch durch Befunde der anglo-amerikanischen Verbändeforschung zur Strategieplanung von Lesben- und Schwulenorganisationen bestätigen (ausführlich siehe Haider-Markel 2006). Letztlich bleibt jedoch noch die Frage zu klären, auf welchem Weg Verbandsvertreter mit den politischen Akteuren Kontakt aufnehmen? Hier können drei Arten der Kontaktaufnahme unterschieden werden: Erstens, der postalische Weg oder per E-Mail, insofern „man Informationen weiterleitet oder auch mal was hingibt“ (Exp1: 525-526). Zweitens, die gezielte Kontaktaufnahme in Form eines persönlichen Gesprächs etwa am Rande politischer oder gesellschaftlicher Veranstaltungen, Tagungen sowie gemeinsamer Gremiensitzungen (Exp1: 523-528, Exp3: 165-166). Aber auch von den Verbänden selbst veranstaltete Treffen zwischen Verbandsvertretern und politischen Akteuren sind aus Sicht eines Interviewpartners ein wirkungsvolles Instrument, wie das folgende Beispiel zeigt:

„Wir werden am 15. Oktober ein parlamentarisches Frühstück durchführen, um interessierten Kräften einen Ansprechpartner zu bieten. Es gibt da auch schon eine gewisse bescheidene Resonanz. Das ist für uns auch ein Hinweis darauf, dass wir das, was wir in der Vergangenheit als Instrument weniger genutzt haben, künftig besser genutzt werden kann“ (Exp3: 312-316).

Und drittens, der direkte Informationsaustausch – beispielsweise im Rahmen von Anfragen oder über das Versenden von Informationsmaterialien wie der Verbandszeitschrift an politische Akteure, um Fachpolitiker und insbesondere auch Fachreferenten gezielt zu erreichen und über Themen zu informieren (Exp3: 618-624). Vergleicht man nun die Kontaktaufnahme zwischen den Verbänden, dann zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Verbänden. So macht der LSVD von allen drei hier dargestellten Arten der Kontaktaufnahme Gebrauch. Die BKSL hingegen nimmt mit den politischen Akteuren primär Kontakt per E-Mail auf. Der langfristige persönliche Kontakt spielt demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle, wie das folgende Interviewzitat zeigt:

„Aber es ist eher selten, dass wir darüber hinaus [per E-Mail – Anm. d. Verf.] Kontakt haben, sondern nur wenn es um konkrete Themen oder Anliegen geht, die dann auch beeinflussbar wären durch den einzelnen“ (Exp1: 526-528).

Schließlich konnten für Lambda hier keine Befunde in Bezug auf die Arten der Kontaktaufnahme ermittelt werden, insofern der Verband im Wesentlichen nur über einen informellen bzw. persönlichen Kontakt zum Bundesfamilienministerium auf Ebene der Ministerialbürokratie verfügt und dieser primär von Seiten des Ministeriums zu Stande kommt. Eigene Initiativen auf Bundes- oder Länderebene ergreift der Verband darüber hinaus aber nicht (Exp2: 339-341).

In einem nächsten Schritt werden nun formelle bzw. institutionalisierte und informelle bzw. persönliche Kontaktstrukturen im Hinblick auf ihre Effektivität auf der *Output-Seite* hin untersucht. Die Frage nach der Effektivität liegt die Annahme zu Grunde, dass der politische Erfolg beider Instrumente von einer Vielzahl ganz unterschiedlicher Faktoren abhängt – wie etwa Zeitpunkt, Normen und Regeln sowie der Akteurs- und Interessenkonstellation. Daher sind auch kaum verallgemeinernde Feststellungen möglich. Allerdings kann mit Hilfe der Aussagen der Befragten abgeschätzt werden, in welchem Umfang die Verbände mit Instrumenten der *inside strategies* ausgestattet sind und wie Verbandsvertreter deren Effektivität im Hinblick auf die Interessenarbeit bewerten. Die Befragungsergebnisse zeigen eindeutige Wahrnehmungen und Erfahrungen der Experten auf: So gibt ein Interviewpartner an, dass prinzipiell formelle

bzw. institutionalisierte Kontakte zu den politischen Entscheidungsträgern und Institutionen effektiver sind, um den familienpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess durch die direkte Einbeziehung zu beeinflussen. Informelle bzw. persönliche Kontakte „funktionieren aber besser, weil es der einzige Weg ist [an den politischen Prozess] ranzukommen“ (Exp1: 546-547). Einer der Gründe hierfür sei bei den politischen Akteuren selbst zu suchen, weil Lesben- und Schwulenverbände innerhalb formalisierter und institutionalisierter Beteiligungsformen kaum berücksichtigt werden (Exp1: 549-553). Ein anderer Interviewpartner beschreibt das Verhältnis zu den politischen Akteuren besonders zugespitzt, indem er erläutert:

„Weil man von den formellen Strukturen immer nur auf Nachfrage was erfährt oder eingebunden wird. Da kommt die Politik nur selten oder in Ausnahmefällen – wie bei Gesetzesanhörungen, auf einen zu, weil sie wissen das wir sonst gleich wieder Rabatz machen“ (Exp3: 648-651).

Daher nutzen die Verbände im Wesentlichen informelle Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern und Institutionen, insbesondere wenn es darum geht „den politischen Meinungsprozess im Parlament zu beobachten“ (Exp3: 652-653). Ein Interviewpartner berichtet aus der Praxis:

„Dann sucht man sich Verbündete wie Interessenverbände, Organisationen oder Abgeordnete, um frühestmöglich unsere Interessen deutlich zu machen. Das geht nur über die informellen Wege“ (Exp3: 656-658).

Abschließend kann im Hinblick auf die Instrumente der *inside strategies* festgehalten werden, dass mittels informeller bzw. persönlicher Kontakte zu politischen Akteuren die formellen bzw. institutionalisierten Strukturen aus Sicht der Verbandsvertreter sinnvoll ergänzt, ausgefüllt oder auch umgangen werden können. Es besteht folglich ein Vorrang informeller bzw. persönlicher Kontakte gegenüber den formellen bzw. institutionalisierten Kontakten. Lesben- und Schwulenverbände wirken also primär mit Hilfe informeller bzw. persönlicher Kontakte auf den familienpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess ein, da man „somit auch viel besser direkten Einfluss nehmen kann“ (Exp2: 368).

Neben den *inside strategies* spielen aber auch die sogenannten *outside strategies* eine zentrale Rolle, um verbandliche Interessen gegenüber der Politik zu vertreten. Hierunter versteht man jene Instrumente, die das Ziel der medialen bzw. öffentlichen Druckverzeugung verfolgen. Denn die Politikgestaltung hängt schließlich indirekt auch von der ‚öffentlichen Meinung‘ ab, insofern sie politische Entscheidungsträger unter

Handlungsdruck setzt oder Maßnahmen legitimieren kann. Somit wird sie „zur politischen Ressource sowohl für schwach als auch für stark organisierte Gruppierungen“ (Fahlenbrach 2010: 259). Interessenverbände konkurrieren deshalb mit anderen Verbänden wie auch Organisationen um öffentliche Aufmerksamkeit, mit dem Ziel ein vorteilhaftes Meinungsklima zu schaffen und konträre Interessen in einem negativen Licht erscheinen zu lassen. Als entscheidend gelten hier vor allem die Massenmedien wie Fernsehen, Hörfunk, überregionale Zeitungen und Zeitschriften, da sie eine der zentralen Quellen darstellen aus denen sich öffentliche Meinung bildet und entwickelt. Gleichzeitig entnehmen aber auch die politischen Akteure aus den Medien, welchen Stellenwert bestimmte Themen in der öffentlichen Wahrnehmung haben (Vowe 2007: 468). Jedoch liegen bislang nur wenige Befunde zum Verhältnis zwischen Interessenverbänden und Medien vor. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass sich aufgrund der zunehmenden Dominanz der Medien in Bezug auf die öffentliche Meinungsbildung erhebliche Folgen für die Interessensarbeit ergeben: Erstens, sind mit den Medien mächtige Kontrahenten erwachsen, die insbesondere die Themenpräferenzen des Publikums beeinflussen. Darunter auch die von den Verbänden repräsentierten sozialen Gruppen. Aufgrund der anwachsenden Bereitschaft politischer Entscheidungsträger auf die in den Medien repräsentierte öffentliche Meinung zu reagieren, können sie auf die politische Agenda maßgeblich einwirken. Zweitens, sind für Verbände nicht mehr nur die Organisations- und Konfliktfähigkeit, sondern auch die sogenannte ‚Resonanzfähigkeit‘ von Bedeutung. Darunter wird die Fähigkeit verstanden seinen Interessen und Forderungen in der breiten Öffentlichkeit und den Medien Gehör zu verschaffen, um politisch erfolgreich seine Interessen zu vertreten. Drittens, konkurrieren Verbände untereinander aber auch mit anderen Gruppierungen um die stark begrenzte Aufmerksamkeit der Medien. Infolgedessen müssen sie sich systematisch darum bemühen ihre eigenen Interessen und Forderungen in unterschiedlichen Medien und über verschiedene Kanäle ins Gespräch zu bringen, positiv zu *framen* wie auch gleichzeitig gegnerische Interessen zu konterkarieren. Jedoch bleibt aus Sicht der Verbände unsicher, welche Interessen und Forderungen die Medien präsentieren oder dethematisieren und wie sie diese in einem übergeordneten Deutungskontext bewerten. Viertens, hat sich die Interessensarbeit von Verbänden zunehmend zu einer medienstrategischen Öffentlichkeitsarbeit gewandelt. So sind zu den klassischen Instrumenten der Interessenvertretung neue Formen der Inszenierung von speziell für die Medien konzipierte Aktionen und Kampagnen getreten, um die

Massenmedien zu erreichen (ausführlich siehe Koch-Baumgarten 2010: 250 ff.). Trotz dieser weitreichenden Veränderungen in Bezug auf die Interessenarbeit, sind Verbände in den Massenmedien kaum präsent (vgl. Hackenbroch 1998: 199 ff.). Zudem variiert die mediale Präsenz von Verbänden je nach Verbandstyp, -ideologie und Ressourcen. Besonders schwache Interessen scheinen in diesem Zusammenhang gegenüber starken Interessenvertretungen wie Gewerkschaften benachteiligt. Aus diesem Grund wird nachfolgend die Medienarbeit¹⁴⁴ von Lesben- und Schwulenverbänden eingehend untersucht.

Instrumente der Medienarbeit nutzen Lesben- und Schwulenverbände vor allem zur Herstellung von Öffentlichkeit. Vor allem wenn es darum geht relevante Themen medial zu besetzen, um so politischen Druck aufzubauen und Informationen zu verbreiten. Das folgende Exempel eines Interviewpartners verdeutlicht diese Praxis:

„Wir stellen zum Beispiel regelmäßig fest, dass bei großen Berichten der Bundesregierung unsere Belange gar nicht angesprochen werden. Dann müssen wir uns mit einem Schattenbericht äußern damit die Leute sehen, dass sie einen wesentlichen Faktor vergessen haben. Und das ist natürlich eine Herausforderung an das Monitoring, um dann sukzessive darauf hin zu arbeiten, dass im nächsten Bericht diese Belange vielleicht mitberücksichtigt werden“ (Exp3: 609-614).

Besonders in Bezug auf Protestformen – wie etwa dem *Christopher Street Day* (kurz: CSD), spielt die mediale Berichterstattung eine entscheidende Rolle. Hier geht es vor allem darum, dass die Medien Protestmotive und -inhalte gegenüber einer breiten Öffentlichkeit aber auch der Politik vermitteln. Ein Interviewpartner beschreibt die Bedeutung äußerst zugespitzt, indem er erläutert:

„Das ist bei den großen Themen natürlich von Relevanz. Beispielsweise wenn es darum geht diese beinahe karnevalsähnlichen Veranstaltungen politisch aufzuladen. Da ist es schon wichtig den Medien zu vermitteln, dass das nicht nur ein fröhliches Miteinander ist, sondern dem auch eine politische Botschaft innewohnt“ (Exp3: 661-664).

Jedoch zeigt sich nach Ansicht der Experten, dass die Verbände „kaum Möglichkeiten haben Themen in den Medien zu platzieren“ (Exp1: 558-559). So werden von den Medien kaum die politischen Forderungen von Lesben- und Schwulenverbänden aufgegriffen – abgesehen im Rahmen von Großveranstaltungen wie dem CSD. Zwar versuchen die Verbände vor allem mittels Pressemitteilungen ihren Interessen medial

¹⁴⁴ Der Begriff *Medienarbeit* bezeichnet hier das Aufgabenfeld wie auch alle Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit, die „auf die Gewinnung von Akzeptanz- und Multiplikationsleistungen des Journalismus ausgerichtet sind“ (Szyszka 2008: 615).

Gehör zu verschaffen, um gezielt auf die öffentliche Meinung einzuwirken. Allerdings zeigen sich deutliche Unterschiede in der medialen Resonanz. Demzufolge ist das mediale Interesse „unterschiedlich und hängt stark vom Thema aber auch von der redaktionellen Linie des Mediums ab“ (Exp3: 672-673). An dieser Stelle nicht explizit genannt, aber wie aus anderen Aussagen erschießbar, sind hier vor allem die konservativ ausgerichteten Qualitätszeitungen gemeint. Insbesondere die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *DieWelt* sowie Boulevardzeitungen wie die *Bild*, die sich eher skeptisch bis negativ gegenüber der Gleichstellung von Lebenspartnerschaft und Ehe äußern. Auf der anderen Seite kommen aber auch Medienvertreter selbst auf die Verbände zu, da sich Journalisten bei ihrer Arbeit nicht nur auf die Rolle des passiven Adressaten beschränken können. Jedoch wird auch dies von den Befragten äußerst kritisch angesehen, wie sich anhand der folgenden Interviewaussage deutlich erahnen lässt:

„Sie kommen ab und zu mal auf uns zu, wenn sie gerade mal wieder für irgendeine Serie oder Reportage auf der Suche nach einem Jugendlichen sind, der sich vor laufender Kamera öffentlich outen möchte. Das ist wirklich absurd. Aber um sich mit dem Thema sachlich auseinander zu setzen kommt dann keiner auf einen zu“ (Exp2: 376-379).

Das diffizile Verhältnis zu den Medien und Journalisten bestätigt sich auch im Hinblick auf die Befunde unter 6.2. Insgesamt wird daher auch die Effektivität von Medienarbeit in Bezug auf die öffentliche Meinung sehr ambivalent bewertet. Wie die Ausführungen hier schon gezeigt haben, wird die Medienberichterstattung aus Sicht der befragten Experten äußerst kritisch eingeschätzt. Das Resümee eines Interviewpartners verdeutlicht diese Schlussfolgerung:

„Wenn Medien zu lesbisch-schwulen Themen berichten passiert es schnell, dass es undifferenziert oder [...] schnell diffamierend ist. Deswegen ist Presse immer so eine heikle Geschichte, weil wir oft schon erlebt haben, dass Presse – wenn sie sich für ein Thema interessiert, dann schnell nicht versteht worüber es geht und plötzlich was anderes daraus macht. Und das ist dann immer schwierig, weil man eh wenige Möglichkeiten hat Sachen richtigzustellen oder gesellschaftliche Diskurse zu entwickeln“ (Exp1: 560-567).

Jedoch sind Lesben- und Schwulenverbände „natürlich aber auch auf die Multiplikation durch szenenahe Medien – noch lieber aber der Mainstream-Presse, angewiesen“ (Exp3: 211-213). Daher wird die Medienarbeit insbesondere dann als effektiv angesehen, wenn es darum geht die verbandlichen Interessen einem breiten Publikum zu vermitteln und/oder politische Einzelziele durch den öffentlichen Druck zu erreichen (Exp3: 664-666). Somit kann an dieser Stelle durchaus von einem ambivalenten Beziehungs-

verhältnis zwischen Lesben- und Schwulenverbänden und Massenmedien gesprochen werden. Da die Verbände einerseits auf die Medienberichterstattung angewiesen sind, andererseits ihre politischen Forderungen und Interessen jedoch kaum Gegenstand dieser Berichterstattung sind.

Neben den Massenmedien können Interessenverbände noch auf weitere Instrumente zurückgreifen, um auf die öffentliche Meinung einzuwirken. In diesem Zusammenhang spielt vor allem die Mobilisierung der eigenen Mitglieder eine zentrale Rolle. Damit verbunden sind meist Protestformen und Ereignisse, die sich zwar immer ‚instrumentell‘ an die öffentliche Meinung, gleichzeitig jedoch auch ‚expressiv‘ an die eigenen Mitglieder und Sympathisanten orientieren. D.h. die Mobilisierung ist nicht nur nach außen möglich – im Sinne der öffentlichen Repräsentation verbandlicher Interessen mit dem Ziel öffentlichen Druck auf die entsprechenden politischen Entscheidungsträger aufzubauen. Sondern auch immer nach innen gerichtet – vor allem im Hinblick auf kollektive Selbstvergewisserung und Verstärkung der individuellen Bindung (Fahlenbrach 2010: 260). Protestformen und Ereignisse im öffentlichen Raum wie etwa auf der Straße oder an öffentlichen Plätzen bieten außerhalb der Medien somit die Möglichkeit, diskursiver, emotionaler wie auch körperlicher Interaktionen zwischen den Teilnehmern. Gleichzeitig richten sich Demonstrationen und andere Protestaktionen in westlichen Mediengesellschaften immer stärker auf die Rezeption in den Medien aus, um sowohl Adressaten wie auch eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Dies gilt insbesondere für Verbände oder Gruppierungen, die über noch keinen oder nur einen (stark) eingeschränkten Zugang zu den Massenmedien verfügen. Aus diesem Grund werden Protestaktionen im öffentlichen Raum durch professionell agierende Organisationen immer mehr zu aufwändig geplanten Medienevents, die sich nicht mehr primär an die Anwesenden vor Ort richten. Entsprechend der ‚instrumentellen‘ Funktion zielen sie vielmehr auf eine breite Medienöffentlichkeit, um auf diesem Weg die politischen Entscheidungsträger unter Druck zu setzen. Besonders anschauliche Beispiele hierfür sind die Protestaktionen von Greenpeace und ATTAC, die über die Medien eine breite Öffentlichkeit erreichen (Fahlenbrach 2010: 263). Zudem können Verbände alternative Medienöffentlichkeiten entwickeln – etwa mittels Flugblätter, Plakate, Verbandspublikationen oder über die *Neuen Medien*. Diese internen Medienöffentlichkeiten richten sich primär an die eigenen Mitglieder wie auch Sympathisanten und erfüllen aufgrund ihrer geringen Reichweite vorwiegend ‚expressive‘ Funktionen (Fahlenbrach 2010: 266).

Auch aus Sicht der Experten liegt die wesentliche Funktion der Mobilisierung der eigenen Mitglieder darin, die Öffentlichkeit zu mobilisieren wie auch die eigenen Mitglieder und Sympathisanten an die Verbände zu binden. Dazu nutzen Lesben- und Schwulenverbände sowohl ‚instrumentelle‘ wie auch ‚expressive‘ Instrumente: Erstere insbesondere durch gezielte Demonstrationen oder andere Protestaktionen sowie durch die Teilnahme an Fachkonferenzen. Eine der wichtigsten Veranstaltungen bildet dazu der CSD, der auch in der Medienberichterstattung vielfach aufgegriffen wird und eine hohe öffentliche Wahrnehmung erzeugt. Letztere Instrumente vor allem durch die Präsenz bei Straßenfesten und Ereignissen der LGBT-Community sowie über Verbandspublikationen und die *Neuen Medien*. Insbesondere über Webseiten, Blogs, Newsletter und die sozialen Netzwerke (Exp3: 726-729). Allerdings scheinen besonders die ‚expressiven‘ Instrumente hinsichtlich der Mobilisierung eine entscheidende Rolle zu spielen, wie das folgende Zitat eines Interviewpartners verdeutlicht:

„Das ist zwar eine organisatorische Herausforderung, verschafft aber dem Verband eine breite Basis - gerade wenn es darum geht Mitglieder zu binden oder neue Mitglieder hinzuzugewinnen. [...] Das alles können wir natürlich nur durch den unmittelbaren Bürgerdialog tun“ (Exp3: 729-735).

Jedoch wird die Effektivität solcher Verbandsaktivitäten im Hinblick auf die politische Interessenarbeit der Verbände sehr unterschiedlich eingeschätzt. So macht ein Interviewpartner deutlich, dass aufgrund der niedrigen Mitgliederzahl und der geringen Mobilisierungsfähigkeit der Verbände, die Möglichkeiten medialer bzw. öffentlicher Druckerzeugung gegenüber den politischen Entscheidungsträgern stark eingeschränkt sind:

„Aber ich glaube schon, dass es dadurch sehr schwer ist Menschen zu mobilisieren. Wir haben ja auch kein Druckmittel oder Drohpotenzial, weil wir ja nur eine schwache Interessenvertretung sind. [...] Wir bekommen mit Mühe mal eine Demo organisiert, wenn irgendein wichtiges Thema mal zur Debatte steht. Und das auch nur für kurze Zeit, weil wir keinen Mobilisierungsbackground haben der uns in irgendeiner Weise stark gegenüber der Politik machen würde“ (Exp1: 156-161).

Andererseits können gezielte Demonstrationen oder andere Protestaktionen dazu beitragen, dass Lesben- und Schwulenverbände in der medialen Berichterstattung präsent sind und somit Protestmotive und -inhalte vermittelt werden. Ein weiterer Interviewpartner verdeutlicht dies an einem aktuellen Beispiel, in dem es um das *Thema Ehe für alle* geht:

„Wenn wir morgen wieder vor dem Bundesrat demonstrieren, dann machen wir das weniger um die Bundesratsmitglieder zu beeinflussen – weil sie ganz genau

wissen werden wie sie abstimmen, sondern um das Thema gegenüber der medieninteressierten Öffentlichkeit zu verdeutlichen“ (Exp3: 666-669).

Folglich kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass Lesben- und Schwulenverbände zwar Instrumente der *outside strategies* nutzen um ihre politischen Interessen und Forderungen gegenüber der Öffentlichkeit zu repräsentieren. Von einer hiervon ausgehenden medialen bzw. öffentlichen Druckerzeugung gegenüber den politischen Entscheidungsträgern kann jedoch nur in Ausnahmefällen gesprochen werden. Etwa durch die Berichterstattung szenenaher Medien oder durch gezielte Protestaktionen zur Erreichung von Einzelzielen im Vorfeld politischer Entscheidungen. Besonders anschaulich sind hier die verbandlichen Aktionen und Demonstrationen zur Schaffung des Lebenspartnerschaftsgesetzes, wo es den Verbänden gelungen ist nicht nur die eigenen Mitglieder zu mobilisieren, sondern auch öffentlichen Druck zu erzeugen. Allerdings sind solche Verbandsaktivitäten äußerst selten und selektiv. Daher scheinen diese Instrumente eher der Bindung oder Gewinnung von Mitgliedern und Sympathisanten zu dienen.

Wie im Verlauf dieser Arbeit schon an mehreren Stellen deutlich geworden ist, haben Interessenverbände mit gleichen oder ähnlichen Interessen eine zentrale Bedeutung für die Interessenarbeit von Lesben- und Schwulenverbänden. Deshalb werden Kooperationsformen zwischen Verbänden mit gleichen oder ähnlichen Interessen ebenfalls als Instrument der politischen Interessenvertretung verstanden und erhalten Einzug in die vorliegende Untersuchung. Denn zwischenverbandliche Kooperationen sind heutzutage kaum noch ungewöhnlich oder selten. Vielmehr sind sie aus Sicht der verbandlichen Akteure eine wichtige Voraussetzung, um (politisch) erfolgreich auf Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse einzuwirken. In diesem Zusammenhang wird Kooperation im weitesten Sinne als jede Art des Zusammenarbeitens zwischen Personen und/oder Organisationen verstanden. Kooperationen sind somit nicht per se besonders eng oder harmonisch, sondern schließen auch Konkurrenz nicht aus. Denn dort wo Konkurrenz zwischen den Akteuren besteht gibt es in der Regel auch eine Basis für kooperative Formen des Zusammenarbeitens. Die Rolle von Kooperationsformen als ein gemeinsames Rationalitätskriterium verbandlicher Interessen zeigt sich insbesondere im Hinblick auf die Vertretung schwache Interessen. So bewerten schwache Interessen Kooperationen tendenziell höher als starke bzw. ressourcenreiche Akteure, um ihren Einfluss zu stärken (vgl. Winter/Willems 2000). Dies kann vor allem auf die Tatsache

zurückgeführt werden, dass Kooperationen mit geringen Kosten bzw. Ressourcenaufwand und einem hohen Nutzen im Hinblick auf die Artikulation und Vermittlung verbandlicher Interessen verbunden werden (ausführlich siehe Strolovitch 2014). Diese Annahme bestätigt sich auch mit Blick auf die vorliegenden Ergebnisse der schriftlichen Befragung: So findet die Aussage, dass durch Kooperationen Defizite der Durchsetzung verbandlicher Interessen ausgeglichen werden können eine sehr deutliche *Zustimmung* unter den Befragten (Mittelwert¹⁴⁵: 2,67). Auch aus Sicht der Experten werden Kooperationen mit Interessenverbänden mit gleichen oder ähnlichen Interessen als wichtigstes Instrument der Interessenvertretung bewertet. So dienen andere Interessenverbände vor allem als strategische Partner und helfen bei der Sichtbarkeit als auch der Durchsetzung verbandlicher Interessen (Exp1: 573-583). Die Funktion von Kooperationspartnern beschreibt ein Interviewpartner wie folgt:

„Das sind natürlich unsere Allianzpartner in zentralen Fragestellungen, weil wir zwar ein in breiter Präsenz aber nur mit einer geringen Kopfzahl ausgestatteter Verband sind. Daher müssen wir da sehen, dass wir strategische Partner – sei es hinein in die Wirtschaft, in den juristischen oder auch sozialen Bereich, finden, die ihrerseits Ressourcen erschließen“ (Exp3: 678-682).

Jedoch finden sich auch Widersprüche im Antwortverhalten der Befragten. Vor allem bei der Aussage, dass Kooperationen für die (eigene) Verbandstätigkeit eine wichtige Rolle spielt, um gemeinsame Ziele zu erreichen. Hier ergibt sich nur eine *teilweise Zustimmung* unter den Befragten (Mittelwert¹⁴⁶: 1,66). Außerdem zeigen sich deutliche Unterschiede im Hinblick auf diese Aussage. So stimmen die befragten Verbandsvertreter von BKSL und LSVD dieser Aussage *teils/teils* zu während der Vertreter von Lambda *nicht zustimmt*. Diesen Widersprüchen in den Befunden gilt es nachzugehen. Aus diesem Grund wird anschließend nach möglichen Gründen für die Diskrepanz im Antwortverhalten der Befragten gesucht.

In Bezug auf das Thema (politische) Kooperation erscheint es zunächst grundsätzlich sinnvoll, zwischen vertikalen und horizontalen Kooperationsstrukturen zu unterscheiden. Vertikal meint hier eine Kooperation zwischen Verbänden, die unterschiedlichen inhaltlichen bzw. funktionellen Hintergründen angehören. Beispielsweise die Zusammenarbeit zwischen einem Lesben- und Schwulenverband mit einem Wirtschaftsverband. Horizontale Kooperation wird hingegen als Zusammenarbeit zwischen Verbänden mit gleichen inhaltlichen bzw. funktionellen Hintergründen verstanden. Im

¹⁴⁵ Legende: 1 = stimme nicht zu ... 3 = stimme zu

¹⁴⁶ Legende: 1 = stimme nicht zu ... 3 = stimme zu

vorliegenden Fall also zwischen mindestens zwei Lesben- und Schwulenverbänden (vgl. Ahrens 2012: 44). In diesem Zusammenhang verweist Donald P. Haider-Markel darauf, dass Lesben- und Schwulenorganisationen dann ihre Interessen am erfolgreichsten verfolgen können, wenn sie Kooperationen mit Organisationen aus anderen Bereichen eingehen. Wie zuvor schon die Frauenrechtsbewegung oder die afro-amerikanische Bürgerrechtsbewegung sind Lesben- und Schwulenorganisationen besonders dann politisch erfolgreich, wenn es ihnen gelingt vertikale Kooperationen mit Interessenorganisationen mit unterschiedlichen inhaltlichen bzw. funktionellen Hintergründen einzugehen (ausführlich siehe Haider-Markel 2000). Auch Ronald G. Shaiko zeigt explizit anhand des Reformprozesses zur Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe in den USA auf, dass Kooperationsformen erst dann politisch erfolgreich waren als neben den Lesben- und Schwulenorganisationen weitere Interessenorganisationen hinzugetreten sind. So konnten durch vertikale Kooperationen nicht nur Anzahl und Größe der ‚Bewegung‘ deutlich erhöht, sondern auch durch den Beitritt ressourcenstarker Organisationen der politische Einfluss maximiert werden (ausführlich siehe Shaiko 2007). Wie oben bei der Untersuchung der Akteurs- und Interessenkonstellation bereits ausführlich dargelegt und begründet, ist das Beziehungsverhältnis der familienpolitischen Akteurslandschaft in Deutschland eher von Konkurrenz und Konflikten geprägt. Sowohl die ihnen zugrundeliegenden inhaltlichen wie auch funktionellen Hintergründe unterscheiden sich in den meisten Fällen zu sehr von den Lesben- und Schwulenverbänden. Deshalb suchen die Verbände ihre Kooperationspartner auch primär außerhalb der familienpolitischen Akteurslandschaft. So gehen Lesben- und Schwulenverbände vertikale Kooperationen vor allem mit Menschenrechts-, Bürgerrechts- als auch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen ein. Ein detaillierter Blick auf die Interviewergebnisse zeigt, dass der LSVD die meisten vertikalen Kooperationsbeziehungen auf Bundesebene eingeht – egal ob dauerhaft oder temporär. Der LSVD kooperiert etwa mit dem *Deutschen Frauenrat*, *Amnesty International* oder der *Humanistischen Union*. Zudem haben sich die genannten Organisationen im *Forum Menschenrechte*, dem Netzwerk deutscher Menschenrechtsorganisationen, zusammengeschlossen (Exp3: 685-687). Darüber hinaus geht der LSVD temporäre Kooperationen bei bestimmten politischen Themen ein. Hier vor allem mit der *evangelischen Kirche*, dem *Bund der Vertriebenen* oder auch mit den Gewerkschaften *Ver.di* und der *GEW*. Während die Landesverbände der BKSL vielfältige vertikale Kooperationsbeziehungen mit regionalen und lokalen Organisationen pflegen, kooperiert die BKSL auf

Bundesebene vor allem mit der *Deutschen AIDS-Hilfe* und dem *Paritätischen Wohlfahrtsverband* (Exp1: 274-276, Exp1: 601-602). Lambda hingegen kooperiert in politischen Themen ausschließlich mit dem *Deutschen Bundesjugendring* (Exp2: 86-89). Somit ergeben sich auch hier wieder deutliche Asymmetrien im Hinblick auf die zentralen Kooperationspartner von Lesben- und Schwulenverbänden. An diesem Punkt zwar nicht explizit genannt, aber wie sich aus anderen Aussagen erschließen lässt, können Asymmetrien primär auf die Ressourcenausstattung als auch Organisationsstrukturen der Verbände zurückgeführt werden. So scheint der LSVD besonders wegen seiner vergleichsweise effektiven (politischen) Verbandstätigkeit sowie seiner breiten und gleich verteilten Kontaktdichte zu politischen Entscheidungsträgern und Institutionen als Kooperationspartner für andere Verbände verhältnismäßig attraktiver zu sein. Außerdem machen die befragten Experten an mehreren Stellen deutlich, dass sich die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren in den letzten Jahren insgesamt verbessert hat (u.a. Exp3: 356-370). Dennoch finden horizontale Kooperationsbeziehungen weitaus häufiger und enger statt. Dies kann nicht zuletzt auf die Artikulations- und Vermittlungsschwäche von Lesben- und Schwulenverbänden zurückgeführt werden, die sie als wenig attraktiver Kooperationspartner erscheinen lässt. Daher werden horizontale Kooperationsbeziehungen auch aus Sicht der Verbandsvertreter im Allgemeinen eine größere Bedeutung zugesprochen als vertikale Kooperationsbeziehungen. Aus diesem Grund werden nachfolgend vertikale Kooperationen eingehender untersucht.

Wie aus den Ergebnissen unter 6.2. ersichtlich, pflegen die untersuchten Lesben- und Schwulenverbände untereinander als auch mit zahlreichen Organisationen mit gleichen inhaltlichen bzw. funktionellen Hintergründen Kontakte. Was jedoch horizontale Kooperationsbeziehungen angeht, so spielen weder die BKSL noch Lambda eine wesentliche Rolle als Kooperationspartner. Auch hier zeigt sich erneut die herausragende Stellung des LSVDs unter den untersuchten Lesben- und Schwulenverbänden. Diese Beobachtung wird auch explizit durch Interviewaussagen gestützt (vgl. u.a. Exp3: 693-695). Zudem variiert Anzahl und Partner von horizontalen Kooperationen mit anderen Verbänden und Organisationen. Im Detail bedeutet das, dass die BKSL horizontale Kooperationsbeziehungen mit dem LSVD, der *Akademie Waldschlösschen*, der *Ökumenischen Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche*, dem *Völklinger Kreis* sowie mit *partiinternen Lesben- und Schwulenorganisationen* eingeht (Exp1: 587-602, Exp1: 607, Exp1: 639). Lambda kooperiert vor allem mit dem Bundesverband *Queere*

Bildung und *Prout At Work* (Exp2: 391-394). Letztlich geht der LSVD primär horizontale Kooperationen mit dem *Völklinger Kreis* und dem Bündnis *Ehe für alle* ein (Exp3: 695-697). Auffällig ist an den Interviewergebnissen, dass die Kooperationsbeziehung zwischen BKSL und LSVD vom Verbandsvertreter des LSVDs während des Interviews nicht genannt bzw. bestätigt wird.

Die untersuchten Lesben- und Schwulenverbände pflegen also vergleichsweise viele Kontakte untereinander wie auch zu Organisationen mit gleichen inhaltlichen bzw. funktionellen Hintergründen, jedoch bestehen wenige horizontale Kooperationsbeziehungen. Doch welche konkreten horizontalen Kooperationsformen praktizieren nun die Verbände? Verglichen mit den verschiedenen strategischen Möglichkeiten zwischenverbandlicher Kooperation, die in der einschlägigen Forschungsliteratur dargestellt werden (ausführlich siehe u.a. Schwarz 1979), praktizieren Lesben- und Schwulenverbände relativ wenige Kooperationsformen. Am häufigsten finden Kooperationen hinsichtlich der Strategieentwicklung statt (Exp1: 591-594, Exp3: 698-701). Hiermit sind mehr oder weniger häufige Absprachen zwischen den Verbänden gemeint, die neben inhaltlichen Fragen auch die operative Ziel- und Umsetzung betreffen – vor allem im Hinblick auf die Gremienarbeit der Verbände. Wie solche Absprachen vonstattengehen beschreibt ein Interviewpartner exemplarisch folgendermaßen:

„Wir haben jetzt z.B. am Montag wieder Kuratoriumssitzung von der *Magnus Hirschfeld Bundesstiftung* und da treffen sich die *NGO*-Kuratoren schon am Sonntag, um verschiedene Themen die sie betreffen zu besprechen. Und da tauschen wir uns auch über Strategien aus, die wir gemeinsam verfolgen wollen und ähnliches. Das ist zwar ziemlich neu aber das Interesse ist bei allen groß das auch zu machen“ (Exp1: 608-611).

Weitere Kooperationen finden zudem in Form gemeinsamer Stellungnahmen anlässlich wichtiger politischer Entwicklungen statt – etwa durch gemeinsame Pressemitteilungen (Exp2: 388-389). Des Weiteren kooperieren Lesben- und Schwulenverbände auch anlässlich gemeinsamer Kampagnen. Allerdings auf einem relativ niedrigen Niveau, da die Verbände nur selten gemeinsame Kampagnen initiieren. Ein aktuelles Beispiel für eine solche Kampagne ist das Bündnis *Ehe für alle*, in dem sich zahlreiche LGBT-Organisationen zusammengeschlossen haben (Exp2: 441-445). Insgesamt deuten die Ergebnisse jedoch darauf hin, dass Lesben- und Schwulenverbände weniger in der politischen Interessenarbeit kooperieren sondern um Größenvorteile in der Gremien- als auch Medienarbeit zu erlangen. Daher spielen sie im Sinne der Effektivität von Kooperationsbeziehungen auch kaum eine Rolle bei der Artikulation und Vermittlung

verbandlicher Interessen oder gar der Einflussnahme auf politische Prozesse. Diese Schlussfolgerung bestätigt sich auch mit Blick auf die erhobenen Daten: So findet die Aussage, dass eine hohe Kooperationsbereitschaft zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden besteht nur eine sehr schwache *teilweise Zustimmung* (Mittelwert¹⁴⁷: 1,66). Auch die Experten machen in diesem Fall deutlich, dass die Kooperationsbereitschaft zwischen den Verbänden stark variiert und vom jeweiligen Verband abhängt. Insbesondere sei der „LSVD nicht als wahnsinnig kooperativ oder kooperationsbereit“ (Exp2: 410-411) anzusehen. Aufgrund der geringen Kooperationsbereitschaft wird auch die Effektivität von Kooperationsbeziehungen insgesamt als eher negativ bewertet. Dies liegt vor allem daran, dass Kooperationen wenn überhaupt nur auf einem sehr schwachen Niveau stattfinden (Exp2: 385). Zudem seien sie nach Ansicht der Experten stark ausbaufähig, um überhaupt politische Erfolge zu erzielen (Exp3: 704-705). Bei Kooperationen im weiteren Sinne darf zudem nicht außer Acht gelassen werden, dass es zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden starke Profilierungstendenzen gibt (Exp1: 605-615). Aufgrund dieser Tatsache kann die geringe Kooperationsbereitschaft von Verbänden als bewusst eingeschlagene Strategie bewertet werden, die eigene Verbandstätigkeit in den Vordergrund zu stellen und deshalb überwiegend alleine zu operieren. Ein Interviewpartner führt dazu aus:

„Es wäre naiv nicht anzunehmen, dass es zwischen den Verbänden auch mitunter eine gewisse Konkurrenzsituation gibt und dass jeder sein eigenes Darstellungsbedürfnis hat“ (Exp3: 705-706).

Wie hier ausführlich gezeigt, sind sowohl vertikale als auch horizontale Kooperationsbeziehungen nur auf einem geringen Niveau ausgeprägt. Jedoch geben die befragten Experten an, die Zusammenarbeit zukünftig stärken zu wollen und horizontale Kooperationen zu intensivieren. Den Verbandvertretern sind sowohl die Möglichkeiten als auch die Notwendigkeit von Kooperationen für schwache Interessen durchaus bewusst, um Größenvorteile in der politischen Interessenvertretung zu nutzen und fehlende Ressourcen wie auch Strukturen zu kompensieren (u.a. Exp2: 398-401):

„Ich finde das eine reale Zukunftsperspektive, dass wir unsere Energien bündeln und gemeinsam stärker rangehen. [...] Wir haben als Verbände so wenige Ressourcen und Kapazitäten, wenn wir dann noch Sachen doppelt machen, dann ist das doch total verschenkte Zeit“ (Exp1: 656-661).

Im weiteren Verlauf gilt es nun nach Ursachen für die geringe Kooperationsbereitschaft zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden zu suchen. Ein wesentlicher Grund

¹⁴⁷ Legende: 1 = stimme nicht zu ... 3 = stimme zu

dafür dürfte bei den handelnden Akteuren selbst zu suchen sein. Schon ein kurzer Blick auf die Reformgeschichte zur formal-rechtlichen Gleichstellung homosexueller Paare zeigt deutliche Interessenkonflikte zwischen den Verbänden auf: So gelang es dem bürgerlich orientierten LSVD sich mit dem Thema *Homo-Ehe* seit den 1990er Jahren öffentlich zu profilieren und eine federführende Rolle im Reformprozess zu übernehmen. Dadurch kam es unter den Lesben- und Schwulenverbänden zu heftigen Diskussionen über die Forderung und Sinnhaftigkeit der sogenannten *Homo-Ehe* (Ganz 2007: 56). Während sich der Bundesverband Homosexualität vor allem aber lesbische Organisationen wie der Lesbenring gegen die *Homo-Ehe* stellten, strebte der LSVD die Öffnung der Ehe für Homosexuelle an (Hajek 2012: 163). Die Forderungen des LSVDs erreichten jedoch im Gegensatz zu den anderen Organisationen größere mediale und politische Aufmerksamkeit. Dies ist nicht zuletzt auf die öffentlichkeitswirksamen Kampagnen zurückzuführen. Aber auch der medial vielbeachtete Austritt des grünen Bundestagsabgeordneten Volker Beck aus dem Bundesverband Homosexualität und seinem Wechsel zum LSVD befeuerten die Forderungen des Verbands zusätzlich (Ganz 2007: 56). Somit gelang es dem LSVD ab Mitte der 1990er Jahre zunehmend seine Forderungen äußerst wirkungsvoll in den Medien und der Öffentlichkeit zu vertreten. Zudem konnte der Verband nicht zuletzt durch die Verbindungen Becks eine größere Nähe zu den parlamentarischen Parteien aufbauen, um schließlich eine zentrale Rolle bei der Durchsetzung der Pro-*Homo-Ehe*-Position einzunehmen. Somit gelang es dem LSVD sowohl bei den Beratungen des Justizministeriums zur Vorbereitung des Lebenspartnerschaftsgesetzes als auch bei den entsprechenden öffentlichen Anhörungen des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestags als einzige schwul-lesbische Interessenvertretung miteinbezogen zu werden. Während Verbände oder Organisationen die der *Homo-Ehe* kritisch oder ablehnend gegenüberstanden ausgeschlossen wurden (Hajek 2012: 165). Vor diesem Hintergrund spricht Heike Raab sogar von einer strategisch selektiven ‚Einladungspolitik‘ des Staates, indem „andere Stimmen in der Binnendimension des Staates marginalisiert wurden“ (Raab 2011: 296). Mit der Schaffung des Lebenspartnerschaftsgesetzes kam es zum Streit darüber, „ob diese Entwicklung als Errungenschaft zu begrüßen oder als Anpassung an heterosexuelle Beziehungsmuster abzulehnen sei“ (Gammerl 2010: 13). Vor allem der LSVD wertete das Gesetz als politischen Erfolg – war er doch maßgeblich daran beteiligt. Andere Verbände sahen in ihm jedoch einen Rückschritt, da keine Modernisierung der Gesellschaft stattgefunden habe, sondern nur eine vermeintliche Integration in das

bestehende Wertesystem (Degele et al. 2002: 138). Vielmehr noch entspreche die rechtliche Regelung von Lebensgemeinschaften gleichgeschlechtlicher Paare nicht dem Lebensstil vieler Lesben und Schwulen in Deutschland (Peuckert 2008: 299).

Und auch heute lassen sich noch deutliche Interessenkonflikte zwischen den Verbänden ermitteln. So zeigen die vorliegenden Befunde zwei zentrale Konfliktursachen auf: Zum einen Interessenkonflikte in Folge ungleicher gesellschaftlicher wie auch politischer Ausrichtungen der Verbände und repräsentierter Interessenbereiche. Besonders hervorzuheben sind hier Interessenkonflikte hinsichtlich der gesellschaftlichen und politischen Ausrichtung bei zentralen Themen bzw. Forderungen der Verbände. Ein Interviewpartner bringt das auf den Punkt:

„Aber ich glaube schon, dass wir [BKSL – Anm. d. Verf.] tendenziell eher linke Politik befördern, während ein LSVD oder Völklinger Kreis eher dem liberal-konservativen Politikstrom nahesteht. Das ist z.B. beim Thema Ehe für alle oder Ehe für keinen, wo dann die Unterschiede deutlich werden“ (Exp1: 621-624).

Die unterschiedliche ideologische Ausrichtung der Verbände erschwert oder verhindert gar das Zustandekommen von Kooperationen. Dass aufgrund der gesellschaftlichen und politischen Ausrichtung der Verbände Kooperationsbeziehungen erschwert oder verhindert werden, wird von einem Experten mit Unverständnis betrachtet:

„Auf einer gesamtpolitischen Ebene von rechts nach links fällt man da weit auseinander, was ich allerdings als sehr schade empfinde, weil die tatsächlichen inhaltlichen Kernthemen sich überschneiden“ (Exp2: 420-422).

Daneben ergeben sich auch Interessenkonflikte in Folge der repräsentierten Interessenbereiche der Verbände. Grob lassen sich hier vier primäre Interessenbereiche voneinander abgrenzen: *Selbsthilfe* im weiteren Sinne (BKSL), *Jugendarbeit* (Lambda), *Bürgerrechte und Sozialarbeit* (LSVD) sowie *Beruf und Wirtschaft* (Völklinger Kreis). So kommt es aufgrund der unterschiedlichen Interessenbereiche zum einen zu Vorbehalten gegenüber bestimmten Verbänden (Exp2: 412-414). Oder es ergeben sich Abgrenzungsprobleme und Interessenunterschiede (Exp3: 709-716), so dass Kooperationen verhindert bzw. von vornherein ausgeschlossen werden. Zum anderen treten Interessenkonflikte aufgrund von Profilierungsbedürfnisse zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden auf. Demzufolge sind einige Verbände darum bemüht, über ihr Tätigkeitsprofil ein bestimmtes *Image* zu gewinnen:

„Dadurch gibt es natürlich auch immer Spannungen. Da geht es dann auch immer um die Frage – was wir natürlich nie für uns beanspruchen würden, wer ist eigentlich der Alleinvertreter? Aber auch Selbstdarstellungsbedürfnisse oder kommerzielle Interessen spielen hier eine Rolle. Immer dort wo Menschen

miteinander zu tun haben menscht es und da gibt es natürlich auch Eifersüchteleien“ (Exp3: 752-756).

Wie die hier dargelegten Befunde zeigen, können Interessenkonflikte zwischen Lesben- und Schwulenverbänden als wesentliche Ursache für die geringe Kooperationsbereitschaft angesehen werden. Anschließend bleibt jedoch noch die Frage nach den spezifischen Konfliktparteien zu klären. Nach Ansicht der Experten sind in diesem Fall die zentralen Konfliktlinien relativ klar zu benennen: Auf der einen Seite stehen die eher liberal-konservativen bzw. bürgerlich orientierten und ressourcenstärkeren Verbände (LSVD und Völklinger Kreis) und ihnen gegenüber die eher linksgerichteten und ressourcenschwächeren Verbände (BKSL und Lambda). Ein Interviewpartner beschreibt das konfliktive Verhältnis wie folgt:

„Das hat zwei Gründe: Gerade dem LSVD wird häufig vorgeworfen, dass er sich ins Licht wirft und politisch viel macht aber die anderen Verbände nicht mitnimmt. Und Dinge als von sich verkauft, die gar nicht bei sich selber angesiedelt sind, sich gerne viel selbst darstellt und das dann häufig zu Irritationen bei anderen Verbänden führt. Das bekomme ich nicht nur bei Lambda mit, sondern auch bei anderen Verbänden. Und ein weiterer Grund sind auch persönliche Schwierigkeiten zwischen einzelnen Personen“ (Exp2: 426-431).

An dieser Stelle nicht explizit genannt, aber wie sich aus anderen Interviewaussagen erschließen lässt, gilt gleiches auch für den Völklinger Kreis. Jedoch haben sich nach Ansicht der Experten die wesentlichen Konfliktlinien zwischen den Verbänden, verglichen mit den Konflikten während der Einführung der Lebenspartnerschaft, in den letzten Jahren spürbar abgeschwächt (u.a. Exp1: 625-628, Exp1: 630-632). Zum einen lässt sich dies mit der zunehmenden Bedeutung von Kooperationen für die politische Interessenarbeit von Verbänden erklären. Zum anderen aber auch an den klar erkennbar abgemilderten Abgrenzungsproblemen zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden. So konzentriert sich die Verbandsarbeit der BKSL primär auf landespolitische Interessen, Lambda hingegen vertritt vor allem jugendpolitische Interessen und der LSVD kann als gesamtpolitische Interessenvertretung für LGBTQs auf Bundesebene angesehen werden. Daher sehen es die befragten Experten auch als reale Zukunftsperspektive an, künftig stärker zu kooperieren. Allerdings müssten dazu erst einmal die (verbliebenen) Differenzen innerhalb der LGBT-Community überwunden werden:

„Wir haben hier in Deutschland – im Gegensatz zu den USA oder auch Großbritannien, eine LSBTI-Community die gespalten ist: Wir haben politische Akteure wie der LSVD und wir haben kommerzielle Akteure – beispielsweise Veranstalter von Christopher Street Days usw. Und wir wissen, dass überall dort in der Welt wo die LSBTI-Bewegung mehr Wirkung erzielt hat, es eigentlich

nur deshalb gelungen ist, weil diese beiden Gruppen zusammengewirkt haben. Und das würde ich mir wünschen, dass wir da einen etwas intensiveren Austausch pflegen, weil sich trotz unterschiedlicher Wahrnehmungen und unterschiedlicher Interessen gemeinsame Ziele verstärken lassen“ (Exp3: 757-765).

Abschließend kann an dieser Stelle somit festgehalten werden, dass im Wesentlichen Interessenkonflikte als Ursache für die geringe Kooperationsbereitschaft zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden angesehen werden können. Jedoch haben sich die Konfliktlinien insgesamt spürbar abgeschwächt. Trotzdem spielen Kooperationen im Rahmen der verbandlichen Artikulation und Vermittlung von Interessen (weiterhin) nur eine untergeordnete Rolle bzw. sind stark eingeschränkt.

Die Analyse der Strategie- und Instrumentewahl hat gezeigt, dass zum Teil erhebliche Asymmetrien zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden festgestellt werden können. So deuten die vorliegenden Befunde darauf hin, dass vor allem der LSVD aufgrund vorteilhafter Ressourcenausstattung und günstiger Organisationsstruktur in seinem Strategie- und Instrumenteeinsatz wesentlich breiter aufgestellt ist. Aus diesem Grund liegt die Vermutung nahe, dass vor allem der LSVD als einflussreichster Akteur unter den Lesben- und Schwulenverbänden angesehen werden kann. Dies gilt es nun abschließend zu untersuchen. Allerdings ist es aus methodischen Gründen müßig, den politischen Einfluss eines Interessenverbands genauer messen und mit Verbänden mit gleichen oder ähnlichen Interessen in einem Politikfeld vergleichen zu wollen, weil praktisch jede Methode nur eine explorative Annäherung ist. Dennoch scheint die Wahrnehmung der Befragten als brauchbarer Indikatoren dafür zu dienen, um Einfluss zu vergleichen. Aus diesem Grund wurden die Verbandsvertreter der Lesben- und Schwulenverbände sowohl mittels schriftlicher Befragung als auch per Experteninterview hierzu befragt. Zwar kann die subjektive (Selbst-) Wahrnehmung der Verbandsvertreter täuschen, ist aber gleichwohl eine legitime Messmethode, um Einfluss gezielter zu messen und zu vergleichen (vgl. Althaus/Rawe 2006: 16): So erhält die Aussage, dass nicht alle Lesben- und Schwulenverbände gleichermaßen Einfluss auf die betriebene Familienpolitik haben eine überdurchschnittlich hohe *Zustimmung* der Befragten (Mittelwert¹⁴⁸: 2,67). Auffällig ist dabei, dass sowohl die Verbandsvertreter von BKSL als auch von Lambda dieser Aussage klar *zustimmen* während der Verbandsvertreter des LSVDs nur *teilweise zustimmt*. Ein Indiz dafür, dass die augenscheinlich einflussschwächeren Verbände diesen Umstand auch genauso

¹⁴⁸ Legende: 1 = stimme nicht zu ... 3 = stimme zu

einschätzen. Im nächsten Schritt wurden dann die befragten Experten gebeten einen Verband bzw. Verbände zu benennen, die sie für besonders einflussreich gegenüber den politischen Entscheidungsträgern und Institutionen halten. In diesem Fall zeigt sich, dass der LSVD von allen befragten Experten als der mit Abstand einflussreichste Verband eingeschätzt wird (u.a. Exp1: 635-636, Exp3: 739-748). So zeichne sich der LSVD nicht nur durch seine „guten politischen Kontakte zu den wichtigen Akteuren“ (Exp1: 635), sondern auch durch seine vergleichsweise hohe Ressourcenausstattung aus. Diese Umstände schlagen sich dann auch in der politischen Interessenarbeit des Verbands nieder:

„Denn das was sie bewirken ist schon nicht schlecht, dass muss man schon entsprechend anerkennen. Alleine schon die Tatsache, dass sich der LSVD zu allen möglichen politischen Themen zeitnah äußert und für die entsprechende Aufmerksamkeit sorgt“ (Exp2: 438-441).

Neben dem LSVD werden auch die parteiinternen Lesben- und Schwulenorganisationen – wie etwa die *Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD* (Schwusos) oder *Lesben und Schwule in der Union* (LSU), als einflussreiche Akteure identifiziert (Exp1: 637-638). Allerdings werden sie von den Experten äußerst kritisch gesehen, da sie zwar als Kooperationspartner einen attraktiven Akteur darstellen. Jedoch verfügen sie über eine besondere Nähe zu ihren Parteien, so dass ihre Positionen gestärkt werden:

„Auf der einen Seite sind sie ein guter Türöffner, um in bestimmte Parteistrukturen hinein zu kommen. [...] Aber auf der anderen Seite verfolgen sie ja auch oft sehr eigene Interessen und das macht es dann auch oftmals sehr schwierig daneben noch gehört zu werden. Wenn irgendeine familienpolitische Sprecherin oder irgendein familienpolitischer Sprecher von der Fraktion keine Ahnung vom Thema hat und vorgeimpft wurde von der eigenen parteiinternen Gruppe, dann ist das natürlich schwieriger ein Bild zu ergänzen oder zu verändern“ (Exp1: 664-671).

Doch welche Auswirkungen oder Folgen hat die vergleichsweise einflussreiche Stellung des LSVDs wie auch der parteiinternen Lesben- und Schwulenorganisationen auf die Interessenarbeit anderer Verbände mit gleichen oder ähnlichen Interessen? Laut der befragten Experten ergeben sich hieraus erhebliche Asymmetrien zwischen den einflussstärkeren und den einflussschwächeren Verbänden. Das hat zur Folge, dass andere Verbände kaum von der breiten Öffentlichkeit wie auch von der Politik wahrgenommen oder gar berücksichtigt werden und zum Teil ganz von politischen Beratungen und Entscheidungsprozessen ausgeschlossen bleiben (Exp2: 448-451).

Es bestätigt sich somit die oben angeführte Annahme, dass besonders jene Lesben- und Schwulenverbände höhere Einflusschancen aufweisen, die aufgrund vorteilhafter

Ressourcenausstattung und günstiger Organisationsstruktur über einen breiten und günstigen Strategie- und Instrumenteeinsatz verfügen.

6.5. Zwischenfazit

Zum Abschluss dieses Kapitels kann festgehalten werden, dass die untersuchten Indikatoren des dritten Erklärungsfaktors ebenfalls als wesentliche Ursache für die Artikulations- und Vermittlungsschwäche von Lesben- und Schwulenverbänden identifiziert werden konnten. So ist der Strategie- und Instrumenteeinsatz im Hinblick auf die Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden maßgeblich auf die Ressourcenknappheit als auch strukturelle Defizite im Rahmen der Verbands- und Kontaktstrukturen zurückzuführen. Folglich können Lesben- und Schwulenverbände nicht auf die gesamte Palette an Instrumenten zurückgreifen. Dies hat mehrere Gründe: Erstens, stehen den Verbänden nur äußerst knappe finanzielle und personelle Mittel zur Verfügung. Zweitens, können Lesben und Schwule als stark heterogene Gruppe angesehen werden, die eine geringe Organisationsfähigkeit und eine ungemein heterogene Interessenlage aufweist. Drittens, können Lesben- und Schwulenverbände weder aufgrund der Spezifik ihrer vertretenen Interessen Druck gegenüber der Politik noch über Demonstrationen oder Protestaktionen aufbauen. Viertens, verfügen die Verbände über äußerst straff organisierte Verbandsstrukturen, wobei ein Großteil der Verbands- und Interessenarbeit von ehrenamtlichen Mitarbeitern übernommen wird. Und fünftens, sind die Zugangsmöglichkeiten aber auch der Zugangswille von Lesben- und Schwulenverbänden zu den politischen Akteuren stark unterschiedlich verteilt. Im Wesentlichen finden sie ihre Kontaktpartner primär im Parlament – hier vor allem in der Oppositionsfraktion. Die Regierung oder Ministerien bzw. Ministerialbürokratie hingegen fungieren nur in Ausnahmefällen als Kontaktpartner. Am wichtigsten werden jedoch Interessenverbände mit gleichen oder ähnlichen Interessen als Kontaktpartner für die Interessenvertretung von Lesben- und Schwulenverbänden angesehen.

Vor diesem Hintergrund beruht die Strategie- und Instrumentewahl von Lesben- und Schwulenverbänden auf der Tatsache, dass ihre Interessen weder in der breiten Öffentlichkeit noch bei den politischen Eliten Gehör finden. Daher suchen die Verbände eher den informellen bzw. persönlichen Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern und Institutionen, die Herstellung von Öffentlichkeit über die Medien sowie die Mobilisierung und Aktivierung der eigenen Mitglieder als auch Unterstützer. Formelle bzw. institutionalisierte Kontakte oder Kooperationen spielen hingegen nur eine

untergeordnete Rolle, um Interessen zu artikulieren und vermitteln. Insofern kann die oben getätigte Annahme, dass die deutschen Lesben- und Schwulenverbände bei der Wahl ihrer Strategien und Instrumente dem *moralpolitischen Typus* entsprechen als (weitestgehend) bestätigt angesehen werden. In diesem Zusammenhang zeigte sich jedoch, dass Lesben- und Schwulenverbände vor allem ihre informellen bzw. persönlichen Kontakte nutzten, um ihre Interessen frühzeitig gegenüber den politischen Ansprechpartnern zu artikulieren und vermitteln. Wobei aber nur wenige langfristige persönliche Kontakte festgestellt werden konnten. Vielmehr beschränkt sich der Kontakt auf persönliche Gespräche am Rande von Veranstaltungen oder findet per Mail sowie über den gezielten Informationsaustausch statt. Zudem nutzen Lesben- und Schwulenverbände auch die Instrumente der *outside strategies*, um ihre politischen Interessen und Forderungen gegenüber der Öffentlichkeit zu repräsentieren. Von einer hiervon ausgehenden medialen bzw. öffentlichen Druckerzeugung gegenüber den politischen Entscheidungsträgern kann jedoch nur in Ausnahmefällen gesprochen werden. Vielmehr scheinen diese Instrumente eher der Bindung oder Gewinnung von Mitgliedern und Sympathisanten zu dienen. Folglich konnten erhebliche Defizite im Strategie- und Instrumenteinsatz festgestellt werden, die maßgeblich auf die Ressourcenknappheit sowie strukturelle Defizite von Lesben- und Schwulenverbänden zurückzuführen sind. Während der Analyse zeigten sie jedoch zum Teil erhebliche Asymmetrien zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden, die sich auch in ihren Einflusschancen widerspiegeln. So haben sich jene Verbände als vergleichsweise einflussreicher herausgestellt, die aufgrund ihrer Ressourcenausstattung als auch günstiger Kontakt- und Verbandsstrukturen einen breiteren und effektiveren Strategie- und Instrumenteinsatz aufweisen.

7. Fazit

Die vorliegende explorative Studie konnte die Artikulations- und Vermittlungsschwäche von Lesben- und Schwulenverbänden auf Grundlage der vorliegenden Forschungsbefunde bestätigen und somit eine Antwort auf die eingangs gestellte Forschungsfrage – *Warum weisen die bundesweit tätigen Lesben- und Schwulenverbände innerhalb der deutschen Familienpolitik eine Artikulations- wie auch Vermittlungsschwäche auf?*, geben. Im Verlauf der Arbeit wurden dazu bestimmte Erklärungsfaktoren herangezogen, die deduktiv mit Hilfe vorhandener Forschungs-

literatur gewonnen wurden. Somit konnte ein auf die Spezifika des Politikfelds als auch auf den Forschungsgegenstand zugeschnittenes Analyse- und Erklärungsmodell entwickelt werden. Dieses Vorgehen diene einerseits der analytischen Schärfe und einer fokussierten Argumentationsführung, bedingte sich jedoch vor allem aus der stark begrenzten Forschungslage. In einem nächsten Schritt wurden dann den jeweiligen Erklärungsfaktoren unterschiedliche Indikatoren beigegeben. Die empirische Überprüfung der Erklärungsfaktoren und ihrer jeweiligen Indikatoren fand mittels einer Primärerhebung statt. Um eine möglichst aussagekräftige Datenbasis zu erlangen, sah daher das Erhebungsdesign zwei empirische Schritte vor: Erstens, die schriftliche Befragung mittels standardisiertem Fragebogen. Und zweitens, die persönliche Expertenbefragung mittels Leitfadeninterview. Durch die Zweiteilung des Erhebungsverfahrens konnten die vorliegenden Befunde wechselseitig überprüft und systematisch erweitert werden, um (noch) bestehende Lücken zu schließen und einen tiefergehenden Zugang zum Untersuchungsgegenstand zu erhalten. Die Auswertung und Interpretation der empirischen Befunde erfolgte dann unter Bezugnahme von Sekundärliteratur sowie Dokumentenanalyse.

Bevor nun die Forschungsergebnisse zusammengefasst dargestellt und eingeordnet werden, noch ein paar abschließende Bemerkungen zu den verwendeten Erhebungs- und Auswahlmethoden: Zunächst bleibt festzuhalten, dass der vorliegende Fragebogen geeignet ist um die hier aufgestellten Erklärungsfaktoren empirisch zu prüfen. So lieferten die Ergebnisse erste konkrete Erkenntnisse und Hinweise zur verbandlichen Artikulation und Vermittlung von Interessen, auf deren Grundlage der Leitfaden konstruiert werden konnte. Zudem zeigte sich bei der Datenauswertung, dass die Auswertung der Streuungsparameter auf eine relativ homogene Datengrundlage hinweist. Einzig bei sehr sensiblen Fragen – wie etwa nach dem Beziehungsverhältnis der Akteure oder zur Konfliktkonstellation im Politikfeld, wurden vergleichsweise hohe bzw. niedrige Streuungswerte erzielt. Dies kann maßgeblich auf den Störfaktor soziale Erwünschtheit zurückgeführt werden. Dies ist dann der Fall, wenn befragte Personen Antworten geben von denen sie glauben sie trafen eher auf Zustimmung, als die korrekte Antwort bei der sie soziale Ablehnung befürchten. In diesem Zusammenhang empfiehlt es sich sensible Fragen lieber offen oder halboffen auszuformulieren, um die Befragten durch vorgegebene Aussagen weniger einzuengen. Auch der Einsatz von endpunktbenannten Sechserskalen kann hier kritisch hinterfragt werden. Sicherlich hätten kleinere Skalen ein signifikanteres Bild ergeben, jedoch dem Wunsch der Befragten

nach differenzierter Darstellung ihrer Aussagen kaum Rechnung getragen. Des Weiteren muss an dieser Stelle der auffällig lange Erhebungszeitraum kritisch angemerkt werden. So verzögerte sich der Rekrutierungs- und Erhebungsprozess aufgrund der Unwilligkeit einiger Befragter unnötig. Hier bedurfte es mehrfacher Erinnerungsaktionen und einiges an Überredungskunst seitens des Forschers.

Aufgrund der klaren und zugespitzten Fragestellung konnte nur eine verhältnismäßig kleine Grundgesamtheit ermittelt werden. Dadurch waren nur die rudimentären Berechnungen der deskriptiven Statistik anwendbar, so dass der statistischen Darstellung und Interpretation der Ergebnisse deutliche Grenzen gesetzt sind. Jedoch stellt sich die Befragungspopulation als eine relativ homogene Gruppe dar, die nur geringe Streuwerte im Hinblick auf ihr Antwortverhalten aufwies. Dies kann maßgeblich darauf zurückgeführt werden, dass nur solche Akteure in die Befragungspopulation mitaufgenommen wurden, die mit dem Thema vertraut sind und über untersuchungsrelevantes Wissen verfügen. Dieser Umstand spricht für die klare Fokussierung auf eine eng definierte Gruppe und die Aussagekraft der durch sie gewonnenen Daten. Somit konnten mit Hilfe der schriftlichen Befragung alle relevanten Aspekte zielgenau abgefragt und überprüft werden, um die aufgestellten Erklärungsfaktoren bzw. Indikatoren empirisch zu testen. Diese Form der Informationsreduktion auf wenige Aussagen wäre durch eine rein qualitative Methode so nicht möglich gewesen.

In einem zweiten Schritt galt es nun auf Grundlage der bislang erhobenen Daten einen Leitfaden für die anschließenden Experteninterviews zu erstellen. Mit dem Ziel die Ergebnisse aus der zeitlich vorausgeschalteten schriftlichen Befragung zu überprüfen und die Befragten mit diesen zu konfrontieren, um einen tiefergehenden Zugang zum Untersuchungsgegenstand zu erhalten. Hier erwies sich das leitfadengestützte Experteninterview als effektives Erhebungsinstrument, um die (noch) bestehenden empirischen Lücken durch praktische Erfahrungen und Hintergrundwissen der Verbandsvertreter zu schließen. So konnten Fragen oder Unstimmigkeiten, die sich aus den Ergebnissen der schriftlichen Befragung ergeben haben, durch das Expertenwissen beantwortet und darüber hinaus ins Detail gehender betrachtet werden. Zudem konnten wesentlich ausführlichere Informationen erhoben werden – insbesondere im Hinblick auf die zur Verfügung stehenden Strategien und Instrumente im Rahmen der politischen Interessenvertretung. Dies wäre aufgrund der wenigen Vorkenntnisse durch eine schriftliche Befragung alleine nicht möglich gewesen. Außerdem zeigte sich während der Interviews eine zunehmende Offenheit der Befragten gegenüber dem Interviewer

auch in sensibleren Fragen. Insgesamt konnten somit sowohl Fragen zur Informationsgewinnung sowie Erzählungs-, Beschreibungs- und Argumentationsfragen gestellt werden. Die praktische Verwendung des Leitfadens stellte sich als zweckmäßig heraus, um dem jeweiligen Experteninterview eine gewisse Struktur zu verleihen und keine Themen zu übergehen. Auch die anschließende Auswertung der Interviews nach der Methode von Jochen Gläser und Grit Laudel, stellte sich aufgrund der Offenheit der Auswertungsmethode als zweckmäßig und relativ einfach zu handhaben heraus.

Hinsichtlich der Experteninterviews muss jedoch kritisch festgehalten werden, dass aufgrund der geringen Bereitschaft von Befragten zur Teilnahme als auch des hohen Datenaufkommens dieser Methode nur drei Experteninterviews im Rahmen dieser Arbeit realisiert werden konnten. So war es nicht möglich mit mehreren Verbandsvertretern Interviews zu führen. Jedoch konnte durch die Kombination aus schriftlicher Befragung mittels standardisiertem Fragebogen und leitfadengestütztem Experteninterview innerhalb eines Erhebungsdesigns, nicht nur eine umfangreiche Datenbasis generiert, sondern auch die Ergebnisse wechselseitig überprüft und erweitert. Mit dem Ziel die Aussagekraft der gewonnenen Erkenntnisse zu maximieren.

Die Artikulations- wie auch Vermittlungsschwäche von Lesben- und Schwulenverbänden kann im Wesentlichen auf drei Erklärungsfaktoren zurückgeführt werden:

1. Aufgrund der institutionellen Rahmenbedingungen von Familienpolitik

So konnte aufgezeigt werden, dass sich der Querschnittscharakter von Familienpolitik insofern negativ auf die Artikulation und Vermittlung von Interessen auswirkt, als dass dieser die Zugangs- wie auch Einflusschancen auf die betriebene Familienpolitik erschwert. In der Konsequenz führt der Querschnittscharakter zu erheblichen Asymmetrieproblemen zwischen den beteiligten Akteuren, da die Zugangs- und Einflussmöglichkeiten der Akteure ungleich verteilt sind. Dieser Befund kann vor allem auf die vielfältige Verflechtung (Mehrebenenpolitik) und Beteiligung (Multiakteurspolitik) von Akteuren zurückgeführt werden. Besonders kleine und partikulare Interessenverbände weisen in diesem Zusammenhang ein Präsenzproblem auf, da sie mit einer Vielzahl von Ansprechpartnern und Kontrahenten konfrontiert sind. Neben der institutionellen Struktur des Politikfelds wurde auch der familienpolitische Regimetyp in Deutschland näher untersucht. Hier konnte herausgearbeitet werden, dass sich noch heute wesentliche Elemente des traditionellen und konservativen Familienleitbilds bei der Gestaltung von Familienpolitik finden lassen. Demnach orientiert sich das

familienpolitische Leitbild primär an der heteronormativen Einrichtung von Ehe zwischen Mann und Frau wie auch Familie – im Sinne einer sogenannten *Normalfamilie*. Dies kann maßgeblich auf das Verhältnis von Staat und Kirche bei der Leitbildentwicklung von Familienpolitik als auch bei der Erbringung familienpolitischer Leistungen zurückgeführt werden. In diesem Zusammenhang birgt das heteronormative Familienbild bzw. Familienverständnis von Familienpolitik jedoch die Gefahr, dass Aspekte des Wandels von Familie bzw. Familienformen nicht wahrgenommen oder gar ausgeblendet werden. So konnte dann auch festgestellt werden, dass das familienpolitische Leitbild insbesondere gleichgeschlechtliche Partnerschaften (auch mit Kind/ern) als Gegenstand von Familienpolitik ausgrenzt. Ein wesentlicher Grund dafür sind vor allem konservative Parteien und Entscheidungsträger, die als zentrale Deutungsgeber des Familienleitbilds identifiziert werden konnten und ein wenig flexibles bzw. konservativ geprägtes Leitbild von bei der Gestaltung von Familienpolitik zeigen. Folglich lassen sich erhebliche Defizite des familienpolitischen Leitbilds im Hinblick auf die Förderung und Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Familienformen konstatieren. Aus Sicht von Lesben- und Schwulenverbänden bedeutet dieser Umstand, dass das familienpolitische Leitbild sowohl die Artikulation als auch die Vermittlung verbandlicher Interessen erschwert. So stehen die vertretenen Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden – speziell die rechtliche Gleichstellung von Lebenspartnerschaft und Ehe als auch das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare, konträr zum familienpolitischen Leitbild. Hier liegt die Artikulations- und Vermittlungsschwäche von Lesben- und Schwulenverbänden primär im Umgang konservativer Parteien bzw. Entscheidungsträger mit den vertretenen Interessen der Verbände begründet. Es wurde mehrfach deutlich, dass das subjektive Leitbild der politischen Akteure entgegengesetzt zu den verbandlichen Interessen ist. Zudem konnte festgestellt werden, dass in den familienpolitischen Maßnahmen ebenfalls übergreifende Leitbilder von Familie bzw. Familienleben verankert sind. Dies hat auch Auswirkungen auf die Gestaltung von Familienpolitik, so dass in der Folge die Lesben- und Schwulenpolitik des Bundes stagniert. Insbesondere das Gewicht der Unionsparteien bei der Ausgestaltung von Familienpolitik spielt hier eine zentrale Rolle. Mit der Folge, dass Lesben- und Schwulenverbände aus einer gleichheits- sowie gerechtigkeitspolitischen Sichtweise heraus versuchen, ihre zentralen Interessen und Forderungen gegenüber der Politik zu artikulieren und zu vermitteln. Zudem nutzen sie auch juristische Mittel, um die Fortentwicklung des Rechtsrahmens sicherzustellen.

Somit kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass die institutionellen Rahmenbedingungen von Familienpolitik als wesentliche Ursache für die Artikulations- und Vermittlungsschwäche von Lesben- und Schwulenverbänden identifiziert werden konnten. So beeinflussen die untersuchten Indikatoren vor allem die Handlungsspielräume der Verbände im Hinblick auf die Artikulation und Vermittlung von Interessen. Die Untersuchung zeigte zudem, dass zum Teil erhebliche Kausalitäten zwischen den einzelnen Indikatoren bestehen.

2. Aufgrund der Akteurs- und Interessenkonstellation im Politikfeld

Mit Blick auf das Akteursgefüge im Politikfeld zeigte sich hier zunächst, dass die Zugangschancen von Lesben- und Schwulenverbänden zur Familienpolitik gering bis begrenzt sind. Da mangelnde Zugangschancen auf den Ausschluss eines Akteurs aus familienpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen hindeuten, wurden in einem zweiten Schritt die Einflusschancen von Lesben- und Schwulenverbänden näher untersucht. In diesem Fall konnte klar herausgearbeitet werden, dass Lesben- und Schwulenverbände sowohl auf den familienpolitischen Willensbildungs- als auch Entscheidungsprozess eher keinen bis keinen Einfluss ausüben können. So sind die Verbände weder in der Lage ihren vertretenen Interessen politisch Gehör bzw. Berücksichtigung zu verschaffen, indem sie mittels direkter oder indirekter Prozesse diesen beeinflussen. Noch können sie Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess ausüben, um ihre Interessen durchzusetzen. Zudem zeichneten sich klare Asymmetrien zwischen den beteiligten Akteuren im Politikfeld ab. Diesen Befund verdeutlichte auch die Analyse der familienpolitischen Akteutsszene, die sich vor allem durch ihre heterogene Zusammensetzung aus verschiedenen Akteursgruppen mit einer Vielzahl unterschiedlicher Interessen auszeichnet. So ist die Bandbreite der Einflussnehmenden Akteure entsprechend groß ist. Wobei im Politikfeld zahlreiche Akteure um Einfluss konkurrieren, die über eine vorteilhafte Verankerung im politischen System (Parteien, Kirchen), über die Verfügbarkeit bedeutender Ressourcen (Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften) oder über einen breiten, repräsentierten Interessenbereich (Wohlfahrts-, Familienverbände) verfügen. Lesben- und Schwulenverbände müssen sich gegen diese Akteure bewähren müssen, bleiben jedoch in der Folge unberücksichtigt oder werden gar ganz ausgeschlossen. Aufgrund der Heterogenität der familienpolitischen Akteursszene stellte sich auch die Interessenlänge zwischen den beteiligten Akteuren als stark divers bzw. heterogen geprägt dar. So konnte

herausgearbeitet werden, dass die vorhandenen Interessen nur schwer miteinander in Einklang zu bringen sind und weniger starke Interessen ausschließt. Lesben- und Schwulenverbände sehen sich daher mit erheblichen Problemen konfrontiert, die sich aus der Interessenlage ergeben: Erstens, lassen sich funktional begründete Interessen – besonders von Kindern, Senioren und die eine breite Mehrheit betreffen, in wertpluralen Gesellschaften einfacher artikulieren und vermitteln. Zweitens, hängt die Artikulation wie auch Vermittlung der vertretenen Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden primär vom spezifischen Interesse und dessen Abstraktionsniveau ab. So lassen sich allgemeine Interessen und Forderungen wesentlich schwieriger in praktisches Handeln überführen als spezielle bzw. konkrete Anliegen spezifischer Gruppenmitglieder. Und drittens, ergeben sich beachtliche Polarisierungseffekte hinsichtlich der Meinungen und Urteile über unterschiedliche Lebens- bzw. Familienformen. In diesem Zusammenhang zeigte sich, dass die vertretenen Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden erheblich polarisieren und als Folge dessen unberücksichtigt bleiben, Dies ist besonders dann der Fall, wenn die Verbände bzw. Verbandsvertreter mit divergenten Meinungen oder Urteilen konfrontiert werden. Eine heterogene Interessenlage lässt vermuten, dass sich das Beziehungsverhältnis vor allem durch Konkurrenz und Konflikte auszeichnet. Aus diesem Grund wurde anschließend dann auch das Beziehungsverhältnis zwischen den beteiligten Akteuren im Politikfeld untersucht. Als Ergebnis dieser Analyse konnte festgehalten werden, dass das Beziehungsverhältnis vor allem durch Konkurrenz und Konflikte geprägt ist. Kooperationsbeziehungen spielen dagegen nur eine untergeordnete Rolle. So sind Koalitions- oder Kooperationspartnerschaften zwischen den beteiligten, gesellschaftlichen Akteuren und Lesben- und Schwulenverbänden aufgrund unterschiedlicher funktioneller wie auch inhaltlicher Hintergründe insgesamt mehr oder weniger schwach ausgeprägt. Jedoch zeigten sich auch deutliche Asymmetrien zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden. Insbesondere der LSVD ist an dieser Stelle als überdurchschnittlich koalitions- bzw. kooperationsfähig zu benennen. Ausgehend vom konfliktiv geprägten Beziehungsverhältnis wurde schließlich die Konfliktkonstellation im Politikfeld näher untersucht. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass Konflikte in Folge von Wertkonflikten zwischen den Akteuren auftreten. So führen die spezifischen Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden zu Wertkonflikten, so dass sich die Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden gegen die normativen Wertvorstellungen gegnerischer und einflussreicher Akteure bewähren müssen. Dies ist vor allem bei der zentralen Forderung nach der Gleichstellung von

Lebenspartnerschaft und Ehe der Fall. In diesem Zusammenhang konnte aufgezeigt werden, dass insbesondere Parteien des Mitte-Rechts-Spektrums (CDU/CSU und AFD), weite Teile der Katholischen Kirche, traditionell-religiöse Bürgerinitiativen und rechts-populistische Organisationen als wesentliche Widersprecher fungieren. Demgegenüber treten vor allem Wohlfahrtsverbände, Parteien des Mitte-Links-Spektrums (DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und SPD), der Deutsche Bundesjugendring wie auch weite Teile der Evangelischen Kirche als Fürsprecher repräsentierter Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden auf.

Somit konnte auch die Akteurs- und Interessenkonstellation im Politikfeld als wesentliche Ursache für die Artikulations- und Vermittlungsschwäche von Lesben- und Schwulenverbänden identifiziert werden. In diesem Fall wirkt sich die Struktur von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren auf ihre Beteiligung, Zusammensetzung sowie Interaktion aus. Das Ergebnis ist dann durch die Akteurs- und Interessenkonstellation im Politikfeld und somit wesentlich über die Macht- und Einflussverteilung bestimmt. Allerdings zeigten sich erneut zum Teil erhebliche Kausalitäten zwischen den einzelnen Indikatoren. So bedingten sich die hier untersuchten Indikatoren zum Teil sehr stark oder bauten aufeinander auf.

3. Aufgrund der zur Verfügung stehenden Strategien und Instrumente von Lesben- und Schwulenverbänden im Rahmen der verbandlichen Artikulation wie auch Vermittlung von Interessen

Als erstes wurden die zur Verfügung stehenden *klassischen* Ressourcen von Lesben- und Schwulenverbänden in den Blick genommen. Im Ergebnis konnte eine Ressourcenknappheit in drei Bereichen festgestellt werden: Erstens, die geringe finanzielle und personelle Mittelausstattung von Lesben- und Schwulenverbänden. Zweitens, die geringe Organisationsfähigkeit von Lesben- und Schwulenverbänden. So können Lesben und Schwule als äußerst heterogene wie auch fragmentierte und nur zu einem geringen Grad organisierte Gruppe angesehen werden. Und drittens, die geringe Konfliktfähigkeit von Lesben- und Schwulenverbänden. Dies ist vor allem auf die Spezifik ihrer vertretenen Interessen zurückzuführen wie auch ihren geringen Möglichkeiten mittels Protestaktionen oder Demonstrationen Druck auf die politischen Eliten auszuüben. In einem nächsten Schritt wurden anschließend die Verbandsstrukturen näher betrachtet. So konnten aufgezeigt werden, dass strukturelle Defizite vor allem in der knappen finanziellen und personellen Mittelausstattung von

Lesben- und Schwulenverbänden begründet liegen. Daher bestehen die Verbandsstrukturen in einem hohen Maß aus ehrenamtlichen Mitarbeitern und sind äußerst straff organisiert. Allerdings zeichneten sich hier auch klare Asymmetrien zwischen den Verbänden ab. Insbesondere der LSVD scheint in seiner Lobbyarbeit verhältnismäßig breit und gut organisiert. Letztlich erfolgte die Untersuchung der Kontaktstrukturen von Lesben- und Schwulenverbänden. Zum einen konnte hier ein klarer Vorrang von Kontakten zu Interessenverbänden mit gleichen oder ähnlichen Interessen festgestellt werden. So spielen diese als Kontaktpartner eine zentrale Rolle für die Interessenvertretung, da sich durch zwischenverbandliche Kooperationen neue Zugangskanäle öffnen und gemeinsame Ziele wirkungsvoller vertreten lassen. Vor allem der LSVD wird als wesentlicher Kontaktpartner angesehen. Zum anderen konnte ein klarer Vorrang von Kontakten zur Parlamentsebene bzw. den Bundestagsfraktionen – insbesondere zur Oppositionsfraktion, als zur Regierungs- bzw. Ministeriumsebene konstatiert werden. Besonders zur (einflussreichen) Ministerialbürokratie verfügen Lesben- und Schwulenverbände nur über einen begrenzten oder keinen direkten Zugang bzw. Kontakt. Allerdings konnten in diesem Zusammenhang stark ausgeprägte Asymmetrien zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden festgestellt werden. Auch hier zeichnet sich der LSVD besonders durch eine generell höhere und gleich verteilte Kontaktdichte ab.

Vor diesem Hintergrund wurde dann der Strategie- und Instrumenteinsatz von Lesben- und Schwulenverbänden im Rahmen der politischen Interessenvertretung untersucht. Diesem Vorgehen lag die Annahme zu Grunde, dass sich die Ressourcen wie auch die spezifischen Verbands- und Kontaktstrukturen zu Strategieoptionen der Verbände addieren. Wobei sich sowohl die Ressourcenknappheit als auch strukturelle Defizite im Strategie- und Instrumenteinsatz der Verbände erkennen lassen. Im Detail konnte herausgearbeitet werden, dass der Zugang von Lesben- und Schwulenverbänden zu formalisierten bzw. institutionalisierten Beteiligungsformen stark begrenzt ist. Aus diesem Grund werden formelle bzw. institutionalisierte Strukturen mittels informeller bzw. persönlicher Kontakte zu politischen Akteuren sinnvoll ergänzt, ausgefüllt oder auch umgangen. In der Absicht mit Hilfe persönlicher Kontaktstrukturen auf den familienpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess einzuwirken. Jedoch herrschen keine langfristigen persönlichen Kontakte zwischen politischen Akteuren und Lesben- und Schwulenverbänden. Vielmehr beschränken sich persönliche Kontaktstrukturen auf den Kontakt am Rande von Veranstaltungen oder per Mail sowie über

den gezielten Informationsaustausch. In gleicher Weise nutzen Lesben- und Schwulenverbände zudem Instrumente der medialen bzw. öffentlichen Druckerzeugung, um ihre politischen Interessen und Forderungen gegenüber der Öffentlichkeit zu repräsentieren. Von einer hiervon ausgehenden medialen bzw. öffentlichen Druckerzeugung gegenüber den politischen Entscheidungsträgern kann jedoch nur in Ausnahmefällen gesprochen werden. Stattdessen scheinen diese Instrumente eher der Bindung oder Gewinnung von Mitgliedern und Sympathisanten zu dienen. Aufgrund der besonderen Bedeutung von Kooperationen für schwache Interessen, wurde auch dieses Instrument in die Untersuchung mitaufgenommen. Im Ergebnis zeigte sich jedoch, dass sowohl vertikale wie auch horizontale Kooperationsbeziehungen nur auf einem geringen Niveau ausgeprägt sind. Zwar werden Kooperationen im Allgemeinen als wichtigste Aktivität im Hinblick auf die verbandliche Interessenvertretung bewertet. Allerdings finden insbesondere horizontale Kooperationen vor allem mit Blick auf die gemeinsame Gremien- wie auch Medienarbeit statt und werden weniger als Instrument zur (gemeinsamen) Interessenarbeit oder gar der Einflussnahme auf politische Prozesse eingesetzt. Die geringe Kooperationsbereitschaft zwischen den Verbänden konnte vor diesem Hintergrund maßgeblich auf Interessenkonflikte zurückgeführt werden.

Die Strategie- und Instrumentewahl von Lesben- und Schwulenverbänden entspricht dem *moralpolitischen Typus*. Allerdings konnten während der Untersuchung zum Teil erhebliche Asymmetrien im Strategie- und Instrumenteeinsatz festgestellt werden, die sich schließlich auch in den Einflusschancen der Verbände widerspiegeln. So haben sich jene Verbände als einflussreicher herausgestellt, die aufgrund ihrer Ressourcenausstattung als auch günstiger Kontakt- und Verbandsstrukturen einen breiteren und effektiveren Strategie- und Instrumenteeinsatz aufweisen. Dies betrifft vor allem den LSVD.

Auf Grundlage der hier gewonnenen Forschungsbefunde konnten die eingangs gebildeten Erklärungsfaktoren als Ursachen für die Artikulations- wie auch Vermittlungsschwäche von Lesben- und Schwulenverbänden identifiziert werden. Als Resultat ergeben sich zahlreiche allgemeine Ableitungen für die nachfolgende Forschungspraxis. So hat die vorliegende Arbeit aufzeigen können, dass die Artikulation und Vermittlung von Interessen im politischen Prozess der Familienpolitik offensichtlich ein Problem darstellt. Deshalb empfiehlt es sich abseits der gängigen theoretischen Modelle nach alternativen Analyse- bzw. Erklärungsansätzen zu suchen.

Als vielversprechend haben sich in diesem Zusammenhang die familienpolitischen Interessenvermittlungsstrukturen herauskristallisiert. Darüber hinaus scheinen akteursbezogene Aspekte von Bedeutung, da auch organisationsbedingte Eigenschaften für die Artikulations- wie auch Vermittlungschancen von Interessen relevant sind. Im Ergebnis hat sich gezeigt, dass die Artikulations- und Vermittlungsmöglichkeiten verbandlicher Interessen im familienpolitischen Prozess von bestimmten Aspekten abhängen:

- Von Bedeutung sind zunächst institutionelle bzw. politikfeldspezifische Aspekte. So führt der Mehrebenen- und Multiakteurscharakter von Familienpolitik dazu, dass eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure beteiligt sind. Wobei sich die Akteurs- und Interessenkonstellation als fragmentiert wie auch heterogen herausgestellt hat. Die Artikulations- und Vermittlungsschwäche bedingt sich hier vor allem aus den stark begrenzten Zugangs- und Einflussmöglichkeiten in Folge von Asymmetrieffekten zwischen den beteiligten Akteuren.
- Weiterhin ist der Allgemeinheitsgrad von Interessen wie auch die Art der Interessenbegründung von Bedeutung. In diesem Zusammenhang spielt insbesondere das Leitbild von Familie bei der Gestaltung von Familienpolitik eine wesentliche Rolle. So orientiert sich die Gestaltung von Familienpolitik vornehmlich an einem traditionellen bzw. konservativen Werte- und Gesellschaftsbild von Familie, wie es vor allem von konservativen Entscheidungsträgern als auch der katholischen Kirche in Deutschland vertreten wird. Die Artikulations- und Vermittlungsschwäche von Interessen zeigt sich in diesem Fall vor allem dann, wenn die vertretenen Interessen dem Familienleitbild entgegengesetzt sind bzw. von diesem erheblich abweichen. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher, normativer Werte- und Gesellschaftsbilder der beteiligten Akteure, zeichnet sich dann auch das Beziehungsverhältnis insbesondere durch Konflikte aus.
- Daneben sind zudem organisationsbezogene Aspekte bedeutsam. So hat sich gezeigt, dass die Artikulations- und Vermittlungsfähigkeit von Interessen sowohl von der Ressourcenausstattung als auch von den Verbands- und Kontaktstrukturen von Interessenverbänden abhängt. Die Artikulations- und Vermittlungsschwäche bedingt sich hier vor allem aus der Ressourcenknappheit als auch strukturellen Defiziten und schlägt sich im Strategie- und Instrumenteinsatz nieder. Wobei Lesben- und Schwulenverbände in einem Politikfeld agieren, in dem sich aufgrund vorteilhafter Ressourcenausstattung und Organisationsstrukturen (vor allem Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften) oder günstiger Zugangs- und Einfluss-

möglichkeiten (Parteien und Kirchen) bestimmte Akteure zunehmend Gewicht verschafft haben.

Diese Auflistung von spezifischen Aspekten hat hier zwar nur thesenartigen Charakter, verdeutlicht dennoch die aus Sicht von schwachen Interessen ungünstigen Umstände für die Artikulation und Vermittlung verbandlicher Interessen.

Auch wenn am Ende dieser Forschungsarbeit eine Vielzahl von Erkenntnissen steht, so konnte sie dennoch nicht das gesamte Spektrum von Interessenvermittlungsstrukturen abdecken. Vielmehr haben sich während des Forschungsprozesses sowohl methodische als auch inhaltliche Einschränkungen ergeben: Bezogen auf das methodische Vorgehen stellt die Generalisierung der gewonnenen Erkenntnisse ein erhebliches Problem dar. Zwar wurde versucht durch die Kombination aus schriftlicher Befragung mittels standardisiertem Fragebogen und leitfadengestütztem Experteninterview innerhalb eines Untersuchungsdesigns eine möglichst breite Datenbasis zu generieren, um dieses Problem zu umgehen. Jedoch ist nicht nur die Reichweite, sondern auch die Geltung von Aussagen in erheblichem Maße von der Fragestellung und dem spezifischen Untersuchungsgegenstand abhängig. Daher sind die gewonnenen Erkenntnisse nur (stark) eingeschränkt generalisierbar. Aus inhaltlicher Sicht hat sich die Arbeit primär auf die Artikulation und Vermittlung von Interessen beschränkt. Nach weiteren Verbandsfunktionen – wie etwa die Aggregation und Selektion von Interessen, oder nach Aspekten der Gruppenbildung wurde hingegen nicht gefragt. Auch hinsichtlich der Erklärungsfaktoren und jeweiligen Indikatoren beschränkte sich die vorliegende Arbeit auf wesentliche Faktoren, die in der Forschungsliteratur diskutiert werden und schließlich *deduktiv* auf den vorliegenden Fall angewendet wurden. Allerdings wiesen die aufgestellten Indikatoren während des Forschungsprozesses zum Teil eine erhebliche Kausalität auf, wodurch sie nur schwer voneinander abzugrenzen waren. Zwar konnten die aufgestellten Erklärungsfaktoren bzw. Indikatoren klar als wesentliche Ursachen verifiziert werden, die vorliegende Untersuchung hat jedoch nicht den Anspruch abschließend zu sein. So liegt die Vermutung nahe, weitere Erklärungsfaktoren bzw. Indikatoren zur Klärung der Artikulations- wie auch Vermittlungsschwäche von Lesben- und Schwulenverbänden zu verifizieren. Eine weitere inhaltliche Einschränkung fand zudem im Hinblick auf die Untersuchung der familienpolitischen Akteurskonstellation statt. Aufgrund der Schwierigkeit den Einfluss von Akteuren messen zu können, konzentrierte sich die Arbeit daher auf die (allgemeine)

Wahrnehmung der Befragten bzw. beteiligten Akteure. Somit konnte zwar die Positionierung der einzelnen Akteursgruppen im Allgemeinen abgebildet werden, weder aber Aussagen hinsichtlich ihres *tatsächlichen* Einflusses auf politische Prozesse noch auf konkrete Handlungssituationen oder gar der Einflussmöglichkeiten bestimmter Akteure getätigt werden. Solch ein Forschungsinteresse wäre nur durch die Einbeziehung netzwerkanalytischer Ansätze bzw. Methoden möglich gewesen. Außerdem blieb die Frage, wie Politikinhalte bzw. *policies* im Kontext von institutionellen Bedingungen und Politikprozessen formuliert und umgesetzt werden, bis auf weiteres außen vor bzw. fand nur am Rande Erwähnung. Dies ist vor allem dem Forschungsinteresse der vorliegenden Arbeit geschuldet, dass im Wesentlichen die Akteure und deren Interessen in den Mittelpunkt der Untersuchung stellte.

Angesichts methodischer wie auch inhaltlicher Einschränkungen sowie des Grundlagenforschungscharakters der vorliegenden Arbeit, ergeben sich zahlreiche Anknüpfungspunkte für anschließende Forschungen. Zudem lässt die noch immer stark begrenzte Forschungslage eine weiterführende Beschäftigung mit dem Thema notwendig erscheinen. Vor diesem Hintergrund können auf drei wesentliche Anknüpfungspunkte verwiesen werden: Erstens, scheint eine weitere wissenschaftliche Beschäftigung mit den oben gebildeten Erklärungsfaktoren und jeweiligen Indikatoren interessant. Denkbar wäre hier beispielsweise die Erweiterung der hier aufgestellten Liste an Faktoren und Indikatoren, um die Artikulations- und Vermittlungsschwäche von Leben- und Schwulenverbänden eingehender zu untersuchen als dies bei der vorliegenden Arbeit nötig oder gar möglich gewesen wäre. Zweitens, zeigen die von den Experten geäußerten Änderungsvorschläge im Verlauf dieser Arbeit zahlreiche Anknüpfungspunkte auf. So können etwa Fragen zur Kooperationsbereitschaft von Lesben- und Schwulenverbänden wichtige Themen für weitere Forschungsvorhaben sein. Und drittens, bietet sich die Einbeziehung konkreter Politikprozesse bzw. -inhalte auf die Untersuchung familienpolitischer Interessenvermittlungsstrukturen an. Eine forschungsleitende Frage könnte hier sein: Warum kommen bestimmte politische Entscheidungen – wie das Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft, zu Stande und welche Akteure waren bei der Formulierung und Umsetzung beteiligt? Während andere (politische) Forderungen bzw. Interessen von Lesben- und Schwulenverbänden – beispielsweise ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Personen und Paare, nicht politisch umgesetzt werden?

Somit kann am Ende dieses Fazits festgehalten werden, dass die vorliegende Untersuchung dazu beitragen konnte den stark begrenzten Forschungsstand zur Interessenartikulation und -vermittlung von Lesben- und Schwulenverbänden in der deutschen Familienpolitik (bis zu einem gewissen Grad) zu kompensieren. Zudem konnten erste Zusammenhänge und Ableitungen eines weitgehend unerforschten Themas aufgezeigt werden, welche gleichzeitig auch verschiedene Anknüpfungspunkte für weiterführende Forschungsarbeiten bilden.

8. Literaturverzeichnis

- Abromeit, Heidrun (1993): Interessenvermittlung zwischen Konkurrenz und Konkordanz, Opladen, Leske + Budrich.
- Ahrens, Regina (2012a): Nachhaltigkeit in der deutschen Familienpolitik. Grundlagen, Analysen, Konzeptualisierung, Wiesbaden, VS Verlag.
- Ahrens, Regina (2012b): Zur Kooperation von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren der deutschen Familienpolitik. Zwischen Formalität und Informalität, in: Gerlach, Irene/Hehl, Susanne von (Hrsg.): Staatsorganisatorische Herausforderungen in der Familienpolitik, Arbeitspapier Nr. 8, Forschungszentrum Familienbewusste Personalpolitik, Münster, S. 37-52.
- Ahrens, Regina/Blum, Sonja (2012): Zwischen Stau und Stimulus. Hemmende und fördernde Vetospieler in der Familienpolitik, in: Blank, Florian (Hrsg.): Vetospieler in der Policy-Forschung, Wiesbaden, VS Verlag, S. 13-48.
- Alemann, Ulrich von (1985): Der Wandel organisierter Interessen in der Bundesrepublik. Erosion oder Transformation?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn, Heft 49/1985, 3-21.
- Alemann, Ulrich von (1987): Organisierte Interessen in der Bundesrepublik, Opladen, Leske + Budrich.
- Althaus, Marco (2005): Interessengruppen, in: Althaus, Marco/Geffken, Michael/Rawe, Sven (Hrsg.): Handlexikon Public Affairs, Münster, Lit Verlag, S. 188-191.
- Althaus, Marco/Rawe, Sven (2006): Einfluss und Erfolgsfaktoren im Lobbying der Wirtschaftsverbände. Ausgewählte Ergebnisse des DIPA-Verbandesurvey 2005, in: Public Affairs Manager, 2/2006, Münster, Lit Verlag, S. 4-18.
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2017a): Gleiches Recht für jede Liebe. Themenjahr für sexuelle Vielfalt, Broschüre, Berlin.
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2017b): Einstellungen gegenüber Lesben, Schwulen und Bisexuellen in Deutschland. Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Umfrage, Berlin.
- ARD-Wahlarena (2013): Zuschauer fragen Angela Merkel, 09.09.2013.
- Ashbee, Edward (2001): Marriage, the Family and Contemporary American Politics, in: Parliamentary Affairs, 53 (3)/2001, Oxford, Oxford University Press, S. 509-525.

- Bazant, Ursula/Schubert, Klaus (2007): Verbände in Politiknetzwerken, in: Winter, Thomas von/Willems, Ulrich (Hrsg.): Interessenverbände in Deutschland, Wiesbaden, VS Verlag, S. 413-438.
- Beger, Nico J. (2004): Tensions in the struggle for sexual minority rights in Europe. Que(e)rying political practices, Manchester, Manchester University Press.
- Behnke, Joachim/Bauer, Nina/Behnke, Nathalie (2010): Empirische Methoden der Politikwissenschaft, 2. Auflage, Paderborn, Schöningh.
- Benkel, Thorsten (2014): Stigma, Sex und Subkultur. Zur soziologischen Beobachtung von Homosexualität, in: Mildenberger, Florian/Evans, Jennifer/Lautmann, Rüdiger/ Pastötter, Jakob (Hrsg.): Was ist Homosexualität? Forschungsgeschichte, gesellschaftliche Entwicklungen und Perspektiven, Hamburg, Männerschwarm Verlag, S. 391-426.
- Bentele, Günter (2007): Legitimität der politischen Kommunikation, in: Rieksmeier, Jörg (Hrsg.): Praxisbuch: Politische Interessenvermittlung. Instrumente, Kampagnen, Lobbying, Wiesbaden, VS Verlag, S. 13-21.
- Benz, Arthur (2008): Der moderne Staat. Grundlagen der politologischen Analyse, München, Oldenbourg.
- Berger, Ulrike (2004): Organisierte Interessen im Gespräch. Die politische Kommunikation der Wirtschaft, Frankfurt/Main, Campus Verlag.
- Beyers, Jan/Eising, Rainer/Maloney, William (2008): Researching Interest Group Politics in Europe and Elsewhere. Much We Study, Little We Know?, in: West European Politics, Nr. 31/6, S. 1103-1128.
- Blum, Sonja/Schubert, Klaus (2009): Politikfeldanalyse, Wiesbaden, VS Verlag.
- Blum, Sonja (2012): Familienpolitik als Reformprozess. Deutschland und Österreich im Vergleich, Wiesbaden, VS Verlag.
- Boeckh, Jürgen/Huster, Ernst-Ulrich/Benz, Benjamin (2006): Sozialpolitik in Deutschland. Eine systematische Einführung, 2. Auflage, Wiesbaden, VS Verlag.
- Bogner, Alexander/Menz, Wolfgang (2009): Das theoriegenerierende Experteninterview. Erkenntnisinteresse, Wissensformen, Interaktion, in: Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hrsg.): Experteninterviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder, 3. Auflage, Wiesbaden, VS Verlag, S. 61-98.
- Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (2014): Interviews mit Experten. Eine Einführung, Wiesbaden, Springer VS.

- Bonacker, Thorsten (2009): Konflikttheorien, in: Kneer, Georg/Schroer, Markus (Hrsg.): Handbuch Soziologische Theorien, Wiesbaden, VS Verlag, S. 179-198.
- Bonin, Holger/Fichtl, Anita/Rainer, Helmut/Spieß, C. Katharina/Stichnoth, Holger/Wrohlich, Katharina (2013): Lehren für die Familienpolitik. Zentrale Resultate der Gesamtevaluation familienbezogener Leistungen, Mannheim, ZEW.
- Brosius, Felix (2011): SPSS 19, Heidelberg, MITP-Verlag.
- Buba, Hans Peter/Vaskovics, Laszlo A. (2001): Ziele und Forschungsdesign, in: Buba, Hans Peter/Vaskovics, Laszlo A. (Hrsg.): Benachteiligung gleichgeschlechtlich orientierter Personen und Paare, Bundesanzeiger, 53. Jh., Nr. 4a, Köln, Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, S. 15-23.
- Buba, Hans Peter/Weiß, Helene (2001): Maßnahmen zur Förderung von Gleichbehandlung aus der Sicht von Befragten und Experten bzw. Expertinnen, in: Buba, Hans Peter/Vaskovics, Laszlo A. (Hrsg.): Benachteiligung gleichgeschlechtlich orientierter Personen und Paare, Bundesanzeiger, 53. Jh., Nr. 4a, Köln, Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, S. 235-244.
- Buchholz, Edwin (1976): Die (un-)organisierten Schutzbedürftigen im modernen Verbändepluralismus, in: Schmölders, Günter (Hrsg.): Die Bürger als Objekt der Finanzproblematik, Bad Wörishofen, Holzmann Verlag, S. 35-86.
- Büchner, Peter/Dorbritz, Jürgen/Keil, Siegfried/Krüsselberg, Hans-Günter/Nave-Herz, Rosemarie/Schneider, Norbert F. (2010): Familie, in: BMFSFJ (Hrsg.): Familie, Wissenschaft, Politik. Ein Kompendium der Familienpolitik, Berlin, S. 11-25.
- Bündnis 90/Die Grünen-Grundsatzprogramm (2002): Die Zukunft ist grün. Das neue Grundsatzprogramm, April 2002.
- Bundestagsanzeiger (2014): Bekanntmachung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern, Amtliche Fassung, Stand: April 2014.
- Bundestagsanzeiger (2015): Bekanntmachung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern, Amtliche Fassung, Stand: April 2015.
- CDU-Grundsatzprogramm (2007): Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland. Beschluss des 21. Parteitags der CDU Deutschlands vom 03.12.07 in Hannover, Dezember 2007.

- Clement, Ute/Nowak, Jörg/Ruß, Sabine/Scherrer, Christoph (2010): Einleitung, in: Clement, Ute/Nowak, Jörg/Scherrer, Christoph/ Ruß, Sabine (Hrsg.): Public Governance und schwache Interessen, Wiesbaden, VS Verlag.
- Cramer, Alfons (1982): Zur Lage der Familie und der Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen, Leske + Budrich.
- Davidson-Schmich, Louise K. (2014): Amending Germany`s Same-Sex Partnership Law 2001-2013. Intersectionality and Policy Making, Paper presented at the Midwest Political Science Association Meeting.
- Degele, Nina/Dries, Christian/Stauffer, Anne (2002): Rückschritt nach vorn. Soziologische Überlegungen zu ‚Homo-Ehe‘, Staat und queerer Liebe, in: Polymorph (Hrsg.): (K)ein Geschlecht oder viele? Transgender in politischer Perspektive, Berlin, Querverlag, S. 137-152.
- Denzin, Norman K. (1978): The Research Act. A Theoretical Introduction to Sociological Methods, New York, McGraw-Hill.
- DIE LINKE-Grundsatzprogramm (2011): Programm der Partei DIE LINKE, Dezember 2001.
- Dienel, Christiane (2002): Familienpolitik. Eine praxisorientierte Gesamtdarstellung der Handlungsfelder und Probleme, München, Juventa Verlag.
- Dienel, Christiane (2007): Lokale Bündnisse für Familie. Die Erneuerung eines Politikfelds vor Ort, in: Schwalb, Lilian/Walk, Heike (Hrsg.): Local Governance - mehr Transparenz und Bürgernähe?, Wiesbaden, VS Verlag, S. 300-313.
- Dobler, Jens/Rimmele, Harald (2008): Schwulenbewegung, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt/Main, Campus Verlag, S. 541-556.
- Eder, Franz X. (2014): Homo- und andere gleich-geschlechtliche Sexualitäten in Geschichte und Gegenwart, in: Mildenerger, Florian/Evans, Jennifer/Lautmann, Rüdiger/Pastötter, Jakob (Hrsg.): Was ist Homosexualität? Forschungsgeschichte, gesellschaftliche Entwicklungen und Perspektiven, Hamburg, Männerschwarm Verlag, S. 17-39.
- Ehlert, Nancy (2010): Die Familienpolitik der Großen Koalition, in: Bukow, Sebastian/Seemann, Wenke (Hrsg.): Die Große Koalition. Regierung-Politik-Parteien 2005-2009, Wiesbaden, VS Verlag, S. 142-158.
- Eschenburg, Theodor (1963): Herrschaft der Verbände?, 2. Auflage, Stuttgart, DVA.

- Esping-Andersen, Gøsta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge, Polity Press.
- Fahlenbrach, Kathrin (2010): Die Mobilisierung von Öffentlichkeit. Formen des politischen Protestes, in: Hoffjann, Olaf/Stahl, Roland (Hrsg.): *Handbuch Verbandskommunikation*, Wiesbaden, VS Verlag, S. 259-274.
- Flick, Uwe (1999): *Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften*, Reinbek, Rowohlt.
- Fraenkel, Ernst (1964): *Der Pluralismus als Strukturelement der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie*, München/Berlin, Beck.
- Fraenkel, Ernst (1968): Die ordnungspolitische Bedeutung der Verbände im demokratischen Rechtsstaat, in: DGB (Hrsg.): *Die Stellung der Verbände im demokratischen Rechtsstaat*, Düsseldorf, S. 11-28.
- Fraenkel, Ernst (1979): *Deutschland und die westlichen Demokratien*, Stuttgart, Nomos.
- Frohn, Dominic J.T. (2014): Homosexualität in Arbeit und Wirtschaft, in: Mildenberger, Florian/Evans, Jennifer/Lautmann, Rüdiger/Pastötter, Jakob (Hrsg.): *Was ist Homosexualität? Forsschungsgeschichte, gesellschaftliche Entwicklungen und Perspektiven*, Hamburg, Männerschwarm Verlag, S. 477-512.
- Gammerl, Benno (2010): Eine Regenbogengeschichte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bonn, Heft 15-16/2010, S. 7-13.
- Ganz, Kathrin (2007): Neoliberale Refamiliarisierung und queer-feministische Lebensformenpolitik, in: Groß, Melanie/Winker, Gabriele (Hrsg.): *Queer-Feministische Perspektiven auf neoliberale Verhältnisse*, Münster, Unrast Verlag, S. 51-77.
- Gerhard, Kirsten S. (2009): *Die eingetragene Lebenspartnerschaft. Eine historisch-dogmatische Bestandsaufnahme zur Frage nach einem neuen familienrechtlichen Institut*, Göttingen, Sierke Verlag.
- Gerlach, Irene (1996): *Familie und staatliches Handeln. Ideologie und politische Praxis in Deutschland*, Opladen, Leske+Budrich.
- Gerlach, Irene (2004): *Familienpolitik*, Wiesbaden, VS Verlag.
- Gerlach, Irene (2005): Allgemeininteressen in Verhandlungssystemen, in: Althammer, Jörg (Hrsg.): *Familienpolitik und soziale Sicherung. Festschrift für Heinz Lampert*, Berlin/Heidelberg, Springer-Verlag, S. 57-81.
- Gerlach, Irene (2006): Aktuelle Entwicklungen in der Familienpolitik, in: Althammer, Jörg/Klammer, Ute (Hrsg.): *Ehe und Familie in der Steuerrechts- und Sozialordnung*, Tübingen, Mohr Siebeck, S. 1-23.

- Gerlach, Irene (2007): Einleitung, in: Dilger, Alexander/Gerlach, Irene/Schneider, Helmut (Hrsg.): Betriebliche Familienpolitik. Potenziale und Instrumente aus multidisziplinärer Sicht, Wiesbaden, VS Verlag, S. 12-28.
- Gerlach, Irene (2008a): Familienpolitik. Geschichte und Leitbilder, in: Informationen zur politischen Bildung, Bonn, Heft 301/2008, S. 36-53.
- Gerlach, Irene (2008b): Sozialstaatskonzeptionen und Familienpolitik, in: Informationen zur politischen Bildung, Bonn, Heft 301/2008, S. 64-73.
- Gerlach, Irene (2008c): Wichtige Stationen bundesdeutscher Familienpolitik, in: Informationen zur politischen Bildung, Bonn, Heft 301/2008, S. 54-63.
- Gerlach, Irene (2009): Wandel der Interessenvermittlung in der Familienpolitik, in: Rehder, Britta/Winter, Thomas von/Willems, Ulrich (Hrsg.): Interessenvermittlung in Politikfeldern. Vergleichende Befunde der Policy- und Verbändeforschung, Wiesbaden, VS Verlag, S. 90-108.
- Gerlach, Irene/Keil, Siegfried (2010a): Familienpolitik, in: BMFSFJ (Hrsg.): Familie, Wissenschaft, Politik. Ein Kompendium der Familienpolitik, Berlin, S. 52-71.
- Gerlach, Irene/Keil, Siegfried (2010b): Institutionen und Träger der Familienpolitik, in: BMFSFJ (Hrsg.): Familie, Wissenschaft, Politik. Ein Kompendium der Familienpolitik, Berlin, S. 72-87.
- Gerlach, Irene (2012): Konturen und Zäsuren eines Politikfelds: Familienpolitik, in: Gerlach, Irene/Hehl, Susanne von (Hrsg.): Staatsorganisatorische Herausforderungen in der Familienpolitik, Arbeitspapier Nr. 8, Forschungszentrum Familienbewusste Personalpolitik, Münster, S. 9-22.
- Gläser, Jochen/Laudel, Grit (2004): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrument rekonstruierender Untersuchungen, Wiesbaden, VS Verlag.
- Glaeßner, Gert-Joachim (2007): Politik in Deutschland, 2. Auflage, Wiesbaden, VS Verlag.
- Hackenbroch, Rolf (1998): Verbände und Massenmedien. Öffentlichkeitsarbeit und ihre Resonanz in den Medien, Wiesbaden, Deutscher Universitäts-Verlag.
- Häusermann, Silja (2006b): Changing coalitions in social policy reforms. The politics of new social needs and demands, in: Journal of European Social Policy, 16 (5), 5-21.
- Haider-Markel, Donald P./Meier, Kenneth J. (1996): The Politics of Gay and Lesbian Rights. Expanding the Scope of the Conflict, in: The Journal of Politics, Volume 58, 02/1996, Atlanta, Southern Political Science Association.

- Haider-Markel, Donald P. (1999): Creating Change-Holding the Line. Agenda Setting on Lesbian and Gay Issues at the National Level, in: Riggle, Ellen D.B./Tadlock, Barry L. (Hrsg.): Gays and Lesbians in the Democratic Process. Public Policy, Public Opinion and Political Representation, New York, Columbia University Press, S. 242-268.
- Haider-Markel, Donald P. (2000): Lesbian and Gay Politics in the States. Interest Groups, Electoral Politics and Policy, in: Rimmerman, Craig/Wald, Kenneth D./Wilcox, Clyde (Hrsg.): The politics of gay rights, Chicago, The University of Chicago Press, S. 290-346.
- Haider-Markel, Donald P. (2006): Acting as Fire Alarms with Law Enforcement? Interest Groups and Bureaucratic Activity on Hate Crimes, in: American Politics Research, 34 (1)/2006, Thousand Oaks, SAGE Publications, S. 95-130.
- Hajek, Katharina (2012): Von der ‚Homo-Ehe‘ zur Queer-family? Das deutsche Lebenspartnerschaftsgesetz und die heteronormative Regulierung von Familie, in: Haberler, Helga/Hajek, Katharina/Ludwig, Gundula/Paloni, Sara (Hrsg.): Queer zum Staat. Heteronormativitätskritische Perspektiven auf Staat, Macht und Gesellschaft, Berlin, Queerverlag, S. 154-169.
- Harnoff, Hans (1970): Parlamentarische Demokratie und Verbände in der Bundesrepublik Deutschland, in: Handbücher der Politischen Akademie Eichholz, Bd. 3, Verbände und Herrschaft. Pluralismus in der Gesellschaft, Bonn, Eichholz-Verlag, S. 63-114.
- Haunss, Stefan (2004): Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden, VS Verlag.
- Hegelich, Simon/Meyer, Hendrik (2008): Konflikte, Verhandlungen, Sozialer Friede. Das deutsche Wohlfahrtssystem, in: Schubert, Klaus/Hegelich, Simon/Bazant, Ursula (Hrsg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch, Wiesbaden, VS Verlag, S. 127-148.
- Heichel, Stephan/Knill, Christoph (2013): Institutionelle Rahmenbedingungen moralpolitischer Steuerung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn, Heft 2013/34-36, S. 57-62.
- Heichel, Stephan/Knill, Christoph/Preidel, Caroline/Nebel, Kerstin (2015): Moralpolitik in Deutschland. Bestimmungsfaktoren und Rahmenbedingungen, in: Knill, Christoph /Heichel, Stephan/Preidel, Caroline/Nebel, Kerstin (Hrsg.): Moralpolitik in Deutschland. Staatliche Regulierung gesellschaftlicher Wertekonflikte

- in historischen und internationalen Vergleich, Wiesbaden, Springer Fachmedien, S. 25-50.
- Heichel, Stephan/Rinscheid, Adrian (2015): Ein klassischer Fall von Inkrementalismus. Die Liberalisierung der Regulierung von Homosexualität, in: Knill, Christoph/Heichel, Stephan/Preidel, Caroline/Nebel, Kerstin (Hrsg.): Moralpolitik in Deutschland. Staatliche Regulierung gesellschaftlicher Wertekonflikte in historischen und internationalen Vergleich, Wiesbaden, Springer Fachmedien, S. 127-146.
- Heinelt, Hubert/Weck, Michael (1998): Arbeitsmarktpolitik. Vom Vereinigungskonsens zur Standortdebatte, Opladen, Leske + Budrich.
- Hekma, Gert (2006): Die schwul-lesbische Welt. 1980 bis zur Gegenwart, in: Aldrich, Robert (Hrsg.): Gleich und anders. Eine globale Geschichte der Homosexualität, Hamburg, Murmann, S. 333-363.
- Helms, Ludger (2005): Regierungsorganisation und politische Führung in Deutschland, Wiesbaden VS Verlag.
- Hilbig-Lugani, Katharina (2014): Staat – Familie – Individuum, Tübingen, Mohr Siebeck.
- Himmelmann, Gerhard (1983): Interessen und Gesellschaftsstrukturen, in: Alemann, Ulrich von/Forndran, Erhard (Hrsg.): Interessenvermittlung und Politik. Interesse als Grundbegriff sozialwissenschaftlicher Lehre und Analyse, Opladen, Westdeutscher Verlag, S.11-66.
- Hoffjann, Olaf (2010): Verbandskommunikation und Kommunikationsmanagement. Eine systemtheoretische Perspektive, in: Hoffjann, Olaf/Stahl, Roland (Hrsg.): Handbuch Verbandskommunikation, Wiesbaden, VS Verlag, S. 59-80.
- Hoffmann, Jochen/Steiner, Adrian/Vogel, Martina (2007): Moderne Public Affairs versus traditionelle Interessenvertretung? Agenturen, Unternehmen und Verbände der politischen Kommunikation, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 36 Jg./H4, S. 425-444.
- Holzhacker, Ronald (2012): National und transnational strategies of LGBT civil society organizations in different political environments. Modes of interaction in Western and Eastern Europe for equality, in: Comparative European Politics, 10/2012, Basingstoke, Palgrave Macmillan, S. 23-47.
- Huinink, Johannes (2002): Familienentwicklung in europäischen Ländern. Zur Erklärung von Polarisierungsphänomenen, in: Dorbritz, Jürgen/Otto, Johannes

- (Hrsg.): Familienpolitik und Familienstrukturen, Wiesbaden, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Heft 108/2002, S. 47-60.
- Jann, Werner/Wegrich, Kai (2009): Phasenmodelle und Politikprozesse. Der Policy Cycle, in: Schubert, Klaus/Bandelow, Nils C. (Hrsg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0, München, Oldenbourg, S. 75-113.
- Jansen, Dorothea (2006): Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Forschungsbeispiele, 3. Auflage, Wiesbaden, VS Verlag.
- Jansen, Dorothea/Schubert, Klaus (1995): Netzwerkanalyse, Netzwerkforschung und Politikproduktion. Ansätze zur ‚cross-fertilization‘, in: Schubert, Klaus (Hrsg.): Netzwerke und Politikproduktion. Konzepte, Methoden, Perspektiven, Marburg, Schüren, S. 9-23.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1982): Staatliche Sozialpolitik und Familie, München, Oldenbourg.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2007): Familienpolitik, in: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Online-Handbuch Demografie, unter: <http://www.berlin-institut.org/onlinehandbuchdemografie/bevoelkerungspolitik/deutschland/familienpolitik.html>, 18.02.2015.
- Kepplinger, Hans Mathias (2009): Publizistische Konflikte und Skandale, Wiesbaden, VS Verlag.
- Kleinfeld, Ralf/Schmid, Josef/Zimmer, Annette (1996): Verbändeforschung in Deutschland: Bestandsaufnahme, Kritik und Ausblick, Arbeitspapiere aus der FernUniversität Hagen, polis Nr. 34/1996.
- Kleinfeld, Ralf (2007): Die historische Entwicklung der Interessenverbände in Deutschland, in: Winter, Thomas von/Willems, Ulrich (Hrsg.): Interessenverbände in Deutschland, Wiesbaden, VS Verlag, S. 51-83.
- Kleinfeld, Ralf/Willems, Ulrich/Zimmer, Annette (2007): Lobbyismus und Verbändeforschung. Eine Einleitung, in: Kleinfeld, Ralf/Willems, Ulrich/Zimmer, Annette (Hrsg.): Lobbying. Strukturen, Akteure, Strategien, Wiesbaden, VS Verlag, S. 7-35.
- Knoke, Mareike (2008): Wissenschaft und Homosexualität. Queere Köpfe, in: Uni-SPIEGEL, unter: <http://www.spiegel.de/unispiegel/jobundberuf/wissenschaft-und-homosexualitaet-queere-koepfe-a-565772.html>, 17.03.2015.

- Koch-Baumgarten, Sigrid (2010): Verbände zwischen Öffentlichkeit, Medien und Politik, in: Hoffjann, Olaf/Stahl, Roland (Hrsg.): Handbuch Verbandskommunikation, Wiesbaden, VS Verlag, S. 239-258.
- Krick, Eva (2013): Verhandlungen im Konsensverfahren. Varianten kollektiver Entscheidungen in Expertengremien, Wiesbaden, Springer VS.
- Kropp, Sabine (2005): Interessenpolitik, in: Gabriel, Oscar W./Holtmann, Everhard (Hrsg.): Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, 3. Auflage, München, Oldenbourg Verlag, S. 653-686.
- Kuckartz, Udo/Dresing, Thorsten/Rädiker, Stefan/Stefer, Claus (2008): Qualitative Evaluation. Der Einstieg in die Praxis, 2. Auflage, Wiesbaden, VS Verlag.
- Kübler, Daniel (2007): Understanding the recent expansion of Swiss family policy. An idea-centred approach, in: Journal of Social Policy, 36 (2), 217-237.
- Kuller, Christiane (2004): Familienpolitik im föderativen Sozialstaat, München, Oldenbourg Verlag.
- Lehmbruch, Gerhard (1974): A Non-competitive Pattern of Conflict Management in Liberal Democracies: The Case of Switzerland, Austria and Lebanon, in: McRae, Kenneth (Hrsg.): Consociational Democracy. Political Accommodation in Segmented Societies, Toronto, McClelland and Stewart, S. 90-97.
- Lehmbruch, Gerhard/Schmitter, Philippe (1982): Patterns of Corporatist Policy-Making, London, Sage.
- Leif, Thomas/Speth, Rudolf (2006): Die fünfte Gewalt. Anatomie des Lobbyismus in Deutschland, in Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland, Wiesbaden, VS Verlag, S. 10-37.
- Lösche, Peter (2007): Verbände und Lobbyismus in Deutschland, Stuttgart, Kohlhammer.
- Maier, Maja S. (2009): Gleichgeschlechtliche Partnerschaft und Elternschaft, in: Burkart, Günter (Hrsg.): Zukunft der Familie. Prognosen und Szenarien, Opladen, Verlag Barbara Budrich, S. 195-210.
- Manow, Philip (2004): The Good, the Bad, and the Ugly. Esping-Andersen's Regime Typology and the Religious Roots of the Western Welfare State, in: MPIfG Working Paper, No. 04/3, Köln, Max Planck Institute of the Study of Societies.
- Marschall, Nicolas (2009): Zur Validität in der Netzwerkanalyse, in: Schneider, Volker/Janning, Frank/Leifeld, Philip/Malang, Thomas (Hrsg.): Politiknetz-

- werke. Modelle, Anwendungen und Visualisierungen, Wiesbaden, VS Verlag, S. 115-136.
- Marschall, Stefan (2011): Das politische System Deutschlands, 2. Auflage, Konstanz, UVK Verlag.
- Mau, Steffen/Verwiebe, Roland (2009): Die Sozialstruktur Europas, Stuttgart, UTB.
- Mayer, Horst Otto (2009): Interview und schriftliche Befragung. Entwicklung, Durchführung, Auswertung, 5. Auflage, München, Oldenbourg.
- Mayring, Philipp (1993): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundgedanken und Techniken, 4. Auflage, Weinheim, Deutscher Studien Verlag.
- Mielke, Gerd (2009): Forschungsperspektiven und Forschungsdefizite. Die wissenschaftliche Landkarte des Lobbyismus, in: Forschungsjournal NSB, Jg. 22, 1/2009, S. 32-39.
- Misoch, Sabine (2014): Qualitative Interviews, München, Oldenbourg.
- Mucciaroni, Gary (2011): The Study of LGBT Politics and Its Contributions to Political Science, in: Political Science & Politics, Volume 44, 01/11, Cambridge, Cambridge University Press, S. 17-21.
- Münch, Ursula (1990): Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Maßnahmen, Defizite, Organisation familienpolitischer Staatstätigkeit, Freiburg, Lambertus.
- Mummendey, Hans Dieter/Grau, Ina (2008): Die Fragebogen-Methode, 5. Auflage, Göttingen, Hogrefe.
- Nohl, Arnd-Michael (2009): Interview und dokumentarische Methode. Anleitungen für die Forschungspraxis, 3. Auflage, Wiesbaden, VS Verlag.
- Offe, Claus (1971): Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spät-kapitalistischer Regierungssysteme, in: Kress, Gisela/Senghaas, Dieter (Hrsg.): Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme, Frankfurt/Main, Fischer, S. 135-164.
- Offe, Claus (1972): Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie, Frankfurt/Main, Suhrkamp.
- Olk, Thomas (2010): In Kinder investieren? Politik für Kinder und Familien in Deutschland und Norwegen, in: Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.): Systemanalyse als politische Reformstrategie. Festschrift für Dieter Grunow, Wiesbaden, VS Verlag, S. 291-308.
- Olson, Mancur (1965): The Logic of Collective Action. Public Goods and the Theory of

- Groups, Harvard University Press, Cambridge.
- Pappi, Franz Urban (1999): Netzwerke zwischen Staat und Markt und zwischen Theorie und Methode. Sammelbesprechung, *Soziologische Revue*, S. 293-300.
- Pappi, Franz Urban/König, Thomas (1995): Informationsaustausch in politischen Netzwerken, in: Schubert, Klaus (Hrsg.): *Netzwerke und Politikproduktion. Konzepte, Methoden, Perspektiven*, Marburg, Schüren, S. 111-131.
- Pappi, Franz Urban/König, Thomas/Knoke, David (1990): Entscheidungsprozesse in der Arbeits- und Sozialpolitik. Der Zugang der Interessengruppen zum Regierungssystem über Politikfeldnetzwerke. Ein deutsch-amerikanischer Vergleich, Frankfurt/Main, Campus.
- Peukert, Rüdiger (2008): *Familienformen im sozialen Wandel*, 7. Auflage, Wiesbaden, VS Verlag.
- Porst, Rolf (2001): Wie man die Rücklaufquote bei postalischen Befragungen erhöht, in: ZUMA, How-to-Reihe, 01/2001.
- Porst, Rolf (2014): *Fragebogen. Ein Arbeitsbuch*, 4. Auflage, Wiesbaden, Springer VS.
- Possinger, Johanna (2015): Verbände in der Familienpolitik, in: BPB (Hrsg.): *Dossier – Familienpolitik*, unter: <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/familienpolitik/198908/verbaende-in-der-familienpolitik?p=all>, 02.03.2016.
- Preidel, Caroline (2015): Das zögerliche Jawort zur Homo-Ehe, in: Knill, Christoph/Heichel, Stephan/Preidel, Caroline/Nebel, Kerstin (Hrsg.): *Moralpolitik in Deutschland. Staatliche Regulierung gesellschaftlicher Wertekonflikte in historischen und internationalen Vergleich*, Wiesbaden, Springer Fachmedien, S. 147-164.
- Raab, Heike (2011): *Sexuelle Politiken. Die Diskurse zum Lebenspartnerschaftsgesetz*, Frankfurt/Main, Campus Verlag.
- Rayside, David (2001): The Structuring of Sexual Minority Activist Opportunities in the Political Mainstream. Britain, Canada and the United States, in: Blasius, Mark (Hrsg.): *Sexual Identities, Queer Politics*, Princeton, Princeton University Press, S. 23-55.
- Reutter, Werner (2000): Organisierte Interessen in Deutschland. Entwicklungstendenzen, Strukturveränderungen und Zukunftsperspektiven, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 50, H. 26/27, 7-15.

- Reutter, Werner (2001): Deutschland, in: Reutter, Werner/Rütters, Peter (Hrsg.): Verbände und Verbandssysteme in Westeuropa, Opladen, Leske + Budrich, S. 75-101.
- Reutter, Werner (2012): Einleitung, in: Reutter, Werner (Hrsg.): Verbände und Interessen in den Ländern der Europäischen Union, 2. Auflage, Wiesbaden, Springer VS, S. 11-54.
- Rieksmeier, Jörg (2007): Vorwort des Herausgebers, in: Rieksmeier, Jörg (Hrsg.): Praxisbuch: Politische Interessenvermittlung. Instrumente, Kampagnen, Lobbying, Wiesbaden, VS Verlag, S. 9-13.
- Riggle, Ellen D.B./Tadlock, Barry L. (1999): Gays and Lesbians in the Democratic Process. Past, Present, Future, in: Riggle, Ellen D.B./Tadlock, Barry L. (Hrsg.): Gays and Lesbians in the Democratic Process. Public Policy, Public Opinion and Political Representation, New York, Columbia University Press, S. 1-21.
- Rizzo, Domenico (2006): Öffentlichkeit und Schwulenpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Aldrich, Robert (Hrsg.): Gleich und anders. Eine globale Geschichte der Homosexualität, Hamburg, Murmann, S. 197-222.
- Rudzio, Wolfgang (2011): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, 8. Auflage, Wiesbaden, VS Verlag.
- Sauer, Peter (2010): Die Rolle des Staates bei sich veränderten Bedingungen des Aufwachens, in: Keßler, Hildrun/Wießmeiser, Brigitte (Hrsg.): Kultur des Aufwachens, Berlin, Lit Verlag, S. 175-188.
- Scharpf, Fritz W. (2000): Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung, Opladen, Leske+Budrich.
- Schmid, Josef (1998): Verbände. Interessenvermittlung und Interessenorganisationen, München, Oldenbourg.
- Schmid, Josef (2007): Interessenvermittlung und Policy-Making im europäischen Mehrebenensystem. Vom Korporatismus zum Pluralismus zur organisierten Anarchie?, in: Bandelow, Niels C./Bleek, Wilhelm (Hrsg.): Einzelinteressen und kollektives Handeln in modernen Demokratien, Wiesbaden, VS Verlag, S. 43-58.
- Schmid, Josef/Mansour, Julia I. (2007): Wohlfahrtsverbände. Interesse und Dienstleistung, in: Winter, Thomas von/Willems, Ulrich (Hrsg.): Interessenverbände in Deutschland, Wiesbaden, VS Verlag, S. 244-270.
- Schmidt, Manfred G. (2004): Wörterbuch zur Politik, 2. Auflage, Stuttgart, Kröner.

- Schmidt, Manfred G. (2011): Das politische System Deutschlands. Institutionen, Willensbildung und Politikfelder, 2. Auflage, München, Verlag C.H. Beck.
- Schmitter, Philippe C. (1974): Still the Century of Corporatism?, in: Review of Politics 36, S. 85-131.
- Schmitter, Philippe C./Streeck, Wolfgang (1999): The organization of business interests. Studying the associative action of business in advanced industrial societies, Köln, unter: http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp99-1.pdf, 25.04.2016.
- Schneider, Volker/Janning, Frank (2006): Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik, Wiesbaden, VS Verlag.
- Schneider, Volker (2009): Akteurkonstellationen und Netzwerke in der Politikentwicklung, in: Schubert, Klaus/Bandelow, Nils C. (Hrsg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse, 2. Auflage, München, Oldenbourg, S. 191-219.
- Schnell, Rainer/Hill, Paul B./Esser, Elke (2011): Methoden der empirischen Sozialforschung, 9. Auflage, München, Oldenbourg.
- Scholl, Armin (2009): Die Befragung, 2. Auflage, Konstanz, UVK.
- Schütt-Wetschky, Eberhard (1997): Interessenverbände und Staat, Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Schwarz, Peter (1979): Morphologie von Kooperationen und Verbänden, Tübingen, Mohr.
- Sebaldt, Martin (1997): Organisierter Pluralismus. Kräftefeld, Selbstverständnis und politische Arbeit deutscher Interessengruppen, Opladen, Westdeutscher Verlag.
- Sebaldt, Martin/Straßner, Alexander (2004): Verbände in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden, VS Verlag.
- Sebaldt, Martin (2006): Theorie und Empirie einer Forschungstradition. Das Panorama der klassischen Verbändeforschung, in: Sebaldt, Martin/Straßner, Alexander (Hrsg.): Klassiker der Verbändeforschung, Wiesbaden, VS Verlag, S. 9-36.
- Shaiko, Ronald G. (2007): Same-Sex Marriage, GLBT Organizations, and the lack of spirited political engagement, in: Rimmerman, Craig A./Wilcox, Clyde (Hrsg.): The Politics of Same-Sex Marriage, Chicago, The University of Chicago Press, S. 85-104.
- Smith, Raymond A./Haider-Markel, Donald P. (2002): Gay and Lesbian Americans and Political Participation. A Reference Handbook, Santa Barbara, ABC-CLIO.

- Steffens, Melanie Caroline (2010): Diskriminierung von Homo- und Bisexuellen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn, Heft 15-16/2010, S. 14-20.
- Straßner, Alexander (2006): Funktionen von Verbänden in modernen Gesellschaften, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn, Heft 15-16/2006, S. 10-17.
- Strolovitch, Dara Z. (2014): The Paradoxes of Inequality and Interest Group Representation, in: Grossmann, Matt (Hrsg.): New Directions in Interest Group Politics, New York, Routledge, S. 60-85.
- Strünck, Christoph (2010): Politische Interessenvermittlung. Verbände und Organisationen, in: Frantz, Christiane/Schubert, Klaus (Hrsg.): Einführung in die Politikwissenschaft, 2. Auflage, Berlin, Lit Verlag, S. 139-154.
- Stüber, Stephan (2001): Verfassungsrechtlicher Schutz der Homosexualität. Zur Verfassungsmäßigkeit der Gleichstellung eines Rechtsinstituts ‚Eingetragene Lebenspartnerschaft‘ mit der Ehe, in: Hahlbohm, Paul/Hurlin, Till (Hrsg.): Querschnitt-Genderstudies. Ein interdisziplinärer Blick nicht nur auf Homosexualität, Kiel, Ludwig, S. 82-107.
- Szyszk, Peter (2008): Pressearbeit/Medienarbeit, in: Bentele, Günter/ Fröhlich, Romy/ Szyszk, Peter (Hrsg.): Handbuch der Public Relations: Wissenschaftliche Grundlagen und berufliches Handeln. Mit Lexikon, Wiesbaden, VS Verlag, S. 615.
- Tocqueville, Alexis de (1985): Über die Demokratie in Amerika. Ausgewählt und herausgegeben von J. P. Mayer, Stuttgart, Reclam.
- Vieler, Alexander (1986): Interessen, Gruppen und Demokratie. Eine sozialökonomische Untersuchung über den Einfluss von Interessenverbänden auf wirtschaftspolitische Entscheidungen, Tübingen, Mohr.
- Voelzkow, Helmut (2007): Die Institutionalisierung der Politikbeteiligung von Verbänden in Deutschland, in: Winter, Thomas von/Willems, Ulrich (Hrsg.): Interessenverbände in Deutschland, Wiesbaden, VS Verlag, S. 139-169.
- Vowe, Gerhard (2007): Das Spannungsverhältnis von Verbänden und Medien. Mehr als öffentlicher Druck und politischer Einfluss, in: Winter, Thomas von/Willems, Ulrich (Hrsg.): Interessenverbände in Deutschland, Wiesbaden, VS Verlag, S. 465-488.
- Walker, Jack L. (1991): Mobilizing interest groups in America: Patrons, Professions, and Social Movements, Ann Arbor/Michigan, University of Michigan Press.

- Weiß, Helene/Becker, Daniel (2001): Geltendes und gewünschtes Recht, in: Buba, Hans Peter/Vaskovics, Laszlo A. (Hrsg.): Benachteiligung gleichgeschlechtlich orientierter Personen und Paare, Bundesanzeiger, 53. Jh., Nr. 4a, Köln, Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, S. 93-143.
- Welt am Sonntag (2013): Union muss "Stimme gegen schrille Minderheit" sein, 10.03.2013.
- Weßels, Bernhard (2007): Das bundesdeutsche Verbandssystem in vergleichender Perspektive. Politische Spannungslinien und politische Ökonomie, in: Winter, Thomas von/Willems, Ulrich (Hrsg.): Interessenverbände in Deutschland, Wiesbaden, VS Verlag, S. 84-118.
- Willems, Ulrich (2001): Bedingung, Elemente und Effekte des politischen Handelns der Kirche in der Bundesrepublik Deutschland, in: Zimmer, Annette/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Verbände und Demokratie in Deutschland, Opladen, Leske+Budrich, S. 77-106.
- Willems, Ulrich (2007): Kirchen, in: Winter, Thomas von/Willems, Ulrich (Hrsg.): Interessenverbände in Deutschland, Wiesbaden, VS Verlag, S. 316-340.
- Willems, Ulrich/Winter, Thomas von (2007): Interessenverbände als intermediäre Organisationen. Zum Wandel ihrer Strukturen, Funktionen, Strategien und Effekte in einer veränderten Umwelt, in: Winter, Thomas von/Willems, Ulrich (Hrsg.): Interessenverbände in Deutschland, Wiesbaden, VS Verlag, S. 13-50.
- Wingen, Max (1994): Zur Theorie und Praxis der Familienpolitik, Frankfurt/Main, Eigenverlag des deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge.
- Winter, Thomas von (1997): Sozialpolitische Interessen. Konstituierung, politische Repräsentation und Beteiligung an Entscheidungsprozessen, Baden-Baden, Nomos.
- Winter, Thomas von (2000): Soziale Marginalität und kollektives Handeln. Bausteine einer Theorie schwacher Interessen, in: Willems, Ulrich/Winter, Thomas von (Hrsg.): Politische Repräsentation schwacher Interessen, Opladen, Leske+Budrich, S. 39-60.
- Winter, Thomas von/Willems, Ulrich (2000): Die politische Repräsentation schwacher Interessen. Anmerkungen zum Stand und zu den Perspektiven der Forschung, in: Willems, Ulrich/Winter, Thomas von (Hrsg.): Politische Repräsentation schwacher Interessen, Opladen, Leske+Budrich, S. 9-36.

- Winter, Thomas von (2001): Verbändemacht im kooperativen Staat, in: Gourd, Andrea/Noetzel, Thomas (Hrsg.): Zukunft der Demokratie in Deutschland, Opladen, Leske+Budrich, S. 211-234.
- Winter, Thomas von (2007): Asymmetrie der verbandlichen Interessenvermittlung, in: Kleinfeld, Ralf/Zimmer, Annette/Willems, Ulrich (Hrsg.): Lobbying. Strukturen, Akteure, Strategien, Wiesbaden, VS Verlag, S. 217-239.
- Winter, Thomas von (2008): Lobbying als politischer Tauschprozess, in: Winter, Thomas von/Mittendorf, Volker (Hrsg.): Perspektiven der politischen Soziologie im Wandel von Gesellschaft und Staatlichkeit. Festschrift für Theo Schiller, Wiesbaden, VS Verlag, S. 49-70.
- Winter, Thomas von/Willems, Ulrich (2009): Zum Wandel der Interessenvermittlung in Politikfeldern. Zentrale Befunde aus der Verbände- und Policy-Forschung, in: Rehder, Britta/Winter, Thomas von/Willems, Ulrich (Hrsg.): Interessenvermittlung in Politikfeldern. Vergleichende Befunde der Policy- und Verbändeforschung, Wiesbaden, VS Verlag, S. 9-29.
- Zimmer, Annette E./Weßels, Bernhard (2001): Interessenvermittlung und Demokratie: Eine zentrale Agenda!, in: Zimmer, Annette E./Weßels, Bernhard (Hrsg.): Verbände und Demokratie in Deutschland, Wiesbaden, VS Verlag, S. 9-25.
- Zimmer, Annette/Speth, Rudolph (2009): Verbändeforschung, in: Kaina, Viktoria/Römmele, Andrea (Hrsg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch, Wiesbaden, VS Verlag, S. 267-309.
- Zinterer, Tanja/Schwan, Patrick (2013): Familienpolitik, in: Glaab, Manuela/Weigl, Michael (Hrsg.): Politik und Regieren in Bayern, Wiesbaden, VS Verlag, S. 367-384.

Anhangsverzeichnis

Anhang 1: Fragebogen	A1
Anhang 2: Interviewleitfaden	A15
Anhang 3: Extraktionstabellen	A20

Anhang 1: Fragebogen

Fragebogenversion I/II
Fragebogen-Nummer: 00

1. Die Familienpolitik eines Landes ergibt sich aus einer Vielzahl von Faktoren. Daher geht es als erstes um einige Fragen zu den institutionellen Rahmenbedingungen von Familienpolitik und deren Auswirkungen für die Interessenverbände.

Der Querschnittscharakter von Familienpolitik meint, dass Familienpolitik ressortübergreifend in zahlreiche Politikbereiche hineinragt und sich durch eine vielfältige Beteiligung öffentlicher und nicht-öffentlicher Akteure auszeichnet. Bewerten Sie bitte vor diesem Hintergrund die folgenden Aussagen:

1.1. Querschnittscharakter

	Stimme überhaupt nicht zu				Stimme voll und ganz zu	
Der Querschnittscharakter von Familienpolitik beschränkt die Handlungsfähigkeit des Bundesfamilienministeriums.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6
Der Querschnittscharakter von Familienpolitik erschwert den Zugang kleinerer und partikularer Interessenverbände zur Familienpolitik.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6
Der Querschnittscharakter von Familienpolitik erschwert die Einflussnahme kleinerer und partikularer Interessenverbände auf die betriebene Familienpolitik.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6
Der Querschnittscharakter von Familienpolitik führt zu Asymmetrien in den Zugangs- und Einflusschancen zwischen den beteiligten Interessenverbänden.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6

Familienpolitische Diskurse beziehen sich in der Regel auf die Leitbilder von Familie. Damit sind die mehr oder weniger bewussten Vorstellungen gemeint, wie die Entstehung und Entwicklung von Familien und das Familienleben „idealerweise“ aussehen sollte. Bitte bewerten Sie vor diesem Hintergrund die folgenden Aussagen:

1.2. Leitbilder

	Stimme überhaupt nicht zu				Stimme voll und ganz zu	
Das familienpolitische Leitbild entspricht dem eines traditionellen und konservativen Familienbilds.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6
Das familienpolitische Leitbild vertritt das Ideal einer Partnerschaft zwischen Mann und Frau mit Kind/ern („Normalfamilie“).	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6

Und wer prägt das Leitbild von Familienpolitik? Bitte bewerten Sie folgende Aussagen:

1.3. Prägung des Leitbilds	Stimme überhaupt nicht zu				Stimme voll und ganz zu	
Das familienpolitische Leitbild wird maßgeblich durch das Grundgesetz, das Bürgerliche Gesetzbuch und durch das Bundesverfassungsgericht geprägt.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6
Das familienpolitische Leitbild wird maßgeblich durch die politischen Akteure bzw. Parteien geprägt.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6
Das familienpolitische Leitbild wird maßgeblich durch gesellschaftliche Akteure bzw. Verbände geprägt.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6
Das familienpolitische Leitbild wird maßgeblich durch die Medien geprägt.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6

Welche Auswirkungen hat das Leitbild von Familienpolitik? Bitte bewerten Sie die folgenden Aussagen:

1.4. Auswirkungen des Leitbilds	Stimme überhaupt nicht zu				Stimme voll und ganz zu	
Das familienpolitische Leitbild erschwert den Zugang von Lesben- und Schwulenverbänden zur Familienpolitik.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6
Das familienpolitische Leitbild erschwert die Einflussnahme von Lesben- und Schwulenverbänden auf die betriebene Familienpolitik.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6
Das familienpolitische Leitbild fördert die Anerkennung vielfältiger, gelebter Familienformen.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6

Inwieweit und inwiefern spielen in diesem Zusammenhang alternative Familienformen eine Rolle? Bitte bewerten Sie die folgenden Aussagen:

1.5. Alternative Familienformen	Stimme überhaupt nicht zu				Stimme voll und ganz zu	
Das familienpolitische Leitbild sieht alternative Familienformen nicht als Familien an.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6
Gleichgeschlechtliche Partnerschaften entsprechen nicht dem Leitbild von Familienpolitik.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6
Gleichgeschlechtliche Partnerschaften mit Kind/ern entsprechen nicht dem Leitbild von Familienpolitik.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6

Das Ziel von Familienpolitik ist es die Familie in der Erfüllung ihrer zentralen und für die Gesellschaft wichtigen Funktionen zu unterstützen oder diese überhaupt erst zu ermöglichen. Hierzu kann der Staat auf unterschiedliche Art und Weise Einfluss auf die Familien bzw. das Familienleben nehmen. Beurteilen Sie bitte vor diesem Hintergrund folgende Maßnahmen bzw. Motive für das staatliche Handeln:

1.6. Motive staatlichen Handelns	Sehr unwichtig						Sehr Wichtig
Bevölkerungspolitische Motive Maßnahmen hinsichtlich demographischer Veränderungen	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	
Sozialpolitische Motive Ausgleich sozialer Disparitäten, Armutsbekämpfung	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	
Familieninstitutionelle Motive Förderung und Bewahrung der Familie als Institution an sich	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	
Geschlechterpolitische/Emanzipatorische Motive Neugestaltung sozialer Rollen, Gleichstellung	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	

2. Als nächstes folgen einige Fragen bezüglich der familienpolitischen Akteure, also jene Personen bzw. Organisationen die an der bundesdeutschen Familienpolitik beteiligt sind.

Aufgrund ihres Querschnittscharakters ist eine Vielzahl von Akteuren in der Familienpolitik tätig, die eine mehr oder weniger bedeutende Rolle im familienpolitischen Willensbildungsprozess einnehmen und somit die politische Deutungskultur einer Gesellschaft entscheidend prägen. Dies betrifft neben allen Ebenen des Staates, auch jene Akteure aus dem gesellschaftlichen Bereich – wie z.B. Parteien, Verbände usw. Doch welchen Einfluss haben ihre geäußerten Interessen auf den familienpolitischen Willensbildungsprozess? D.h. welche Akteure können ihren Interessen politisch Gehör bzw. Berücksichtigung verschaffen, indem sie den familienpolitischen Willensbildungsprozess (in ihrem Sinne) beeinflussen? Bitte beurteilen Sie die folgenden gesellschaftlichen Akteure:

2.1. Willensbildungsprozess	Überhaupt kein Einfluss						Sehr Einflussreich
Verbände der (freien) Wohlfahrtspflege	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	
Familienverbände	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	
Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	
Parteien	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	
Kirchen	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	
Lesben- und Schwulenverbände	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	

Und welche dieser Akteure halten Sie im familienpolitischen Entscheidungsprozess für einflussreich? D.h. welche Akteure können ihre Interessen politisch durchsetzen, indem sie den familienpolitischen Entscheidungsprozess (in ihrem Sinne) beeinflussen?

2.2. Entscheidungsprozess	Überhaupt kein Einfluss						Sehr Einflussreich
Verbände der (freien) Wohlfahrtspflege	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	
Familienverbände	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	
Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	
Parteien	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	
Kirchen	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	
Lesben- und Schwulenverbände	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	

Bitte beurteilen Sie die Stellung und Zusammensetzung der verschiedenen politischen als auch gesellschaftlichen Akteure innerhalb des Politikfelds, die sich kontinuierlich mit Familienpolitik beschäftigen und an den politischen Prozessen – mehr oder weniger langfristig, beteiligt sind.

2.3. Akteursszene

	Stimme überhaupt nicht zu				Stimme voll und ganz zu	
Interessenverbände haben grundsätzlich eine schwache Stellung in der bundesdeutschen Familienpolitik.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6
Vor allem kleinere und partikulare Interessenverbände haben eine schwache Stellung in der bundesdeutschen Familienpolitik.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6
Die Zusammensetzung der Akteure erschwert den Zugang von Lesben- und Schwulenverbänden zur Familienpolitik.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6
Die Zusammensetzung der Akteure erschwert die Einflussnahme von Lesben- und Schwulenverbänden auf die betriebene Familienpolitik.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6

Die Artikulation und Durchsetzung von Interessen ist auch immer davon abhängig, welche Interessenkonstellation bzw. –lage zwischen den beteiligten Akteuren im Politikfeld vorliegt. Hiermit sind die mehr oder weniger spezifischen Interessen und/oder politischen Ausrichtungen der Akteure zueinander gemeint. Bewerten Sie bitte vor diesem Hintergrund folgende Aussagen:

2.4. Interessenkonstellation

	Stimme überhaupt nicht zu				Stimme voll und ganz zu	
Die Interessenlage zwischen den beteiligten Akteuren ist stark heterogen geprägt.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6
Wertbezogene oder moralisch begründete Interessen sind einfacher zu artikulieren und vermitteln.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6
Funktional begründete Interessen sind einfacher zu artikulieren und vermitteln.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6
Zwischen den Akteuren besteht eine erhebliche Polarisierung hinsichtlich der Meinungen und Urteile über unterschiedliche Lebens- und Familienformen.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6

Die Geschäftsordnungen des Bundestags und der Bundesregierung sehen ausdrücklich die Mitwirkung von Interessenverbänden, vor allem bei der Gesetzgebung, vor. Doch wie sollte diese Beteiligung ausgestaltet werden? Bewerten Sie dazu folgende Aussagen:

2.5. Beteiligung

	Stimme überhaupt nicht zu				Stimme voll und ganz zu	
Die informelle und formelle Einbindung der Interessenverbände in den vorparlamentarischen Gesetzgebungsprozess sollte ausgedehnt werden.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6
Kleine und partikulare Interessenverbände müssen stärker in den vorparlamentarischen Gesetzgebungsprozess eingebunden werden.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6
Starke Interessenverbände sollten beschränkt und schwache Interessenverbände durch die Politik gefördert werden.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6

Wie ist insgesamt das Verhältnis zwischen den nicht-staatlichen Akteuren (Parteien, Verbände, usw.) innerhalb des Politikfelds der Familienpolitik. Bitte bewerten Sie die folgenden Aussagen:

2.6. Verhältnis

	Stimme überhaupt nicht zu				Stimme voll und ganz zu	
Das Verhältnis zwischen den nicht-staatlichen Akteuren bzw. Verbänden ist durch Konflikte gekennzeichnet.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6
Das Verhältnis zwischen den nicht-staatlichen Akteuren bzw. Verbänden ist durch Konkurrenz gekennzeichnet.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6
Das Verhältnis zwischen den nicht-staatlichen Akteuren bzw. Verbänden ist durch Kooperation gekennzeichnet.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6

Homosexuelle Lebensweisen sind oftmals Gegenstand politischer und gesellschaftlicher Debatten. Nachfolgend sind drei zentrale Aussagen aufgeführt. Bitte bewerten Sie diese:

2.7. Aussagen	Stimme überhaupt nicht zu						Stimme voll und ganz zu					
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die eingetragene Lebenspartnerschaft sollte gegenüber der traditionellen Ehe rechtlich gleichgestellt werden.	1	2	3	4	5	6						
Paare in eingetragenen Lebenspartnerschaften sollten gemeinsam Kinder adoptieren dürfen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	1	2	3	4	5	6						
Neue Gesetzesinitiativen sollten durch weitere Maßnahmen der Förderung von Gleichstellung und Akzeptanz von Homosexuellen ergänzt werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	1	2	3	4	5	6						

3. Nun folgen noch einige Fragen zur Position und Leistung der Lesben- und Schwulenverbände in der bundesdeutschen Familienpolitik.

Wie bereits oben schon erwähnt, finden sich heute in der bundesdeutschen Familienpolitik eine Vielzahl unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Akteure. Welche Position nehmen in diesem Zusammenhang die Lesben- und Schwulenverbände im Speziellen ein? Bewerten Sie dazu bitte folgende Aussagen:

3.1. Position	Stimme überhaupt nicht zu						Stimme voll und ganz zu					
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Lesben- und Schwulenverbände bilden ein Gegengewicht, um die systematische Unterrepräsentation von Homosexuellen auszugleichen.	1	2	3	4	5	6						
Die Lesben- und Schwulenverbände können sich nicht gegenüber den Interessen der politischen Akteure (Parteien, Regierung) durchsetzen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	1	2	3	4	5	6						
Die Lesben- und Schwulenverbände können sich nicht gegenüber den Interessen anderer gesellschaftlicher Akteure (Verbände, Kirchen) durchsetzen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	1	2	3	4	5	6						
Die Interessen der Lesben- und Schwulenverbände bleiben insgesamt eher unberücksichtigt oder werden übergangen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	1	2	3	4	5	6						

Interessenverbände dienen primär der Artikulation und Vermittlung von politischen Interessen nach außen. Bitte beurteilen Sie - unter Berücksichtigung aller potentiell verfügbaren Mittel und Möglichkeiten, die Artikulations- wie auch Vermittlungsfähigkeit zentraler Interessen der Lesben- und Schwulenverbände.

3.2. Artikulations- & Vermittlungsfähigkeit

Sehr gering

Sehr hoch

Artikulationsfähigkeit Artikulation verbandlicher Interessen gegenüber dem familienpolitischen Willensbildungsprozess.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6
Vermittlungsfähigkeit Darstellung und Durchsetzung verbandlicher Interessen gegenüber dem familienpolitischen Entscheidungsprozess.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6

4. Im folgenden Abschnitt sollen Sie nun wichtige Anlaufstellen benennen, die für die Arbeit Ihres Verbands im Hinblick auf die Interessenvertretung eine wichtige Rolle spielen.

Welche politischen Kontaktpartner halten Sie im Vorfeld von politischen Entscheidungen für bedeutungsvoll, wenn es darum geht Ihre verbandlichen Interessen zu vertreten? Bitte beurteilen Sie folgende Kontaktpartner:

4.1. Kontaktpartner

Unwichtig

Teils/teils

Wichtig

Bundestagsfraktion der Regierungsparteien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bundestagsfraktion der Oppositionsparteien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bundestagsausschüsse	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bundesrat	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bundeskanzleramt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bundeskanzler/in persönlich	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bundesministerien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bundesminister/in persönlich	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Medien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wissenschaftliche Institutionen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Interessenverbände mit gleichen oder ähnlichen Interessen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Interessenverbände mit konträren Interessen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Mit welchen Kontaktpartnern hat Ihr Verband Kontakt und wie intensiv ist dieser?

4.2. Kontaktfrequenz

	Kein Kontakt	Unregelmäßiger Kontakt	Regelmäßiger Kontakt
Bundestagsfraktion der Regierungsparteien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bundestagsfraktion der Oppositionsparteien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bundestagsausschüsse	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bundesrat	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bundeskanzleramt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bundeskanzler/in persönlich	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bundesministerien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bundesminister/in persönlich	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Medien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wissenschaftliche Institutionen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Interessenverbände mit gleichen oder ähnlichen Interessen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Interessenverbände mit konträren Interessen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Und mit welchen Kontaktpartnern nimmt Ihr Verband von sich aus Kontakt auf? Bitte kreuzen Sie die entsprechenden Anlaufstellen an:

4.3. Kontaktaufnahme

<input type="checkbox"/> Bundestagsfraktion der Regierungsparteien	<input type="checkbox"/> Bundesministerien
<input type="checkbox"/> Bundestagsfraktion der Oppositionsparteien	<input type="checkbox"/> Bundesminister/in persönlich
<input type="checkbox"/> Bundestagsausschüsse	<input type="checkbox"/> Medien
<input type="checkbox"/> Bundesrat	<input type="checkbox"/> Wissenschaftliche Institutionen
<input type="checkbox"/> Bundeskanzleramt	<input type="checkbox"/> Interessenverbände mit gleichen oder ähnlichen Interessen
<input type="checkbox"/> Bundeskanzler/in persönlich	<input type="checkbox"/> Interessenverbände mit konträren Interessen

Welche Interessenverbände mit gleichen oder ähnlichen Interessen halten Sie im Vorfeld von politischen Entscheidungen für bedeutungsvoll, wenn es darum geht Ihre verbandlichen Interessen zu vertreten? Bitte beurteilen Sie folgende Verbände:

4.4. Kontaktpartner Verbände	Unwichtig	Teils/teil	Wichtig
Bundeskonzferenz Schwul-Lesbischer Netzwerke e.V.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Jugendnetzwerk Lambda e.V.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e.V.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Völklinger Kreis e.V.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Mit welchen Verbänden hat Ihre Organisation Kontakt und wie intensiv ist dieser?

4.5. Kontaktfrequenz Verbände	Kein Kontakt	Unregelmäßiger Kontakt	Regelmäßiger Kontakt
Bundeskonzferenz Schwul-Lesbischer Netzwerke e.V.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Jugendnetzwerk Lambda e.V.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e.V.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Völklinger Kreis e.V.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Und mit welchen dieser Verbände nimmt Ihre Organisation von sich aus Kontakt auf? Bitte kreuzen Sie die entsprechenden Verbände an:

4.6. Kontaktaufnahme Verbände
<input type="checkbox"/> Bundeskonferenz Schwul-Lesbischer Netzwerke e.V.
<input type="checkbox"/> Jugendnetzwerk Lambda e.V.
<input type="checkbox"/> Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e.V.
<input type="checkbox"/> Völklinger Kreis e.V.

4.7. Weitere Kontaktpartner Verbände

Gibt es darüber hinaus weitere Kontaktpartner mit gleichen oder ähnlichen Interessen, die für die Arbeit Ihres Verbands – im Hinblick auf die Interessenvertretung, eine wichtige Rolle spielen? Wenn ja, welche sind das?

Bitte benennen Sie maximal die fünf wichtigsten Kontaktpartner:

1. _____
2. _____
3. _____
4. _____
5. _____

5. Nun folgen einige Fragen zu den konkreten Maßnahmen Ihres Verbands bei der Vertretung Ihrer Interessen.

Welche Bedeutung spielen für die politische Arbeit Ihres Verbands die formalisierten bzw. institutionalisierten Kontakte zwischen Ihnen und den politischen Akteuren, wenn es darum geht die Interessen des Verbands gegenüber der Politik zu vertreten? Bitte beurteilen Sie dazu folgende politische Beteiligungsformen.

5.1. Arenen	Unwichtig	Teils/teils	Wichtig
Anhörungen der Bundesministerien zu Gesetzesvorhaben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Anhörungen in den Ausschüssen des Deutschen Bundestags.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beiräte und Kommissionen der Bundesministerien.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Per Gesetz vorgeschriebene Anhörungen der Bundesministerien zum Erlass von ausführenden Rechtsverordnungen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Welche der folgenden Aktivitäten unternimmt nun Ihr Verband, um die verbandlichen Interessen gegenüber der Politik zu vertreten? Kreuzen Sie bitte alle Aktivitäten an, die in Frage kommen.

5.2. Aktivitäten

<input type="checkbox"/> Formelle bzw. institutionalisierte Kontakte (durch formelle Anhörungen, Mitwirkung in Beiräten, Kommissionen oder Ausschüssen)
<input type="checkbox"/> Informelle bzw. persönliche Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern und Institutionen (z.B. Bundestagabgeordnete, zuständige Minister oder Ministerialbürokratie)
<input type="checkbox"/> Herstellung von Öffentlichkeit über die Medien (z.B. über öffentliche Stellungnahmen)
<input type="checkbox"/> Mobilisierung der eigenen Mitglieder (z.B. über Protestaktionen)
<input type="checkbox"/> Kooperationen mit Interessenverbänden mit gleichen oder ähnlichen Interessen

5.3. Weitere Aktivitäten

Gibt es darüber hinaus weitere konkrete Aktivitäten die Ihr Verband unternimmt, um die verbandlichen Interessen gegenüber der Politik zu vertreten? Wenn ja, welche sind das?

Bitte benennen Sie stichpunktartig bis zu fünf weitere wichtige Aktivitäten:

Kooperationen zwischen Verbänden mit gleichen oder ähnlichen Interessen, können eine Möglichkeit sein, die Durchsetzungsfähigkeit der eigenen Interessen zu erhöhen. Bewerten Sie bitte vor diesem Hintergrund folgende Aussagen:

5.4. Kooperationen	Stimme nicht zu	Teils/teil	Stimme zu
Defizite der Durchsetzung verbandlicher Interessen können durch Kooperationen ausgeglichen werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kooperationen spielen für meinen Verband eine wichtige Rolle, um gemeinsame Ziele zu erreichen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Es besteht eine hohe Kooperationsbereitschaft zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Nicht alle Lesben- und Schwulenverbände haben gleichermaßen Einfluss auf die betriebene Familienpolitik.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Schwächen hinsichtlich der Artikulation und Vermittlung von Interessen im politischen Prozess können von vielen Faktoren abhängen. Inwieweit beschränken folgende Faktoren die Durchsetzungschancen verbandlicher Interessen gegenüber der bundesdeutschen Familienpolitik?

5.5. Faktoren	Trifft nicht zu	Teils/teil	Trifft zu
Geringe Ressourcenausstattung Mangel an finanziellen und personellen Mitteln	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Geringe Organisationsfähigkeit Defizite bei der Rekrutierung und Bindung von Mitgliedern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Geringe Konfliktfähigkeit Kein Drohpotential hinsichtlich der Erbringung wichtiger wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Leistungen (Leistungsverweigerung)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Zum Abschluss bitte ich Sie noch einige Fragen zu Ihrer Person zu beantworten.

Geschlecht	<input type="checkbox"/> Männlich	<input type="checkbox"/> weiblich
Alter	_____ Jahre	
In welchem Berufsfeld sind Sie tätig?	<input type="checkbox"/> Politischer Akteur <input type="checkbox"/> Verbands-Akteur <input type="checkbox"/> Beratung oder Soziales <input type="checkbox"/> Richter oder Anwalt <input type="checkbox"/> Wissenschaft <input type="checkbox"/> Verwaltung <input type="checkbox"/> Sonstiges	
Dauer der Tätigkeit im Berufsfeld	_____ Jahre	

Herzlichen Dank für Ihre Mitarbeit!

Senden Sie jetzt bitte den ausgefüllten Fragebogen an mich zurück.

Anhang 2: Interviewleitfaden

I: Rahmenbedingungen von Familienpolitik

1. In den letzten Jahren hat man in Deutschland intensiv über Lesben- und Schwulenpolitiken diskutiert. Aber wie bezeichnen Sie das Politikfeld, welches für die Interessen von Lesben und Schwulen relevant ist?
 - a. Welche Rolle spielt hier die deutsche Familienpolitik bzw. das Bundesfamilienministerium für die verbandliche Interessenvertretung?
 - b. Inwieweit ist die deutsche Familienpolitik zuständig für die Belange von Lesben und Schwulen?
 - c. Welche staatlichen Maßnahmen im Bereich Lesben- und Schwulenpolitik, wurden in der Vergangenheit seitens der Familienpolitik getroffen [Öffnung des Familienbegriffs, rechtliche Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Paare, Regenbogenfamilien]?
 - i. Inwieweit tragen diese Maßnahmen zur Akzeptanz und Gleichstellung homosexueller Personen und Paare bei?
 - ii. Welche Auswirkungen haben diese (neuen) Maßnahmen auf die verbandliche Interessenvermittlung?
2. Welche Auswirkungen hat der Querschnittscharakter von Familienpolitik (Anm. ressortübergreifender Politikbereich) auf die verbandliche Interessenvertretung?
3. Welche Auswirkungen hat das eher traditionell bzw. konservativ geprägte Leitbild von Familienpolitik auf die verbandliche Interessenvertretung?
 - a. Mit welchen gesellschaftlichen Werten und Idealen werden Sie dabei konfrontiert?
 - b. Warum entsprechen gleichgeschlechtliche Paare mit oder ohne Kinder nicht dem familienpolitischen Leitbild?
4. Wie beurteilen Sie insgesamt die Zugangschancen von Lesben- und Schwulenverbänden zur Familienpolitik?
 - a. Welche Faktoren sind für den erschwerten Zugang zum Politikfeld verantwortlich?
 - b. Welche Rolle spielen dabei die gerade angesprochenen institutionellen Rahmenbedingungen?
5. Was müsste sich Ihrer Meinung nach ändern, damit sich die Zugangschancen der Lesben- und Schwulenverbände zur Familienpolitik verbessern?

II: Artikulations- und Vermittlungsfähigkeit

1. Wie beurteilen Sie insgesamt die Artikulationsfähigkeit von Lesben- und Schwulenverbänden?
 - a. Sind sie in der Lage ihre Interessen gegenüber der Politik zu äußern?
 - b. Welche Erfolge/Misserfolge können sie hier verbuchen?
2. Wie beurteilen Sie insgesamt die Vermittlungsfähigkeit von Lesben- und Schwulenverbänden?
 - a. Sind sie in der Lage ihre Interessen gegenüber der Politik darzustellen und auch durchzusetzen?
 - b. Welche Erfolge/Misserfolge können sie hier verbuchen?
3. Welche Position nehmen die Lesben- und Schwulenverbände – auch im Vergleich zu anderen Verbänden und Akteuren, ein, wenn es um die Durchsetzung zentraler Interessen geht?
 - a. Die Befragung hat ergeben, dass besonders die Durchsetzungsfähigkeit zentraler Interessen gegenüber der Politik als gering eingeschätzt wird? Wie beurteilen Sie diesen Befund?
 - b. Wie geht die Politik insgesamt mit den Interessen der Lesben- und Schwulenverbände um?

III: Akteurs- und Interessenkonstellation

1. Wie beurteilen Sie insgesamt die Einflusschancen der Lesben- und Schwulenverbände auf die betriebene Familienpolitik? Und wie definieren Sie Einfluss/Einflussreich?
 - a. Die Lesben- und Schwulenverbände haben nach Ansicht der Befragten insgesamt weder Einfluss auf den familienpolitischen Willensbildungsprozess noch auf den Entscheidungsprozess. Wie beurteilen Sie diesen Befund?
 - b. Welche Faktoren sind für die geringe Einflussnahme verantwortlich?
 - c. Welche Rolle spielen dabei die beteiligten Akteure [Parteien, Verbände, Kirche]?
2. Warum werden bestimmte Akteure als einflussreicher wahrgenommen?
 - a. Welche Akteure finden stärker Gehör im politischen Prozess? Und warum?
 - b. Welche Akteure können sich besser durchsetzen? Und warum?

- c. Welche Auswirkungen ergeben sich aus den unterschiedlichen Artikulations- und Vermittlungspositionen der Akteure auf die verbandliche Interessenvertretung?
 - d. Welche Auswirkungen ergeben sich aus der heterogenen Zusammensetzung der beteiligten Akteure?
- 3. Wie würden Sie insgesamt die Interessenlage zwischen den beteiligten Akteuren beschreiben?
 - a. Welche Interessen lassen sich einfacher artikulieren und durchsetzen?
 - b. Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang die Interessen der Lesben- und Schwulenverbände?
 - c. Welche Auswirkungen ergeben sich aus der stark heterogen geprägten Interessenlage auf die verbandliche Interessenvertretung?
 - d. Welche Auswirkungen ergeben sich aus den divergenten Urteilen und Meinungen der Akteure über unterschiedliche Lebens- und Familienformen auf die verbandliche Interessenvertretung?
- 4. Wie ist insgesamt das Verhältnis der Lesben- und Schwulenverbände zu den anderen Akteuren?
 - a. Gibt es Akteure, die Sie als Fürsprecher/Widersprecher ansehen würden?
 - b. Können Sie *typische* Konfliktparteien und/oder -positionen benennen?
 - c. In welchen konkreten Fragen kommen Gegensätze zum Tragen?
- 5. Was müsste sich ändern, damit sich die Einflusschancen der Lesben- und Schwulenverbände auf die betriebene Familienpolitik verbessern?

IV: Strategien und Instrumente

- 1. Politikwissenschaftler erklären die Artikulations- als auch Vermittlungsfähigkeit verbandlicher Interessen u.a. mit bestimmten Ressourcen, die ein Verband aufweisen muss. Welche Ressourcen sind für Ihre Arbeit von Bedeutung?
 - a. Die Befragung unter Verbandsvertretern hat ergeben, dass die Lesben- und Schwulenverbände äußerst knappe Ressourcen [finanzielle und personelle Ressourcen, Organisationsstruktur, Drohpotenzial] aufweisen. Welche Folgen hat diese Ressourcenknappheit auf die verbandliche Interessenvermittlung ihrer Organisation?

2. Wie sehen die innerverbandlichen Rahmenbedingungen für die Interessenvertretung aus [Verantwortlichkeiten, finanzieller Aufwand, Expertise, Strategieentwicklung und -planung]?
3. Wie sieht konkret Ihre Arbeit aus – d.h. auf welche Art und Weise versucht Ihr Verband ihre Interessen gegenüber der Politik durchzusetzen und/oder diese zu beeinflussen?
 - a. Welche Rolle spielen formelle bzw. institutionalisierte Kontaktstrukturen zu den politischen Institutionen [Beteiligung an Anhörungen, Arbeitsgruppen usw.]?
 - b. Welche Rolle spielen informelle bzw. persönliche Kontaktstrukturen zu den politischen Akteuren [Minister, Bundestagsabgeordnete, Beamte usw.]?
 - i. Gibt es konkrete Ansprechpartner?
 - ii. Welche Art der Beziehung pflegen Sie zu [...]?
 - c. Welche der beiden Kontaktstrukturen halten Sie für effektiver, um den politischen Prozess (erfolgreich) zu beeinflussen?
 - d. Welche Bedeutung haben die Medien für Ihre Arbeit? Und wie effektiv ist dieser Einflusskanal?
 - e. Welche Bedeutung hat die Mobilisierung der eigenen Mitglieder für Ihre Arbeit? Und wie effektiv ist dieser Einflusskanal?
 - f. Welche Bedeutung haben Interessenverbände mit gleichen oder ähnlichen Interessen für Ihre Arbeit? Und wie effektiv ist dieser Einflusskanal?
 - i. Arbeiten Sie mit anderen Lesben- und Schwulenverbänden zusammen? Wenn ja, wie sieht diese Kooperation aus?
 - ii. Gibt es konkrete Kooperationspartner?
 - iii. Welche Art der Beziehung pflegen Sie zu [...]?
 - iv. Wie beurteilen Sie insgesamt das Kooperationspotenzial zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden?
 - v. Gibt es Konflikte zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden? Wenn ja, welche und was ist der Grund dafür?
 - g. Gibt es neben den gerade besprochenen Maßnahmen, noch weitere Aktivitäten Ihres Verbands, um Ihre Interessen gegenüber der Politik durchzusetzen und/oder diese zu beeinflussen?
4. Gibt es unter den Lesben- und Schwulenverbänden einen Verband, den Sie für besonders einflussreich halten? Wenn ja, welcher und warum?

- a. Welche Folgen hat die starke Stellung von [...] auf die Interessenvermittlung Ihres Verbands?

V: Persönliche Daten

Geschlecht:

Alter: 20-30 / 30-40 / 40-50 / 50-60 / 60+

Tätigkeit im Verband:

Dauer der Tätigkeit:

Name des Interviewers:

Interviewort/ Datum:

Zeit:

Dauer der Audioaufnahme:

Anhang 3: Extraktionstabellen

Hauptkategorie	Unterkategorie	Variable	Dimension	Quelle
Artikulations- und Vermittlungsfähigkeit	Artikulationsfähigkeit	Beurteilung der Artikulationsfähigkeit	Keine Möglichkeiten Interessen zu artikulieren	Exp1: 176-177; Exp1: 185-192
			Geäußerte Interessen werden von Politik und Medien wahrgenommen	Exp3: 201-218; Exp3: 219-220
			Asymmetrie zwischen den Lesben- und Schwulenverbänden	Exp1: 177-182; Exp2: 108-112
		Erfolge	Mitgestaltung der öffentlichen und politischen Debatte	Exp2: 115-119; Exp3: 225-232
		Misserfolge	Medienberichterstattung	Exp3: 222-225
	Vermittlungsfähigkeit	Beurteilung der Vermittlungsfähigkeit	Begrenzt	Exp1: 195-198; Exp3: 250-253
			Gut (im Vergleich zu anderen Minderheiten)	Exp2: 123-127
		Erfolge	Schaffung dauerhafter Kontakt- und Kommunikationskanäle	Exp1: 201-205; Exp3: 243-250
		Misserfolge	Begrenzung von Kontakt- und Kommunikationskanäle	Exp1: 205-208
	Durchsetzungsfähigkeit	Gegenüber gesellschaftlichen Akteuren	Schwache Durchsetzungsfähigkeit	Exp1: 212-216; Exp3: 257-259
		Gegenüber politischen Akteuren	Stark abhängig von persönlichen und parteilichen Interessen	Exp1: 221-225
			Stark abhängig von öffentlicher Debatte	Exp1: 277-283; Exp3: 272-280

Hauptkategorie	Unterkategorie	Variable	Dimension	Quelle
Rahmenbedingungen von Familienpolitik	Politikfeld/er	Relevante Politikfelder	Primär Familienpolitik	Exp2: 4-6
			Zahlreiche Politikfelder	Exp1: 5-13; Exp3: 68-75
		Rolle von Familienpolitik	Lesben und Schwule als Teil von Gesellschaft	Exp1: 16-17
			Lesben und Schwule als Teil von Familie	Exp1: 17-21; Exp1: 75-82; Exp3: 19-25
		Beziehungsverhältnis	Kooperations- und Ansprechpartner	Exp1: 232-234; Exp2: 9-13; Exp3: 30-34
	Querschnitts-charakter	Auswirkungen auf Artikulation und Vermittlung	Präsenzproblem	Exp2: 46; Exp3: 77-79
			Interessen können gegenüber diversen Akteuren/Stellen vorgetragen werden	Exp1: 74-75; Exp1: 85-86; Exp3: 67-68; Exp3: 79-84
	Leitbild/er	Auswirkungen auf Artikulation und Vermittlung	Leitbild erschwert Interessenartikulation	Exp1: 100-111
			Leitbild erschwert Interessenvermittlung	Exp1: 115-125; Exp2: 51-60; Exp3: 106-137
		Veränderung Leitbild	Wandel des Familienbegriffs	Exp2: 62-66; Exp3: 88-103
	Staatliches Handeln	Staatliche Maßnahmen	Keine Maßnahmen / Entwicklung stagniert	Exp1: 25-27; Exp1: 35-41; Exp2: 21-24; Exp2: 127-132
			Förderung einzelner Maßnahmen / Projekte auf Bundesebene	Exp1: 27-32; Exp2: 14-16
			Förderung einzelner Maßnahmen / Projekte auf Länderebene	Exp3: 43-48
		Auswirkungen staatlicher Maßnahmen	Gesellschaftliche und politische Diskussionen	Exp1: 44-55; Exp2: 27-38
			Diskriminierung im Recht	Exp3: 137-140
		Auswirkungen auf Artikulation und Vermittlung	Verbände werden von der Politik als lästig wahrgenommen	Exp1: 58-60
			Verbände bleiben mit der Politik dauerhaft im Gespräch	Exp1: 60-61
			Verbände müssen für Fortentwicklung des Rechts Sorge tragen	Exp3: 55-62
		Veränderungsvorschläge	Familienpolitischer Aktionsplan	Exp1: 61-69; Exp3: 34-41

Hauptkategorie	Unterkategorie	Variable	Dimension	Quelle
Akteurs-konstellation	Zugangschancen von Lesben- und Schwulen-verbänden	Zugang	Begrenzt / Gering	Exp1: 128; Exp2: 89-90
			Offenheit	Exp3: 143-147
		Ursachen	Abstraktionsniveau von Forderungen	Exp1: 86-95
			Organisations-/ Konfliktfähigkeit	Exp1: 130-134
			Vorurteile / Meinungen	Exp1: 134-141
			Zugang zu Entscheidungsgremien	Exp1: 353-357
			Ressourcen	Exp2: 77-83
			Politisch-Strategische Überlegungen	Exp3: 147-149
		Änderungsvorschläge	Lobbyarbeit	Exp1: 144-149; Exp2: 95-97
			Interessenlage	Exp1: 149-155; Exp1: 161-169
			Gesellschaftliche Akzeptanz	Exp2: 90-95
			Abbau politisch-strategischer Überlegungen	Exp3: 173-196
	Einflusschancen von Lesben- und Schwulen-verbänden	Einfluss	Begrenzt / Gering	Exp1: 229-230; Exp2: 144-147; Exp3: 259-266
		Befund	Zustimmung	Exp1: 241; Exp2: 157-164; Exp3: 286-293
		Ursachen	Politisches Gesellschaftsbild	Exp1: 241-250
			Präsenzfähigkeit	Exp1: 253-255; Exp2: 167
			Minderheitenthema	Exp1: 283-285; Exp2: 167-170
			Abgeordnete / Politiker	Exp1: 295-296; Exp2: 170-171
			Kooperations- / Koalitionsfähigkeit	Exp1: 258-265; Exp2: 174-177; Exp3: 374-376
		Änderungsvorschläge	Kooperations- / Koalitionspartnerschaften	Exp1: 265-268; Exp3: 469-478
			Lobbystruktur	Exp1: 403-410
			Abbau politisch-strategischer Diskussionen	Exp2: 255-260
			Mobilisierung	Exp3: 460-464
			Werben für gesellschaftliche Akzeptanz	Exp3: 465-469

Hauptkategorie	Unterkategorie	Variable	Dimension	Quelle
	Einfluss auf familien-politischen Willensbildungs-prozess	Einfluss	Kirchen	Exp2: 181
			Parteien	Exp2: 181; Exp3: 322-326
			Bürgerinitiativen / Protestbewegungen	Exp2: 183-184
	Einfluss auf familien-politischen Entscheidungs-prozess	Einfluss	Kirchen	Exp1: 272-273; Exp2: 136-137; Exp3: 351-352
			Arbeitgeberverbände / Gewerkschaften	Exp1: 273-274; Exp3: 332-340
			Wohlfahrtsverbände	Exp1: 274
			Wirtschafts- / Industrieverbände	Exp1: 289-295
			Parteien	Exp2: 137-138
			Bürgerinitiativen / Protestbewegungen	Exp3: 446-449
	Akteursszene	Auswirkungen auf Artikulation und Vermittlung	Nichtberücksichtigung / Nichtdurchsetzung	Exp1: 314-320; Exp2: 191-192; Exp2: 198-201
			Kooperations- / Koalitionspartnerschaften	Exp1: 300-308; Exp3: 356-370; Exp3: 376-387

Hauptkategorie	Unterkategorie	Variable	Dimension	Quelle
Interessen- konstellation	Interessenlage	Artikulation und Vermittlung von Interessen	Kinder	Exp1: 333-340
			Senioren / Pflege	Exp1: 340-343
			Breite Mehrheit	Exp2: 205-209
		Interessen der Lesben- und Schwulenverbände	Unterschiedlich	Exp1: 345-348; Exp3: 400-407
			Unberücksichtigt	Exp2: 210
	Heterogene Interessenlage	Auswirkungen auf Artikulation und Vermittlung	Erschwert Interessenvermittlung	Exp1: 324-325; Exp2: 217-219
			Erfordert Kooperations- / Koalitionspartnerschaften	Exp3: 392-397
	Polarisierung	Auswirkungen auf Artikulation und Vermittlung	Erschwert Interessenvermittlung	Exp1: 325-330; Exp1: 362-365; Exp3: 441- 418

Hauptkategorie	Unterkategorie	Variable	Dimension	Quelle
Beziehungs- verhältnis	Koalitions-/ Koope- rationsverhältnis	Verhältnis zu Akteuren	Koalitionen/ Kooperationen	Exp2: 382-384; Exp3: 153-163; Exp3: 421-424; Exp3: 685-687
			Keine Koalitionen/ Kooperationen	Exp1: 258-265; Exp1: 376; Exp2: 223-224
	Konfliktverhältnis	Fürsprecher	Wohlfahrtsverbände	Exp1: 386-387
			Deutscher Bundesjugendring	Exp2: 230-232; Exp2: 293-295
			Evangelische Kirche	Exp3: 378-379
			Parteien (Bündnis90/Die Grünen, LINKE, SPD)	Exp2: 227-229
		Widersprecher	Traditionell-religiöse Bürgerinitiativen	Exp1: 378-384; Exp2: 39
			Rechts-konservative Organisationen	Exp2: 240-241; Exp3: 432-440
			Katholische Kirche	Exp2: 237-239
			Parteien (AFD, CDU/CSU)	Exp1: 389-390; Exp3: 430-432; Exp3: 449-451
		Konfliktpositionen/-themen	Gleichstellung	Exp1: 390-399; Exp2: 247-251
			Bildungsplan	Exp2: 244-247; Exp3: 443-456

Hauptkategorie	Unterkategorie	Variable	Dimension	Quelle
Innerverbandliche Rahmenbedingungen	Ressourcen	Finanzielle Mittel	Geringe Mittel	Exp1: 471-473; Exp2: 98-101; Exp3: 485-491
		Personelle Mittel	Geringe Mittel	Exp2: 97-98; Exp2: 267-276; Exp2: 297-298; Exp3: 491-497
		Organisationsfähigkeit	Geringer Organisationsgrad	Exp1: 149-155; Exp1: 160-169; Exp3: 764-765
			Mangelnde Organisationsstrukturen	Exp1: 417-425; Exp1: 435-439; Exp2: 313-318; Exp3: 500-504; Exp3: 579-581
		Konfliktfähigkeit	Kein Drohpotenzial	Exp1: 157-159; Exp2: 285-287
			Demonstrationsmacht	Exp1: 159-161; Exp3: 666-669
		Auswirkungen auf Artikulation und Vermittlung	Zugang	Exp1: 447-462; Exp3: 504-509
			Einfluss	Exp1: 446; Exp2: 285-290
			Lobbyarbeit	Exp2: 283-285
	Verbandsstrukturen	Lobbyarbeit	Zuständigkeit beim Landesverband	Exp1: 467-468; Exp1: 488-494
			Zuständigkeit beim Bundesverband	Exp2: 328-333; Exp3: 568-573
		Finanzielle und personelle Mittel für Lobbytätigkeit	Stark begrenzte finanzielle Mittel	Exp1: 468-473; Exp2: 295-296; Exp3: 244-250; Exp3: 575-576
		Strategieentwicklung/-planung	Bundesvorstand	Exp1: 477-481; Exp3: 544-548
			Geschäftsführung	Exp2: 307-313
		Entscheidungsstrukturen	Bundesvorstand	Exp1: 473-477; Exp3: 512-515; Exp3: 518-526
		Auswirkungen auf Artikulation und Vermittlung	Schwache Interessenvertretung	Exp1: 476-484; Exp2: 308-313; Exp3: 579-583
			Keine eigenständige Interessenvertretung	Exp2: 295-297

Hauptkategorie	Unterkategorie	Variable	Dimension	Quelle
Strategien und Instrumente	Formelle/institutionalisierte Kontaktstrukturen	Funktion	Einflussnahme	Exp2: 349-354; Exp3: 209-211
		Einflusskanäle	Keine	Exp1: 504
			Arbeitsgruppen	Exp2: 340-341; Exp2: 345-346
			Anhörungen	Exp3: 589-590
		Kontaktpartner	Bundesfamilienministerium	Exp2: 339-340
			Bundestagsabgeordnete	Exp3: 590-592
			Bundesminister	Exp3: 595-602
			Ministerpräsidenten	Exp3: 595-602
	Informelle/persönliche Kontaktstrukturen	Funktion	Einflussnahme	Exp2: 357-358; Exp3: 310-312; Exp3: 605-608
		Einflusskanäle	Bundespolitik	Exp1: 492-494; Exp1: 511-512; Exp2: 360-362; Exp3: 166-173
			Länderpolitik	Exp1: 488-492; Exp2: 337-339
		Kontaktpartner	Bundesfamilienministerium	Exp2: 44-45; Exp3: 637-638
			Bundesministerien	Exp3: 638-643
			Bundestagsabgeordnete	Exp1: 431-437; Exp1: 514-518; Exp3: 632-635
			Bundesminister	Exp1: 531-532; Exp3: 626-627
			Länderminister	Exp3: 627-630
			Fachreferenten der Fraktionen / Ministerien	Exp3: 316-320
		Kontaktaufnahme	Postalisch	Exp1: 520-521; Exp3: 165-166
			Persönlich	Exp1: 523-528; Exp3: 165-166; Exp3: 312-316
			Informationsaustausch	Exp3: 618-624
	Vergleich der Kontaktstrukturen	Effektivität	Formelle/institutionalisierte Strukturen	Exp1: 546-547; Exp1: 549-553
			Informelle/persönliche Strukturen	Exp2: 364-365; Exp2: 367-368; Exp3: 648-658
	Medien	Funktion	Herstellung von Öffentlichkeit	Exp2: 371-373; Exp3: 609-614; Exp3: 661-664

Hauptkategorie	Unterkategorie	Variable	Dimension	Quelle
		Einflusskanäle	Keine	Exp1: 558-560; Exp2: 373-374
			Journalisten	Exp2: 376-379
			Pressemitteilungen	Exp3: 672-675
			WDR-Rundfunkrat	Exp1: 135-138
		Effektivität	Kaum/Negative Berichterstattung	Exp1: 556; Exp1: 560-567
			Medienpräsenz	Exp3: 211-213; Exp3: 664-666
	Mobilisierung der eigenen Mitglieder	Funktion	Mobilisierung der Öffentlichkeit	Exp3: 726-736
		Effektivität	Kein Droh-/Druckpotenzial	Exp1: 156-161
			Medienpräsenz	Exp3: 666-669
	Kooperation mit Interessenverbänden mit gleichen oder ähnlichen Interessen	Funktion	Interessenvermittlung	Exp1: 573-582; Exp2: 382; Exp3: 678-682
		Vertikale Kontaktpartner	Zivilgesellschaftliche Organisationen	Exp1: 274-276; Exp1: 601-602; Exp2: 86-89; Exp2: 382-384; Exp3: 685-686
			Menschenrechtsorganisationen	Exp3: 686-687
			Bürgerrechtsorganisationen	Exp3: 686-687
		Horizontale Kontaktpartner	Lesben- und Schwulenverband in Deutschland	Exp1: 587-591
			Akademie Waldschlösschen	Exp1: 596-599
			Völklinger Kreis	Exp1: 607; Exp3: 695-696
			Ökumenische Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche	Exp1: 607
			Parteiinterne Lesben- und Schwulenorganisationen	Exp1: 639
			Bundesverband Queere Bildung	Exp2: 391-392
			Prout At Work	Exp2: 392-394
			Bündnis "Ehe für alle"	Exp3: 696-697
		Kooperationsformen	Strategieentwicklung	Exp1: 591-594; Exp1: 608-611; Exp3: 698-701
			Stellungnahmen	Exp2: 388-389
			Kampagnen	Exp2: 441-445

Hauptkategorie	Unterkategorie	Variable	Dimension	Quelle
		Effektivität	Geringe Kooperationsbereitschaft	Exp1: 605-615; Exp2: 385; Exp2: 410-412; Exp3: 704-706
		Änderungsvorschläge	Stärkere Kooperationsbeziehungen	Exp1: 656-661; Exp2: 398-401; Exp3: 757-765
	Konflikte zwischen horizontalen Kooperationspartnern	Konfliktursachen	Interessenunterschiede	Exp1: 619-625; Exp2: 412-414; Exp2: 417-422; Exp3: 709-716
			Profilierungsbedürfnisse	Exp3: 752-757
		Konfliktparteien	LSVD/Völklinger Kreis	Exp1: 625-628; Exp1: 630-632; Exp2: 424; Exp2: 426-432
	Einflussnahme	Verband/Organisation	Lesben- und Schwulenverband in Deutschland	Exp1: 635-636; Exp2: 438-441; Exp3: 739-748
			Parteiinterne Lesben- und Schwulenorganisationen	Exp1: 636-638
		Auswirkungen	Interessenartikulation/-vermittlung	Exp1: 664-671; Exp2: 448-451